Dienstag, 16. Dezember 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 · 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 · Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 · Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

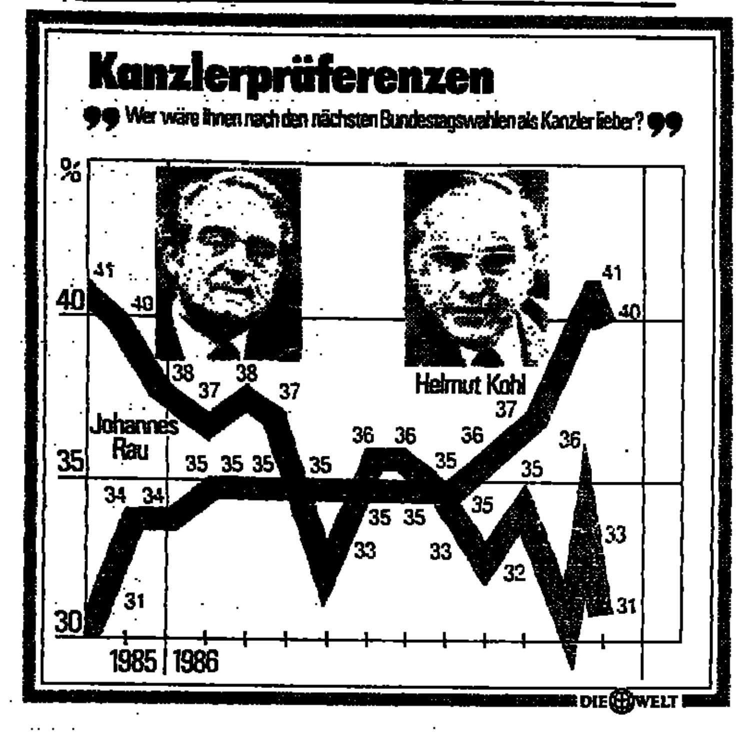
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 292 - 51.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38.00 bfr. Frankreich 7.00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2.20 hfl. Norwegen 8.50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8.00 skr. Schweiz 2.00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 850 TL

exklusiv in der WELT



Rau und Breit im Tief

Bundeskanzler Kohl hält sich bei den Umfragen für das WELT-Wahlbarometer auf dem hohen Niveau von 40 Prozent, sein Herausforderer Rau ist auf 31 Prozent zurückgefallen. Der Zweitstimmen-Anteil der CDU/CSU lag Anfang Dezember bei 48,0 Prozent. Ihr Koalitionspartner FDP brachte es auf 6,9 Prozent, die SPD auf 35,0 Prozent, die Grünen verbuchten 10,0 Prozent. Negativ fielen die jüngsten Umfragen für DGB-Chef Ernst Breit aus: 43 Prozent haben von ihm „keine gute Meinung", 44 Prozent sagen, Breit solle wegen der Vorfälle um die Neue Heimat zurücktreten. Seite 8

Heute in der WELT

Der Alltag der Studenten

Wie lebt der deutsche Student heute? Wieviel Geld steht ihm monatlich zur Verfügung? Wo müssen männliche, wo weibliche Kommilitonen sparen, wenn das Budget nicht reicht? Wie und wo verdienen sie sich ein Zubrot? Und wie denken sie über das Heiraten? Die Hochschul-WELT zeichnet ein Soziogramm des studentischen Alltags. Seite 10

POLITIK

Kritik: Vietnams Parteichef Truong Chinh hat die Parteiführung für Fehler der Vergangenheit und bestehende Wirtschaftsengpässe verantwortlich gemacht. Die Partei müßte „gereinigt" werden.

Unruhen: Bei den Auseinandersetzungen in Pakistan sind binnen zwei Tagen 71 Menschen getötet worden. Die Unruhen waren durch Überfälle der Paschtunen auf die Mohajir ausgelöst worden.

Tod in Moskau: Der amerikanische Kommunistenführer Henry Winston ist bei einem Besuch in Moskau gestorben. Der 75jährige hatte die KP der USA seit 1963 geleitet.

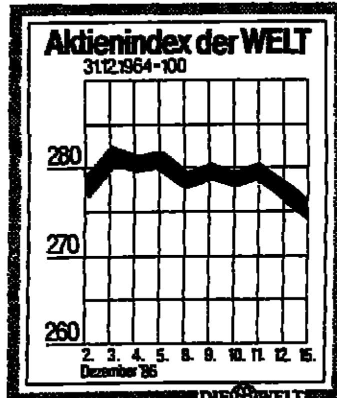
Asyl: Der äthiopische Botschafter in Schweden, Taie Telahun, hat in Stockholm um Asyl gebeten. Telahun war gestern nicht zum Dienst in der äthiopischen Botschaft erschienen. Gründe nannte er nicht.

WIRTSCHAFT

Wachstum: Wirtschaftsminister Bangemann und das Kieler Institut für Weltwirtschaft sehen die Wirtschaft der Bundesrepublik weiter auf Wachstumskurs. Bangemann rechnet für 1987 mit durchschnittlich 2,5 bis drei Prozent Wachstum. Das Kieler Institut ist mit „reichlich drei Prozent" noch optimistischer. (S. 13)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten kam es auch am Wochenbeginn nicht zu einer Stimmungsverbesserung. Am Rentenmarkt war das Anlegerinteressen ebenfalls sehr gering. WELT-Aktienindex: 276,11 (278,40). BHF-Rentenindex: 106,473 (106,519). BHF-Performance-Index: 108,193 (108,210).

Dollarmittelkurs: 2,0143 (2,0232) Mark. Goldpreis je Feinunze: 349,60 (391,50) Dollar.



KULTUR

Kinderschallplatten: Die alten Märchenproduktionen auf Singles sind „out". An ihre Stelle sind oft qualitätsarme Kinderkassetten getreten. Die modernen Tonkonserven erleben dennoch einen märchenhaften Boom. (S. 21)

Berliner Premieren: Die Stücke „Gerettet" und „Madame de Sade" feiern auf Berlins Bühnen Premiere. Die Themen entsprechen der vorweihnachtlichen Szene jedoch nicht. Auf dem Programm steht Gewalt. (S. 21)

SPORT

Ski Alpin: Weltmeister Markus Wasmeier belegte beim Riesenslalom-Weltcuprennen in La Villa den dritten Rang. Sieger wurde der Schweizer Joel Gaspoz vor dem Italiener Promotton. (S. 11)

Tennis: Die 17jährige Weltranglisten-Dritte Steffi Graf gewann ihr erstes Spiel bei den 20. deutschen Hallen-Meisterschaften in Mainz-Finthen gegen Sylvia Freye in nur 37 Minuten mit 6:2 und 6:0.

AUS ALLER WELT

Waldsterben: Der Hartwald in Nordbaden schien von Umweltschäden verschont. Jetzt aber greift hier das Waldsterben um sich. Ursache sind jedoch nicht Immissionen, sondern Engerlinge. Die totgeglaubten Maikäfer sind zur Plage geworden. (S. 22)

Euthanasie: Das seit 19 Jahren andauernde Verfahren gegen zwei Euthanasie-Ärzte nahm eine unverhoffte Wendung. Die beiden Angeklagten brachen ihr Schweigen. Ihre Ausführungen sind so ausufernd, daß der Prozeß nun zu platzen droht. (S. 22)

Neue Enthüllungen verstärken Druck auf Präsident Reagan

Flossen Gelder aus Waffengeschäft in den Wahlkampf? / Satellitenfotos an Irak

DIETRICH SCHULZ, **Washington**

Die Enthüllungen über die Umstände der Waffenverkäufe an Iran nehmen kein Ende. Fünf Millionen Dollar aus den Erlösen sollen zur Finanzierung der Wahlkämpfe konservativer Politiker verwendet worden sein. Außerdem soll der Geheimdienst CIA dem iranischen Kriegsgegner Irak geheime Satellitenfotos geliefert haben.

Beide Behauptungen, die in so unterschiedlichen Zeitungen „Lowell Sun", „Miami Herald", „Washington Post" und in dem Nachrichtenmagazin „Time" standen, sind bisher unbestätigt, sind aber in jedem Fall geeignet, die Position Präsident Reagans weiter ins Zwielicht zu rücken.

Oberstleutnant Oliver North, der als Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats entlassen worden war, soll die Gelder an „Politische Aktionskomitees" geleitet haben. Von da ging ein Teil im verganenen November während des Senats-Wahlkampfes an konservative Politiker, die für eine Unterstützung der nicaraguanischen „Contras" eintraten. Mit einem anderen Teil der Gelder sollen Kampagnen gegen Abgeordnete finanziert worden sein, die Reagans Mittelamerikapolitik kritisch gegenüberstehen.

Regierungsangehörigen ist es bei Strafe verboten, im Wahlkampf politische Kandidaten direkt zu unterstützen. Angenommen, daß die Gelder rechtlich gesehen in die Staatskassen gehörten, läge auch ein klarer Verstoß gegen das Gesetz über die Wahlkampffinanzierung vor.

In die Wahlkampffinanzierung soll auch der Chef der Kommunikationsabteilung im Präsidialamt, Patrick Buchanan, verwickelt sein. Er habe an Planungssitzungen teilgenommen, hieß es. Buchanan wies dies im Fernsehen zurück.

Die „Washington Post" schrieb, die CIA, die offensichtlich auch bei den geheimen Waffenlieferungen an Iran eine Schlüsselrolle spielte, habe Irak seit etwa zwei Jahren Satellitenfotos geliefert. Darunter seien Fotos von Ölanlagen und anderen Wirtschaftseinrichtungen gewesen. Sie stünden wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Serie von sehr präzise geführten Angriffen Iraks im Herbst.

Zu dem Bericht über die Irak-Hilfe gab es keinen offiziellen Kommentar. US-Regierungskreise hatten lediglich von „defensiven Zwecken" gesprochen, um den Krieg in einer Pattsituation zu halten.

In Washington wird der Geheimdienstausschuß des Senats heute wahrscheinlich CIA-Chef William Casey befragen. Casey soll im August eine direkte, streng geheime Verbindung zu Bagdad eingerichtet haben und im Oktober und November mit hohen Regierungsstellen Iraks, darunter Außenminister Tarik Asis, zusammengetroffen sein. Er wollte angeblich sicherstellen, daß die Verbindung funktioniere, und außerdem auf weitere irakische Angriffe dringen.

Der republikanische Senator Paul Laxalt, ein enger Freund Ronald Reagans, berichtete unterdessen, der Präsident wolle möglicherweise den ermittelnden Kongreßausschüssen Rede und Antwort stehen. Aus dem Kongreß verlautete zugleich, die Ermittler wollten Stabschef Regan vor den Geheimdienstausschuß des Senats zitieren, um zu prüfen, wie weit es mit der bekundeten Aussagebereitschaft des Präsidialamts her sei.

DER KOMMENTAR

Ausgrenzen?

DIETER THIERBACH

Italien führt die Meldepflicht für Aids-Kranke ein. Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth lehnt eine solche Maßnahme für die Bundesrepublik Deutschland ab. Wir sollen, sagt sie, die Aids-Kranken nicht zu Aussätzigen machen.

Dies ist kein ganz ungefährliches Wort und sollte nicht leichthin in die Diskussion geworfen werden. Denn genau darum geht es seit uralter Zeit bei den Aussätzigen: sie zu isolieren, um die Ansteckung mit einer furchtbaren Krankheit zu vermeiden.

Freilich hängen damit im Falle der Lepra uralte Vorurteile des Glaubens oder auch Aberglaubens zusammen: daß sie „unrein", daß sie Gestrafte Gottes seien. Man wird erinnert an den Propheten, der den Hauptmann Naaman heilte und dann die Krankheit auf seinen eigenen Diener Gehazi herabwünschte, weil dieser von Naaman das Geld verlangte, auf das sein Meister verzichtet hatte. Aber auch in moderner Zeit wurden und werden die Lepra-Kranken aus Angst vor Ansteckung isoliert, obwohl eine Ansteckung eigentlich nur durch Intimbeziehungen möglich scheint. Im Falle der Lepra wird die Isolierung auch von den Kranken selbst wegen der schrecklichen Veränderungen in ihrem Aussehen gewünscht. Bei Aids tritt das oft lange Zeit nach der Ansteckung nicht ein – umso problematischer kann die Nicht-Registrierung sein, wenn man weiß, daß es Prostituierte gibt, die trotz Aids-Diagnose ihrem Beruf nachgehen.

Hier sind volkstümliche Redensarten wie „nicht ausgrenzen" also völlig fehl am Platz. Es geht allein darum, was das Zweckmäßige für die Patienten wie für die anderen ist. Gewiß wird die Gefahr beschworen, daß die Kranken sich aus Angst vor der Registrierung jeder Behandlung entziehen könnten. Man wird beobachten, ob sich die Registrierung in Italien bewährt. Vorher sollte man mit Vorurteilung vorsichtig sein – in der einen wie in der anderen Richtung.

Rau lehnt „Vorsitzenden-Diskussion" ab

Lafontaine strebt „gegenwärtig" nicht nach Brandt-Nachfolge / Verheugen: Infas-Analyse „dumm"

UR. **Bonn**

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat sich gestern bemüht, seiner Äußerung, die SPD habe seine Bewerbung um das höchste Regierungsamt „zu früh ausgerufen", die Brisanz zu nehmen. Nach einer SPD-Vorstandssitzung in Bonn betonte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, er habe damit nicht gesagt, daß er die Wahl deswegen verlieren werde. Gleichwohl blieb Rau bei seiner Einschätzung vom vergangenen Freitag (WELT v. 12.12.), wonach der Wahlkampf „vielleicht ein bißchen lange" daure. Bei einer späteren Nominierung hätte die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner besser konzentriert werden können.

Rau selbst nahm in der Vorstands-Sitzung nach Angaben von SPD-Sprecher Verheugen zu der vernichtenden Kritik des Instituts für angewandte Sozialforschung (Infas) an der Wahlkampfkonzeption der SPD keine Stellung. Infas hatte erklärt, Rau werde aus dem Wahlkampf „herausgenommen". Willy Brandt, der von „Beiträgen von Meinungsforschern" sprach, ohne den Namen Klaus Liepelt (Chef von Infas) zu erwähnen, nannte die Aussage des Instituts „falsch". Deutlicher äußerte sich Verheugen: „Diese Aussage ist so dumm und absurd, daß man sich nicht ernsthaft damit auseinandersetzen muß", sagte er der WELT.

Indirekt räumte Verheugen allerdings ein, daß Rau in der SPD-Konzeption gegenwärtig nicht im Vordergrund stehe. „In der Endphase des Wahlkampfs wird es eine Zuspitzung auf die Kanzler-Alternative geben", kündigte der SPD-Sprecher an. Dies sei „immer so geplant gewesen". Was in Nordrhein-Westfalen geschehe, wo die Rolle Raus als Ministerpräsident vom Wahlkampfmanagement in den Vordergrund gestellt wird, sei „kein Sonderwahlkampf, sondern eine zusätzliche regionale Maßnahme".

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Nachfolge von Willy Brandt im Jahr 1988 sagte Rau, er wolle über die Bundestagswahl hinaus die Geschicke der SPD bestimmen. Rau ist bereits jetzt – neben Fraktionschef Vogel – Brandt-Stellvertreter. Auf die Frage, ob er selbst den Parteivorsitz anstrebe, antwortete Rau nicht. Eine „Vorsitzenden-Diskussion" zum jetzigen Zeitpunkt lehnte der SPD-Politiker ab. Er äußerte sich allerdings zu den Ambitionen von Oskar Lafontaine, der inzwischen offenbar auch von den Jusos als Wunschkandidat für die Brandt-Nachfolge angesehen wird. Rau: Der saarländische Ministerpräsident strebe „gegenwärtig" den Parteivorsitz nicht an. Ähnlich auslegungsfähig hatte sich am Wochenende auch Willy Brandt geäußert. Lafontaine selbst hatte der WELT gesagt: „Sie wissen, daß ich mich nicht nach diesem Job dränge".

Rau machte deutlich, daß es im Falle eines SPD-Wahlsieges „höhere Kosten für die Unternehmer und höher Belastungen für die Verbraucher" geben werde. „Das muß uns allen der Erhalt der Umwelt wert sein."

Moskaus Luftverteidigung arbeitet mit US-Technologie

Radar aus Amerika gestohlen / Folgen bei Null-Lösung

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Die vierte Generation sowjetischer Jagdflugzeuge, voran die MiG-29 Fulcrum, ist offenbar mit einem Such- und Feuerleitradar ausgerüstet, das aus Amerika gestohlen wurde. Davon gehen alliierte Nachrichtenoffiziere aus.

Diese Erkenntnis hat Auswirkungen auf die Strategie der Abschreckung, die nach offiziell noch nicht beschlossenen Plänen auf luftgestartete Cruise Missiles (ALCMs) abgestützt werden soll, wenn es bei den landgestützen Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite in Europa zu einer Null-Lösung kommen sollte.

Das sowjetische Radar kann schräg nach unten Ziele wie den Jagdbomber F-111 und Marschflugkörper, die er starten soll, orten und bekämpfen. Wie verlautet, handelt es sich um die Dokumentation des amerikanischen Radars APG-65 von Hughes, das für den US-Jäger F-18 entwickelt wurde und vorgesehen ist für die Kampfwertsteigerung von 75 Phantom F-4F-Maschinen der deutschen Luftwaffe, die in sowjetische Hände fiel. Moskau sei es gelungen, nach diesen Unterlagen ein eigenes Radar zu bauen, dem vielleicht die letzten Feinheiten fehlten, das aber ausreiche, die sowjetische Luftverteidigung einen erheblichen Sprung nach vorne machen zu lassen. Das APG-65 ist ein digitales Mehrfunktionsradar, umprogrammierbar auf neue Bedrohungen durch Modifizierung der Software.

Der Fall illegalen Technologietransfers hat in eingeweihten Kreisen erhebliches Aufsehen erregt. Gegenwärtig befinden sich bereits 300 MiG-29-Fulcrums in den sowjetischen Verbänden, darunter in den Jagdfliegerregimentern Wittstock und Merseburg der 16. sowjetischen Frontluftarmee in der „DDR". In je einem sowjetischen Militärbezirk und in Ungarn bestehen Fulcrum-Regimenter. Die monatliche Produktionsrate der MiG-29 beträgt rund 50 Maschinen. Die Entwicklung sowjetischer Fähigkeit, tieffliegende Ziele wie Jagdbomber oder Cruise Missiles aus überhöhter Position abschießen zu können, besorgt den Westen schon lange. Jetzt wird sie als gegeben angesehen. (SAD)

Gesamtmetall will nicht unbeweglich sein

Präsident Stumpfe: Einigung über Arbeitszeitverkürzung möglich / WELT-Interview

DW. **Bonn**

Die Arbeitgeber wollen „Glaubenskämpfe" um die Arbeitszeitverkürzung vermeiden und sehen auch beim Problem der Samstagsarbeit „keinen Anlaß für einen Streit der Tarifpartner".

Diese Einschätzung des Tarifkampfes gab Werner Stumpfe, Präsident des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall), in einem Interview mit der WELT.

„Guten Willen vorausgesetzt", sei in der Frage der Arbeitszeitverkürzung eine Einigung mit der IG Metall möglich. Die Arbeitgeber seien dazu bereit, meinte Stumpfe, der auch bei der IG Metall „Zeichen" dafür zu erkennen glaubt, daß die Gewerkschaft „nicht unbedingt einen Arbeitskampf will".

Auch die Arbeitgeber seien keineswegs unbeweglich, sagte der Präsident von Gesamtmetall, allerdings sollte die Gewerkschaft wissen, daß „weitere Arbeitszeitverkürzung mit Wachstumsverlusten" und „mit einer Verringerung der Chancen, Arbeitslose einzustellen", bezahlt werden müsse. Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen hätten heute noch nicht einmal die Arbeitszeitverkürzung aus dem Jahr 1984 verkraftet.

Auf den Spielraum für Lohnerhöhungen 1987 angesprochen, entgegnete der Präsident des Gesamtverbandes der Metallindustrie, der Verteilungsspielraum sei „nicht sehr groß". Was über die vom Sachverständigenrat genannten zwei bis 2,5 Prozent hinausgehe, „wird zur Inflation". Eine einzige Stunde Arbeitszeitverkürzung koste jedoch allein schon 2,7 Prozent; die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich summiert sich nach Stumpfe auf eine Kostenerhöhung von zehn Prozent.

SEITE 13:
Das Interview

Bei einem derart geringen Spielraum und weil beides zusammen – Lohnerhöhung plus Arbeitszeitverkürzung – nicht gehe, „ist es für alle besser, wenn wir die Löhne und Gehälter erhöhen", empfiehlt der Arbeitgebersprecher. Auch diese Erhöhung „wird 1987 erheblich niedriger ausfallen als 1986". Im übrigen tue eine reine Lohnerhöhung der Konjunktur besser als eine kürzere Arbeitszeit.

Zur Samstagsarbeit, die innerhalb der Gewerkschaften sehr umstritten ist, bemerkte Stumpfe, „Gesamtmetall will nicht zurück in die 50er Jahre, wo jeder jeden Samstag arbeiten mußte". Andererseits seien die Arbeitgeber aber auch strikt gegen „eine Tabupolitik, die den Samstag mit einem tarifvertraglichen Arbeitsverbot belegen will".

„DDR"-Kredit aus der Schweiz

DW. **Bonn**

In Bonn ist gestern bestätigt worden, daß die „DDR" aus der Schweiz einen Millionen-Kredit erhalten hat. Eine Schweizer Bank habe einen normalen Kredit in Höhe von 110 Millionen Mark gewährt. Ein weiterer Kredit über 225 Millionen Mark, der ebenfalls von Schweizer Banken vergeben worden sein soll, konnte jedoch nicht bestätigt werden. Der „DDR" würden im Moment von allen Seiten, hieß es, Kredite zu normalen Konditionen angeboten. Zur Zeit hat die „DDR" 13 Milliarden Dollar Bankschulden.

Marcos darf nicht zurückkehren

DW. **Manila**

Die Regierung der philippinischen Präsidentin Aquino hat es gestern in einer Sondersitzung des Kabinetts einmütig abgelehnt, dem entmachteten Präsidenten Marcos zum Weihnachtsfest die Rückkehr in sein Heimatland zu ermöglichen. Marcos lebt seit seinem Sturz im Februar auf Hawaii im Exil. Er hatte über einen Privatsender die Hoffnung geäußert, ein Wunder möge ihm während der Weihnachtstage die Heimkehr ermöglichen. Ein förmliches Ersuchen von Marcos um eine Rückreisegenehmigung liegt Manila nicht vor.

Dem Mediziner-Test droht der Kollaps

PAUL F. REITZE, **Bonn**

Eine den Parteien erst mündlich mitgeteilte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster könnte nach Auffassung von Experten die seit diesem Jahr gültige Neuregelung für die Zulassung zum Medizinstudium grundsätzlich in Frage stellen. Danach werden die Durchschnittsnote aus dem Abiturzeugnis und die in einem Test erreichte Punktezahl zusammengezogen. Der gerichtliche Streit entzündete sich daran, daß der Test nur einmal abgelegt werden kann. Das Resultat wird dann bei jeder Wiederbewerbung zugrunde gelegt.

Die Stuttgarter Anwaltskanzlei Breinersdorfer hatte für elf Mandanten, die am ersten Testtermin am 19. Februar teilgenommen hatten und nicht zugelassen worden waren, auf Wiederholung geklagt. Daraufhin hatten, wie erst jetzt bekannt wurde, die Verwaltungsrichter einen Tag vor dem zweiten Testtermin am 5. November in einer „vorläufigen Regelung" festgelegt, daß die Kläger erneut teilnehmen dürften. Diese vorläufige Regelung ist nun, wenige Tage vor dem Versand der Testbescheide durch die Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS), vom Oberverwaltungsgericht Münster bestätigt worden.

Am ersten Testtermin hatten 43 000 Bewerber teilgenommen. Man ging bisher davon aus, daß sich die Zahl des künftig nur noch einmal jährlich stattfindenden Tests bei 20 000 bis 25 000 Teilnehmern einpendeln würde. Diese Zahl könnte sich, wenn generell die Wiederholung gestattet würde, auf bis zu 80 000 erhöhen. Dies führte nicht nur zum Kollaps der gegenwärtigen Abnahme-Modalitäten, sondern würde schwerwiegende juristische Probleme aufwerfen. Würde beispielsweise ein Teilnehmer beim zweiten Mal schlechter abschneiden, erhöbe sich bald prinzipiell die Frage, welches Ergebnis zählt: das jeweils letzte oder das beste.

Bei „Wissensprüfungen" wird das letzte Resultat zugrunde gelegt. Aber der Test sollte nach Wunsch der Bundesländer genau dies nicht sein, sondern ergänzend zum Abitur allgemeine Fähigkeiten und Fertigkeiten erfassen. Wenn der Test von Gerichten nun als zusätzliche Wissensprüfung eingestuft würde, verstieße er gegen den Staatsvertrag der Länder und müßte annulliert werden. Eine heikle Lage, da das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat, daß eine Zulassung nur nach Zehntelpunkten von Schulnoten die Chancengleichheit verletze.

Rechtsanwalt Breinersdorfer empfahl im Gespräch mit der WELT, gegen die Test-Bescheide vorsorglich Einspruch einzulegen. Da der ZVS beim Verfahren für das Wintersemester zunächst ein Rundungsfehler unterlaufen sei, der zum Neuversand von Bescheiden geführt habe, sei auch hier noch Einspruch möglich.

Fast alle Tarifverträge lassen Samstagsarbeit zu

Arbeitgeber-Studie / Warnung der IG Druck und Papier

AP/DW. **Köln**

Fast alle Tarifverträge in der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen derzeit Samstagsarbeit. Ein Tarifexperte der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln erklärte gestern, in den von seiner Organisation ausgewerteten Verträgen für insgesamt 7,5 Millionen Beschäftigte sei die Arbeitszeit auf die Tage von Montag bis Freitag nur für knapp 450 000 Mitarbeiter zwingend festgeschrieben. Wie Gerhard Orlt, stellvertretender Leiter der Tarifabteilung bei den Arbeitgebern, weiter ausführte, ließen auch die Verträge in der Metallindustrie die Verteilung der Arbeit auf den Samstag zu. Ein IG-Metall-Sprecher sagte in Frankfurt, die Verträge für die eine Million Metaller in Baden-Württemberg schlössen Samstagsarbeit dagegen aus, in den anderen Tarifgebieten sei sie aber nach den derzeit geltenden Regelungen möglich.

Arbeitgeber und IG Metall, die gestern im saarländischen Sankt Ingbert ihre Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche aufgenommen haben, streiten sich vor allem über die Verteilung der Arbeitszeit. Die IG Metall will durchsetzen, daß das Wochenende arbeitsfrei bleibt. Die Verhandlungen wurden nach Gewerkschaftsangaben schon nach 40 Minuten auf den 22. Januar vertagt. Am Dienstag beginnen die Metall-Verhandlungen in Berlin, Südbaden, Osnabrück, Nordwestliches Niedersachsen/Unterwesergebiet, Hessen und Bayern.

Der stellvertretende Vorsitzende der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Detlef Hensche, warnte unterdessen „vor einer Zerschlagung des freien Wochenendes". Vor Funktionären seiner Organisation in Seesen bei Goslar sagte er gestern zudem erneut harte Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche voraus. Er warnte eindringlich, der freie Samstag sei nicht verhandelbar. Daß CDU-Politiker für die familienfeindliche Arbeit am Samstag seien, sei ein „bemerkenswertes Beispiel politischer Heuchelei", bemängelte Hensche.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Teile und herrsche

Von Peter Ruge

Der Protest der Straße und ihr Beifall – das liegt in Frankreich anscheinend nahe beieinander. Der Dezember-Aufstand der Studenten und Schüler ließ die Nation erzittern. Doch die Art, wie sich die Staatsführung letztlich aus der Affäre zog, findet nun weitgehend Zustimmung: 79 Prozent der Franzosen sehen in der Gewaltenteilung zwischen einem sozialistischen Staatspräsidenten und einem bürgerlichen Premierminister weiterhin die *ideale Kombination. Man scheint* die „Cohabitation" sogar als Mittel zur Verhinderung etwaiger Übermachtgelüste der einen oder anderen Seite zu sehen.

Dem Umfrageergebnis von Sofres entspricht wohl das allgemeine, auch jenseits des Rheins zu findende Harmoniebedürfnis der Bürger. Doch dem ehrwürdigen: „Seid einig, einig, einig!" setzen die Franzosen ein gesundes Realitätsdenken entgegen. Obwohl die Verfassung der V. Republik eigentlich von de Gaulle auf die Machtausübung durch eine Partei zugeschnitten war, erweist sich die jetzige Konstellation als wirkungsvoller. Denn jedem Vorgehen ist ein doppelter Balance-Akt vorgeschaltet: Die Regierung muß einmal ihre interne Koalition zwischen Gaullisten der RPR und den vielfach zusammengesetzten Unionsdemokraten, der UDF, berücksichtigen – sie hat sich aber auch im Ministerrat auf die „Reserven" des Staatschefs einzustellen: Mitterrands Veto hat Jacques Chirac schon mehrfach zu Kursänderungen veranlaßt.

Zwar hat die bürgerliche Regierung inzwischen gelernt, die Klippen der „Cohabitation" zu umschiffen – aber der prickelnde Reiz ist geblieben: Welche Taktik wird welche Seite anwenden? Politik ist in Frankreich wieder zur Kunst des *Möglichen* geworden.

Bis zu den Präsidentschaftswahlen, wenn nicht darüber hinaus, soll die „Cohabitation" nach der Meinung der Bürger fortdauern. An dieser Einstellung hat auch der Rückzieher der Erziehungsreform höchstens graduell etwas verändert: Beide Lager haben Abstriche an ihrer Reputation hinzunehmen, es gibt somit keinen Nutznießer der ersten Staatsaffäre der Regierung Chirac. Mitterrand bleibt auch künftig auf seine Rolle als Staatswächter beschränkt. Für 53 Prozent der Franzosen ist Jacques Chirac nach wie vor der wahre Chef der Exekutive.

Symbiose der Haßliebe

Von Diethart Goos

In der FDP-Führung sind die Meinungen über den bayerischen Löwen geteilt. Schaden seine immer schärferen Attacken der Partei, wie er sie jetzt mehrfach wegen ihrer Rolle als Kronzeugen-Verhinderungspartei vortrug, oder bringen sie ihr letztlich sogar Nutzen?

Im bayerischen Landtagswahlkampf, wo Ministerpräsident Franz Josef Strauß ebenso witzig wie wortgewaltig gegen die dortige blau-gelbe Minimalpartei zu Felde zog, ihren Daueranspruch auf das auch ihn interessierende Amt des Bundesaußenministers zurückwies und ihr in Sachen innere Sicherheit mangelhafte Standhaftigkeit vorhielt, hat das Straußsche Donnerwetter die Liberalen eher unterspült: ihr blieben am 12. Oktober peinliche 3,6 Prozent; die Chance der Rückkehr in das Maximilianeum war wiederum vertan. Strauß hatte sich bei den Wählern mit seiner Ansicht durchgesetzt, für die FDP sei im Landtag kein Bedarf.

Andererseits hat ein ebenso großes wie seriöses Meinungsforschungsinstitut ermittelt, daß die FDP auch bundesweit längst unter die Fünf-Prozent-Grenze gedrückt worden wäre, gäbe es nicht den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Mancher Wähler mag aus Mitleid für die unter bayerischen Hieben zusammenzuckenden Liberalen gestimmt haben, und auch am 25. Januar dürften sich wieder etliche dazu bereitfinden. Doch auf ein stabiles Wählerpotential kann sich die FDP als Strauß-Verhinderungspartei nicht verlassen.

So sehr sich Martin Bangemann und seine Mitstreiter auch über Strauß ärgern und mit aller Entrüstung dessen Vorwurf zurückweisen, die Kronzeugenregelung sei an der FDP gescheitert und ihre verantwortlichen Politiker müßten damit auch Mitverantwortung für zukünftige Verbrechen anerkennen, so wissen die Chefliberalen natürlich, daß der Vorwurf *irgendwo einen wahren Kern hat. Sie haben es durch ihre* Verbitterung gezeigt, als die von der Koalition ausgehandelte Kronzeugenregelung auf dem FDP-Parteitag in Mainz gekippt wurde. Und sie wissen: diese Frage geht beim Wähler tiefer als die eine oder andere Eskapade in der Außenpolitik.

Besuch in der Filiale

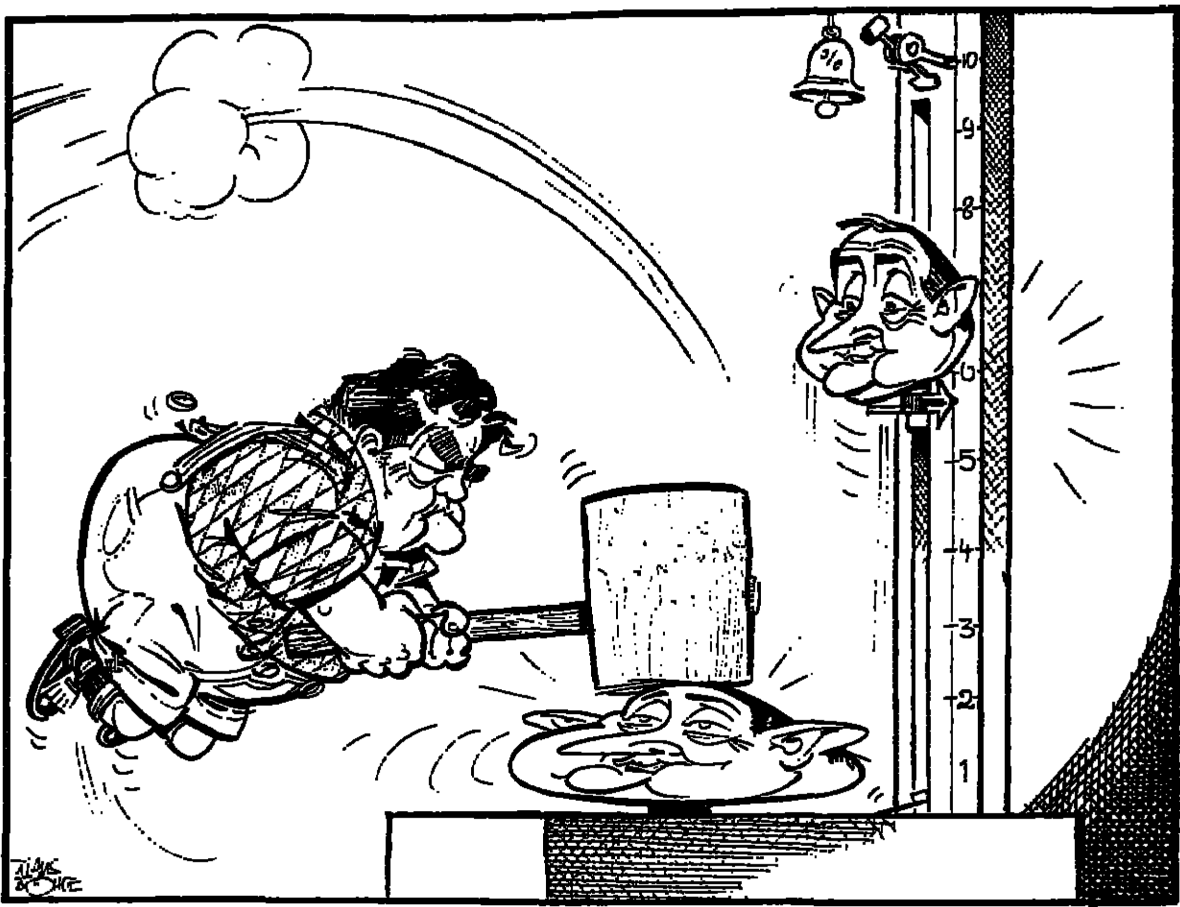
Von Carl Gustaf Ströhm

Kurz vor Weihnachten pflegen Reiselust oder Terminkalender den auch sonst reiselustigen Bundesaußenminister Genscher bevorzugt in östliche und südöstliche Gefilde zu verschlagen. Diesmal steht ein Besuch in Bulgarien auf dem Programm. Ist das wieder Selbstdarstellung in der nachrichtenarmen Zeit, wie Kritiker dem Minister gern nachsagen, oder ist Bulgarien eine Reise wert?

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien gedeihen mit und ohne Ministerreisen, so gut das angesichts der bekannten ideologisch-politischen Unterschiede eben möglich ist. Ob Parteichef Schiwkow nun doch noch nach Bonn kommen darf oder nicht, wird nicht zwischen Genscher und seinem bulgarischen Amtskollegen, sondern von Moskau entschieden. Bekanntlich hat ein Nichtbulgare namens Gorbatschow – damals noch als bloßes Politbüromitglied – den bereits reisefertigen Bonn-Besucher Schiwkow seinerzeit zur plötzlichen Absage bewogen.

Gewiß kann Genscher mit seinen Gastgebern über die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, übner Tourismus oder über europäische Sicherheit parlieren. Etwas Neues allerdings kann er von Sofia nicht erwarten. Die Bulgaren werden sich – wie alle anderen Ostblockstaaten – bei ihrem Bonner Gast über mangelnden Absatz bulgarischer Waren in der Bundesrepublik beklagen, und Genscher dürfte zusagen, sich für Sofia bei der Europäischen Gemeinschaft zu verwenden. Beide Außenminister werden einander versichern, daß die europäische Sicherheit durch gemeinsame Anstrengungen und durch den Dialog zwischen den Supermächten sowie durch Abrüstung zu gewährleisten sei usw.

Ansonsten bleiben die bulgarischen Kommunisten ihrem Rufe treu. Als jüngst der amerikanische Chefdelegierte beim Wiener KSZE-Nachfolgetreffen zu einer Schweigeminute für den in sowjetischer Haft verstorbenen Dissidenten Anatolij Martschenko aufrief, verließen zwei der östlichen Delegationen protestierend den Saal. Aber eben nur zwei: die sowjetische und die bulgarische.



KLAUS BÖHLE

Unterhaltung, im Ernst

Von Joachim Neander

Daß Frank Elstner seine Fernseh-Unterhaltungssendung „Wetten, daß ...?" im Herbst an Thomas Gottschalk zu übergeben gedenkt, verkündet er seinen einundzwanzig Millionen Zuschauern über den Bildschirm. An den Tagen davor und danach ist es Titel*schlagzeile auflagenstarker Zeitun*gen. Unterhaltung – eine deutsche Haupt- und Staatsaktion.

Andererseits, wer die Unterhaltung dort sucht, wo sich in diesem Lande die hochbedeutsamen, die tiefernsten, jedermann auf und unter den Nägeln brennenden Angelegenheiten zu versammeln pflegen, der geht häufig leer aus. Immer noch fehlt an beiden Hochschulen für Film und Fernsehen das Fach Unterhaltung. Selbst im Standardwerk „Das Fernsehen und sein Publikum" eines so vernünftigen Autors und TV-Hierarchen wie Professor Dieter Stolte fahndet man im Register zwischen „Allensbach" und „ZDF-Fernsehrat" unter 217 Stichwörtern vergeblich. Unterhaltung, lieber Himmel, natürlich, sie muß auch sein. Aber für ernsthaftes Nachdenken ist das nichts.

Wahrscheinlich steckt darin sogar ein Kern von Wahrheit. So traurig es um die deutsche Fernsehunterhaltung in vieler Beziehung immer noch bestellt sein mag – Schlimmeres könnte ihr wohl nicht zustoßen, als daß auch sie von jenen humorlosen gesellschafts- und *medienpolitischen* Bewachern heimgesucht würde, die sich in anderen Bereichen emanzipierend, kompensierend und erziehend niedergelassen haben. Der Himmel bewahre das Bundesverfassungsgericht etwa vor der Versuchung, sich in den noch ausstehenden Verfahren zu einer Definition der Unterhaltung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen hinreißen zu lassen.

Aber das hilft uns immer noch nicht über die Tatsache hinweg, daß wir hierzulande keine selbstverständliche, selbstbewußte, schöpferische und sich ständig erneuernde TV-Unterhaltung haben. Alles klammert sich an etablierte Sendungen, Sendeformen und Moderatoren. Fallen Stars wie Rosenthal, Fuchsberger oder Kulenkampff ganz oder zeitweise aus, droht Panik in den Sendern. Will Elstner mal eine Pause, muß sogleich der einzige Nachfolger festgenagelt werden, der überhaupt in Frage kommt. Und der beeilt sich dann auch, den Millionen zu versichern, er werde förderhin sein Mundwerk zügeln und sein Schuhwerk wechseln. Die Amerikaner, die auf diesem Feld sehr viel weniger Angst und sehr viel mehr Ta*lente haben, hätten daraus mit Si*cherheit einen wirksamen Gag für die erste Gottschalk-Sendung „Wetten, daß ...?" gemacht.

Zwar läßt man die Leute von der Unterhaltung inzwischen bei Podiumsdiskussionen oder Akademietagungen mitreden. Sie dürfen sogar schimpfen. Im ZDF-Jahrbuch von 1985 zum Beispiel wies einer von ihnen den bei den „Mainzer Tagen der Fernsehkritik" versammelten und einhellig-empört über die erste Folge der „Schwarzwaldklinik" herziehenden Trägern der etablierten Medienweisheit nachträglich nach, daß nur ein einziger dieser Kritiker die Folge überhaupt gesehen haben konnte. Aber es ist nicht bekannt, daß auch nur einer der Attackierten darauf reagiert hätte. So etwas wird eben nicht ernst genommen.

Vielleicht wäre dies anders, wenn die Fernsehunterhaltung sich vielfältiger und ein bißchen selbstbewußter darstellte. Wer Talk-Shows oder andere Unterhaltungssendungen im Ausland kennt, der weiß, daß dort der Erfolg meist viel weniger einseitig an der Figur oder am Typ eines bestimmten Moderators aufgehängt ist. Aus irgendeinem Grunde sind dort die Studiogäste, die Mitspieler, sogar die Zuschauer oft interessanter und witziger. Die Meisterschaft des hochbezahlten Stars besteht nicht darin, sich ständig selber als sein eigenes, von Millionen angebetetes Abziehbild zu produ*zieren, sondern in der Fähigkeit,* eben die schlummernden Talente, die verborgenen Pointen und Überraschungen aus Herrn und Frau Jedermann hervorzuzaubern. Vielleicht sind Amerikaner, Franzosen, Italiener oder Iren in der Tat spontaner, unterhaltsamer, interessanter, origineller als durchschnittliche Bewohner der Bundesrepublik Deutschland. Aber vielleicht liegt es auch an der höheren, genaueren Professionalität der Showmaster, Drehbuchautoren und Regisseure.


Wie weckt man schlummernde Talente? Elstner, als Punker verkleidete Bankdirektoren FOTO: DPA

Daß es zu wenig Unterhaltung in den deutschen TV-Programmen gäbe, kann niemand behaupten. Im Gegenteil, manchmal hat man den Eindruck, die etablierten Rundfunkanstalten versuchten, sämtliche verfügbaren Kanäle mit Unterhaltung zuzuschütten, damit ja kein Konkurrent sich in ihre geweihten Jagdgründe wage.

Aber die deutschen Entertainer müssen sich erst noch freischwimmen. Unterhaltung, hat Carl Zuckmayer gesagt, könne auch sein, einem Kind eine tickende Uhr ans Ohr zu halten. Menschen, so könnte man fortsetzen, ohne ideolo*gisch-bornierte Absicht, aber auch* ohne falsche Betulichkeit eine Zeit lang fesseln, ihnen was Interessantes erzählen, neue, gute Gefühle in ihnen wecken. Die da auf der anderen Seite des Bildschirms sitzen, sind ja keine Idioten, nicht etwa der manipulierbare Bodensatz der Gesellschaft. Der eine hat sich gerade mit seiner Frau gestritten. Der andere liest daneben seine Zeitung. Der dritte ist Professor oder Minister. Dem vierten fallen von des Tages schwerer körperlicher Arbeit die Augen zu. Was wissen wir schon von den einundzwanzig Millionen? Hochmut ist ein schlechtes Rezept. Neil Postman, der mit seiner Warnung vor dem „Sich-zu-Tode-Amüsieren" so oft zitierte amerikanische Medienkritiker, hat auch geschrieben, das Fernsehen sei gerade dort am trivialsten und deshalb gefährlichsten, wo es so tue, als sei es kulturell anspruchsvoll.

IM GESPRÄCH Ernst Mahrenholz

Links, Law and Order

Von Henning Frank

Als er bei dem Göttinger Rechtslehrer Gerhard Leibholz über die Wahlgleichheit im parlamentarischen Parteienstaat promovierte, konnte Ernst Gottfried Mahrenholz noch nicht ahnen, daß er seine berufliche Karriere einmal als „Nach-Nachfolger" seines Doktorvaters im Bundesverfassungsgericht beenden würde. Noch Anfang der siebziger Jahre sahen nicht wenige seiner niedersächsischen Parteifreunde in dem weltoffenen Sozialdemokraten den künftigen Regierungschef ihres Landes, auch wenn der Sohn eines durch und durch konservativen Biologieprofessors und Vizepräsidenten des Evangelischen Landeskirchenamtes in Hannover in seiner Partei über keine Hausmacht verfügte.


Ersatzmann für Herzog im Boxberg-Prozeß: Mahrenholz FOTO DPA

Mahrenholz, der bei dem legendären Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf als persönlicher Referent *in die Lehre gegangen war, machte* erstmals als Kirchenrechtsreferent im Kultusministerium auf sich aufmerksam. Für seine Verdienste beim Abschluß eines neuen Konkordats mit dem Heiligen Stuhl wurde er vom Papst Paul VI. zum Ritter des Ordens vom Heiligen Silvester ernannt. Und als er nach einem fünfjährigen Ausflug in den Medienbereich (Ernst Gottfried Mahrenholz war von 1965 bis 1970 NDR-Funkhausdirektor in Hannover) in den Landesdienst zurückkehrte, schien der Umstieg in die Politik schon eine beschlossene Sache zu sein. 1974 ernannte Ministerpräsident Alfred Kubel seinen wortgewaltigen Chef der Staatskanzlei zum neuen Kultusminister.

Zwei Jahre später nach der überraschenden Wahl des CDU-Politikers Ernst Albrecht zum neuen Regierungschef sah der siebenundvierzigjährige Abgeordnete seine politische Karriere als beendet an. Er trat in eine renommierte Anwaltskanzlei in Hannover ein und meldete sich im Landtag nur noch gelegentlich durch ebenso sachkundige wie geschliffene Beiträge zu Wort. Aber ehe er in seinem neuen Beruf richtig Fuß fassen konnte, brachte ihn Helmut Simon als Nachfolger von Martin Hirsch ins Gespräch. Obwohl die SPD zunächst diesen Platz im Staatsgerichtshofsenat mit dem Hamburger Senatsdirektor Claus Arndt besetzen wollte, entschied sie sich schließlich für Mahrenholz, der nicht nur in der evangelischen Kirche die gleichen Ansichten wie Simon vertrat, sondern auch weitgehend dessen politische Ansicht teilte. So war es auch nicht verwunderlich, daß er schon bald nach seinem Einzug im Zweiten Senat die Rolle übernahm, die Helmut Simon seit langem im Ersten spielt: die des linken Flügelmannes.

Mahrenholz selbst wehrt sich allerdings gegen eine solche Einordnung: „Für mich sind Law and Order so wichtig wie essen und trinken für die Menschen. Im Zweifelsfall bin ich für die Freiheit." In seinen Sondervoten zu den Entscheidungen des Staatsgerichtshofsenates geht der einstige Assistent des Staats- und Kirchenrechtlers Rudolf Smend zwar mit der Senatsmehrheit bei weitem nicht so hart ins Gericht wie sein Vorgänger Martin Hirsch. Ein Beitrag zum Rechtsfrieden sind die kritischen Anmerkungen des im persönlichen Umgang äußerst liebenswürdigen und geistvollen Niedersachsen jedoch nicht. Die in Karlsruhe Unterlegenen fühlen sich durch die Sondervoten von Mahrenholz eher bestärkt. Ob er die Erwartungen erfüllt, die die Gegner der geplanten Versuchsstrecke von Daimler-Benz bei Boxberg in ihn setzen – ausgerechnet Ernst Gottfried Mahrenholz aus dem Staatsgerichtshofsenat wurde als Ersatzmann für Vizepräsident Professor Roman Herzog, der sich selbst für befangen erklärt hatte, ausgelost –, das ist allerdings noch die Frage.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE WALL STREET JOURNAL

Die New Yorker Wirtschaftszeitung denkt über Brandts Nachfolger nach:

Wenn Rau, wie zu erwarten, die Wahl verliert, werden die Aussichten des größten Linker-Flügel-Utopisten – des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine – gestärkt, die Parteiführung zu erlangen. Der Aufstieg Lafontaines, der fest hinter der Anti-Atomwaffen-Politik des Brandt-Flügels steht, würde die Partei nach links rücken ... Wir schätzen die Rolle einer verantwortungsbewußten Linken nicht gering ein, ob an der Macht oder nicht. Das Triumvirat aus Österreichs Bruno Kreisky, Schwedens Olof Palme und Westdeutschlands Brandt hat in den letzten Jahren besonders enttäuscht. Aber das ist kein Grund, neue Richtungen auf der Linken auszuschließen. In Schweden und Österreich sind pragmatischere Führer wie Ingvar Carlsson und Franz Vranitzky hervorgetreten... Welche Richtung Westdeutschlands SPD nach Willy Brandt nimmt, das wird ein wichtiges Signal für Europa abgeben.

Kölnische Rundschau

Sie meint zum NRW-Mediengesetz:

Verärgerung herrscht bei CDU und FDP auch über die Eile, mit der das Gesetz jetzt durchgepaukt wird, vor allem, weil der einzige ihrer Meinung nach stichhaltige Grund dafür entfallen ist. Sie hatten für eine schnelle Verabschiedung plädiert, weil sie *fürchteten, daß ein als Kanzlerkandi*dat geschlagener Ministerpräsident Johannes Rau zu einer Verschärfung des Gesetzes gezwungen werden könnte. Nun hat seine Fraktion bereits vor dem Wahltag an Rau vorbei diese Verschärfung durchgesetzt.

FLENSBURGER TAGEBLATT

Es äußert sich optimistisch zum Weihnachtsgeschäft:

Den Bundesbürgern ... bringt es offensichtlich wieder Freude, Geld auszugeben. Und dieser Spaß erhöht sich keineswegs proportional zur Dicke der Brieftasche. Ob das Geld locker sitzt, ist vielmehr eine Frage der Zukunftserwartung. Bestes Beispiel: Obwohl die Zahl der Arbeitslosen am Ende des sozialliberalen Bündnisses in Bonn noch deutlich unter zwei Millionen lag, sank die private Nachfrage rapide, und die Sparneigung nahm zu ... Diese Phase ist spätestens seit dem diesjährigen vorweihnachtlichen Run in den Innenstädten Schnee von gestern.

FINANCIAL TIMES

Zu den Unruhen nach Lebensmittelpreiserhöhungen in Sambia schreibt die Londoner Wirtschaftszeitung:

Schmerzliche Reformen können nicht ohne zusätzliche Hilfen von außen durchgehalten werden, und die Belastungen werden sichtbar. Die politischen Konsequenzen sollten dem Westen Sorgen machen.

Es gibt gemeinsame Interessen Moskaus mit Teheran

Gottlosigkeit ist für die Mullahs nicht immer ein Problem / Von Jürgen Liminski

Für die Mittelost-Experten in westlichen Kanzleien wird es immer schwieriger, zwischen wahrhaft gläubigen Moslems einerseits und solchen zu unterscheiden, die zwar Turbane und Bärte tragen, aber ansonsten die Religion des Islam zur Ideologie verflachen und für politische Zwecke instrumentalisieren. Diese Schwierigkeiten hat Moskau nicht. Im Gegenteil. Die sowjetische Orient-Politik hat, nicht nur im Fall Persien, die Totale im Blick und, hinter dem Nachbarn im Süden, die berühmten warmen Meere. Ihre Strategie umfaßt Handel, Ideologie und ethnische Gegebenheiten.

Ein bevorzugtes Mittel ist der Waffenhandel. Mit ihm war schon Mitte der fünfziger Jahre der Einstieg in die Nahost-Politik gelungen, als Ägypten das sogenannte tschechoslowakische Waffengeschäft tätigte und somit den Sowjets die Tür zur Region öffnete. Nach Persien hat der Waffenfluß schon Tradition. Auch unter der Revolutionsregierung wurden ihm keine Grenzen gesetzt. Von 1979 bis 1983 lieferte die Sowjetunion Iran Waffen im Wert von rund einer Milliarde Dollar, meist über Drittländer wie Nordkorea und Libyen, teilweise aber auch direkt. Nach 1983 machte man erst mal eine kleine Pause und ließ die „Coca-Cola-Politiker" ran, wie die amerikanischen Nahost-Experten in persischen Exilkreisen neuerdings genannt werden.

Zur Zeit sind Wirtschaftsabkommen en vogue. Das läßt sich medienrechter verkaufen. So haben nach Agenturmeldungen sowjetische Fachleute ihre Arbeit bei Industrieprojekten in Iran wieder aufgenommen, und erstmals seit sechs Jahren ist wieder der „ständige sowjetisch-iranische Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit" zusammengetreten. Die Flugverbindungen sollen demnächst ebenfalls belebt werden, im Transport- und Bankenwesen werden Formen gemeinschaftlicher Beschäftigung erarbeitet, bei Fischerei und Technologie, Stahl- und Kraftwerken hat man sich offenbar auch viel zu sagen.

Noch mehr allerdings im Bereich der Verteidigung. Der stellvertretende iranische Außenminister Lariyani, der im August mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse und Staatspräsident Gromyko in Moskau zusammengetroffen war, erklärte in einem Interview mit der iranischen Zeitung „Rasalat", „sehr enge und freundschaftliche Beziehungen" zur Sowjetunion setzten keineswegs Übereinstimmungen in allen Fragen voraus. Unter dem Gesichtspunkt der Verteidigungsstrategie gebe es für Iran eine Reihe von Gründen, die Zusammenarbeit mit der östlichen Großmacht zu vertiefen. Das wird nun geschäftsmäßig und kontinuierlich betrieben. Die Kontakte laufen, ähnlich wie der iranisch-amerikanische Deal, seit geraumer Zeit und im Halbschatten der Weltöffentlichkeit.

Und die Ideologie? Im Westen hält man eine Annäherung der beiden Länder nicht für denkbar, weil der Islam die Gottlosen bekämpfe. Diese Betrachtungsweise ist prinzipiell richtig. Tatsachen und Umstände sprechen jedoch eine andere Sprache. Außerdem: Die persischen Revolutionäre werden in der islamischen Welt vielfach als Häretiker betrachtet. Das stört die Russen wenig. Sie haben schon in den zwanziger Jahren erkannt, wie die Berührungspunkte zwischen Islam und Kommunismus zu nutzen sind.

1920 fand bezeichnenderweise in Moskau der erste Kongreß der muslimischen Kommunisten statt. Lenin hat seinen Nachfolgern eine Ordnung für das asiatische Haus hinterlassen, die die späteren Generalsekretäre zu nutzen wußten. Nachdem Nasser mit den Sowjets handelseinig geworden war, wurde Mohammed für ihn zum „Imam (Vorbeter) des Sozialismus". Der arabische Historiker Salah al Munaschid bezeichnete Lenins Religionspolitik schon früh als „Bolschewisierung des Islam".

Auch bei den Revolutionären in Teheran gibt es eine Gruppe, die den Islam mehr als Herrschaftsinstrument denn als Religion begreift. Zu ihr gehören die Brüder Haschemi, die derzeit verfolgt werden, wahrscheinlich auch der Parlamentspräsident Rafsandschani, der eine Schlüsselrolle im iranisch-amerikanischen Desaster spielt und die Kontakte zu Moskau in auffallend pragmatischer Weise pflegt. Unter den Mullahs hat die kommunistische *Tudeh-Partei* eine Reihe Anhänger.

Beide Systeme, das sowjetische und das iranisch-revolutionäre, sind totalitär. Ihr gemeinsames Interesse ist die Machterhaltung. Darauf kann Moskau auch weiterhin bauen. Das gleiche gilt für Irak. Auch hier sehen die roten Autokraten lieber Autokraten, wenn auch von anderer Weltanschauung, die aber wissen, was sie wollen, und ihre Interessen ohne Rücksicht auf Menschenrechte durchsetzen, als demokratische Systeme. Und je mehr es gelingt, die Tyrannen von Moskau abhängig zu machen, um so näher kommt der Kreml seinem langgehegten Ziel, den dominierenden Einfluß in der Golf-Region auszuüben.

Beim Bohren nach Öl versickerte das Geld der Anleger

„Mega-Petrol", der kraftstrotzende Firmenname zog deutschen Anlegern 260 Millionen Mark aus den Taschen. Doch das Geld, mit dem ein Ingolstädter auf Ölsuche in den USA ging, ist versickert. Wo und auf welche Weise versucht ein Münchner Gericht zu klären. Angeklagt wegen Betrugs ist der Initiator und ehemalige Geschäftsführer der Gesellschaft, Ernst Willner.

Von PETER SCHMALZ

Die Drehbuchautoren der öligen Erfolgsserie „Dallas" haben dem Vernehmen nach schon vorgesorgt für den Fall, daß einmal alles daneben geht mit der Familie der Ewings und weitere Fortsetzungen nicht mehr zu verantworten sind: Dann wird der Clan geschlossen in ein Flugzeug gesetzt und durch einen Absturz dem Finale zugeführt. In einem Feuerball aus Kerosin könnte somit das Leben derer von der Southfolk-Ranch dramatisch verglühen.

Dadurch scheint vorgesorgt, daß J. R., das lachende Ekel, niemals eine ähnlich erniedrigende Rolle spielen muß, wie sie jetzt einem Mann zugewiesen ist, der mit Öl-Millionen jonglierte und dessen Geschäfte als „weiß-blaue Dallas-Affäre" in die Schlagzeilen geriet. Erbärmlich und den Dallas-Fans nicht zuzumuten wäre es, müßte J. R. Ewing aus der Untersuchungshaft vorgeführt werden, auf der Anklagebank im Sitzungssaal B 173 des Münchner Justizgebäudes Platz nehmen und eine Stunde lang stumm zuhören, wie Staatsanwalt Dieter Schlögel 41 Seiten Anklageschrift verliest und von einem fortgesetzten Vergehen des Betrugs spricht.

Ernst Willner, dem 49jährigen Initiator des bayerischen Dallas aus der Raffineriestadt Ingolstadt, bleibt dieses Schicksal nicht erspart. Bis weit ins nächste Jahr hinein will die 3. Strafkammer beim Landgericht München I ergründen, was strafbar war an den Umständen, die dazu führten, daß 2000 mehr oder minder betuchte deutsche Anleger 260 Millionen Mark in amerikanischen und kanadischen Ölfeldern versickern sahen und selbst die renommierte Bayerische Landesbank bei diesen windigen Ölgeschäften Kredite über 30 Millionen Mark verlor. War etwa der kraftstrotzende Firmenname „Mega Petrol" das schönste an dem ganzen Unternehmen?

Gestern morgen, während Willners ehemaliger Geschäftsführer Karl Georg Hartmann dem Gericht einen Crash-Kurs im kleinen Öl-Einmaleins lieferte, vom sehr wachshaltigen Öl des Blue-Bell-Feldes plauderte und auch zu erkennen gab, daß nicht jeder Big Elephant, wie Insider ein hoffnungsvolles Ölfeld nennen, das hält, was man von ihm erwartet; während also Herr Hartmann stundenlang am Stück doziert, schon auch mal dem Gericht einen englischen Brief ins Deutsche übersetzt und sich überhaupt gegen den Vorwurf verwahrt, er habe ein dreistelliges Millionensümmchen beiseite geschafft (weshalb auch er in Untersuchungshaft sitzt), hat sich Willner tief ins Aktenstudium versenkt. Er blättert vor und zurück, macht sich eifrig Notizen und vermittelt im seriösen Dunkelblau den Eindruck eines Managers, der die Jahresabschlußbilanz vorbereitet.

Und mit Bilanzen aller Art, das kann keiner bestreiten, kennt sich der von Statur kleine Mann aus. Als Sproß einer Ingolstädter Kaufmannsfamilie bastelte der gelernte Maschinenbau- und Wirtschaftsingenieur an immer neuen Firmen. 1970 etwa ließ es sich Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann nicht nehmen, Willner beim Stapellauf der „Cosima-Reederei" zu assistieren. Flugs wurde der dynamische Unternehmer zum „bayerischen Onassis" ernannt, doch Jaumanns Hoffnungen, Bayerns weißblaue Rauten auf den Weltmeeren flattern zu sehen, zerschlugen sich bald. „Frachtraten und Dollarkurs sanken, der Ölpreis aber stieg", umschrieb Willner den Grund, weshalb er als Reeder auf Grund lief.

Doch in der Begründung des Desasters hatte er das Objekt seiner künftigen Tätigkeit genannt: Der haussierende Ölpreis versprach ein sprudelnder Quell künftigen Reichtums zu sein. Angebohrt wurden zunächst jedoch deutsche Anleger. Schon der Start mit „Mega Petrol Canada I" brachte 44,5 Millionen Mark, durch vier weitere Fonds kamen nochmals 230 Millionen hinzu, was für Willner schon deshalb ein beachtlicher finanzieller Erfolg war, weil er sich 22 Prozent Provision gesichert hatte.

Mit dem dreistelligen Millionenbetrag sollten Ölfelder in Nordamerika erschlossen werden. Ein Traumgeschäft schien den Anlegern bei dieser von „Mega-Petrol" als risikoarm bezeichneten Investition zu winken: Für die Jahre '79 bis '83 garantierte Willner eine Mindestverzinsung von


Im Januar stellte sich Ernst Willner der Polizei, seitdem ist er in Haft FOTO. DPA

15 Prozent, weil aber sicher drei von vier Bohrungen fündig werden würden, könnten sogar 25 Prozent Zinsen erwartet werden. Niederschmetternd ist das Urteil, das Staatsanwalt Schlögel über diese Versprechungen fällt: „Sämtliche dieser gegenüber den Anlageinteressenten im Prospekt und in Werbeschreiben aufgestellten Behauptungen waren falsch."

Fündigkeitsquote wie angegebene Ausschüttungserwartungen seien irreal und frei erfunden gewesen, die vorliegenden Öl- und Gasexplorationen bedeuteten entgegen der Werbetexte eine „äußerst spekulative Kapitalanlage", meint der Ankläger und wirft dem Mega-Petrol-Management eine Art verbotenes Schneeballsystem vor: Weil die versprochenen Zinsen nicht erwirtschaftet werden konnten, wurden sie aus den Anlagegeldern neuer Fonds genommen.

Wegen dieser Machenschaften sitzen neben Willner auch seine einstigen Geschäftsführer Karl Georg Hartmann und Wolfgang Steinbauer auf der Anklagebank. Der vierte im Bunde ist eher eine schillernde Randfigur: Heinz Hartwig, einst beim Vertrieb von Haarwuchsmitteln und Gesundheitspillen auf Jahrmärkten mit der Justiz schon mehrfach in unliebsamen Kontakt gekommen, half beim Placieren der Fondsanteile und kassierte dabei beachtliche Provisionen.

Allein im zweiten Halbjahr 1980 fielen für Hartwig 2,95 Millionen Mark ab. Es war das Jahr, in dem „Mega-Petrol" mit 29,8 Millionen Mark noch längst nicht den höchsten Bilanzverlust ihrer jungen Firmengeschichte aufwies.

Folgt man aber den Aussagen Willners, dann war das die Zeit, als er längst Einfluß und Überblick über sein Ölgeschäft verloren hatte – und das ausgerechnet an einen Mann, mit dem ihn einst engste Wirtschaftsbeziehungen verbanden. „Er hat mir und den Kommanditisten das Mega-Vermögen in betrügerischer Weise gestohlen", klagt der Angeklagte an. Nur: Der Staatsanwalt konnte sich solcher Betrachtungsweise nicht anschließen, denn der von Willner Beschuldigte wird in diesem Prozeß ausschließlich als Zeuge geführt. Karl Schleicher heißt er, kommt ebenfalls aus Ingolstadt und brachte das Meisterstück zustande, von seinem ehemaligen Lehrherrn Rudolf Rosner die nach diesem benannte und florierende Hosenfabrik zu übernehmen.

Ein Komplott sei es gewesen, das Schleicher gemeinsam mit Hartmann hinter seinem Rücken geschmiedet hatte. Als er wegen einer Salmonellenvergiftung, die er andeutungsweise mit einem vorangegangenen Besuch bei Schleicher in Verbindung bringt, im Krankenhaus lag, habe ihn Schleicher Verträge unterzeichnen lassen, deren Konsequenz vom Angeklagten zweifach geschildert wird: Zum einen habe er, Willner, die Herrschaft über Mega-Petrol verloren, zum anderen habe Schleicher Kontakte zur Bayerischen Landesbank aufgenommen, die schließlich sogar mit 30 Millionen Mark Kredite den Ölsuchern unter die Arme griff.

Der Bank geschah deshalb, was Bankern meist peinlicher ist als der Verlust einiger Millionen: Die Landesbank geriet in die Schlagzeilen, ihr Präsident, der einstige bayerische Kultus- und Finanzminister Ludwig Huber, mußte um seine anstehende Wiederwahl bangen und die SPD hoffte mit Hilfe eines Untersuchungsausschusses im Landtag Licht in das zu bringen, was sie den „schwarzen Bayernfilz" nannte.

Doch die CSU fand nichts als ein paar Formfehler der Bank, und Huber steht dem staatlichen Geldinstitut für mindestens weitere fünf Jahre vor. Die Bank mußte sich aber den Vorwurf gefallen lassen, durch ihren Namen einem Schneeballsystem Hilfestellung geleistet zu haben. Sie stehe, so der Informationsdienst „Kapitalmarkt-intern" gegenüber den Anlegern „zumindest in der moralischen Hauptverantwortung".

Um die geht es aber nicht im Sitzungssaal B 173, wo gute 150 rote, grüne, weiß und blaue Aktenordner in graugrünen Regalen hinter der Richterbank den Eindruck vermitteln, die Strafkammer habe sich in die Registratur verirrt. Es wird ein mühsamer Weg zur Wahrheitsfindung, wenngleich der angeklagte Ölexperte Hartmann gestern dem Gericht eine ziemlich simple Erklärung für den komplizierten Schlamassel liefert: Eingestiegen sei man in einer „außerordentlich heißen Phase", inzwischen aber seien die Werte von Bohrrechten, in denen das Mega-Petrol-Vermögen steckte, „weitgehend verfallen". Das aber, fügt Hartmann hinzu, könne sich wieder ändern: Wenn der Ölpreis nur kräftig steigt. Davon also träumen die weißblauen Ewings im bayerischen Dallas.

Die Krumbacher Andacht oder Ein Dichter kommt

Der Lyriker Reiner Kunze, eher einer der Stillen im Lande, feiert regelrechte Triumphe beim Publikum. Über 50 Lesungen hat er in diesem Herbst absolviert. Die Hörer feiern ihn mit stehenden Ovationen. Warum? Die WELT beobachtete Kunze im mittelschwäbischen Krumbach.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

In Krumbach pilgern die Menschen an diesem regenverhangenen Sonntag morgen kaum in die Kirchen, obwohl man fromm ist hier unten im westlichen Bayern, fast unmittelbar an der Grenze zu Baden-Württemberg, 50 Kilometer etwa hinter Ulm. Nein, nicht der katholische Geistliche (85 Prozent der Krumbacher sind Katholiken) noch die evangelische Gemeinde haben an diesem Morgen die Seelen ihrer Schäfchen unter Kontrolle – der Dichter Reiner Kunze lockt nicht weniger als 500 Krumbacher (von 11 700) in den „Stadtsaal". Der Andrang ist so groß, daß die Veranstalter aus dem Häuschen geraten. Es gibt fast eine Viertelstunde Verspätung. Und der Volkshochschul-Direktor wundert sich: „Sogar die Grünen sind gekommen."

Und das ist erstaunlicher, als man glaubt; denn immerhin hatte der CSU-Landesgruppen-Vorsitzende Theo Waigel, der acht Kilometer von Krumbach entfernt wohnt, den Dichter überredet, nach Krumbach zu kommen. Wenn man bedenkt, daß Kunze in den letzten Jahren 1500 Einladungen zu Lesungen abgelehnt hat, weiß man die „Überredung" zu schätzen. Die Tatsache, daß Bayerns Ex-Kultusminister Hans Maier eigens von München nach Schwaben geeilt ist, um den Dichter einzuführen, gibt der Lesung einen Hauch von Wahlkampf. Oder wollte man nur Franz Josef Strauß ein wenig am geistigen Ohr ziehen?

Dann aber wird es doch eine ganz „normale" Dichterlesung. Oder sollte man sagen: Eine Krumbacher Andacht, ein Sonderereignis, von dem man hier lange noch sprechen wird? Begrüßungsrede, Haydn-Klänge vom Augsburger Gitarren-Trio, zwei Minuten lang demonstrativer Beifall für den Ex-Kultusminister.


„Sanfte, leise Unerbittlichkeit": Reiner Kunze
FOTO. BRIGITTE FRIEDRICH

Man nimmt es Hans Maier auch nicht übel, daß er ein wenig über die Köpfe hinwegspricht: „Kunzes Lyrik zeichnet sich durch die Kohärenz aus, ein wichtiges Erkenntniszeichen moderner Lyrik, die sich weniger durch nacherzählbare Inhalte als durch Zusammenhang und Zusammenhalt der Bilder charakterisiert."

Und dann schließlich Kunze selbst. Sofort wird einer der Gründe erkennbar, warum dieser Mann sein Publikum, gleich welcher geistigen Heimat, so nachhaltig bewegt. Kunze, obwohl sichtlich alles andere als ein gewandter, publikumssicherer Rhetoriker, schiebt das Redner-Pult weg, stellt sich offen dem Saal. Er ringt sich das ab, er stellt sich, obwohl es ihm schwerfällt.

Er nimmt sein Publikum ernst, ganz gleich, ob in Krumbach oder in Bonn. Er weiß, daß es den Krumbachern feierlich ist an diesem Sonntag morgen. Und er wendet das ab, ohne jemandes Gefühle zu verletzen: Er läßt die Leute über Reiner Kunze lachen. Er erzählt die Geschichte, wie er ein Haus so perfekt angestrichen hat, daß die Bauern seines Dorfes ihn für einen Anstreicher hielten und an seiner eigentlichen Position zu zweifeln begannen: „Was sich heute so alles Schriftsteller nennt ..."

Hans Maier hat über Kunze gesagt, es eigne ihm eine „sanfte, leise Unerbittlichkeit". Und das trifft wohl genau den Kern: Auf geradezu schüchterne Weise überredet Kunze sein Publikum, eine andere, unerwartete Haltung anzunehmen. Er überredet die Kinder („Der Löwe Leopold"), indem er zum Beispiel die Geschichte des Tons „Dis" erzählt, der glaubt, auf ihn käme es nicht an, und der daraufhin überall Unfrieden auslöst. Ganz zwangsläufig, ohne hehre Moral oder pädagogischen Eros bringt Kunze den Ton und sein Publikum dahin, sich auf den Platz zu begeben, an dem man gebraucht wird. Und: „Auf jeden Ton kommt es an, vor allem in der Erinnerung eines Kindes."

Kunzes Haltung, Kunzes Themen, Kunzes Sprechweise haben ganz offenkundig, so paradox das klingen mag, etwas Unzeitgemäßes, das die Leute überwältigt. Auch in Krumbach ist das so: Kunze gibt dem, was er liest, die Note des persönlich Durchlittenen. Kein Text ohne Anlaß. Daß er Gedichte und Feuilletons des tschechoslowakischen Dichters Jan Scácel liest, hat den Anlaß, daß dieser 65 Jahre alt wird, und den Grund, daß Kunze gern den Stillen zu Sprache und Wirkung verhilft.

Daß er aus seinem Prosaband „Die wunderbaren Jahre" liest, hat das Jubiläum des zehnjährigen Erscheinens zum Anlaß. Der Grund aber: Kunze erinnert an die „DDR", aus der er 1977 kam, und von der er möchte, daß sie als deutsche Gegenwart in Erinnerung bleibt. Und schließlich: Kunze liest Liebesgedichte mit der ganz und gar privaten Begründung, daß er 25 Jahre mit seiner Frau (die ausnahmsweise mal im Publikum sitzt) verheiratet ist; aber der dahinterliegende Grund: Kunze möchte die Kraft und den Sinn einer Beziehung faßbar machen, die kaum aktuell zu sein scheint. Zitat: „Stirb früher als ich, um ein weniges früher. Damit nicht du den Weg zum Haus allein zurückgehn mußt."

Das ist eine ungewöhnliche Perspektive für ein Liebesgedicht, das doch eher mitten im Leben stehen sollte. Aber diese Perspektive „überwältigt" (Maier), sie zeugt von Sorgfalt im Umgang mit Menschen und von einer stolzen Schwermut, die umso nachhaltiger wirkt, als sie fern aller selbstmitleidigen Larmoyanz ist.

Und so erleben diese Leute in Krumbach einen Sonntag morgen ganz eigener Prägung. Feierlich war man gekommen und hatte plötzlich gelacht. Und es hatte jemand die Krumbacher überredet, sich mit sich selbst einzulassen. Der Beifall scheint überhaupt kein Ende zu nehmen.

Moskau gastronomisch: Was steht denn auf dem Herd?

Wer in die Geheimnisse der Moskauer Gastronomie eindringen will, stellt bald fest, daß hier wenig Geheimnisvolles zu finden ist. Die Stärken russischer Kochkunst sind eher vor und nach dem Hauptgericht zu probieren. Was einem immer wieder auf den Magen schlagen kann, ist liebloser Service.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Wer seine Gäste liebt, kocht in Moskau selber. Manchmal ist es aber unumgänglich, in einem der wenigen Restaurants der Acht-Millionen-Stadt zu speisen. Der Tisch im Lokal ist tunlichst lange vorbestellt, denn sich für einen Restaurant-Besuch kurzfristig zu entscheiden, ist mehr als riskant. Trotzdem gibt es Abend für Abend vor Moskaus raren Restaurants selbst bei Minusgraden immer eine Schlange von Wartenden, die oft eine Stunde lang ausharren müssen.

Sitzt man an seinem vorbestellten Tisch, so gilt es, sich vor allem mit Geduld zu wappnen. Bei knurrendem Magen kann man den real existierenden Sozialismus hautnah erleben. Denn die Kellner in russischen Restaurants, keiner Konkurrenz ausgesetzt, denken gar nicht daran, sich zur Freude der Gäste drinnen und draußen zu beeilen. Also wartet man. Warten müssen alle, der Arbeiter vom Sil-Werk ebenso wie der Kommandant der Hofbrigade oder der Ausländer.

Kulinarische Erwartungen heißt es zu dämpfen, denn sie sind hierzulande wahrlich nicht die treibende Kraft für einen Restaurant-Besuch. Wohin sich Auge und Nase wenden, wo auch immer Zunge und Gaumen Vielfalt suchen, einer steht immer hinter der Menü-Karte: Stroganoff.

Moskauer Greenhorns kann man daran erkennen, daß sie umständlich die lange dreisprachige Speisekarte hin- und herdrehen und mit Akribie eine Menü-Folge zusammenstellen. Die Wahl scheint zur Qual zu werden. Doch in der Regel sind fast alle Gerichte „aus". Speisekarte und Speise verhalten sich wie Theorie und Praxis. Gewiefte Moskau-Besucher ignorieren von vornherein diese potemkinschen Speisekarten, fragen den Kellner klipp und klar, welches Hauptgericht heute auf dem Herd brutzelt. Und dann wird gegessen, was auf den Tisch kommt. Und das ist selten ein Hochgenuß.

Der Restaurant-Besucher ist daher gut beraten, wenn er seinen Appetit vor allem an Vorspeisen, den „Sakusski" stillt: kalter Fisch, Lachs und Stör, kalter Schweinebraten, Eier, grüne Zwiebeln, mitunter Salat und dann und wann roter oder schwarzer Kaviar.

Bei dem Stichwort Kaviar leuchten die Augen der Westler. Geistert doch bei ihnen die kulinarische Vision durch den Kopf, daß Kaviar hierzulande für einen Spottpreis in jedem Geschäft zu erstehen sei und gewissermaßen die Grundnahrung der Sowjetbürger bilde. Das Gegenteil ist der Fall. Kaviar gibt es nur in Devisenläden, und zwar zu einem Preis, der bei weitem höher liegt als etwa in der kulinarischen Abteilung bei „Hertie" in München. Wenn internationale Kongresse in Moskau stattfinden, gibt es selbst in den Restaurants der Millionenstadt überhaupt keinen Kaviar, nicht einmal den billigeren roten vom Lachs.

Im Umgang mit Pilzen sind die Russen Meister

Zu den raren Sternen der sowjetischen Gastronomie gehören die Pilz-Gerichte. Die Russen sind wahre Meister im Umgang mit Pilzen. Hier sollte man immer zugreifen, ob kalt und mariniert oder warm und überbakken. Pilze und das russische Brot, das immer frisch auf dem Tisch steht, haben die revolutionären Weltläufte heil überstanden. Nicht zu verachten sind auch die Suppen des Landes: Schtschi, Borschtsch, Fisch- und Fleischsoljanka.

Einigermaßen gesättigt kann sich der Gast nun an das Hauptgericht wagen: populär das „Schnitsel", das kein Schnitzel ist, sondern paniertes Hühnchen. Für das angebotene „Antrikot" (Entrecôte) heißt es, starke Kiefer mitzubringen. Sehr beliebt ist das „Kotlety po Kijewskij", mit Fett gefüllte Taschen aus Hühnerbrust. Ein tückisches Hauptgericht für Neulinge – spritzt doch beim ersten Schnitt das heiße Fett garantiert auf die Krawatte des verdutzten Gasts.

Jede Speisefolge sollte man mit der beliebten Moskauer Eiscreme beenden. Jeder Russe im Ausland träumt von diesem „süßen Leben" in der Stadt an der Moskwa. Locker, weich, weiß, süß zergeht die Creme auf der Zunge. 100 Gramm Kognak, den armenischen, mit Kaffee dazu geschlürft, lassen sogar die obligate, laute Musikkapelle fast vergessen.

Erfreuliche Ausnahmen in der kulinarischen Eintönigkeit bilden in Moskau einige Spezialitäten-Restaurants aus den Sowjet-Republiken. Voran das kaukasische „Aragwi" auf der Gorki-Straße. In alten Kellergewölben ißt man hier wie ein König – wenn man in Begleitung eines Georgiers ist. Hier gibt es Hammelspieß „Kebab", knusprig gebackenen Käse mit warmem Fladenbrot oder Huhn in Nuß-Sauce (Sahiwi). Und auch die Weine sind gut, die von schwarzäugigen, feurigen Kellnern serviert werden. Wenn man allerdings allein kommt und kein Georgier ist, wird man gerupft und ausgenommen und geht eher hungrig heim.

Gut speist man auch im aserbeidschanischen „Baku", ebenfalls auf der Gorki-Straße. Im „Prinzessinnen-Raum" mit Springbrunnen, Buntglas-Fenstern und Messinglampen, sollte man vor allem Schaschlik in jeder Variante probieren, ebenso wie die „Golubtsi", Fleisch und Reis in Weinblätter gehüllt, im Ofen gebacken.

Als der Chianti ausging, gab es als Ersatz Campari

Seit kurzem gibt es in Moskau drei Pizzerien. Sie bilden zwar keine kulinarischen Fixsterne, bieten aber Abwechslung. Sie sind vor allem bei den jungen Moskowitern sehr beliebt. Als in der Pizzeria am Kutusowsky-Prospekt kürzlich der Rotwein ausgegangen war, offerierte man den Gästen kurzentschlossen Campari in Flaschen nach der Devise „rot und aus Italien". Die jungen Leute tranken ihn wie Wein ohne Vorwarnung und ohne Wasser. Die Stimmung im Lokal stieg hoch und höher, so daß schließlich Ordnungshüter einschreiten mußten. Die Bedienung wunderte sich und offerierte weiterhin Campari anstelle von Chianti.

Matthiesen für Bußgelder bis in Millionenhöhe

dpa, Bonn

Nach der Rheinvergiftung in jüngster Zeit hält der Vorsitzende der Finanzministerkonferenz, der Hamburger Finanzsenator Horst Gobrecht (SPD), strengere Haftungsbestimmungen für dringend erforderlich. Es dürften nicht immer neue Altlasten produziert werden, deren Sanierung in den kommenden Jahren der Staat finanzieren müsse, sagte Gobrecht. Für die Beseitigung solcher Altlasten sei ein bundeseinheitliches Finanzierungskonzept federführend vom Bundesumweltminister zu erarbeiten, bei dem die Industrie ihren Beitrag leisten müsse.

Nordrhein-Westfalen will der Sonderkonferenz der Umweltminister morgen in Bonn verschärfte Gesetze gegen kriminelle Umweltsünder vorschlagen. Dazu gehört auch eine Änderung des Haftungsrechts. Der nordrhein-westfälische Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) sagte, wenn die zur Zeit völlig unzureichende Gesetzgebung in Bonn nicht zur Debatte stehe, „dann wäre das gleichbedeutend mit dem Scheitern der Konferenz".

Das Haftungsrecht will Matthiesen nach japanischem Vorbild so ändern, daß die „Beweislast" umgekehrt wird: Nicht mehr der geschädigte Bürger müsse den mutmaßlichen Verursacher überführen, sondern der Beschuldigte müsse seine angebliche Unschuld nachweisen. Bußgelder bei Verstößen gegen die Meldepflicht sollten künftig „auf Millionenhöhe hinaufgeschraubt werden", im Strafrecht müsse die zu späte Meldung eines Störfalles als „Straftat, als kriminelle Handlung" eingestuft werden.

Stoiber: Ein Abend der Agitation

dpa, München

Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, hat die ARD-Sendung „Ohne wenn und aber" des Hessischen Rundfunks vom 8. Dezember scharf kritisiert. Die Sendung habe aus dem Tag der Menschenrechte einen „Abend der Agitation" gemacht, schrieb Stoiber nach Mitteilung der Staatskanzlei gestern dem Intendanten des Bayerischen Runkfunks (BR), Reinhold Vöth. Unter dem Deckmantel der Menschenrechte sei versucht worden, den Freistaat Bayern über die ARD-Schiene mit haltlosen Vorwürfen einzudekken, das Recht zur Gegenrede sei in jedem Falle mißachtet worden, so Edmund Stoiber.

Stoiber kritisierte vor allem, daß rechtmäßige Polizeieinsätze – etwa im Zusammenhang mit der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wakkersdorf – sowie die demokratisch beschlossene Regelung eines Selbsteintrittsrechts der übergeordneten Behörde gegenüber der Kreisverwaltungsbehörde in eine Reihe gestellt worden seien mit nationalsozialistischen Gewalttaten oder einer im Detail gezeigten blutigen Hinrichtung in einem afrikanischen Land. Diese Sendung verstoße gegen die Gebote der Sachlichkeit und Wahrheit.

„Brigadisten"-Streit geht in neue Runde

gü. Stuttgart

Der Fall der drei Ulmer Nicaragua-„Brigadisten", deren Status als Kriegsdienstverweigerer kürzlich bestätigt wurde, obwohl sie während ihres Aufenthalts in Mittelamerika zeitweilig Waffen getragen hatten, wird neu aufgerollt. Auf Anfrage der WELT kündigte der Leiter des Kreiswehrersatzamts Ulm, Ulrich Gauger, gestern an, daß seine Behörde gegen die Entscheidungen des örtlichen Prüfungsausschusses Widerspruch einlegen werde. Die vermeintliche Nothilfesituation, die dem Trio in erster Verwaltungsinstanz zugestanden war, sei „vorhersehbar" gewesen, meinte Gauger. Von einem Kriegsdienstverweigerer aber könne man erwarten, daß er solchen Situationen aus dem Weg geht.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Im Stammland Raus setzt SPD auf Strauß-Slogan

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Mit farbigen Herzchen, einem poppig verfremdeten Weihnachtsstern und dem überlebensgroß gemalten Landesvater-Image von Johannes Rau will die nordrhein-westfälische SPD eine letzte Kraftanstrengung unternehmen, um die Bundestagswahl nicht zum persönlichen Debakel für ihren angeschlagen wirkenden Kandidaten werden zu lassen. Darum ziehen in den restlichen Adventstagen Tausende von Parteihelfern wie Sternsinger von Haus zu Haus und überbringen Grüße des Düsseldorfer Ministerpräsidenten, dessen von Herzen und Weihnachtssternen umrankte schlichte Botschaft lautet, „richtig zu wählen". Für alle die Bürger, denen spätestens mit der Unterschrift ihres Regierungschefs, der während der Feiertage in den Bergen Oberbayerns Ruhe sucht, noch nicht die richtige Wahl-Erleuchtung naht, sind bereits Plakate im Druck. Sie werden dann die unmißverständliche Frohbotschaft künden, man müsse Rau, den netten Mann aus Wuppertal-Barmen, schon deswegen wählen, „damit einer von uns Bundeskanzler wird".

In der letzten Wahlkampf-Phase im Januar wollen dann die aus dem Bonner Ollenhauer-Haus ins vertraute Düsseldorf geflüchteten Rau-Helfer Wolfgang Clement und Bodo Hombach das bei der Landtagswahl einst im Mai 1985 so erfolgreiche „Wir-Gefühl" der Identität von Partei und SPD-Stammland noch einmal kräftig hochputschen. Während aber im Frühjahr 1985 Hombachs Anleihen bei CSU-, Jimmy Carter- und Ronald Reagan-Kampagnen noch verfremdet wurden, will man diesmal ganz ungeniert eine Strauß-Parole auf Nordrhein-Westfalen ummünzen. In direkter Anlehnung an den CSU-Slogan: „Bayern-CSU-Strauß – drei Begriffe, eine Kraft" kommt die SPD nach Silvester mit der Formel: „NRW SPD RAU – Die Kraft für Deutschland".

Diese Mißachtung jedes politischen Copyrechts ist aber nicht nur Ausdruck des desolaten Zustands der SPD fünf Wochen vor der Wahl, den inzwischen auch Infas-Chef Klaus Liepelt nicht mehr beschönigen mag. Da auch im engsten Kreis um Rau niemand mehr an ein Wahlwunder im Januar glauben will, planen die Düsseldorfer Parteistrategen längst für die Zeit nach dem 25. Januar. Nach diesem Konzept müsse dann die bis 1990 gewählte Regierung Rau die drei Jahre nutzen, um die SPD Nordrhein-Westfalens „mehrheitsfähig" zu halten und gleichzeitig der „von Ideologen beherrschten Bundespartei" von Düsseldorf aus die Kraft zurückgeben, in der Bundesrepublik durch Positionen der politischen Mitte langfristig wieder mehrheitsfähig werden zu können.

In diesem sozialdemokratischen Szenario spielt die CDU Kurt Biedenkopfs keine Rolle mehr, da sich diese Partei „ja wohl erkennbar selbst aufgeben hat und von der Unionsführung in Bonn ähnlich ernst genommen wird wie wir die SPD Bayerns nehmen", so ein Vertrauter Raus zur WELT. Gefährden könne daher die sozialdemokratische Macht in ihrer Trutzburg Düsseldorf nur die SPD selbst. Darum sei der „Ergänzungswahlkampf" der SPD an Rhein und Ruhr in der Hauptsache innerparteilich zu verstehen, wie auch Raus Slogan „Versöhnen statt spalten" immer „in erster Linie an die Genossen draußen formuliert worden ist, auch wenn sich viele leider nicht angesprochen gefühlt haben."

Aufgeregtheiten um eine Gesamtschule in Freiburg

Konflikt mit Kultusministerium / Eine Versuchsphase läuft aus

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Rund 16 Jahre nach dem Start der ersten Versuchsballons schien in Baden-Württemberg das Thema Gesamtschule in aller Stille von der Tagesordnung zu verschwinden. Dafür, daß es nun anders kam, sorgte unverhofft die Staudinger-Gesamtschule in Freiburg, eine von ehemals sieben integriert-differenzierten Modellschulen im Land. „Mit allen anderen war ein vernünftiges Gespräch möglich", sagt Jürgen Beck, Pressesprecher im Kultusministerium. Mit den Freiburgern sei's nicht möglich gewesen: Sie wollen den status quo ohne jeden Abstrich über die Zeit retten. Unterschriftensammlungen und „Mahnwachen" vor dem örtlichen Oberschulamt hat der Konflikt schon hervorgebracht. Und eine Demonstration im Zentrum der Macht, zu der Eltern, Schüler und Lehrer per Sonderzug nach Stuttgart gereist waren. Ähnlichen Aktionismus hatten zuletzt in der Landeshauptstadt nur die Studenten zweier in Auflösung begriffener Pädagogischen Hochschulen entfaltet.

Dabei ist die Sache kaum den Pulverdampf wert, der sich über dem Stadtteil Haslach, einem sozialen Problemgebiet Freiburgs, zusammengebraut hat. Klar ist: Die zeitlich von vornherein befristete Versuchsphase läuft mit dem Ende dieses Schuljahrs unterbittlich aus. Klar ist aber auch, daß sich am Charakter der Staudinger-Schule, ebenso wie an dem zweier anderer Modellschulen in Heidelberg und Mannheim, im Prinzip nichts ändert.

Garantie für Bestand

Alle drei bleiben, gemäß dem Votum von Schulträger und Elternschaft, integriert-differenzierte Gesamtschulen und erhalten die begehrte Bestandsgarantie, indem sie als „Schule mit besonderem Angebot" im baden-württembergischen Schulgesetz verankert werden. Und weil der Ganztagesbetrieb aufrechterhalten werden soll, bleibt es auch bei dem bisherigen Zuschlag von 22 Lehrerdeputaten, die jährlich rund 1,3 Millionen Mark kosten. Und es bleibt bei den am Gymnasialniveau ausgerichteten Sachkostenbeiträgen des Landes. „Die Freiburger Gesamtschüler", sagt Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder, „gehören damit zu den teuersten Schülern im Land".

Dennoch wird um zwei Spezialitäten des Modellversuchs seit Ende November erbittert gerungen. Zum einen sollen nach dem Willen Mayer-Vorfelders die Stellen für die sozialpädagogische und psychologische Betreuung der Schüler (128 000 Mark Personalkosten im Jahr) künftig vom Schulträger finanziert oder auf die ordentliche Lehrerausstattung angerechnet werden. Zum anderen soll die „kollegiale Schulleitung", ein 15köpfiges Gremium aus Lehrern, Eltern und Schülern, das seinen eigenen Vorsitzenden wählt, einem vom Oberschulamt bestellten Schulleiter weichen. „Das Schulgesetz", betont der Minister, „sieht nur einen verantwortlichen Schulleiter vor". Allein in Freiburg habe man sich auf ein Alternativexperiment „auf Zeit" eingelassen.

Kostspielige Mutation

Mit den Experimenten war das in Baden-Württemberg ohnehin so eine Sache. Von ursprünglich sieben Gesamtschulen, die in den frühen siebziger Jahren versuchsweise eingerichtet wurden, sind vier vorzeitig vom fahrenden Modellzug abgesprungen, ohne daß eine breitere Öffentlichkeit davon Notiz genommen hätte. Die Tübinger Gesamtschule verwandelte sich schon 1983 in ein Schulzentrum mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium; aus den integriert-differenzierten Gesamtschulen in Weissach, Weinheim und Stuttgart wurden in den Folgejahren, ebenfalls auf eigenen Wunsch, konventionell gegliederte Schulverbunde mit gemeinsamer Schulleitung.

Zumindest in Weinheim war das eine kostspielige Mutation: Der als großräumige Lernfabrik angelegte Gebäudekomplex muß mit einem Kostenaufwand von rund 16 Millionen Mark umgebaut werden. Andernfalls, so heißt es, sei ein geregelter Unterrichtsbetrieb, getrennt nach Schularten und Klassenverbänden, nicht möglich.

EKD-Beauftragter für Vertriebene

mj. Hannover

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat den württembergischen Landesbischof Hans von Keler zu seinem neuen Beauftragten für Aussiedler- und Vertriebenenfragen bestellt.

Mit der gestern vom EKD-Kirchenamt in Hannover mitgeteilten Berufung greift der Rat auf Erfahrung des aus Bielitz/Westkarpaten stammenden Bischofs im zwischenkirchlichen deutsch-polnischen Dialog zurück. Seitens der Vertriebenenverbände war in jüngerer Zeit wiederholt die Bitte um erhöhte Aufmerksamkeit für die Aussiedler- und Vertriebenen-Seelsorge an die EKD herangetragen worden. Keler übernimmt den Aufgabenbereich von Probst Horst Schubring, der vor einigen Monaten ausgeschieden war.

Ein Museum für Arbeitsschutz

dpa, Dortmund

Ein Deutsches Arbeitsschutzmuseum, das offiziell den Namen „Ständige Ausstellung für Arbeitsschutz" trägt, wird für 64,5 Millionen Mark in Dortmund errichtet. Mit einem ersten symbolischen Spatenstich hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) gestern die Bauarbeiten „eingeleitet". Mit 12 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche wird der Neubau nach dem Deutschen Museum in München der zweitgrößte Museumsbau in der Bundesrepublik sein. Die Bauzeit soll fünf Jahre betragen. Der Neubau entsteht neben der Bundesanstalt für Arbeitsschutz. Im Museum sollen Vor- und Nachteile moderner Bürotechniken, Probleme beim Einsatz von Robotern und Gefahren beim Umgang mit gefährlichen Stoffen dargestellt werden.

WELT-Gespräch mit Bundesgesundheitsministerin Süssmuth (CDU)

„Was macht ein Kranker eigentlich, wenn er weiß, daß er Aids hat?"

Von EBERHARD NITSCHKE

Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU) ist Mutmaßungen entschieden entgegengetreten, in Großbritannien, wo Regierungschefin Thatcher Aids als „neue Pest" bezeichnete, geschehe im Kampf gegen die Krankheit mehr als in der Bundesrepublik Deutschland. Vor der vorbereitenden Sitzung des „Nationalen Aids-Beirates" am 18. Dezember sagte die Ministerin in einem Gespräch mit der WELT, mit dem Pest-Vergleich könne zwar „die Gefährlichkeit der Krankheit der Bevölkerung bewußt" gemacht werden, aber es gehe auch darum, „eine Bevölkerung nicht in hysterische Reaktionen zu versetzen". Dies könne „in ganz kurzer Zeit zu einer psychologischen Reaktion führen, wo man überhaupt nicht mehr unter Kontrolle hat, wie die Bevölkerung reagiert". Frau Süssmuth: „Ich sehe die Aufgabe der politisch Verantwortlichen und aller in der Aids-Bekämpfung Tätigen darin, die Krankheit zu bekämpfen, die Bevölkerung zu informieren und sie zu verantwortlichem Handeln zu führen."

Frau Süssmuth wandte sich gegen „alle Versuche, Aids-Kranke auszugrenzen, sie als Aussätzige zu betrachten". Solchen Tendenzen werde man „entschieden entgegentreten". Dazu gehöre auch die Ablehnung der namentlichen Meldepflicht für die Aids-Erkrankung, die in Italien soeben eingeführt wurde.

Weil die Aids-Forschung wahrscheinlich erst in Jahren mit greifbaren Ergebnissen im Kampf gegen die Krankheit aufwarten kann, will Frau Süssmuth eine neue Informationskampagne starten, die an Deutlichkeit und Verständlichkeit für alle nichts zu wünschen übrig lasse – auch auf die Gefahr hin, daß sie daraufhin in einzelnen Fällen mißverstanden werde: „Es muß sein, daß wir jetzt Sexualität öffentlich zur Sprache bringen – es ist vielleicht auch eine Möglichkeit, das in gekonnterer Weise zu tun, als wir es in der Vergangenheit vermocht haben", meinte sie dazu. Die Mehrheit der Bevölkerung sei der Meinung, daß hier in offenster Weise geredet werden müsse.

In der Bundesrepublik habe man nicht nur schon 1982 mit der Beobachtung von Aids begonnen, sondern schon 1984 im Rahmen eines Regierungsprogramms zwölf Millionen Mark für Maßnahmen zur Aids-Bekämpfung eingesetzt, die jetzt auf 20 Millionen allein im neuen Bundeshaushalt aufgestockt würden. Die Ministerin: „Jeder Forscher für dieses Arbeitsgebiet, der ein erfolgversprechendes Vorhaben angemeldet hat oder anmeldet, bekommt dafür die notwendigen Mittel."

Die Aids-Forschung sei, so Frau Süssmuth, kein „ausgewiesenes Feld" gewesen. Man habe nicht nur in Berlin, sondern auch in Heidelberg, wo gerade das Virologische Institut aufgebaut worden sei, um Mithilfe der Wissenschaft ersucht. Bevor die Forschungsprojekte vergeben wurden, sei nochmals sorgfältig mit den Vertretern des Pasteur-Instituts in Paris abgestimmt worden, „ob das eine oder andere eine Richtung ist, die weiterführt mit dem Hintergrund der bisherigen Forschungen insbesondere in Frankreich und den USA". Auf dem Aufklärungssektor würden die Bundesländer große Mittel zusätzlich einsetzen, zum Beispiel das Land Niedersachsen dafür im Jahr 1987 allein drei Millionen Mark.

Zu dem Vorwurf des Landes Bayern, es müsse mehr Aids-Kranke in der Bundesrepublik Deutschland geben als die vom Bundesgesundheitsamt zuletzt gemeldeten 771, sagte Frau Süssmuth: „Bei den Registrierten haben wir eine Entwicklung im Zahlenbereich, die der prognostizierten Entwicklung entspricht. Es bleibt etwas unter dem, was wir als Maßstab anlegten und was jeweils eine Verdoppelung der Zahlen in acht Monaten bedeutete." Das Bundesgesundheitsamt wisse, daß aufgrund der Dunkelziffer im Meldebereich immer auch von einer höheren Zahl als dort genannt ausgegangen werden müsse. Außer durch verstärkte Forschung und Aufklärung könnten nur durch Änderung des Sexualverhaltens und der konsequenten Anwendung von Schutzmaßnahmen die Ausbreitung von Aids verhindert werden.

Für die nächsten Jahre würden in der Bundesrepublik Deutschland Modellprojekte vom Bund gefördert, „weil sie uns den Vorzug geben, aus der unmittelbaren Erfahrung und der wissenschaftlichen Begleitung Erkenntnisse in der Praxis wieder umzusetzen". Bei dem gegebenen Problem sei es wichtig, daß man nicht erst vier oder fünf Jahre verliere, denn: „Wir haben ja ohnehin geduldig zu warten, was uns die medizinische Aids-Forschung an Fortschritten überhaupt auf den Tisch legen kann."

Die Ablehnung der Meldepflicht begründete die Ministerin unter anderem mit dem Hinweis: „Wir haben insgesamt bei den meldepflichtigen Krankheiten keine Erfolgsbilanzen in dem Sinne vorzulegen, daß wir sagen können, durch die Meldepflicht sind wir umfassend informiert."

Ministerin Rita Süssmuth: Wir sind gegen alle Versuche, Aids-Kranke auszugrenzen, sie als Aussätzige zu betrachten FOTO LOTHAR KUCHARZ

Die Gefahr des „Abtauchens" solcher Patienten sei groß, es gebe schon gewichtige Hinweise darauf, daß Aids-Kranke sich nach Holland absetzten, weil sie vermuteten, dort von einer Meldepflicht nicht betroffen zu werden. Wer wirklich krank sei oder krank werden könne, bliebe bei einer solchen Maßnahme sowieso offen, denn die Infizierten würden ja nicht erfaßt. Eine vollständige Erfassung würde bedeuten, die gesamte Bevölkerung im Rhythmus einiger Monate immer wieder zu untersuchen und die Ergebnisse zentral zu speichern, wenn man ein vollständiges Bild gewinnen wollte. Frau Süssmuth: „Aber was mache ich eigentlich, wenn ich es dann genau weiß?" Die Infektion bleibe, eine Therapiemöglichkeit gebe es derzeit nicht – im Gegensatz zu den Geschlechtskrankheiten, die einer anonymen Meldepflicht unterlägen. Die „Hauptbefürchtung" bei allen Gesundheitsbehörden sei, daß „diejenigen, die heute noch zum Test" gehen, nach Einführung der Meldepflicht dort nicht mehr gesehen werden – und kein Mensch kann die aufspüren und dort hinschleppen".

Dort, wo Menschen sich „unverantwortlich verhalten", könne man schließlich schon heute mit dem Instrumentarium des Bundesseuchengesetzes handeln, beispielsweise eine verdächtige Sauna schließen: „Jede Kommune kann das sofort tun, denn dann wird deutlich, daß es dort um ein Menschenleben gefährdendes Verhalten geht, was auch unter Bestrafung steht."

„Boykott-Beschlüsse gegen Volkszählung rechtswidrig"

Hauptgeschäftsführer des Städtetags kritisiert Rats-Entscheide

HANS KRUMP, Köln

Das Gesetz über die Volkszählung ist für den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Professor Ernst Pappermann, ein Beispiel für die Politik von Bund und Ländern, den Kommunen neue Aufgaben zu übertragen, ohne die Finanzierung befriedigend zu regeln. Pappermann verwies in einem Gespräch mit der WELT auf eine Erhebung des Städtetages, wonach auf die Gemeinden pro Einwohner Kosten von 9,50 bis 19,50 Mark zukommen, der Bund hingegen nur 4,50 Mark je Zählfall erstatte. Er forderte den Bund auf, zu prüfen, „welchen weiteren Beitrag er leisten kann, um die Finanzierung der Volkszählung sicherzustellen".

Belastende Asylkosten

Gleichzeitig distanzierte sich der Städtetags-Hauptgeschäftsführer von den Beschlüssen verschiedener Kommunalparlamente wie in Lübeck oder Essen, die Volkszählung wegen der ungesicherten Finanzierung zu boykottieren: „Diese Beschlüsse sind rechtswidrig." Nach 17 Jahren benötigten die Gemeinden endlich gesicherte Daten, um eine vernünftige Politik für die Bürger zu betreiben.

In der Asylpolitik hoffen die Kommunen nach den Beschlüssen der Bundesregierung und dem Einlenken der „DDR" nun auf eine Beruhigung. Bei der Abschiebung rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber müßten, so Pappermann, nun endlich „härtere Maßstäbe" angelegt werden. Zudem dürfe es „nicht länger zu Binnenwanderungen von Asylbewerbern in der Bundesrepublik Deutschland kommen, nur weil die Asylpolitik mancher Bundesländer liberaler ist als die anderer". Wenn ein Asylbegehrender trotz unanfechtbarer Ablehnung aufgrund von Duldungserlassen oder anderer Gründe nicht abgeschoben werde, solle das entsprechende Land auch dessen Unterhalt bezahlen. Zur Zeit müßten die Kommunen über die Sozialhilfe alleine die Kosten tragen.

Scharf wandte sich der Hauptgeschäftsführer auch gegen die Belastungen kommunaler Haushalte durch Arbeitslosigkeit. So müßte bereits ein Drittel der Sozialhilfekosten der Gemeinden für Dauerarbeitslose – die dann Sozialhilfe beziehen – aufgewendet werden. „Dies kann so nicht vom Gesetzgeber gewollt sein. Die Kommunen fordern die Umverlagerung dieser Kosten voll auf die Kasse des Bundes", sagte Pappermann in dem WELT-Gespräch.

Die Folgen der Rheinverschmutzung für die Trinkwasserversorgung haben nach Ansicht des Städtetages bei vielen Kommunen einen Umdenkungsprozeß eingeleitet. Unter Hinweis auf die Gemeinde Unkel, die tagelang ohne eigenes Wasser auskommen mußte, weil sie ausschließlich auf Brunnen in Rheinnähe angewiesen war, sagte Pappermann: „Die Städte und Gemeinden müssen wie schon bei der Energie- auch bei der Wasserversorgung zu einer Verbundlösung kommen."

Grüne in Kommunen

Für den in Köln ansässigen kommunalen Spitzenverband ist die verstärkte Repräsentanz von Grünen in Gemeindeparlamenten derzeit kein Anlaß, sich um Konflikte zwischen Kommunen und der ortsansässigen Wirtschaft zu sorgen. Das Beispiel in Bielefeld, wo Unternehmer der Stadt mit ihrer rot-bunten Mehrheit wirtschaftsfeindliche Politik vorgeworfen und deshalb Produktionsstätten ins Umland verlagert haben (WELT v. 13.11.), hält Pappermann für einen Einzelfall. „Es gibt genügend Mechanismen, daß in den Rathäusern eine Politik gemacht wird, die dem gesunden Menschenverstand entspricht. Die Möglichkeiten der Grünen, in den Gemeinden wirtschaftsfeindliche Politik durchzusetzen, sind eng begrenzt."

In Bonn wächst die Kritik an Richard Perle

Co. Bonn

Regierungssprecher Friedhelm Ost hat dem Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Richard N.Perle, gestern vorgeworfen, sich ohne ausreichende Kenntnisse über die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen geäußert zu haben. „Er hätte sich vor seinem Interview informieren sollen", sagte Ost zu der Forderung Perles, die Bundesregierung solle Kredite für die „DDR" kürzen und dafür mehr Mittel als bisher für Verteidigung, Forschung und Entwicklung aufwenden.

Die Äußerungen des Unterstaatssekretärs waren schon am Wochenende von zahlreichen Bonner Politikern zurückgewiesen worden. Ost bemerkte dazu in der Bundespressekonferenz, es sei allgemein bekannt, daß die Bundesregierung der „DDR" keine Kredite gegeben, sondern nur Ausfallbürgschaften geleistet habe. Auf der anderen Seite unternehme die Bundesrepublik große Anstrengungen für die Verteidigung. Dies beziehe sich nicht nur auf materielle Leistungen, sondern unter anderem auch auf die vor kurzem verlängerte Wehrpflicht und die Belastung der Bevölkerung durch Tiefflüge.

Die generelle Forderung Perles, die Bundesrepublik sollte den Anteil ihres Verteidigungsetats von 3,3 auf sechs Prozent erhöhen, kommentierte Ost mit der Bemerkung, weder Präsident Reagan noch Verteidigungsminister Weinberger hätten dies beim letzten Kanzlerbesuch in Washington verlangt.

Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums stellte mit ungewöhnlicher Schärfe fest: „Perle ist nur Unterstaatssekretär, vielleicht sind ihm bis zum Staatssekretär noch ein paar Lernschritte möglich." Auch die Opposition attackierte den Mitarbeiter Weinbergers hart. SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau bezeichnete Perles Äußerungen als nicht freundschaftlich.

Kohl und FDP wollen keinen Streit mit CSU

D. G. Bonn

Sowohl Bundeskanzler Helmut Kohl als auch die FDP-Führung sind bemüht, den Streit zwischen CSU und FDP über die gescheiterte Kronzeugenregelung zu beenden. Regierungssprecher Friedhelm Ost teilte mit, der Bundeskanzler sei der Ansicht, daß die Auseinandersetzung darüber zum gegenwärtigen Zeitpunkt „unnütz und für die Wahl eher nachteilig" sei.

Die Koalition, so zitierte Ost den Kanzler, habe in den vergangenen vier Jahren Hervorragendes geleistet und in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sowie beim Umweltschutz schwierige Probleme gemeistert. Es gelte jetzt, diese Erfolge den Wählern zu verdeutlichen.

Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann sagte nach einer Sitzung des Parteipräsidiums, bei einer Fortsetzung des Streits würden alle drei Parteien der Koalition – CDU, CSU und FDP – Schaden nehmen. Die Auseinandersetzung zwischen der CSU und seiner Partei sei „ein Stück dessen, was man als Terrorist sich nur wünschen kann, wenn man den Rechtsstaat schwächen will".

Bangemann nannte die wiederholten Attacken von Strauß, der den Liberalen wegen ihrer ablehnenden Haltung in der Kronzeugenfrage Mitverantwortung für künftige terroristische Verbrechen unterstellt hatte, „Sumpfblüten des Wahlkampfs". Die Kritik von Strauß sei in der Sache unrichtig sowie in Art und Ton völlig unangebracht. Sollte sich der Streit fortsetzen, sei Bundeskanzler Helmut Kohl als derjenige, der für die Koalition Verantwortung trage, aufgefordert, sich zu den Vorgängen zu äußern.

Selbst bei sachlichen Gegensätzen müßten die Partner einer Koalition auch im Wahlkampf einen Ton der Auseinandersetzung finden, der deutlich mache, daß sie auch weiterhin zur Zusammenarbeit bereit und dazu in der Lage seien.

Bangemann verwahrte sich energisch gegen den Vorwurf, die FDP habe die von der Koalition ursprünglich vereinbarte Kronzeugenregelung verhindert. Vielmehr habe seine Partei eine vernünftigere Regelung vorgeschlagen und dabei die ernsten Bedenken von Sachverständigen berücksichtigt. Diese hätten der Koalition empfohlen, sich bei der Kronzeugenregelung auf die Verhinderung künftiger Straftaten zu konzentrieren, bei Mord Strafmilderung statt Straffreiheit vorzusehen und die Gerichte stärker in die Entscheidung einzubinden. Diesen Kompromiß hätten CDU und CSU nicht akzeptiert.

Auch in Fragen von Waffenexporten in Staaten, die nicht der NATO angehören, machte der FDP-Vorsitzende Meinungsunterschiede zwischen der Position seiner Partei und der CSU-Linie deutlich. Die von Ministerpräsident Strauß und dem Chef der bayerischen Staatskanzlei, Stoiber, befürwortete großzügigere Handhabung der Rüstungsexporte lehnte Bangemann ab.

Den von der Opposition beantragten Untersuchungsausschuß zum Thema U-Boot-Bauzeichnungen an Südafrika hält der FDP-Vorsitzende für überflüssig. Der Vorgang sei hinreichend geklärt.

Auf die Situation in Hamburg angesprochen sagte Bangemann, er glaube nicht, daß dort vor der Bundestagswahl eine Große Koalition von SPD und CDU gebildet würde. Sollten sich bei der Bundestagswahl „Hamburger Verhältnisse" ergeben, würde sich in der SPD, wenn Rau dies ablehne, ein anderer Kanzlerkandidat für ein rot-grünes Bündnis zur Verfügung stellen.

Der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) sagte gestern der WELT, es wäre nach der Hamburger Wahl am 9. November besser gewesen, sofort eine Große Koalition mit der CDU zu bilden.

Bonn informiert über Manöver '87

Co. Bonn

Die Bundesregierung hat die Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zum gestrigen Stichtag – wie auf der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) vereinbart – über vier größere militärische Übungen im Jahre 1987 informiert.

Es handelt sich dabei um die deutsch-amerikanische Divisionsgefechtsübung „Goldener Löwe" (18 000 Mann) und die deutsch-französische Heeresübung „Kecker Spatz" (80 000 Mann) im September, sowie um die deutsch-britisch-dänische Divisionsgefechtsübung „Brisk Fray" (14 000 Mann) und eine Divisionsgefechtsübung der Bundeswehr (13 500 Mann) im November.

Für 1988 sind in der Bundesrepublik Deutschland keine militärischen Aktivitäten mit einer Beteiligung von mehr als 40 000 Mann vorgesehen.

In Bonn erwartet man nun ebenso komplette Angaben der anderen KSZE-Partner.

Bokassa: An Schüler-Morden nicht beteiligt

pr. Paris

Zum dritten Mal macht sich ein Gericht der Zentralafrikanischen Republik daran, gegen den (selbsternannten) ehemaligen Kaiser Jean-Bédel Bokassa einen ordentlichen Prozeß zu führen.

Kurz nach seinem Sturz vor sieben Jahren war der des Mordes und des Kannibalismus angeklagte Herrscher mit napoleonischen Allüren in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Aus dem Asyl in Frankreich reiste Bokassa unter nicht genau bekannten Umständen am 22. Oktober zurück nach Bangui, der Hauptstadt des nur 620 000 Quadratkilometer großen Landes.

Prozeß Nummer 2 wurde eröffnet und unter dem Gelächter der fünf Verteidiger Bokassas, darunter zwei Franzosen, vertagt: Der Ankläger mußte zugeben, daß „die Beweisstücke etwas durcheinandergeraten waren".

Die ersten Auftritte vor Gericht nutzte Bokassa dazu, nun seinerseits die neue Regierung in Bangui unter General Kolingba anzugreifen. Der „Kaiser" ließ es auch nicht an Drohungen fehlen, den ehemaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, den er als Urheber seines Sturzes bezeichnet, in die Gerichtsverhandlung hineinzuziehen. Seitdem ist den Vorgängen in Bangui die Aufmerksamkeit der französischen Öffentlichkeit gewiß.

Beim dritten Anlauf zu einem Prozeß gegen den 65jährigen Bokassa ist daher weitgehend Publizität ausgeschlossen: Radio und Fernsehen dürfen nicht berichten, nicht zuletzt um zu unterbinden, daß Bokassa im Lande selbst zusätzlichen Rückhalt unter seiner Anhängern gewinnt.

Wie die Agenturen ergänzend aus Bangui melden, bestritt er gestern vor Gericht, an der ihm zur Last gelegten Ermordung von hundert demonstrierenden Schülern im Jahre 1979 beteiligt gewesen zu sein. Zu den Umständen seiner Machtübernahme durch einen Putsch am Silverstertag 1965 und seine 14jährige diktatorische Herrschaft sagte er: „Einige Leute, die rebelliert haben, wurden getötet." Er sei „kein Heiliger".

Atomare U-Boot-Flotte Londons zu verwundbar

„20 Sowjet-Raketen können Kommandostruktur lahmlegen"

PETER MICHALSKI, London

„Fundamentale Zweifel an der Funktionsfähigkeit von Polaris im Krisenfall" meldet eine gestern veröffentlichte Analyse der atomaren Abschreckungspolitik Großbritanniens an.

Die Politik basiert auf der mit Atomraketen bestückten Flotte nuklear getriebener Polaris-U-Boote und einem Frühwarnsystem, das nach Ansicht des Verfassers „nicht garantiert werden kann": „Aller Wahrscheinlichkeit nach" könnte Großbritannien ohne vorherige Warnung unter ballistischen Raketenbeschuß geraten.

Wie aus der 134 Seiten umfassenden Studie des britischen Friedensforschers Shaun Gregory hervorgeht, würden „womöglich 20, auf jeden Fall nicht mehr als 50" Sowjetraketen vom Typ SS-20 oder SS-25 ausreichen, um die vier Polaris-U-Boote völlig von ihrer Kommando- und Kommunikationsstruktur in der Downing Street, im Notstandsbunker der Regierung bei Bath in Westengland und dem Flottenhauptquartier in London zu isolieren.

Damit wäre die Entscheidung zum Einsatz der Kernwaffen jeder politischen Autorität entzogen und läge allein in den Händen der einzelnen U-Boot-Kommandanten.

Kein Vergeltungsschlag

„Wenn die Polaris-U-Boote durch einen Kernwaffenangriff auf Großbritannien isoliert sind", heißt es in dem Bericht, „lautet ihre oberste Direktive, nicht einen Vergeltungsschlag auszuführen, sondern vor einer Vergeltungsentscheidung alle Formen der Kommunikation abzuhören."

Der Autor zitiert einen ungenannten Polaris-Kommandanten, „einzig auf Grund von Funkstille löst man nicht das Harmagedon aus" und schlußfolgert daraus das völlige Ausbleiben eines Vergeltungsschlages. Das führt ihn zu der Forderung, die geltende Abschreckungsstragie durch eine Politik des Erstschlages abzulösen.

Das britische Verteidigungsministerium lehnte es gestern ab, direkt zu der Studie Stellung zu nehmen. „Zu operativen Fragen äußern wir uns grundsätzlich nicht", sagte ein Sprecher auf Anfrage. Er fügte jedoch hinzu: „Wir halten die vorhandenen Arrangements für zufriedenstellend."

Auch das renommierte Internationale Institut für Strategische Studien betonte im SAD-Gespräch: „Vernünftigerweise muß man davon ausgehen, daß dieser Eventualfall einkalkuliert ist und entsprechende Vorkehrungen getroffen sind. Es gibt keinen wesentlichen Teil des Kommunikationsnetzes, der nicht dupliziert wäre. Sollte tatsächlich jegliche Verbindung zum Festland abgeschnitten sein, dann würden die Kriegsbefehle der U-Boot-Kommandanten in Kraft treten."

Reaktion unterschiedlich

Oppositionspolitiker messen dem für die Fakultät Friedensstudien an der Universität Bradford erstellten Bericht erhebliche Bedeutung zu. Der prominente Labour-Abgeordnete Tam Dalyell: „Ich arbeite seit vier Jahren eng mit dem Institut zusammen und stelle mich voll hinter den Bericht. Die dort Forschenden gehören zur vorsichtigsten und fachkundigsten Verteidigungsgruppe Europas."

John Cartwright, der verteidigungspolitische Sprecher der Sozialdemokraten, bezeichnete den Bericht als „überaus besorgniserregend, weil er den Abschreckungseffekt des Polaris-Systems völlig unterhöhlt". „Wenn die Autoren dieses Berichts die Standorte unserer Kommandozentren und Kommunikationssysteme wissen, muß man annehmen, daß die Sowjets sie ebenfalls kennnen", ergänzte Cartwright.

Der Verfasser Gregory, der nach seinem Studienabschluß fünf Jahre in der Zivilluftfahrt tätig war, versichert allerdings, nur bekannte Daten zusammengetragen zu haben. Er schreibt an einer Doktorarbeit über US-Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssysteme. (SAD)

Franzosen geben der Cohabitation sehr gute Noten

pr. Paris

Für die meisten Franzosen ist die 5. Republik trotz der Studentenunruhen Anfang Dezember ein stabiles Land, in dem die Verfassungsorgane gut funktionieren. Das ergibt eine Sofres-Umfrage, die die Wochenzeitschrift „Le Point" jetzt veröffentlichte. Die Kardinalfrage nämlich, wie geht es weiter zwischen dem Sozialisten François Mitterrand und dem Gaullisten Jacques Chirac, sehen 66 Prozent der Franzosen als gar nicht so brenzlig an. 79 Prozent wünschen sogar, daß das Gespann bis 1988 – also bis zu den Präsidentschaftswahlen – im Geschirr bleibt.

Die Cohabitation werde halten, sagen nach der Umfrage 72 Prozent, die soeben durchgestandene Belastungsprobe, die 56 Prozent als positiv für die weitere Entwicklung Frankreichs halten, habe der von der Verfassung eigentlich nicht vorgesehenen Zusammenarbeit zweier unterschiedlicher politischer Lager das beste Zeugnis ausgestellt.

Premierminister Chirac dürfte mit dieser Wählermeinung ein gewaltiger Stein vom Herzen fallen: Die Medien hatten seinen Rückzug des Reformvorhabens im Erziehungsbereich nämlich als persönliche Niederlage gewertet. Darauf hatte sich auch das bürgerliche Lager eingestellt mit der Ankündigung, nun werde erst einmal eine „Pause" eintreten, dem Reformeifer eine Bedenkzeit vorgeschaltet.

Als Gewinner der Auseinandersetzung mit der Jugend galt Staatspräsident Mitterrand. Seine Parteinahme für die Protestbewegung und seine offene Kritik am Vorgehen der Bürgerlichen fand jedoch nicht nur Beifall: In der Beurteilung seiner Popularität muß er eine Einbuße von fünf Punkten hinnehmen – seine Beliebtheit ist jetzt bei 62 Prozent angelangt. Demgegenüber hat Chirac elf Punkte verloren; er darf sich aber immerhin noch auf 52 Prozent stützen.

Die Cohabitation in Frankreich hat sich als krisenfest erwiesen. Beide Kontrahenten haben mehrfach die Absicht bekundet, die nächsten zwei Jahre miteinander auszukommen – der Beifall der Bürger ist ihnen gewiß.

Spaniens Ärzte fordern neues Abtreibungsgesetz

Mehrere Todesfälle / Naturwissenschaftliche Erkenntnisse

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Polemik über die Abtreibung nimmt in Spanien, dessen Bevölkerung sich zu 90 Prozent zum Katholizismus bekennt, politische Dimensionen an. Um ihrer Forderung nach freier und vom Staat bezahlter Abtreibung mehr Gewicht zu geben, nahmen Teilnehmerinnen eines linksradikalen Feministenkongresses in Madrid am Wochenende eine öffentliche Abtreibung an einer 20jährigen vor. Noch bevor ein zweiter bereits vorbereiteter Abort „zelebriert" werden konnte, drangen Polizisten in das Messegelände der Madrider Casa de Campo ein und verhinderten den Eingriff. Mehrere Feministinnen wurden festgenommen.

Der feministischen Protestaktion ging ein Todesfall voraus, der weite Kreise der spanischen Öffentlichkeit erregte: Eine junge Mutter von drei Kindern starb an den Folgen einer Abtreibung, die offenbar unter ähnlichen Bedingungen vorgenommen wurde, wie sie jetzt von der Regierung in einem abgeänderten Zusatzdekret zum Abtreibungsgesetz von 1985 als „ausreichend" festgeschrieben wurde.

Die Operation mußte unterbrochen werden, weil bei der Extraktion des ungeborenen Kindes der Kopf des kleinen Körpers im Mutterleib blieb. Trotz eiligster Überführung in eine andere Klinik und schließlich in ein großes Krankenhaus gelang es nicht, das Leben der Mutter zu retten.

Wegen dieser Abtreibung und ähnlicher Fälle nahm der ständige Ausschuß des spanischen Ärzte-Berufsverbandes gegen das Regierungsdekret Stellung, das die Abtreibung „erleichtern" soll. Nach der Stellungnahme sind die medizinischen Bedingungen für eine Abtreibung, wie sie das neue Dekret vorsieht, „nicht geeignet, die Gesundheit der Schwangeren zu garantieren". Der Ärzte-Ausschuß, dem fünf erfahrene Mediziner angehören, forderte einstimmig die Zurücknahme des Dekretes; setzte sich im übrigen jedoch für die kostenlose Abtreibung bei jenen Fällen ein, die das Gesetz vom Juni 1985 gewährt.

Dieses Gesetz erlaubt die Abtreibung bei folgenden Situationen:
- bei Gefahr für das Leben und die psychische und physische Gesundheit der Mutter,
- nach einer Vergewaltigung,
- bei Feststellung von schweren körperlichen und geistigen Mißbildungen des ungeborenen Kindes.

Auf jeden Fall muß bei der Entscheidung neben dem praktizierenden mindestens noch ein weiterer Arzt die Zustimmung geben. Nach den Ausführungsbestimmungen hat die Operation in einem öffentlichen oder privaten Krankenhaus unter anderem mit Laboratorien und Blutbänken stattzufinden.

Nach den von dem Ärzteverband abgelehnten Bestimmungen des neuen, veränderten Dekrets wird zwischen hohem und niedrigem Risiko für die Mutter unterschieden. „Ohne hohes Risiko" kann die Operation in Zukunft in „Zentren" vorgenommen werden, die über einen Empfangsraum, Informationsraum, einem „adäquaten" Raum für die Operation sowie über einen Raum für die Erholung nach dem Eingriff verfügen. Außerdem müssen Blutreserven vorhanden sein.

Mit dem Erleichterungsdekret, bei dem in Zukunft nur noch der praktizierende Arzt entscheidet, reagiert die sozialistische Regierung Spaniens offensichtlich auf die ablehnende Haltung der meisten, vor allem der gläubigen Ärzte des Landes gegenüber jeglicher Abtreibung. Obwohl ihre Haltung ihnen berufliche Nachteile bringt, bleiben sie bei ihrer Ansicht: „Unser Beruf ist die Erhaltung des Lebens. Abgesehen von Notfällen bedeutet die Tötung des ungeborenen, zur Selbstverteidigung nicht fähigen menschlichen Lebewesens immer ein Verbrechen."

Nur ganz wenige Ärzte berufen sich bei der Ablehnung der Abtreibung auf moraltheologische Ideen, „weil diese seit jeher ohnehin auf biologischen Erkenntnissen beruhen", wie ein junger Arzt es formulierte. Die mißglückte Abtreibung war der 10. tödliche Fall seit der Freigabe durch das Gesetz. (SAD)

Guerrilla bricht Waffenruhe auf den Philippinen

jhe. Hongkong

Ungeachtet des Waffenstillstandes zwischen der philippinischen Regierung und der kommunistischen Guerrilla haben sich gestern Einheiten der Rebellenarmee und der regulären Streitkräfte in der Provinz Aklan erstmals seit Inkrafttreten des Abkommens am 10. Dezember größere Feuergefechte geliefert.

Auch wenn es sich nach Auffassung eines Militärsprechers um eine klare Verletzung des Waffenstillstandes handelt, muß sie nicht unbedingt zu einer allgemeinen Wiederaufnahme von Kriegshandlungen führen. Mit Vorfällen dieser Art werden beide Seiten auch in Zukunft leben müssen, sind in dem Abkommen doch zu viele „Grauzonen" enthalten.

So bestehen die Streitkräfte nach wie vor auf ihrem Recht, Patrouillen auszusenden, auch in jene Gebiete, in denen die Guerrillakämpfer starke Stützpunkte haben. Wer Waffen trägt, muß außerdem damit rechnen, von ihnen entwaffnet und festgenommen zu werden.

Die Rebellen sind mittlerweile in 63 der 74 Provinzen präsent; sie kontrollieren etwa 20 Prozent des Landes und erheben dort auch Steuern. Einen Tag nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes waren 70 Rebellen demonstrativ in der Stadt Samal mit Waffen erschienen. Sie weigerten sich jedoch, ihre Waffen niederzulegen.

Antonio Zumel, einer der Verhandlungsführer der Rebellen, machte deutlich, daß jeder Versuch der Militärs, die Guerrilla zu entwaffnen, unweigerlich Schießereien provozieren und damit das gesamte Abkommen gefährden würde.

Der neue Verteidigungsminister Rafael Ileto empfahl ihnen, während der Dauer des Waffenstillstandes im Untergrund zu bleiben. In der Öffentlichkeit – so Ileto – würden bewaffnete Gruppen nicht geduldet. Doch es ist nicht nur die kommunistische Guerrilla, die offen ihre Waffen spazierenträgt. Mehr als 200 bewaffnete Banden und Privatarmeen machen den Streitkräften „Konkurrenz". Und sie haben ebensowenig wie die Rebellen Ausweise bei sich.

Verwirrspiel um Einladung für Waldheim

cgs. Wien

Der österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim ist durch das diplomatische und publizistische Ungeschick untergeordneter Wiener Stellen in eine peinliche Lage geraten. Auf die zuerst in der Wiener „Kronenzeitung" veröffentlichte Ankündigung, Waldheim sei vom japanischen Kaiser Hirohito zu einem Staatsbesuch eingeladen worden, folgten verwirrende und widersprüchliche Stellungnahmen. Es hieß, der Bundespräsident sei durch den japanischen Außenminister Kuranari in einem Gespräch mit dem österreichischen Botschafter in Tokio, Hennig, mündlich eingeladen worden. Der Botschafter habe in seinem Bericht die Worte Kuranaris vermerkt, wonach dieser „die notwendigen Voraussetzungen zur Formalisierung der Einladung" veranlassen werde.

Überraschung löste bereits am Wochenende ein Dementi der japanischen Botschaft in Wien aus, wonach das Gespräch zwischen dem japanischen Außenminister und dem österreichischen Botschafter während eines Höflichkeitsbesuches stattgefunden habe, womit offenbar die Japaner andeuten wollten, sie hätten eher Höflichkeitsfloskeln ausgetauscht, als konkrete Besuchsvorschläge unterbreitet.

Inzwischen hat der Sprecher des Tokioter Außenministeriums wörtlich erklärt: „Eine Einladung unsererseits ist niemals ergangen. Wir haben erklärt, daß ein Japan-Besuch Waldheims willkommen wäre, wie wir das im Falle eines jeden anderen Landes tun, das mit uns diplomatische Beziehungen unterhält. Wenn der Bundespräsident nach Japan kommen will, wird er sehr willkommen sein. Wir haben ihn allerdings nicht eingeladen." Ob hier in der Umgebung Waldheims der Wunsch nach einem Durchbruch durch die internationale Isolierung der Vater des Gedankens war, in die Waldheim durch die Kampagne des Jüdischen Weltkongresses und amerikanischer Medien geraten ist – oder ob der Wiener Botschafter die Worte seines japanischen Gesprächspartners falsch interpretiert hat, bleibt einstweilen unklar. Sicher wäre eine konkrete Einladung Waldheims nach Japan – das sich aus der Anti-Waldheim-Kampagne herausgehalten hat, überdies eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt und eine angesehene Demokratie ist – ein großer Erfolg gewesen. Doch die offensichtliche Verwechslung fernöstlicher Höflichkeitsfloskeln mit der Realität hat in diesem Falle einen für Waldheim wie für Österreich vermeidbaren Schaden angerichtet. Der österreichische Bundespräsident wird also einstweilen auf amtliche Auslandsreisen verzichten. Reisen seien zur Zeit kein aktuelles Thema für das Staatsoberhaupt, heißt es in der Wiener Hofburg.

Wie Psalmen auf rumänisches Toilettenpapier kamen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Ein führender Geistlicher der ungarisch-reformierten Kirche hat die rumänischen Kommunisten beschuldigt, die ungarischen Protestanten in Siebenbürgen zu unterdrücken und von der Außenwelt – besonders von den reformierten Kirchen des Westens – zu isolieren. Als besonders eklatanten Beweis für die sowohl religiöse wie nationale Diskriminierung der 800 000 ungarischen Reformierten in Siebenbürgen (insgesamt leben etwa zwei Millionen Ungarn in Rumänien) nannte Pfarrer Alexander Havadtöy, der zur Zeit in den USA lebt, die Tatsache, daß das KP-Regime 20 000 ungarische Bibeln nicht an die Gläubigen ausgeliefert, sondern in der Papierfabrik von Braila zu Toilettenpapier verarbeitet habe.

Die 20 000 Bibeln seien eine Spende des reformierten Weltbundes für die ungarischen Reformierten in Siebenbürgen gewesen, erklärte der Pfarrer vor der Presse in Wien. Er legte dann Teile von Toilettenpapier-Rollen aus Rumänien vor, in denen ungarische biblische Texte – etwa Worte wie „Gott", „Jeremias", „Psalm" und „Esau" klar lesbar waren. Dies sei darauf zurückzuführen, daß die Papiermühle von Braila die Bibeln – die im Westen auf hochwertigem Papier gedruckt worden waren – nur nachlässig verarbeitet habe.

Der Druck und die Verbreitung von Bibeln, so erklärte Havadtöy, sei besonders den ungarischen Protestanten in Rumänien streng untersagt. Die ungarische reformierte Kirche Siebenbürgens, die auf eine lange Geschichte reliöser Freiheit und Toleranz zurückblicken könne, habe unter kommunistischer Herrschaft in den vergangenen 40 Jahren nur vier religiöse Bücher publizieren dürfen. Die einzige Zeitschrift, die sie herausgeben dürfe, sei in ihrer Auflage auf tausend Exemplare beschränkt. Der Import von Bibeln sei prinzipiell verboten. Der Zoll beschlagnahme ungarische Bibeln grundsätzlich.

Die zu Toilettenpapier verarbeiteten Bibeln seien von der rumänischen Regierung „großzügig" zur Einfuhr freigegeben worden, weil das Regime Ceausescu in den siebziger Jahren von den USA die Meistbegünstigungsklausel erhalten wollte und Washington die Gewährung dieser Klausel von gewissen humanitären Voraussetzungen abhängig machte. Rumänische Politiker und Diplomaten hätten in Gesprächen mit amerikanische Senatoren immer wieder auf die Einfuhrgenehmigung für die ungarischen Bibeln hingewiesen und sie als Zeichen der Großzügigkeit des Regimes gegenüber der ungarischen Minderheit angeführt.

Havadtöy berichtete, von den 20 000 aus dem Westen übersandten Bibeln seien nur 180 Exemplare in die Hände der reformierten Christen gelangt. Er beschuldigte in diesem Zusammenhang die vom kommunistischen Regime Rumäniens eingesetzte Führung der ungarisch-reformierten Kirche – die Bischöfe von Klausenburg (Koloszvar/Cluj) und Großwardein (Nagyvarad/Oradea), Gyula Nagy und Laszlo Papp, bei dieser Aktion mitgewirkt zu haben. Denn die Bibeln seien den Bischöfen von Vertretern des reformierten Weltbundes überreicht worden, seien aber bei den Gläubigen – bis auf die erwähnten wenigen Exemplare – niemals aufgetaucht. Statt dessen seien zahlreiche rumänische Bürger plötzlich in den Besitz von Toilettenpapier-Rollen gekommen, die eindeutig Fragmente ungarischer Bibeltexte enthielten.

Machtkampf spitzt sich zu

Khomeinis designierter Nachfolger gerät in Bedrängnis

lim. Bonn

Der interne Machtkampf im Iran zieht immer weitere Kreise. Nachdem in den letzten Wochen mehrere Anhänger und Verwandte des designierten Nachfolgers von Khomeini verhaftet worden waren, kursiert in Teheran jetzt eine Liste mit sieben Namen, auf der weitere Anhänger Montaseris als Feinde der Revolution bezeichnet und für vogelfrei bezeichnet werden. Im iranischen Fernsehen eröffnete der nach seiner Verhaftung wieder freigelassene Mehdi Haschemi, daß er bereits vor 25 Jahren sein Mullah-Gewand an den Nagel gehängt und mit dem ehemaligen Geheimdienst des Schah, Savak, zusammengearbeitet hätte. Er sei an einem Mord beteiligt gewesen und habe Unruhe unter den Pasdaran (Revolutionswächter) gestiftet. Vom Büro Montaseris in Ghom aus hätte er die Revolution gegen den Schah organisiert und geschürt.

Montaseri dementierte diese Aussagen und verlangte in einem Brief an Khomeini rückhaltlose Aufklärung der Machenschaften Haschemis. Haschemi ist ein Bruder seines Schwiegersohns. Informationsminister Reischari hat erklärt, daß seit Ende Oktober rund 40 Personen aus dem Kreis um Haschemi festgenommen worden seien. Unter ihnen befänden sich auch zwei Parlamentsabgeordnete. Hinter den Aktionen gegen Montaseri vermuten politische Beobachter vor allem Parlamentspräsident Rafsandschani und den Sohn des Revolutionsführers, Ahmad Khomeini.

Inzwischen mehren sich im Land und im Ausland die Protestaktionen gegen das Regime. In München versammelten sich jüngst rund 2000 Anhänger des ehemaligen Premierministers Bachtiar, um gegen den Terror des Revolutionsregimes zu demonstrieren.

Über die Schwierigkeit, Umweltsünder zu bestrafen

Von PROFESSOR EDWIN KUBE

Alarmierende Meldungen über „Störfälle" mit nachhaltiger Belastung von Wasser, Boden und Luft rufen Politik und Praxis auf den Plan, schnelle Abhilfe zu schaffen. Verbesserte Vorschriften und wirksamere Verwaltungskontrollen, bis hin zum Produktionsverbot für gefährliche Substanzen und zu einer *Überwachung gefährdeter* Umwelt mit Hubschraubern und Satelliten, werden ins Gespräch gebracht oder angekündigt. Nur am Rande läßt sich der Ruf nach durchgreifender strafrechtlicher Sanktion vernehmen.

Bekanntlich wurde in vergangenen Jahrhunderten der Reittierdiebstahl in Amerika mit der Höchststrafe bedroht; nicht, weil er eine besonders verwerfliche Eigentumsentziehung darstellte, sondern weil er den Entzug der Lebensgrundlage in einer unwirtlichen Umgebung bedeutete. Heute ist es die Natur selbst – mit dem Wort Umwelt übrigens nur unvollkommen auf den Begriff gebracht – die bedroht ist und die Lebensgrundlage des Menschen damit ebenfalls.

Bequemlichkeit und Gewinnstreben

Wegen der oft „bloßen" Kumulations- und Langzeiteffekte von Umweltverstößen scheint indes prinzipiell der Blick auf die Sozialschädlichkeit der Umweltkriminalität und die erforderliche repressive staatliche Reaktion zum Teil verstellt zu sein.

Umweltstraftäter zählen nicht gerade zu den psychisch oder sozial „deformierten" Delinquenten. Sie sind *meist gesellschaftlich angepaßte Normalbürger*, die im Rahmen ihres Alltagslebens – nicht zuletzt bei ihrer Berufsausübung – straffällig werden. Ihre Straftaten sind häufig zweckdienliche Delikte, bei denen Emotionen weitgehend ausgeschlossen bleiben. *Handlungsleitend sind offensichtlich* vor allem Gesichtspunkte der Rentabilität.

Ein erheblicher Anteil der Umweltverstöße wird aus Bequemlichkeit und Nachlässigkeit begangen. Im alltagssprachlichen Gebrauch gründet sich Rentabilität letztlich auf das ökonomische Prinzip, bei dem Aufwand und Nutzen miteinander in Beziehung gesetzt werden. Neben den erwarteten finanziellen und sozialen Kosten – also dem, was man aufs Spiel setzt, und den Aufwendungen für die Deliktsbegehung – gerät der Nutzen, insbesondere der monetäre Ertrag, in den Raster subjektiver Entscheidung.

Ein effektives Strafrecht muß deshalb die subjektiv eingeschätzten Kosten als maximal, den erwarteten Nutzen als minimal erscheinen lassen. Bis zu welchem Punkt der nach der Saldierung erhoffte Gewinn noch rentabel erscheint, hängt von vielfältigen Faktoren ab – sie reichen von der Deliktserfahrung des potentiellen Täters bis zum Umweltbewußtsein und zur Wirtschaftsmoral.

Im Gegensatz zur klassischen Kriminalität ist die Kostenseite bei Umweltdelikten offensichtlich wenig abschreckend, die Wahrscheinlichkeit entdeckt zu werden relativ gering. Trotz steigender kriminalstatistischer Zahlen weist dieser Deliktsbereich nach überwiegender Expertenmeinung nach wie vor ein großes Dunkelfeld auf. Ob gesetzliche Anzeigepflichten für Umweltbehörden und die Pönalisierung der Nichtanzeige amtlich bekanntgewordener Umweltstraftaten gerade die schwerere Kriminalität aufhellen, bleibt fraglich. In Österreich, beispielsweise, besteht für öffentliche Dienststellen bei allen Offizialdelikten seit längerem eine solche Pflicht, ohne daß dies im Umweltsektor zu auffällig mehr Verurteilungen geführt hätte.

Selbst wenn die Tat entdeckt wird, stellt sich gerade bei schweren Umweltdelikten – je nach betroffenem Umweltmedium – die Aufklärungswahrscheinlichkeit als gering dar. Neben rechtlichen Problemen, die nicht zuletzt auf die Ausfüllung gesetzlicher Blankettvorschriften durch technische Normen und behördliche Entscheidungen zurückzuführen sind, erfordert die Tataufhellung einen hohen Kenntnisstand an naturwissenschaftlichen Zusammenhängen. Trotz persönlichen Engagements sind daher Ermittlungsdefizite bisher kaum zu vermeiden. Der Beamte ist zuweilen auf die Kooperationsbereitschaft des Betroffenen oder Beschuldigten angewiesen. Manchmal muß sich die Strafverfolgungsbehörde sogar Sachverständiger bedienen, die in engem Kontakt zum belasteten Unternehmen stehen.

Ist die Straftat aufgeklärt, stellt sich die Frage nach der Sanktionswahrscheinlichkeit. Neuere Untersuchungen zeigen, daß einem vermehrten Input an Umweltdelikten bei den Staatsanwaltschaften eine steigende Anzahl von Einstellungen mangels Tatnachweis oder Täterermittlung gegenübersteht. Die vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebene Studie von Rüther ergab für 1981 bei Umweltdelikten eine Anklagequote von etwas mehr als 20 Prozent, während bei den übrigen Straftatbeständen insgesamt die Einstellungsrate ähnlich groß war, nämlich etwa 30 Prozent. Trotz steigender Anklage- und Verurteilungsquoten sind die sozialen Kosten für den Täter noch immer „erträglich". Denn wird er überhaupt verurteilt, so waren die Straftaten in der Vergangenheit alles andere als hart. Zwischen 1981 und 1983 wurden beispielsweise bundesweit gerade 67 Freiheitsstrafen – dazu noch ganz überwiegend unter Strafaussetzung zur Bewährung – verhängt. Zu mehr als neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilten die Gerichte nur in dreizehn Einzelfällen; die verfügten Geldstrafen überschritten zu 70 Prozent nicht 30 Tagessätze (bezogen auf das *Nettoeinkommen* des Verurteilten). Neuerdings ändert sich insoweit etwas das Bild.

Die Dimension der Kosten relativiert sich in ihrer Effizienz nicht nur wegen des hohen Dunkelfeldes und der schwierigen Beweisführung. In der Praxis finden sich oft auch mehr oder weniger ausdrücklich eingeräumte „Überwachungswerte". Diese Toleranzspielräume werden erst dann überschritten – und damit strafrechtlich relevant –, wenn das Mittel mehrerer, z. B. der letzten vier Kontrollmessungen, ein entsprechendes Resultat erbringt.

Wesentlich erscheint daher die Aktivierung der zweiten Komponente des Rentabilitätsansatzes, nämlich des Nutzens. Dabei *stellen Schadensrecht* sowie Gewinnermittlung und Gewinnabschöpfung die beiden wichtigsten Ansätze dar.



Edwin Kube ist Leiter des Kriminalistischen Instituts des Bundeskriminalamts in Wiesbaden und Honorarprofessor für Kriminologie und Kriminalistik an der Universität Gießen
FOTO: DIE WELT

Nicht zu unterschätzen ist die präventive Wirkung einer opferfreundlicheren privatrechtlichen Schadensregelung. *Dabei* geht es weniger um die aktuell wieder ins Gespräch gebrachte Einführung einer allgemeinen (verschuldensunabhängigen) Gefährdungshaftung für Umweltschäden. Gerade unlängst hat sich der 56. Deutsche Juristentag ganz überwiegend dagegen ausgesprochen.

Diskutiert werden vielmehr Neuerungen im Beweisrecht insgesamt. Dabei stellt sich etwa die Frage, ob man sich mit dem Nachweis der bloßen Wahrscheinlichkeit eines Ursachenzusammenhanges zwischen Schadstoffimmission und Schadenseintritt begnügen soll. So reicht in den USA eine „reasonable likelihood" für die Anerkennung eines Ersatzanspruches aus. Auch bei der Frage unklarer Anteilsverursachung hat die amerikanische Rechtsprechung Konzepte zugunsten Geschädigter entwickelt. Beispielsweise haben mehrere voneinander unabhängig handelnde Täter für einen einheitlichen unteilbaren Schaden insgesamt einzustehen, sofern sie den von ihnen verursachten Anteil nicht darzulegen vermögen. Dies führte übrigens dort zu Fonds-Lösungen, die bei hohen Schadenssummen eine gewisse Absicherung der Geschädigten darstellen.

Umweltskandale verdeutlichen, welches Schadenspotential sich hinter manchem umweltdeliktischen Handeln verbirgt. Dabei kann mit der Straftat oder auch Ordnungswidrigkeit ein erheblicher Vermögensvorteil verbunden sein. Dies gilt etwa, wenn Schadstoffe unzulässig in Gewässer *eingeleitet werden, anstatt* sie aufwendig zu entsorgen, oder wenn im Sandwich-Verfahren hochgiftiger Industriemüll durch Vermischung mit anderen Abfällen gegen geringes Entgelt auf einer Hausmülldeponie abgelagert wird. Die gewinnbringenden *Fallgestaltungen sind* vielfältig. Dazu zählt auch der Verzicht auf eine an sich erforderliche, u. U. kostenintensive Umweltschutzinvestition, – ein Verzicht, der für verheerende ökologische Schäden ursächlich sein kann.

Der Versuch der Praxis, Vermögensvorteile aus umweltkriminellem Handeln über die Geldstrafe oder über Auflagen – etwa im Rahmen der Strafaussetzung zur Bewährung – zunichte zu machen, ist schon aus Rechtsgründen weitgehend untauglich. Zumindest wird solchen Tendenzen seitens der Strafverteidiger Einhalt geboten werden.

Abhilfe bietet nur die Aktivierung der Abschöpfungsinstrumente, die im Strafgesetzbuch wie im Ordnungswidrigkeitenrecht gegeben sind. Zumindest im Strafrecht stellt dieses Instrumentarium bisher weitgehend „totes Recht" dar.

Zwar ist nicht zu verkennen, daß erst rechtspolitische Maßnahmen die Handhabbarkeit der Vorschriften über die Gewinnabschöpfung in der Praxis erleichtern werden. Dies gilt beispielsweise für den Fall, daß die Anordnung des Verfalls eines Vermögensvorteils dann ausscheidet, wenn dadurch Ansprüche des Verletzten aus der Tat verkürzt würden. Dabei ist oft offen, ob – insbesondere bei einer Vielzahl Geschädigter – der Täter tatsächlich in Anspruch genommen werden wird. Lösungsansätze zeigen Vorschriften im Wirtschaftsstrafgesetz, die ohne Beeinträchtigung Verletzter die Gewinnabschöpfung gestatten.

Motivierte Spezialisten als Störfall-Fahnder

Der Verfall von Vermögensvorteilen bedarf aber weiterer organisatorischer Maßnahmen, etwa der Pflicht zur Vorlage der einschlägigen Akten an Ermittlungsbeamte, die ausschließlich für die Gewinnabschöpfung eingesetzt sind. Erforderlich ist zudem eine – über Aus- und Fortbildung *anzustrebende* – *spezielle* Sensibilisierung der Verfolgungsorgane. Nur die Hinzuziehung motivierter Spezialisten wird gewährleisten, daß die Vermögensvorteile als Ausfluß umweltdeliktischen Handelns beweiskräftig nachgewiesen werden *können*.

Da umweltdeliktisches Verhalten, soweit es individuell nicht zuordenbar ist, nicht selten eine beträchtliche Schädigungswirkung für die Allgemeinheit aufweist, werden derzeit Überlegungen zur Reform – insbesondere zur Sicherstellung – des Ausgleichs von Umweltschäden angestellt. Hintergrund dieser Überlegungen ist, daß Forderungen im Zusammenhang mit Umweltschäden für einzelne Betroffene aus vielerlei Gründen, vor allem aber wegen der derzeitigen Beweislast-Regelungen, nur schwer durchzusetzen sind. Insbesondere das kumulative Zusammenwirken unterschiedlichster Umweltbeeinträchtigungen kann zu außergewöhnlichen Schäden für die Allgemeinheiten führen, wobei die Schadensanteile nicht den einzelnen Verursachern *zugerechnet* werden können. Ein typisches Beispiel dafür ist das seit Jahren festzustellende Waldsterben.

Es wird oft darauf hingewiesen, daß Umweltschäden derzeit weithin *nicht von Verursachern, sondern von* den Opfern und damit der Allgemeinheit getragen würden. Im Hinblick auf die vielfältigen Umweltbelastungen und um Entschädigungen von Umweltopfern sicherzustellen, wird dabei auch die Einrichtung eines Entschädigungsfonds gefordert. Ein derartiger Fonds hätte mancherlei Vorzug: die Leistung würde nach einheitlichen Kriterien erbracht; die Entschädigung wäre auch im Falle eines insolventen Verursachers gesichert; der Fonds könnte bei der Finanzierung von Maßnahmen mitwirken, mit denen ökologische Altlasten beseitigen werden sollen. Unter dem Gesichtspunkt der Prävention wäre hervorzuheben, daß solche Modelle einen starken Anreiz zur Verhütung von Umweltdelikten entwickeln.

Fonds-Lösungen sind auch deshalb von besonderem Interesse, weil im Wege der Gewinnabschöpfung dem Staat zufließende Vermögenswerte durch zweckgebundene Einspeisung eine sinnvolle und zielgerichtete Verwendung finden könnten. Dem Verfall krimineller Gewinne käme dann auch eine kriminalpädagogische Bedeutung gegenüber dem Umweltstraftäter zu. Bei einer solchen Konzeption kann effektiver Gewinnabschöpfung nicht nur eine präventiv wirkende, sondern auch eine opferfreundliche Funktion zugeschrieben werden. Dem Täter-Opfer-Ausgleich eröffnet sich dabei eine neue Dimension, eine auch sozialpolitisch bedeutsame Herausforderung an ein modernes Strafrecht.

Bei einer *mittelfristigen Zunahme* der Umweltdelinquenz, die ebenso vorhergesagt wird wie eine Zunahme der organisierten Tatausführung, stellt sich akut die Frage nach der wirksamen Bekämpfung dieses Deliktfeldes. Mal angenommen, die Umweltverschmutzung ginge so weiter und unsere Enkel müßten sich – um es überspitzt zu sagen – auf dem Weg zur Arbeit oder beim Einkaufen durch giftige Schwaden kämpfen: Die Rechtsprechung könnte dann wieder rauh werden wie im Amerika zur Zeit der Pioniere. Wer einem anderen die Gasmaske entwendete, würde wegen eines Angriffs auf dessen Leib und Leben bestraft. Wie ein Pferdedieb.

„Pax Christi" bleibt beim Nein zur Abschreckung

KNA, Frankfurt

Das Präsidium der deutschen Sektion der katholischen Friedensbegung „Pax Christi" hat die Anti-Kriegsdienst-Erklärung der jüngsten „Pax Christi"- Delegiertenversammlung verteidigt. Die Erklärung entspreche dem traditionellen Selbstverständnis, betonte das Präsidium von „Pax Christi" gestern in Frankfurt.

Mit ihrer Entschließung habe die Delegiertenversammlung einen „notwendigen Schritt" vollzogen, um das Nein von „Pax Christi" zum Abschreckungssystem deutlicher als bisher „praktisch werden zu lassen". Unter Hinweis auf „einzeine Fehlinterpretationen" wies das „Pax-Christi"-Präsidium darauf hin, daß der Beschluß der Delegiertenversammlung nicht jeden Soldatendienst verurteile. Vielmehr werde der Soldatendienst insofern in Frage gestellt, als daß er heute in ein Abschreckungssystem *integriert sei*, das mit Massenvernichtung drohe und deshalb von „Pax Christi" für „unverantwortbar" gehalten werde.

Zu der in der Entschließung der Delegiertenversammlung getroffenen Feststellung, die Kriegsdienstverweigerung sei „ein für alle Christen geltendes sittliches Gebot", betonte das „Pax Christi"-Präsidium, nur das persönliche Gewissen könne hier die letztentscheidende Instanz sein. Ausdrücklich erklärte es, die Entschließung der Delegiertenversammlung grenze niemanden aus, sie verbinde im Gegenteil mit der klaren Benennung der eigenen Position die Offenheit und den Respekt gegenüber anderen Positionen und lade zum Dialog auf der Grundlage der gemeinsamen Verpflichtung ein, das System der Abschreckung zu überwinden.

Mediengesetz ist „verlegerfeindlich"

dpa, Bonn

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) hat die SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen davor gewarnt, den Entwurf für ein Landesrundfunkgesetz in dieser Woche ohne Änderungen zu verabschieden. Für die CDU/CSU betonte der Abgeordnete Weirich, der Gesetzentwurf sei überbürokratisiert und verlegerfeindlich. Nach Ansicht des Verlegerverbandes will die SPD gerade das verwirklichen, was das Bundesverfassungsgericht mit dem jüngsten Medienurteil habe verhindern wollen: Regelungen, die privaten Rundfunk erheblich erschweren, wenn nicht gar ausschließen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Architektonische Aussage?

„Elf Säulen symbolisieren die Vielfalt der Kultur"; WELT vom 9. Dezember

Sehr geehrter Herr Dr. Guratzsch,

weil die Bundeskunsthalle als Bauaufgabe eine Signalwirkung für die Architektur hat, habe ich angeregt, die Entwürfe kritisch zu würdigen.

Diese Anregung habe ich eine Woche, „nachdem alles entschieden war", ausgesprochen – welch böswillige Bezichtigung hätten Sie aus der Tatsache herleiten können, wenn ich die Diskussion vor der Entscheidung herausgefordert hätte. Aber wenn man jemandem böse gesonnen ist, kann man ihm sogar anlasten, daß er sich in der Adventszeit der postalischen Eilzustellung bedient.



Meinhard von Gerkan

Ich meine, daß die Bemühungen von fast 40 engagierten Architekturbüros um eine angemessene Gestalt für eine so richtungweisende kulturelle Bauaufgabe es verdiente, von Architekturkritikern gewürdigt zu werden mit klaren Aussagen.

Sie haben begrüßenswerterweise fast eine ganze Seite der Berichterstattung gewidmet. Eine klare Meinung Ihres Blattes vermisse ich jedoch. Ihre Schlußbemerkung, daß „der Wiener auch noch den preiswertesten Entwurf anbietet" und damit „der Jury kaum noch eine andere Wahl ließ", wird weder dem Entwurf noch seiner Signalwirkung für die Architekturszene gerecht.

Sie weicht einer inhaltlichen Stellungnahme aus und reduziert das Problem nebst Juryurteil auf eine quantitative Kausalität.

Prof. Meinhard v. Gerkan, Hamburg

*

Also alles „wie gehabt": Funktionalismus der glatten Flächen und „Diktatur des Rechtecks". Ob wohl elf Säulen genügen, um die Vielfalt der Kultur zu symbolisieren? Der Architekt hätte sich einmal die Neue Staatsgalerie in Stuttgart ansehen sollen.

Prof. Dr. Klaus Speckmann, Bonn 1

Pochen auf den Schein

„Staatsanwälten geht es nur noch um Agitation"; WELT vom 5. Dezember

Im Bonner Parteispendenprozeß gegen die früheren Bundesminister Graf Lambsdorff und Friderichs sowie gegen den früheren Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch *versuchen die Staatsanwälte nach* dem Zusammenbruch ihrer Anklage wegen Bestechung beziehungsweise Bestechlichkeit auf den Schein zu pochen und die Anklage wegen Steuerhinterziehung vor der Fachgerichtsbarkeit zu retten.

Nachdem das neue Parteifinanzierungsgesetz vom 22. 12. 1983 schon drei Jahre in Kraft ist, können Spenden an die politischen Parteien grundsätzlich nicht mehr mit dem Nimbus einer dubiosen Handlungsweise belastet bleiben, auch wenn die Anklage sich auf frühere Jahre stützt, in denen das Gesetz noch nicht galt.

Dafür ist aber unbestritten, daß die Parteispendenpraxis in diesen Jahren von den Finanzbehörden allgemein anerkannt wurde und deshalb dem übergeordneten Rechtsgrundsatz von Treu und Glauben unterliegt.

Es ist auch den Staatsanwaltschaften bekannt, daß Finanzgerichte als Fachgerichtsbarkeit des Steuerrechts bereits in mehreren Fällen bei Parteispenden den Tatbestand der Steuerhinterziehung verneint haben.

Deshalb müßte nach der gesetzlichen Ordnung von den Staatsanwälten im schwebenden Parteispendenprozeß der Vorrang der Steuergerichtsbarkeit anerkannt und zunächst die Entscheidung der Finanzgerichte abgewartet werden. Wenn seitens der Staatsanwälte diese gebotene Anrufung der Fachgerichtsbarkeit verhindert werden soll, so ist dies als Unterstüzung der Oppositionsparteien im Wahlkampf allzu durchsichtig und wegen des dadurch vorliegenden *Mißbrauchs der Justiz* für das Ansehen der Rechtsstaatlichkeit nachteilig.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Früchtnicht, Hamburg 65

Erschütternd

„1025 Namen von politischen Häftlingen"; WELT vom 9. Dezember

Mit großem Befremden lese ich, daß der SPD-Abgeordnete Jürgen Schmude hat wissen wollen, mit welchem Wissensstand der Bundeskanzler in einer Rede von Tausenden politischer Häftlinge in der „DDR" habe sprechen können. Erschütternd ist für mich, daß gerade führende SPD-Politiker die Zahlen anzweifeln, obwohl sie genau wissen, daß die SPD die meisten Häftlinge stellte, die in sowjetzonalen und „DDR"-KZs ihre Jugend verbringen durften. Hat Herr Schmude das vergessen?

Während Willy Brandt bei seinem Besuch in Buchenwald einen Kranz für die Opfer des Faschismus niederlegte, hat er seine eigenen Genossen, die ab 1946 bis 1950 dort zubringen durften (Teile der SPD-Parteivorstände von Thüringen, Sachsen-Anhalt usw.), vergessen.

Anscheinend herrscht heute nicht nur bei den Prominenten der SPD, sondern auch bei den Versorgungsämtern und sogar bei den Sozialgerichten die irrige Ansicht, daß wir uns in einem Erholungsheim zur Deutsch-Sowjetischen Freundschaft befunden haben und als wohlgenährte und kerngesunde Menschen entlassen wurden.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Richter, Ehemaliger Vertrauensmann des SPD-Ostbüros, Neu-Isenburg

Wort des Tages

„Der Gescheitere gibt nach! Eine traurige Wahrheit. Sie begründet die Weltherrschaft der Dummheit."

Marie von Ebner-Eschenbach, österreichische Autorin (1830–1916)

Beschämend

„Westmächte bremsen Diepgens Pläne für Reise zu Honecker"; WELT vom 10. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

kaum glaublich, aber wahr: Wieder sind die Westmächte deutscher als die Deutschen!

So sprach sich jetzt auch der französische Außenminister gegen die Absicht Eberhard Diepgens aus, der Einladung Erich Honeckers zu folgen. *Dies ist eine beschämende Tatsache*. Konnte Herr Diepgen als Regierender Bürgermeister gerade der Stadt, in welcher das Unrecht des „DDR"-Regimes am hautnahesten erfahren wird, nicht selbst wissen, wie instinktlos und unklug es ist, den Verantwortlichen für eben dieses Unrecht seine Reverenz zu erweisen?

Mit freundlichen Grüßen
Ilse Christine Gerlich, Bochum

Nicht einig

„Dem Boden das Leben versüßen"; WELT vom 6. November

In der Zielsetzung, die Stickstoffdüngung zu optimieren, um so bei Zuckerrüben und anderen Kultur*pflanzen die Pflanzenquantität zu optimieren* und Nitratauswaschungen ins Grundwasser zu unterbinden, sind sich Landwirte, Berater und Agrarwissenschaftler einig, in der optimistischen Beurteilung der EUF-Methode als Methode für die Ermittlung des Stickstoffdüngerbedarfs dagegen nicht. Alle dazu vorliegenden Untersuchungsergebnisse haben gezeigt, daß bei der Bestimmung der Phosphat-, Kali- und Kalkgehalte im Boden die EUF-Methode nicht mehr leistet als die herkömmlichen Methoden. Der Aussagewert bei der Bestimmung des Stickstoffdüngerbedarfs läßt sich zur Zeit noch nicht abschließend beurteilen.

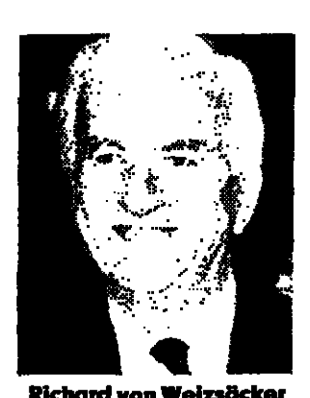
Um diese Frage zu klären, hat der VDLUFA zusammen mit der Südzucker beim Bundesministerium für Forschung und Technologie Mittel für ein Forschungsvorhaben beantragt. Solange keine weiteren Ergebnisse vorliegen, sollte davon abgesehen werden, für den Einsatz einer nicht verläßlich geprüften Untersuchungsmethode zu werben, um weder die Düngerberatung noch die erstrebenswerte Optimierung der Düngung zu erschweren.

Dr. Michael von Abercron, Verband Deutscher Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten, Darmstadt

Personen

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat Bonns Journalisten ein begehrtes Weihnachtspräsent ins Haus geschickt: ein Buch mit dem Titel „Eine Rede und ihre Wirkung", 191 Seiten, Verlag Rainer Röll, Berlin. Zusammengefaßt sind in diesem Buch Meinungen und Stellungnahmen von Repräsentanten des In- und Auslands zu der Ansprache, die von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieges im Plenarsaal des Deutschen Bundestages hielt. Die beiden Herausgeber sind **Ulrich Gill**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg, und Professor **Winfried Steffani**, ebenfalls Universität Hamburg. Zur Rede und ihren Gedanken geäußert haben sich unter anderem **Werner Nachmann**, Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, der israelische Botschafter in Bonn **Yitzhak Ben-Ari**, der russische Schriftsteller **Lew Kopelew**, der frühere amerikanische Botschafter in Bonn **Arthur F. Burns**, der französische Publizist **Alfred Grosser** und der Würzburger Völkerrechtler Professor **Dieter Blumenwitz**.



Richard von Weizsäcker

AUSWÄRTIGES AMT

Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** hat sich Dr. **Josef Holik**, den bisherigen Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland für die MBFR-Verhandlungen in Wien als neuen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle ins Auswärtige Amt geholt. Das große Ressort, das mit dem Außenminister besonders eng und vertrauensvoll zusammenarbeitet, wurde bisher von **Friedrich Ruth** geleitet, der als Botschafter nach Rom ging. Dr. Holik kennt die Aufgaben, die er jetzt übernimmt, seit Jahren besonders gut. Vor seiner Versetzung nach Wien im Jahre 1984 war er im Auswärtigen Amt einige Monate der Stellvertreter von Friedrich Ruth gewesen. Mit Abrüstung und Rüstungskontrolle hatte er sich jahrelang im Bereich MBFR und KVAE beschäftigt, als er das Referat für diesen Bereich im Auswärtigen Amt leitete. Dr. Holik studierte Jura, Wirtschaftswissenschaften und Politische Wissenschaften und gehört dem Auswärtigen Dienst seit 1961 an. Er war am deutschen Generalkonsulat in Madras tätig und an der NATO-Vertretung in Brüssel. Von 1971 bis 1974 war er Botschafter in der ostafrikanischen Republik Somalia. 1977 ging er zum ersten Mal zur deutschen Delegation für die MBFR-Verhandlungen nach Wien.

BERUFUNG

Ulf Thomson, bisher für das NDR-Sinfonieorchester verantwortlich, ist zum neuen Intendanten des Radio-Symphonie-Orchesters Berlin (RSO) berufen worden. Thomson (53), von 1977 bis 1981 Leiter der Hauptabteilung Musik beim Saarländischen Rundfunk, tritt die Nachfolge von **Peter Ruzicka** an, der zum 1. September 1987 gemeinsam mit dem Dirigenten **Gerd Albrecht** die Leitung der Hamburgischen Staatsoper übernimmt.

EHRUNGEN

Der Marburger Archäologe und Mitarbeiter im Vorgeschichtlichen Seminar der Philipps-Universität, Dr. **Peter Paul Hilbert**, ist vom brasilianischen Nationalrat für wissenschaftliche und technische Entwicklungen *mit der Gedenkmedaille des* Goeldi-Museums für seine wissenschaftlichen Verdienste um die Archäologie der Indianer ausgezeichnet worden. Dr. Hilbert, der zwölf Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Museums im Amazonasgebiet gelebt und dort unter anderem von der Unesco finanzierte Ausgrabungen vorgenommen hat, gilt als der Wissenschaftler, der die Kenntnisse der Archäologie des mittleren und oberen Amazonas entscheidend geprägt hat. Die Gedenkmedaille zeigt neben den Porträts der Institutsgründer Ferreira Penna und Emil A. Goeldi (ein Schweizer Zoologe) den Satz in der Sprache der Tuppi-Guaram-Indianer: „Er studierte viele Jahre unser Land und seine Menschen."

*

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Dr. **Egon Klepsch** (MdEP), das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurden den EVP-Abgeordneten **Siegbert Alber**, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, **Kurt Wawrzik**, Quästor des Europäischen Parlaments, und **Horst Langes**, Vorsitzender der Arbeitskreises Haushalt/Landwirtschaft der EVP-Fraktion verliehen.



Egon Klepsch

WAHL

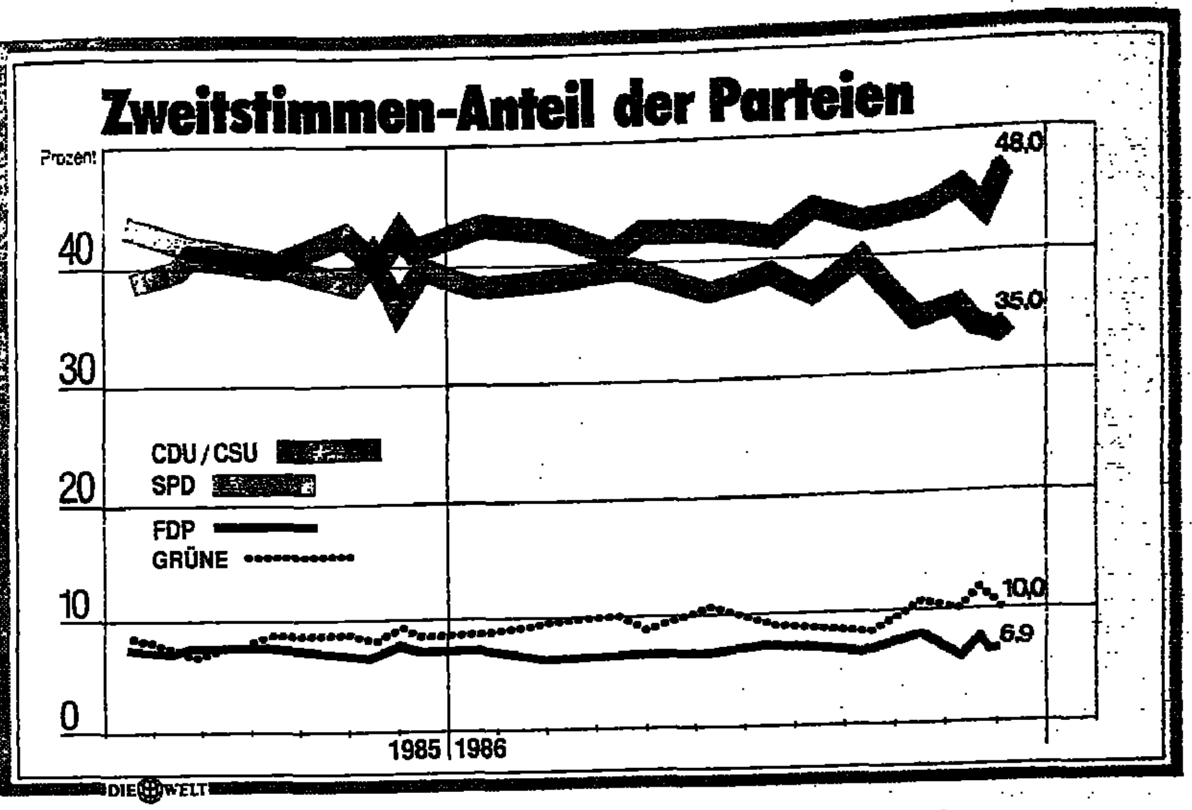
Dr. **Otto Hermann Pesch** (55), katholischer Professor für Systematische Theologie mit dem Schwerpunkt Kontroverstheologie am Fachbereich Evangelische Theologie der Universität Hamburg, ist in die Academie Internationale des Sciences Religieuses gewählt worden. Die Academie ist Teil des Institut International des Sciences Theoriques mit Sitz in Brüssel, das neben der 1944 gegründeten philosophischen seit 1966 auch eine theologische Sektion hat.

GESTORBEN

Der Bischof der kubanischen Diözese Matanzas, **José Maximino Dominguez**, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Dominguez war von Papst Johannes XXIII. 1960 zum Bischof ernannt worden.


An heißen Tips verbrennt man sich leicht die Finger.
Anlagen, die Steuer-Wunder bewirken, gibt es nicht.
Auf allzu heiße Tips folgt oft die kalte Dusche. Was aber nicht heißt, daß es kein weites Feld steuerbegünstigter Anlagen gäbe, das auch eine wirtschaftliche Ernte verspricht. Man muß nur wissen, wo. Und hier können Sie auf unsere Findigkeit vertrauen, denn wir setzen unser Wissen, unsere Kreativität und unsere Verbindungen ein, um das für Sie geeignete Angebot zu entdecken.
Damit Einfälle keine Reinfälle werden.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Heinz Schropp
HYPO-BANK

Vierzig Tage Wahlkampf liegen noch vor uns. Die empirische Wahlforschung zeigt, daß die Wähler, die sich für Information und sachliche Klärung interessieren, früher als alle anderen, meist schon Monate bevor der Wahlkampf beginnt, ihre Entscheidung treffen. Politisch engagierte Wähler ändern ihre Parteirichtung am ehesten zwischen den Wahlterminen – die unpolitischen Wähler wechseln oft erst kurz vor der Wahl. Die Politiker haben sich darauf eingestellt: Sie versuchen, die Wähler emotionell für sich zu gewinnen. Was sind im Wahlkampf 1986/87 die emotionell wirksamen Themen der CDU/CSU, also die Themen, die sie durchsetzen muß? Was sind die Themen der SPD? – Dies ist der vierte Bericht über die Umfragen, die das Institut für Demoskopie Allensbach vor der Wahl am 25. Januar wöchentlich im Auftrag der WELT durchführt.



Schwere Zweifel an DGB-Chef Breit

Von PROF. ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Weihnachten und Wahlkampf – wie sieht das die Bevölkerung? Beginnt für sie der eigentliche Wahlkampf erst dann, wenn die Feiertage vorbei sind, oder hat er schon vor Wochen richtig begonnen, fühlt sich die Bevölkerung schon mitten in der großen politischen Auseinandersetzung?

Vor vier Jahren, im Februar 1983, etwa einen Monat vor der Bundestagswahl, sackte die Spannung in der Karnevalszeit plötzlich ab. **Aber jetzt, in den Wochen vor Weihnachten, ist von einem Mangel an Interesse nichts zu sehen. Schon Mitte November erklärten 80 Prozent, nach ihrem Gefühl hätte der Wahlkampf richtig angefangen,** und auf die seit 1976 verwendete Allensbacher Frage „Wie wichtig ist Ihnen, daß die Partei, die Sie am besten finden, nach der nächsten Bundestagswahl an die Regierung kommt?" *sagten Mitte November* 44 Prozent und Anfang Dezember 45 Prozent, das sei ihnen „sehr wichtig", mehr als 1976 und 1980 und kaum weniger als Ende Februar 1983.

Informativ solle der Wahlkampf sein, so wird gefordert, nicht gefühlvoll wie Waschmittelwerbung. Eine angesehene Tageszeitung mahnte die Wahlkampfleitungen: „Soweit der Wahlkampf außer Show und Flitter auch noch politische Auseinandersetzung und Klärung von Begriffen ermöglicht, kann der demokratische Prozeß, wie immer der Entscheid der Personen ausfällt, davon gewinnen."

Der Sozialforscher liest solche Sätze mit nostalgischen Empfindungen. In der klassischen Demokratietheorie stellte man sich vor, daß die Bürger, jeder für sich und im Ergebnis dann alle miteinander, im Wahlkampf die wichtigsten Themen bestimmen, über die entschieden werden muß, die Vorschläge der Parteien prüfen und gegeneinander abwägen, auch die Erfahrungen mit den Parteien und mit den Spitzenpolitikern einbeziehen und so, durch und durch vernünftig, zu dem Beschluß gelangen, für wen sie stimmen wollen.

Schon 1940, bei der ersten amerikanischen Präsidentschaftswahl, die von der Wahlforschung, wie wir sie heute kennen, untersucht wurde, wurde diese Idealvorstellung erschüttert. Der Österreich-Amerikaner Paul Lazarsfeld und seine Forschungsgruppe fanden die „selektive Wahrnehmung": Die Wähler schirmen sich ab, um möglichst nichts zu sehen und zu hören, was sie in ihren bereits bestehenden Überzeugungen erschüttern könnte. Erschütterung, Zweifel wollen die Wähler, wenn irgend möglich, vermeiden – schon deshalb, *meinten die Forscher von 1940, weil* das ja auch ihre Freundschaften und Kollegen-Beziehungen mit Gleichdenkenden berühren würde.

Dann beobachteten die Sozialpsychologen einen Vorgang, den sie „Kreuzdruck" („cross pressure") nannten. Wähler, die in einen Loyalitätskonflikt geraten zwischen zwei Bindungen – man könnte beispielsweise an eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und an eine treue Kirchenmitgliedschaft denken –, solche Wähler mit Bindungen, die sich politisch widersprechen, tendieren dazu, den Konflikt zu lösen, indem sie das Interesse an der Wahl verlieren und schließlich oft nicht wählen gehen.

Vor allem aber fanden die Wahlforscher von 1940, daß die politisch Interessierten ihre Wahlentscheidung als erste treffen, meist viele Monate, bevor der Wahlkampf angefangen *hat, und das ist auch heute noch so.* **Im Wahlkampf geht es wesentlich um die unpolitischen Wähler, die sich überwiegend gefühlsmäßig entscheiden.** Und da sollen die Wahlkampfleitungen einen rationalen Wahlkampf mit Sachargumenten führen? Natürlich sprechen sie lieber die Wähler mit emotionellen Appellen an.

Nach den Enthüllungen von 1940, was sich wirklich in einem Wahlkampf zuträgt, kamen von der empirischen Wahlforschung Anfang der 70er Jahre die weiteren Entdeckungen über die Rolle des Meinungsklimas im Wahlkampf: Wie denken die meisten? Was gefällt den meisten? Wo kann man herzhaft zustimmen, ohne sich eine kalte Dusche zu holen oder sich unbeliebt zu machen? Rationaler wird ein Wahlkampf nicht, wenn er darauf abstellt, das Meinungsklima zu beeinflussen; er wird eher formal plakativer, emotioneller.

Allerdings hat die empirische Wahlforschung auch zum Vorschein gebracht, welche entscheidende Rolle im Wahlkampf das Gespräch von Bürger zu Bürger spielt – Versuche, andere von der eigenen politischen Ansicht zu überzeugen. Kurz vor der Bundestagswahl 1983 sagte jeder vierte Wahlberechtigte, er sei angesprochen worden, wie er wählen solle. Reden oder Schweigen der Anhänger einer Partei hat sich als eminent wichtiger Faktor im Wahlkampf erwiesen.

Es ist noch gar nicht lange her, daß man über die Wahlversammlungen höhnte, da säßen ja doch nur diejenigen im Saal, die schon überzeugt seien. Jetzt weiß man es anders zu würdigen. Da sitzen die Überzeugten im Saal und holen sich die Argumente und die Begeisterung, um andere zu überzeugen. Vielleicht wird man auch den Stammtischpolitiker anders würdigen: als den redenden Demokraten. Daß er nicht so viel weiß wie der Journalist, nicht immer so denkt wie der Journalist, hat auch seine guten Seiten.

Von diesem Punkt aus muß man auch die Frage betrachten, was zunehmendes oder abnehmendes Gewicht von Institutionen, von gesellschaftlichen Gruppen für den Wahlkampf bedeutet. **Was bedeutet es, wenn der Wahlkampf 1986/87 von der SPD mit einer möglicherweise reduzierten Unterstützung einer geschwächten Gewerkschaft geführt werden muß?**

Für viele Wähler hat die Unterstützung der Parteien durch Institutionen wie Gewerkschaften oder Kirchen etwas Illegitimes. Seit 1976 wurden in Allensbacher Umfragen zwei Standpunkte gegeneinander gestellt. Der eine: „Ich meine, die Gewerkschaften sollten sich im Wahlkampf möglichst zurückhalten. Schließlich gibt es in den Gewerkschaften Mitglieder und Anhänger aller Parteien, so daß es falsch ist, wenn sich die Gewerkschaftsspitzen einseitig für eine Partei einsetzen." Der andere: „Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Interessen der *Arbeitnehmer* zu vertreten, auch politisch. Es ist daher das gute Recht der Gewerkschaften, sich für diejenige Partei einzusetzen, die ihrer Ansicht nach am besten die Arbeitnehmer-Interessen vertritt."

Die Zustimmung zu einem Engagement der Gewerkschaften im Wahlkampf nahm in den letzten zehn Jahren langsam zu, aber blieb doch noch immer der Standpunkt einer Minderheit. **Unter den berufstätigen Gewerkschaftsmitgliedern spricht sich eine knappe Mehrheit, 52 Prozent, für die aktive Unterstützung einer Partei im Wahlkampf aus, 40 Prozent der Mitglieder sind dagegen.** (Tabelle 1)

Das Heikle liegt natürlich in der durchaus gemischten politischen Orientierung der Gewerkschaftsmitglieder, die sich nur zu 28 Prozent als SPD-Stamm- und zu 22 Prozent als SPD-Wechselwähler erklären, aber zu 22 Prozent als CDU/CSU-Stamm- und zu 14 Prozent als CDU/CSU-Wechselwähler. (Tabelle 2)

Entscheidend sind dabei nicht so sehr die erklärten Stellungnahmen der Gewerkschaften im Wahlkampf. In allen zurückliegenden Bundestagswahlen ging es für die SPD um eine Verstärkung durch das Prestige der Gewerkschaften, die Sympathie der mächtigen Organisation, den Einfluß auf das allgemeine Meinungsklima, die Ermutigung zum Reden in den Gesprächen an der Basis. Und hier sieht es für den Wahlkampf 1986/87 nicht gut aus. Die Gewerkschaften spielen zwar nach den Beobachtungen der Bevölkerung in den Gesprächen eine große Rolle – aber was für eine?

Die Verärgerung auch der Gewerk*schaftsmitglieder wegen der Vorgän*ge um die Neue Heimat ist am deutlichsten abzulesen an den Urteilen über den Gewerkschaftsvorsitzenden Ernst Breit. Eine gute Meinung von Breit hegten in der Bevölkerung Ende November/Anfang Dezember nur neun Prozent und auch nur 18 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder. Auf die Frage „In letzter Zeit ist ja manchmal gefordert worden, daß Ernst Breit wegen der Vorfälle um die Neue Heimat zurücktreten soll. Was ist Ihre Meinung: Sollte Breit zurücktreten oder sollte er nicht zurücktreten?" antworteten 44 Prozent, Breit solle zurücktreten bei 17 Prozent Gegenstimmen „nicht zurücktreten". **Auch unter Gewerkschaftsmitgliedern waren 44 Prozent für „Zurücktreten" mit 25 Prozent Gegenstimmen „nicht zurücktreten".** (Tabellen 3 und 4)

Noch vor 15 Jahren, noch vor zehn Jahren konzentrierte sich die Wahlforschung auf die Frage: Was betrachten die Wähler als wichtigste politische Aufgaben, was sind die dringendsten Probleme und welche Partei hat dafür die besten Lösungen? So zu fragen, das steht noch ganz dicht an den klassischen Vorstellungen, wie ein Entscheidungsprozeß im Wahlkampf vor sich geht.

Heute, da die Rolle von Reden und Schweigen so klar geworden ist, wird von Woche zu Woche beobachtet: Welche Themen setzen sich in den Gesprächen der Wähler durch? Welcher Partei gelingt es, mit ihren Themen die Gespräche zu beherrschen? In der letzten November-Dekade waren die dominierenden Gesprächsthemen – alle von über 60 Prozent der Befragten genannt – Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit, der Terrorismus, *das Asylantenproblem,* der Ausstieg aus der Kernenergie, die Gewerkschaften.

Erwartungen, die Außenpolitik oder Verteidigungspolitik würden Wahlkampfthemen, lassen sich bisher nicht bestätigen. Das kann sich selbstverständlich in den nächsten Wochen noch ändern. In der Beeinflussung der Wahlentscheidung kommt es dabei nicht einmal darauf an, ob über ein Thema am Beginn des Wahlkampfes viel oder wenig gesprochen wird. Viele Menschen sprechen zur Zeit „über die Beziehungen zu den USA", meinten Ende November nur 23 Prozent, „über Abrüstung" antworteten immerhin 49 Prozent. Entscheidend ist, ob das Thema in den nächsten Wochen in den Gesprächen zu- oder abnimmt.

Was sind CDU/CSU-Themen, was *sind SPD-Themen?*

Zunächst ist auffallend, wie gemeinsam das Gesprächsthema für die Anhänger der verschiedenen Parteien ist; Klima, das heißt eben, daß alle davon umschlossen werden, jeder bewegt sich darin. Aber zugleich haben viele dieser Themen eine *CDU/CSU- oder eine SPD-Aura.* Soweit diese Themen für politische Ziele stehen, die weitgehend von der Bevölkerung unterstützt werden, kann das zunehmende Gespräch über diese Themen als Erfolg im Wahlkampf verbucht werden.

Allerdings: Die beiden großen Themen Umweltschutz und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben keine klare CDU/CSU- oder SPD-Kompetenz. Wirtschaftswachstum, Renten sichern, Asylantenfrage und Terrorismusbekämpfung werden eher als Domäne der CDU/CSU gesehen; soziale Gerechtigkeit, Steuerreform zugunsten der Bezieher kleiner Einkommen, Ausstieg aus der Kernenergie und außenpolitische und verteidigungspolitische Themen wie Abrüstung, Abbau der Mittelstreckenraketen, selbstbewußtes Auftreten gegenüber den USA, ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion sind Themen der SPD. (Tabelle 5)

WELT Wahlbarometer

So gesehen, tragen die Absagen von deutschen Ministerbesuchen durch die Sowjetunion ein SPD-Thema hoch. Die Aufmerksamkeit für diese Vorgänge ist groß. 88 Prozent der Bevölkerung haben von diesen Absagen gehört. 36 Prozent sehen darin ein Gefahrenzeichen, 43 Prozent halten dagegen, man brauche das nicht so ernst zu nehmen. Hier treten die Ansichten der SPD-Anhänger und CDU/CSU-Anhänger weit auseinander. (Tabelle 6)

77 Prozent der Bevölkerung finden, die Angriffe der Sowjetunion gegen die deutsche Bundesregierung seien in den letzten Wochen erkennbar schärfer geworden. *Daß es sich hier* um eine Einmischung in den deutschen Wahlkampf handele, glauben nur 29 Prozent. 58 Prozent erklären: „Hat andere Gründe." (Tabelle 7)

Ganz gespalten ist die Bevölkerung bei der Frage, was der richtige Ton von Bundeskanzler Kohl gegenüber der Sowjetunion sei. **Kohl spreche zu schroff, finden 43 Prozent. Er spreche mit der notwendigen Deutlichkeit, sagen 41 Prozent.** Die Parteilager stehen sich in harten Fronten gegenüber. (Tabelle 8)

Ein ebenfalls für die CDU/CSU un*erfreuliches Thema sind die amerika*nischen Waffenlieferungen an den Iran. In einer Mehrheit von 70 Prozent verurteilt die Bevölkerung diese Waffenlieferungen (Tabelle 9). Da die CDU/CSU mit guten Beziehungen zu den USA und Unterstützung der SDI-Pläne Reagans identifiziert wird, ist das Thema Waffenlieferungen an den Iran für sie schädlich.

Die Zweitstimmen-Wahlabsichten stehen gegenwärtig fast unbeweglich. Der CDU/CSU wollten ihre Zweitstimme in der letzten November-Dekade 47,2 Prozent, Anfang Dezember 48,0 Prozent geben; der SPD bei der Umfrage zwischen dem 21. und 25. November 34,7 Prozent, bei der Umfrage bis 2. Dezember 35,0 Prozent (Graphik auf dieser Seite). **CDU/CSU und FDP zusammen haben einen Wähleranteil von 54,9 Prozent, SPD und Grüne von 45,0 Prozent.**

Fast unbeweglich stehen auch die Entscheidungen für Kohl oder Rau als bevorzugter Kanzler. (Graphik auf Seite 1)

Die Erwartungen, daß das Lager aus CDU/CSU und FDP siegt, sind weiter so hoch wie noch nie für irgendeine Partei oder Koalition vor einer Bundestagswahl, nämlich 68 Prozent. Nur 12 Prozent erwarten eine Mehrheit für SPD und Grüne.

Wäre es am besten, wenn der Wahlkampf in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr eingestellt würde? Soll die Politik einmal ganz in den Hintergrund treten?

Ein solcher Wunsch wird nicht nur an den Weihnachtsfeiertagen geäußert. Eine Allensbacher Frage Anfang Dezember lautete: „Es ist vorgeschlagen worden, daß Wahlkämpfe ganz abgeschafft werden, also keine Reden, keine Anzeigen, keine Plakate, keine Abzeichen. Sind Sie für oder gegen eine solche Regelung?" 36 Prozent erklärten, sie seien dafür, 36 Prozent, *sie seien dagegen,* 28 Prozent blieben unentschieden.

Aber in den Weihnachtszimmern, bei den Weihnachtsbesuchen, wird bestimmt viel von der Bundestagswahl gesprochen werden. Und diese Gespräche zwischen den Wahlbürgern könnten der wichtigste Teil des Wahlkampfes sein.

Am nächsten Dienstag lesen Sie in der WELT:

Drängen Grüne-Wähler die SPD zurück? – Wird die FDP stärker oder schwächer? – Das Rennen zwischen *Kohl und Rau*

Wenn Sie die ersten Beiträge von Elisabeth Noelle-Neumann versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54/10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

1. „Darüber, ob sich die Gewerkschaften im Wahlkampf für eine bestimmte Partei einsetzen sollen oder nicht, unterhalten sich hier zwei. Welchem/welcher davon würden Sie eher zustimmen?"

	Bevölkerung insgesamt %	Berufstätige Gewerkschaftsmitglieder %	Berufstätige Nicht-Gewerkschaftsmitglieder %
Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, auch politisch. Es ist daher das gute Recht der Gewerkschaften, sich für diejenige Partei einzusetzen, die ihrer Ansicht nach am besten die Arbeitnehmer-Interessen vertritt.	32	52	25
Da bin ich anderer Meinung. Ich meine, die Gewerkschaften sollten sich im Wahlkampf möglichst zurückhalten. Schließlich gibt es in den Gewerkschaften Mitglieder und Anhänger aller Parteien, so daß es falsch ist, wenn sich die Gewerkschaftsspitzen einseitig für eine Partei einsetzen.	54	40	63
Unentschieden, kein Urteil	14	8	12

2. Partei-Orientierung der berufstätigen Gewerkschaftsmitglieder

Es sind:	Berufstätige Gewerkschaftsmitglieder %
CDU/CSU-Stammwähler	22
CDU/CSU-Wechselwähler	14
SPD-Stammwähler	28
SPD-Wechselwähler	22
FDP-Stammwähler	1
FDP-Wechselwähler	2
Stammwähler der Grünen	5
Wechselwähler der Grünen	6

3. „Eine Frage zu Ernst Breit, dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes: Haben Sie von Ernst Breit eher eine gute oder keine gute Meinung?"

	Bevölkerung insgesamt %	Berufstätige Gewerkschaftsmitglieder %	Berufstätige Nicht-Gewerkschaftsmitglieder %
Gute Meinung	9	18	6
Keine gute Meinung	43	40	46
Unentschieden	25	30	23
Kein Urteil	23	12	25

4. „In letzter Zeit ist ja manchmal gefordert worden, daß Ernst Breit wegen der Vorfälle um die Neue Heimat zurücktreten soll. Was ist Ihre Meinung, sollte Breit zurücktreten oder sollte er nicht zurücktreten?"

	Bevölkerung insgesamt %	Berufstätige Gewerkschaftsmitglieder %	Berufstätige Nicht-Gewerkschaftsmitglieder %
Sollte zurücktreten	44	44	49
Sollte nicht zurücktreten	17	25	14
Unentschieden	39	31	37

5. „Hier ist einiges aufgeschrieben, was man manchmal im Wahlkampf hört. Verteilen Sie die Karten doch bitte einmal *auf dieses Blatt hier, je nachdem, ob das Probleme* sind, um die sich mehr die CDU/CSU kümmert oder mehr die SPD, oder Probleme, um die sich beide gleich kümmern. Auf die letzte Spalte kommen Themen, um die sich keiner kümmert."

	Darum kümmert sich mehr die CDU/CSU %	Darum kümmert sich mehr die SPD %	Darum kümmern sich beide gleich %	Darum kümmert sich keiner %	Keine Angabe %
Darum kümmert sich vor allem die CDU/CSU, das sind CDU/CSU-Themen:					
Das amerikanische Weltraumverteidigungsprogramm SDI unterstützen	70	2	7	5	16
Die Energieversorgung sichern, auch durch Kernkraftwerke	65	3	13	3	16
Für Wirtschaftswachstum sorgen	54	6	27	3	10
Neue Gesetze, um den Terrorismus zu bekämpfen	53	5	29	6	7
Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechts treffen	47	9	20	11	13
Mehr gegen die hohe Zahl der Abtreibungen unternehmen	43	5	13	21	18
Für die deutsche Einheit eintreten	36	12	30	12	10
Weniger Staat, mehr private Eigeninitiative	34	8	11	24	23
Die Renten sichern	33	16	35	9	7
Darum kümmert sich vor allem die SPD, das sind SPD-Themen:					
Stufenweise Stillegung aller Kernkraftwerke	5	62	9	14	10
Für ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion sorgen	5	57	23	5	10
Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großbetrieben	3	56	13	12	16
Die amerikanischen Mittelstreckenraketen bei uns wieder abbauen	5	43	14	24	14
Für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen	13	40	23	11	13
Senkung der Steuern bei kleinen Einkommen	17	40	13	19	11
Selbstbewußter auftreten gegenüber den USA	21	35	17	11	16
Abrüstung und Entspannung vorantreiben	16	33	31	11	9
Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen durchsetzen	7	26	33	20	14
Themen, bei denen weder CDU/CSU noch SPD einen deutlichen Vorsprung haben:					
Eine Steuerreform durchführen, damit die Steuern einfacher und gerechter werden	28	25	16	19	12
Familien mit Kindern besonders unterstützen	24	27	25	14	10
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	24	22	37	11	6
Den Umweltschutz entschieden durchsetzen	11	24	35	21	9

6. „Die Sowjetunion hat ja in letzter Zeit verschiedene Besuche führender Sowjetpolitiker in der Bundesrepublik abgesagt und auch deutsche Politiker, die nach Moskau wollten, wieder ausgeladen. Haben Sie davon gehört oder nicht gehört? (Ende November/ Anfang Dezember 1986)"

	Bevölkerung insgesamt %	Wähler der CDU/CSU %	Wähler der SPD %	Wähler der FDP %	Wähler der Grünen %
Davon gehört	88	89	89	97	89
Nicht davon gehört	12	11	11	3	11

„Und ist das ein Gefahrenzeichen, oder braucht man das nicht so ernst zu nehmen?"

	Bevölkerung insgesamt %	Wähler der CDU/CSU %	Wähler der SPD %	Wähler der FDP %	Wähler der Grünen %
Ist ein Gefahrenzeichen	36	25	51	37	51
Nicht so ernst nehmen	43	54	30	48	29
Unentschieden	21	21	19	15	20

Frage an Personen, die der Meinung sind, daß die Sowjetunion die Bundesregierung in letzter Zeit schärfer angegriffen hat:

7. „Haben Sie den Eindruck, *daß* die Sowjetunion sich damit in den bundesdeutschen Wahlkampf einmischt, oder hat das andere Gründe?"

	Bevölkerung insgesamt %	Wähler der CDU/CSU %	Wähler der SPD %	Wähler der FDP %	Wähler der Grünen %
Mischt sich in Wahlkampf ein	29	48	12	34	12
Hat andere Gründe	58	38	79	57	76
Unentschieden	13	14	9	9	12

8. „Darüber, wie sich Bundeskanzler Kohl gegenüber der Sowjetunion *verhält, unterhalten* sich hier zwei. Wem würden Sie eher zustimmen? (Ende Nov./Anfang Dezember 1986)"

	Bevölkerung insgesamt %	Wähler der CDU/CSU %	Wähler der SPD %	Wähler der FDP %	Wähler der Grünen %
„Bundeskanzler Kohl spricht gegenüber der Sowjetunion eine zu harte Sprache. Wer gute Beziehungen zur Sowjetunion haben will, darf nicht so reden."	43	23	65	41	67
„Gegenüber der Sowjetunion muß man sich klar und deutlich *ausdrücken. Die haben nun einmal* ein ganz anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem als wir, das muß Bundeskanzler Kohl auch sagen dürfen."	41	63	20	53	17
Unentschieden	16	14	15	6	16

9. „Vor kurzem wurde berichtet, daß der amerikanische Präsident Reagan geheime Waffenlieferungen in den Iran veranlaßt hat. Haben Sie davon gehört?"

	Bevölkerung insgesamt %	Wähler der CDU/CSU %	Wähler der SPD %	Wähler der FDP %	Wähler der Grünen %
Ja	85	86	87	99	82
Nein	15	14	13	1	18

„Durch die Waffenlieferungen sollten Kontakte zu bestimmten Gruppen im Iran verbessert werden. Außerdem konnte dadurch erreicht werden, daß einige amerikanische Geiseln im Nahen Osten freigelassen wurden. Billigen Sie es, wenn in solchen Ausnahmefällen wie hier der amerikanische Präsident Waffen an ein kriegführendes Land liefern läßt, oder billigen Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt %	Wähler der CDU/CSU %	Wähler der SPD %	Wähler der FDP %	Wähler der Grünen %
Billige ich	9	13	4	7	6
Billige ich nicht	70	63	81	74	81
Unentschieden	21	24	15	19	13

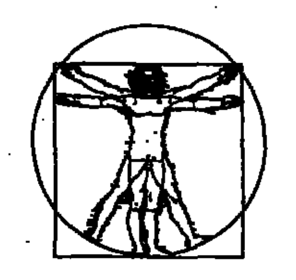
NOTIZEN

Betrieb aufgenommen

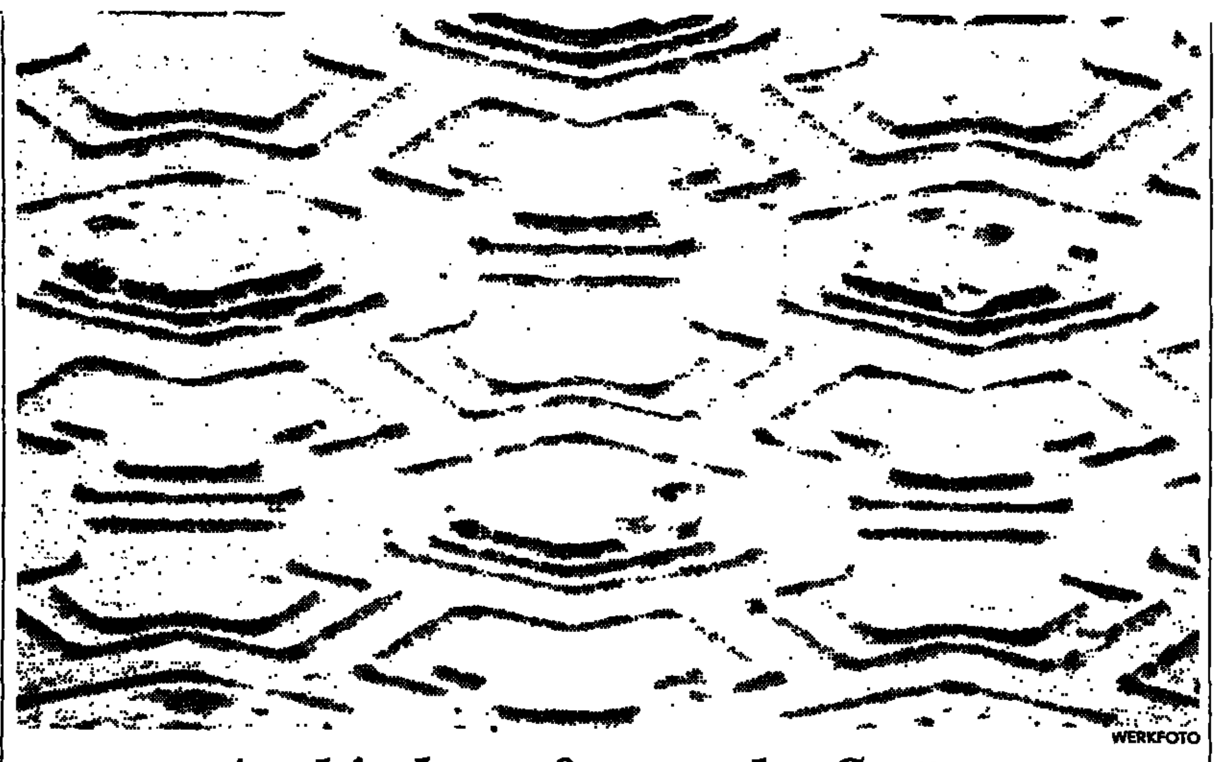
Berlin (DW) – Eine neuartige Bodenwaschanlage ist jetzt in Berlin in Betrieb genommen worden. Mit ihr wird ein Verfahren erprobt, das einen belasteten Boden durch „Auswaschen" von Giftstoffen befreit. Die Bodenbestandteile werden durch Hochdruckwasserstrahlen mechanisch so sehr beansprucht, daß die ihnen anhaftenden Schadstoffe mit deren Trägersubstanzen ins Kreislaufwasser übergehen und durch ein Sedimentations- und Flotationsverfahren abgeschieden werden. Je Betriebsstunde können bis zu 30 Tonnen Boden gereinigt werden. Das neue kostengünstige Verfahren soll die aufwendige Deponierung des Bodens außerhalb Berlins ersetzen.

Nichtraucher-Kampagne

Genf (epd) – Eine „rauchfreie Gesellschaft bis zum Jahre 2000" strebt die Weltgesundheitsorganisation WHO an. Erfolge in ihrer Nichtraucher-Kampagne sieht die WHO bereits in einem Dreipha-



senplan verwirklicht. So haben Fluggesellschaften oder Hotelketten erkannt, daß das Rauchverbot ihnen keine finanziellen Nachteile bringt. In vielen Ländern gibt es ein Verbot für Zigarettenwerbung im Fernsehen. Die Stimmen der Nichtraucher haben mittlerweile in mehreren Staaten großes Gewicht: in den USA ist das Rauchen auf öffentlichen Plätzen untersagt. Der „Kreuzzug" der Nichtraucher werde durch wissenschaftliche Erkenntisse über die negativen Auswirkungen des Passivrauchens bestärkt. Die WHO weist darauf hin, daß ein Nichtraucher, der mit einem starken Raucher zusammenlebt (zwei Päckchen Zigaretten pro Tag), die Schadstoffe von mindestens drei Zigaretten inhalieren muß.



WERKFOTO

Architektur für starke Ströme

Nicht das preisgekrönte Modell eines Architekturwettbewerbes zum Thema „Flughafen der Zukunft", sondern die unter dem Elektronenmikroskop sichtbar gemachte Struktur eines sog. MOS-GTO-Thyristors, eines hochbeanspruchbaren Halbleiters, zeigt diese Abbildung. Erste Funktionsmuster des in der Bundesrepublik entwickelten mikroelektronischen Bauteils, das auf einer neuen Technologie beruht, schalten auf einer Chipfläche von nur 0,1 cm^2 die Stromstärke von fünf Ampere und halten eine Sperrspannung von 1500 Volt aus. D. T.

Wenn das Echo aus der Tiefe kommt

Gezielte Anwendung von Untertage-Radargeräten zur Ortung von Gesteinsschichten

Von ROLF SIMEN

Als lichtschnelles bildgebendes Echolot und Geschwindigkeitsmeßverfahren hat das Radar längst Anwendungsgebiete erobert, die weit über Luftverkehr und Schiffahrt hinausreichen. Radarastronomie, Erd-Fernerkundung und Wetterforschung sind dafür Beispiele. Weniger bekannt ist aber, daß das Prinzip des elektromagnetischen Meß- und Ortungsverfahrens auch bei der Erkundung des Untergrunds der Erde wertvolle Hilfe leisten kann.

Während das „oberirdische" Radar mit Radiowellen zwischen einigen Dezimeter und einigen Millimeter Länge arbeitet, werden für seinen Einsatz im Untergrund Meterwellen verwendet. Sie breiten sich in Gesteinen aus, sofern diese trocken sind und nur eine geringe elektrische Leitfähigkeit haben. Dort werden sie an den Grenzen unterschiedlicher Schichten und an sonstigen Unregelmäßigkeiten als Echos zurückgeworfen. Das gilt vor allem für Steinsalz- und Kalilagerstätten, aber auch für Granite, Steinkohlenflöze, Eis und gefrorene Gesteinsschichten. Schon seit rund 15 Jahren haben Forscher solche Verfahren entwickelt und erprobt, die bei ihnen unter dem Begriff Reflexionselektromagnetik eingeordnet werden. So ist denn auch bereits ein solches „Untertageradar" im Kali- und Steinsalz-Bergbau zum bewährten Hilfsmittel der Lagerstättenerkundung geworden.

Die Methode selbst wurde in einem weiteren Forschungsprogramm der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hannover) in die Entwicklung einer Sonde umgesetzt, die Salzstöcke von einem Tiefbohrloch aus mit einer Reichweite von mehreren 100 Metern erkunden kann. Weitere Forschungen ergaben zudem die Anwendungsmöglichkeit für die Ortung von Erzkörpern unter ständig vereister Erdoberfläche, da auch diese Permafrost-Schichten trocken und elektrisch nicht leitfähig sind. So ließ sich in Nordkanada eine Zink-Blei-Lagerstätte mit dieser Radarmethode bis zu einer Tiefe von 150 Metern nachweisen, wobei man noch neue Gebiete mit Erzanreicherung entdeckte. Deshalb wird das Verfahren inzwischen auch für die Vorerkundung „bohrwürdiger" Objekte unter Permafrost eingesetzt. In der Antarktis wird mittlerweile die Dicke von Eisschichten mit tragbaren Radargeräten bestimmt.

In einem neuen Forschungsprojekt will man nicht nur die Unregelmäßigkeiten in der Tiefe nachweisen, sondern Granitgestein orten, das möglichst frei von Einschlüssen und Kluften und damit geeignet zur Endlagerung von radioaktivem Abfall ist. Mit einer Reichweite von rund 100 Metern läßt sich ebenmäßiges Gestein auffinden, obwohl die elektrische Leitfähigkeit des oft feuchten Granits größer ist als die von Salzgestein.

Ein Werkzeug für die Zukunft

Computerprogramm soll über 100 000 Altstoffe auf ihre Gefährlichkeit untersuchen

Von DIETER THIERBACH

Daß man mit Hilfe von Computermodellen kostspielige Funktionsabläufe in Echtzeit (ohne Zeitverzögerung) simuliert, ist mittlerweile Stand der Technik. Neu indessen ist das Projekt einiger Wissenschaftler der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) in Neuherberg bei München, Daten der klassischen Geo- und Biowissenschaften mit experimentellen Umweltstudien zu verknüpfen.

Altstoffproblem dient als Arbeitsgrundlage

Warum sollen mathematisch aufwendige Zusammenhänge in Form von Differentialgleichungen, die z. B. auch den Modellentwicklungen auf dem Gebiet des Stahlenschutzes dienen, nicht auch konsequenterweise auf eine entsprechende Analyse für den Einfluß von Chemikalien auf die Umwelt angewendet werden können? Aus diesem Grunde wurde die Projektgruppe „Umweltgefährdungspotentiale von Chemikalien", kurz PUC, im März 1983 gegründet und bis zum Beginn des Jahres 1984 aufgebaut. Über erste Ergebnisse und die Ausbaufähigkeit des Projektes berichteten jetzt einige GSF-Wissenschaftler vor der Bonner Wissenschaftspressekonferenz.

Das erste größere Projekt der Arbeitsgruppe, die elf Mitarbeiter, davon acht Wissenschaftler, umfaßt, ist auf das sogenannte Altstoffproblem gerichtet. Es geht darum, aus den rund 100 000 Chemikalien, die bis zum 18. 9. 1981 auf den Markt gelangt sind, „diejenigen herauszusuchen, die man vordringlich genauer überprüfen sollte". Diese Prioritätensetzung, von Dr. Hans Rohleder, dem Leiter der Projektgruppe, als „intelligente Auswahl" definiert, ist seiner Ansicht nach nötig, weil eine Untersuchung aller Chemikalien unrealistisch sei.

Das Beratergremium für umweltrelevante Altstoffe der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GdCH) hat bereits eine erste Prioritätensetzung durchgeführt. Um den Experten ihre zukünftige Arbeit zu erleichtern, wurde ein umfangreiches Rechenprogramm (E4CHEM = Exposure and Ecotoxicity Estimation for Environmental CHEMicals) entwickelt.

Dieses rechnergestützte System soll schließlich seine Benutzer – Behörden werden als erste Ansprechpartner genannt – in die Lage versetzen, Substanzlisten mit vertretbarem Arbeitsaufwand zu bearbeiten und geeignete Umweltmodelle, die einen gewissen Rechenaufwand erfordern, zur Abschätzung von Umweltgefährdungspotentialen heranzuziehen. Das alles geschieht unter dem Gesichtpunkt, schneller und effizienter als bisher auf Störfälle reagieren zu können.

Ein großes Problem, so Hans Rohleder, liegt dabei nicht allein in der Verarbeitung, sondern auch in der Beschaffung der umfangreichen Datenmengen, denn, „vieles ist falsch und unzureichend wiedergegeben". Ganz neue Wege will man gehen, indem auch Hinweise aus der Bevölkerung – so sieht es ein Versuch vor – mit in die Betrachtungen einbringen will.

Die wichtigsten Modelle, die in E4CHEM benutzt werden, beziehen sich auf das Verhalten einer jeweiligen Substanz im Boden, in Oberflächengewässern und in der unteren Tropospähre. Austauschvorgänge zwischen diesen drei Medien finden ihre Berücksichtigung in einem weiteren Modell. Die Entwicklung dieser drei Submodelle bildete einen Schwerpunkt der Forschung, denn sie verknüpfen die Substanzparameter mit den relevanten Ökoparametern, wobei für letztere solche Szenarien ausgewählt wurden, wie sie für die Bundesrepublik möglichst repräsentativ sind.

Das Ergebnis der aufwendigen Rechenarbeiten sind nach steigendem Gefährdungspotential geordnete Substanzlisten. Im Hinblick auf die Prioritätensetzung wurden die Umweltmodelle zuerst für die vergleichende Bewertung der Umweltgefährlichkeit von Chemikalien ausgelegt.

Früherkennung von Gesundheitsschäden

So konnte z. B. auch im Falle des Chemiebrandes bei Sandoz in Basel abgeschätzt werden, in welchen Konzentrationen sich die verschiedenen Pflanzenschutzmittel auf dem Boden des Rheins abgesetzthatten bzw. von der Strömung transportiert worden waren.

Für den Leiter der Projektgruppe „Früherkennung von Umwelt- und Gesundheitsschäden", Prof. Friedrich Schmidt-Bleek, liegt eine weitere Zielsetzung darin, „Symptome zu entdecken, die andeuten können, daß Gefahr besteht". Die Aufmerksamkeit seiner Mitarbeiter ist auf die Suche nach sensitiven Beobachtungsmethoden gerichtet, „die auf der Zeitachse sehr viel früher als die bisherigen einsetzen".

Erste Erfolge sind in Laborversuchen bereits zu verzeichnen: Im Gegensatz zu herkömmlichen Fischtests wird das Schwimm- und Schwarmverhalten der Fische jetzt per Fersehkamera festgehalten. Die Bilder werden anschließend digitalisiert und als eine Art „finger-print"-Muster abgelegt. In vergleichenden Analysen sind dann Aussagen über den Eintrag von belastenden Stoffen möglich. Je nach vorhandenem Gift erhöht sich die Sensitivität gegenüber den herkömmlichen Methoden um den Faktor 100 bis 1000.

Der Fischtest gilt in zahlreichen Forschungslaboratorien und behördlichen Instituten als Dauerprüfverfahren FOTO: AP

Sonderforschung wird erneut ausgebaut

DW. Bonn

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft richtet zum 1. Januar 1987 an deutschen Hochschulen 13 weitere Sonderforschungsbereiche ein. Die Gesamtzahl erhöht sich damit auf 157, mit einem Finanzvolumen von knapp 330 Millionen Mark. Sechs der neuen Sonderforschungsbereiche – davon zwei in Berlin, je einer in Bonn, Frankfurt/Darmstadt, Heidelberg und Marburg/Gießen – gehören zu den Naturwissenschaften, vier (München, Göttingen, Hohenheim, Heidelberg/Mannheim) zu den Biowissenschaften und drei (Aachen, Duisburg, Erlangen) zu den Ingenieurwissenschaften. In diesen Einrichtungen arbeiten Wissenschaftler einzelner oder benachbarter Hochschulen in einem fächerübergreifenden Programm langfristig zusammen. Sie bieten auch auf Zeit Beschäftigungschancen für Nachwuchskräfte in Spitzengebieten der Forschung.

Mehr Informatik in NRW

DW. Düsseldorf

An den Standorten Aachen, Bonn, Dortmund und Paderborn stellt Nordrhein-Westfalen zur Zeit insgesamt 597 Studienplätze für Informatik zur Verfügung. Dieses Ausbildungsangebot müssen sich allerdings fast 1000 Studenten teilen. Das Land will das Fach mit 160 zusätzlichen Plätzen, in enger Kooperation mit dem dortigen Computerhersteller Nixdorf, schwerpunktmäßig in Paderborn ausbauen. Für Dortmund sind 80, für Aachen 45 neue Informatik-Studienplätze geplant.

Aufbaustudium Ausland

DW. München

Die Ludwig-Maximilians-Universität München will zwei Aufbaustudiengänge einrichten. Der erste – „Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur der englischsprachigen Länder sowie General und Business English" – wendet sich vorwiegend an Absolventen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie der Jurisprudenz, die eine Tätigkeit im Ausland oder einen auslandsbezogenen Beruf anstreben. Der zweite – „Literarische Übersetzung aus dem Englischen" – ist vor allem für Anglisten gedacht.

Uniführer Rheinland Pfalz

DW. Mainz

Wer seine akademische Ausbildung an einer Hochschule in Rheinland-Pfalz beginnen oder dorthin überwechseln möchte, findet die dafür nötigen Informationen – auch über Unterbringungsmöglichkeiten in Studentenwohnheimen – im „Studienführer Rheinland-Pfalz" gebündelt. Er ist zum Preis von vier Mark erhältlich bei der Paulinus-Druckerei, Postfach 30 40, 5500 Trier, oder im Buchhandel.

Professur für Musical

DW. Berlin

Die Hochschule der Künste hat einen Studiengang „Musical" eingerichtet. Eine dafür erforderliche Gastprofessur wird zunächst über drei Semester von einer Stiftung vorfinanziert. Danach wird der Senat die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Informationen: Hochschule der Künste, Postfach 12 67 20, 1000 Berlin 12.

Samstags: Die Serviceseiten Berufs-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Eine neue detaillierte Erhebung gestattet ein Soziogramm der deutschen Studenten. Wieviel Geld steht ihnen monatlich zur Verfügung? Wie halten sie es mit dem Heiraten? Was denken sie über die Mensa? In einer Reihe von Fragen, nicht nur beim Geld, ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Jungakademikern. Die Hochschul-WELT schlüsselt die wichtigsten Ergebnisse auf: Puzzle-Steine zum Bild des Studenten von heute.



So lebt der deutsche Student von heute

Von CHRISTIAN GEYER

Obwohl sie gern größere Portionen hätten, sind die Männer die treuesten Besucher der Hochschul-Mensa: sie langen häufiger zu als ihre Kommilitoninnen. Mit dieser Einsicht gab sich das Deutsche Studentenwerk freilich noch nicht zufrieden. Es fragte weiter: Wie sieht er aus, der mensatreue Durchschnittsstudent? Wo wohnt er, wieviel verdient er, wie hält er's mit dem Heiraten?

Antworten auf Fragen wie diese bringt jetzt die elfte Sozialerhebung über das „Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland" ans Licht der Öffentlichkeit. Seit 1951 führt das Deutsche Studentenwerk diese Befragung etwa alle drei Jahre durch, die Bundesregierung leistet finanzielle Schützenhilfe. Bei der soeben veröffentlichten Erhebung aus dem Sommersemester 1985 schickten rund 20 000 Jungakademiker den Fragebogen ausgefüllt zurück; das entspricht einer Rücklaufquote von 39 Prozent. Beteiligt waren 19 Universitäten, drei Gesamthochschulen, drei Pädagogische Hochschulen, eine Kunsthochschule und 27 Fachhochschulen.

Zurück zum klassischen deutschen Mensa-Stammesser: er ist männlich, ledig, kein Werkstudent, wohnt im Studentenheim oder zur Untermiete, hat ein mittleres Einkommen, ist BAföG-Empfänger und – wer hätte es gedacht? – hat zur Mensa kurze Anfahrtswege. Und was den Männern die Quantität, ist nach Auskunft der Sozialerhebung den weiblichen Kommilitonen die Qualität. Das größte Defizit bescheinigen sie, figur- und gesundheitsbewußt, bei der Diät- und Biokost.

Von der Atmosphäre in der „Uni-Kantine" ist kaum einer in der Studentenschaft begeistert. Die einen kritisieren das seltsame Ritual des „Schweige-Mahls", bei dem sich die Kommilitonen wortlos gegenübersitzen (nach dem Motto: Wer keine Flugblätter liest, möge verloren vor sich ins Essen starren). Die anderen stört schon die laute Unterhaltung am Nachbartisch, wünschen sie sich doch die Mensa so recht als eine physische wie geistige Verdauungsprozesse fördernde „Oase der Ruhe".

Sinkende Heiratslust

Sie sollten sich vielleicht einfach noch ein paar Semester gedulden. Wenn nämlich wie erwartet die Studienanfängerzahlen weiter zurückgehen, wird es auch in den Mensen ruhiger werden. Haben 1983 noch 220 000 Abiturienten in der Bundesrepublik ein Studium begonnen, waren es 1985 nurmehr 194 000. Der rückläufige Trend hält an, obwohl sich der Anstieg der absoluten Studentenzahlen in den letzten drei Jahren noch einmal fortgesetzt hat.

Zwar gibt es an der Universität München neuerdings mehr Hörerinnen als Hörer, doch dies ist bundesweit ein Unikum. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war das weibliche Geschlecht in den akademischen Hallen ständig auf dem Vormarsch. Jetzt stagniert der Frauenanteil an den wissenschaftlichen Hochschulen erstmals wieder seit der Mitte der sechziger Jahre: Zwischen 1982 und 1985 liegt er konstant bei etwa 40.5 Prozent. An den Fachhochschulen registriert das Studentenwerk sogar eine leicht rückläufige Tendenz von 31 auf 30 Prozent.

Wie funktioniert eigentlich die Alma mater als Heiratsvermittlerin? Laut Erhebung: wenn nicht ausgesprochen schlecht, so doch auch auf keinen Fall gut. Während 1973 jeder fünfte Student heiratete, folgte diesem Beispiel 1982 nur jeder achte und 1985 gar nur noch jeder zehnte. Man scheut die verpflichtende Bindung: Zwar lebt jeder vierte Student mit einem Partner zusammen, aber fast zwei Drittel davon ohne Trauschein. Auch Kinderwerden immer häufiger nicht als Heiratsgrund angesehen. Gleich geblieben ist der Sieben-Prozent-Anteil mit Nachwuchs, obwohl die Verheirateten-Quote abgenommen hat.

Auch 1985 bestätigte sich, daß studierende Frauen im Durchschnitt geringere Gesamteinnahmen als Männer haben. Das liegt daran, daß sie sich im allgemeinen weniger hinzuverdienen als ihre Kommilitonen.

Wo sparen die Frauen?

Einer Erwerbstätigkeit gehen rund 55 (1982: 50) Prozent der Jungakademiker nach, und zwar umso ausgiebiger, je länger das Studium dauert. Belastungsfähigkeit beweisen vor allem jene 16 Prozent, die sowohl in der Vorlesungszeit als auch in den Ferien laufend arbeiten. Der Beitrag der Eltern zum Budget hat insgesamt noch an Bedeutung gewonnen. 68 (1982: 65) Prozent greifen auf diese Finanzierungsquelle zurück.

Wo sparen die Frauen? Sie geben deutlich weniger vor allem für Fahrtkosten aus, nämlich 74 statt 120 Mark. Der eigene fahrbare Untersatz scheint ihnen eher entbehrlich. Während der ledige männliche Student, der nicht mehr bei seinen Eltern wohnt, monatlich 891 Mark ausgibt, verbraucht seine Kommilitonin statistisch lediglich 823 Mark. Darin ist alles mit eingerechnet: Miete, Essen, Kleidung, Bücher usw.

Zwei Tutoren für eine Gruppe von zehn Anfängern

Beispiel Bonn: Wie die Fachschaft „Vorklinische Medizin" den Erstsemestern hilft, sich in die Universität einzuleben

Kurz vor Semesterbeginn fuhren sie in ein abgelegenes Hüttendorf in der Eifel. Vier Tage diskutierten sie über neue Formen der Betreuung, hielten Referate, heckten Alternativen zum normalen Studienbetrieb aus, probten Sketche und Musikstücke. Sie, das ist eine Gruppe von 25 Leuten: die Fachschaft Medizin Vorklinik der Bonner Universität. Vorbereitet haben sie sich für die Erstsemester, um ihnen den Einstieg ins Studium und in die neue Umgebung etwas leichter zu machen.

Und das sieht bei den Bonner Medizinern so aus: Während des Einführungsabends lernen die Erstsemester einander kennen und erhalten auch gleich Kontakt zu den Älteren. Je zwei Tutoren übernehmen schließlich eine Gruppe von zehn Studienanfängern und betreuen sie – meist über das ganze Semester, manchmal sogar länger.

Wie stelle ich mir einen Stundenplan zusammen? Wann muß ich welches Praktikum machen? Wie soll ich mich am besten auf die Klausur vorbereiten? Wo ist das BAföG-Amt? Das sind einige typische Fragen an die „Fachschaftler".

Doch was ist überhaupt die Fachschaft? Im weitesten Sinne sind es die Studenten eines Fachbereichs oder einer Fakultät. Im engeren Sinne ist es der Fachschaftsrat, die gewählten Studentenvertreter, und ein mehr oder weniger großer Kreis aktiver Studenten um ihn herum. Am treffendsten ließe sich die Fachschaft wohl als Serviceeinrichtung für die Studenten, nicht nur für Erstsemester, bezeichnen, sozusagen als Transferstelle studentischer Interessen gegenüber den Professoren und der Verwaltung.

Christof Schneid, einer der Fachschaftsräte der vorklinischen Medizin, faßt das kürzer: „Studenten für Studenten". Zu den Serviceleistungen gehören die Veröffentlichungen von Klausuren und Prüfungsprotokollen sowie der Mitschriften von Vorlesungen, aber auch Seminaren.

„Im persönlichen Gespräch mit den Professoren lassen sich so manche Probleme meist sehr schnell regeln", erläutert Christof Schneid gegenüber der Hochschul-WELT und fährt fort: „Sie erkennen unsere Arbeit an. Deshalb besteht auch ein gutes Verhältnis zwischen den Lehrenden und uns."

Aber nicht nur die Professoren, sondern auch die Hochschulverwaltung und die Studienberatung würdigen die Aktivitäten der Fachschaften. Denn mit ihren Tips reduzieren sie nicht allein die sonst üblichen Fehlbelegungen in den ersten Studiensemestern, sie erleichtern durch die persönlichen Kontakte auch wesentlich die soziale Integration. Und das schafft eben keine andere Anlaufstelle.

MICHAEL PETER

Mit Ausweisen reist sich's sehr viel billiger

Unter den Ausstellern internationaler Studentenausweise nimmt der Wettbewerb zu. Außer der traditionellen „International Student Identity Card" (ISIC) gibt es seit Anfang des Jahres auch ein Dokument des „Youth International Educational Exchange" (YIEE). Was die Ausweise unterscheidet, ist auf den ersten Blick nicht erkennbar, zumal beide sieben Mark kosten und jeweils ein Jahr gelten. Wer nicht sowieso vorhat, beide Karten zu kaufen, tut also gut daran, sich mit den weltweit angebotenen Ermäßigungen zu beschäftigen.

Die Preisvorteile sind in den englischsprachigen Broschüren „International Student Travel Guide" (ISIC, 96 Seiten) und „Discounts for Youth Travel" (YIEE, 124 Seiten) aufgelistet, die beim Erwerb der Karte mitgeliefert werden. Dabei kommt es nach Ansicht von Branchenkennern vor allem auf stark verbilligte Flüge und Schiffspassagen an, bei denen Studenten bis zu 65 Prozent sparen können.

Die Broschüren enthalten die Adressen und Preisnachlässe aller Anbieter von Transport, Unterbringung, Kultur usw., mit denen die Kartenvertreiber einen Konzessionsvertrag abgeschlossen haben. Allerdings sind ISIC und YIEE in einigen Ländern mit Vertragspartnern recht unterschiedlich stark vertreten. Hier macht sich auch der Vorteil zunehmender Konkurrenz bemerkbar, denn ISIC und YIEE sind bestrebt, mit immer mehr und immer günstigeren Offerten aufzutrumpfen.

Den ISIC-Ausweis, hinter dem die in Zürich ansässige „International Student Travel Conference" (ISTC) steht, gibt der AStA an jeder Universität und Fachhochschule gegen Vorlage einer Immatrikulationsbescheinigung und eines Paßfotos aus (Adressen weiterer Verkaufsstellen im Info-Kasten).

Die YIEE-Karte kommt von der „Federation of International Youth Travel Organizations" (FIYTO) mit Sitz in Kopenhagen und ist an Universitäten und Fachhochschulen beim jeweiligen örtlichen Studentenwerk erhältlich. Anders als beim ISIC-Ausweis wird auf der YIEE-Karte nicht nur der Studentenstatus, sondern namentlich auch die Hochschule bestätigt, an welcher der Inhaber eingeschrieben ist. Im Gegensatz zum ISIC-Ausweis kann die YIEE-Karte nicht bis zum Ende des Studiums, sondern nur bis zum 26. Geburtstag jährlich erneuert werden.

Für Reisen in den Ostblock ist der von Studentenreisebüros für sieben Mark angebotene Ausweis der „International Union of Students" (IUS) wichtig. Zwar gilt auch der ISIC-Ausweis in einigen Ostblockländern, wenn er bei den örtlichen Studentenreisestellen um ein nationales Ausweispapier ergänzt wird. Aber um ganz sicher zu gehen, daß dem in kommunistische Länder Reisenden die gleichen Ermäßigungen gewährt werden wie einheimischen Studenten, ist der IUS-Ausweis unbedingt zu empfehlen. Das gilt beispielsweise für Polen, wo Inhabern der IUS-Karte lediglich die halbe Zwangsumtauschrate abverlangt wird.

Für Reisen durch Frankreich ist der jeweils ein Kalenderjahr gültige deutsch-französische Sozialausweis interessant. Er kostet drei Mark, ist für deutsche Studenten ausschließlich bei den hiesigen Studentenwerken erhältlich und berechtigt zur ermäßigten Benutzung der vom jeweiligen „Centre régional des oeuvres universitaires et scolaires" (C.R.O.U.S.) unterhaltenen Mensen, Cafeterien und Studentenwohnheime in 40 französischen Hochschulstädten. Die entsprechende 88seitige Informationsbroschüre enthält nützliche Adressen, die eine Ferienreise im Nachbarland merklich verbilligen können.

Für Studenten an den grenznahen Universitäten Freiburg und des Saarlandes gibt es zusätzlich einen Regionalausweis. Der gelbe „Regio-Ausweis" für Freiburger Studenten (blau für alle anderen Universitätsangehörigen) ist kostenlos und ermöglicht den gleichberechtigten Zugang zu Bibliotheken, Mensen und Lehrveranstaltungen in Basel und Mühlhausen. Verhandlungen mit den drei Straßburger Hochschulen dauern noch an. Den „Regio-Ausweis" bekommt man bei Vorlage des heimatlichen Studentenausweises beim Studentensekretariat jeder beteiligten Hochschule.

Die gleichen grenzübergreifenden Rechte genießen auch Studenten der Hochschulen im Saar-Lor-Lux-Raum. Der kostenlose gemeinsame Ausweis erlaubt den Zugang zu Lehrveranstaltungen, zu den Mensen sowie zu Wohnheimen und Bibliotheken und wird ebenfalls vom Studentensekretariat ausgehändigt. Angeschlossen sind die Universitäten Nancy I und Nancy II, die Universität Metz, die Universität des Saarlandes, die École National d'Ingénieur de Metz, die Fachhochschule des Saarlandes und das Institut National Polytechnique de Lorraine.

FLORIAN NEHM



Auch ohne Trampen kommen Studenten fast überall in der Welt preiswert voran FOTOS: VOLLMER/ENGELS

Hier gibt es die Dokumente

Den FIYTO-YIEE-Ausweis sowie die deutsch-französischen Sozialausweise gibt es bei den örtlichen Studentenwerken sowie in der Bonner Zentrale:

Deutsches Studentenwerk
Weberstraße 55
53 Bonn 1
Telefon: (0228) 269060

Den ISIC-Ausweis sowie die IUS-Karte vertreiben außer dem örtlichen AStA auch folgende Stellen:

AStA-Reisen (Zentrale)
Keplerstraße 17
7000 Stuttgart 1
Telefon: (0711) 224167

RDS – Reisedienst Deutscher Studentenschaften (Zentrale)
Rentzelstraße 16
2000 Hamburg 13
Telefon: (040) 458313

StR – Studentenreisen Tübigen GmbH (Zentrale)
Wilhelmstraße 30
7400 Tübingen
Telefon: (07071) 5018

ARTU – Außenreferat der Technischen Universität (Zentrale)
Hardenbergstraße 9
1000 Berlin 12
Telefon: (030) 3100040

PRAKTIKANTEN-BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Landwirtschaft

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Braunschweig	Forschungsinstitut	Haltungstechnik	n.V.
2	Bremen	Getreide/Futter	Ein-, Verkauf	4–6 Wo.
3	Düsseldorf	Pflanzenschutz	Schutzmittel-Produk.	6 Mo.
4	Ronnenburg/Hann.	Gemüsebau	Pflanz- Erntearbeit	6–12 Mo.
5	Natendorf	landw. Beratung	Betriebsführung	1 Jahr
6	Cremlingen	landw. Betrieb	Einsatz Außenwirtsch.	ca. 2Mo.
7	Danndorf (Nieders)	Landmaschinen	Vertrieb	n.V
8	Rheinbach (NRW)	Schweinemast	prakt. Mitarbeit	1 Jahr
9	Friedberg	landw. Betrieb	prakt. Mitarbeit	6–12 Mo.
10	Hanau	Reitgemeinschaft	allgem. Arbeiten	n.V.
11	Köln	Milchversorgung	Milchverarbeitung	n.V.
12	Fellbach (Ba-Wü)	Baumschule	prakt. Arbeit	6–12 Mo.
13	Baesweiler	Baumschule	Gartengestaltung	n.V.
14	Bassenheim	Forstwirtschaft	Waldarbeit, Jagd	min.1Mo.
15	Kreis Plön	landw. Betrieb	Schweinezucht	1 Jahr

Chemie

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Baden-Baden	Emissionstechnik	Analytik	4od.6Mo
2	Konstanz	Pharmazie	industr.pharm.Fertg.	n V.
3	Bielefeld	Kunststoffverarbeitung	Labor	2 Mo.
4	Krefeld	Lebensmittel	Backpulverherstellg.	n.V.
5	Limburg/Lahn	Lebensmittel	Brotherstellung	n.V.
6	Karlsruhe	Abwasseranalyse	Analytik	6 Mo.
7	Stuttgart	Messtechnik	Elektronik, Optik	n.V.
8	Stuttgart	Computer	wiss. Softwareentw.	3–6 Mo.
9	München-Garching	Plasmaphysik	experiment.Bereich	4–6 Wo.
10	Kahl/Main	Atomkraftwerk	Strahlenschutz	n.V.
11	Neustadt	Pharmazie	Produktion	2–6 Mo.
12	München-Feldk.	Chemikalienhandel	Vertrieb, Fertigung	6 Mo.
13	Göllheim (R.Pf.)	Zementindustrie	Qualitätssteuerung	max.4Wo.
14	Laupheim	Kunststoffe	Technologie, Fertig.	18–26Wo.
15	Oberkirch	Kunststoffe	Anwendungstechnologie	1–3 Mo.
16	Eislingen	Mineralöl	Druckfarben	1–6 Mo.
17	Stuttgart	Plastik	Fertigung, Entw.	n.V.
18	Homberg	Brauerei	Herstellung Bier	n.V.
19	Düsseldorf	Pflanzenschutz	Feldversuchswesen	6 Mo.

In der nächsten Woche: Pharmazie und Informatik

STUDIENPLATZ-TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Vorklinik Humanmedizin

4. Semester

	von	nach
1	Uni Bonn	RWTH Aachen
2	Uni Bonn	Uni Heidelberg
3	Uni Bonn	Uni München
4	FU Berlin	RWTH Aachen
5	FU Berlin	Uni Erlangen
6	FU Berlin	Uni Münster
7	FU Berlin	TU München
8	FU Berlin	Uni München
9	Uni Düsseldorf	RWTH Aachen
10	Uni Düsseldorf	Uni München
11	Uni Erlangen	Uni Freiburg
12	Uni Erlangen	Uni München
13	Uni Erlangen	Uni Tübingen
14	Uni Gießen	Uni Freiburg
15	Uni Gießen	Uni Tübingen
16	Uni Göttingen	Uni Hannover
17	Uni Göttingen	Uni München
18	Uni Hamburg	Uni Freiburg
19	Uni Köln	RWTH Aachen
20	Uni Köln	FU Berlin
21	Uni Köln	Lübeck
22	Uni Köln	Uni Saarbrücken
23	Uni Marburg	Uni Bonn
24	Uni Marburg	Uni Bochum
25	Uni Marburg	Uni Essen
26	Uni Marburg	Uni Freiburg
27	Uni Marburg	Uni Göttingen
28	Uni Marburg	Uni Heidelberg
29	Uni Marburg	Lübeck
30	Uni Marburg	Uni Münster
31	Uni Marburg	TU München
32	Uni Marburg	Uni München
33	Uni Marburg	Uni Tübingen
34	Uni Münster	Uni Freiburg
35	Uni Mainz	Uni Hamburg
36	Uni Mainz	Uni Kiel
37	Uni Saarbrücken	FU Berlin
38	Uni Saarbrücken	Uni Frankfurt
39	Uni Saarbrücken	Uni Würzburg
40	Uni Tübingen	Uni Freiburg
41	Uni Ulm	Uni Erlangen
42	Uni Ulm	Uni Heidelberg
43	Uni Ulm	Uni Mannheim
44	Uni Würzburg	Uni Freiburg
45	Uni Würzburg	Uni Göttingen
46	Uni Würzburg	Uni Heidelberg
47	Uni Würzburg	Uni Münster
54	Uni Essen	Uni Münster
35	Uni Essen	Uni Tübingen
36	Uni Essen	Uni Würzburg
37	Uni Erlangen	Uni Göttingen
38	Uni Gießen	Uni Frankfurt
39	Uni Gießen	Uni Heidelberg
40	Uni Gießen	Uni Mainz
41	Uni Göttingen	Uni Freiburg
42	Uni Göttingen	Uni Heidelberg
43	Uni Hannover	Uni Erlangen
44	Uni Hannover	Uni Göttingen
45	Uni Hannover	Uni München
46	Uni Hamburg	Uni Freiburg
47	Uni Hamburg	Uni Heidelberg
48	Uni Hamburg	Uni München
49	Uni Hamburg	Uni Tübingen
50	Uni Hamburg	Uni Würzburg
51	Lübeck	Uni Hamburg
52	Lübeck	Uni Marburg
53	Lübeck	Uni Münster
54	Lübeck	Uni München
55	Uni Köln	Uni Hannover
56	Uni Köln	Uni Würzburg
57	Uni Kiel	Uni Frankfurt
58	Uni Kiel	Uni Hamburg
59	Uni Kiel	Uni Mainz
60	Uni Mannheim	Uni Bonn
61	Uni Marburg	FU Berlin
62	Uni Marburg	Uni Frankfurt
63	Uni Marburg	Uni Freiburg
64	Uni Marburg	Uni Heidelberg
65	Uni Marburg	Uni Hamburg
66	Uni Marburg	Uni Köln
67	Uni Marburg	Uni Mannheim
68	Uni Marburg	Uni München
69	Uni Marburg	Uni Tübingen
70	Uni Marburg	Uni Würzburg
71	Uni Mainz	Uni Hannover
72	Uni Saarbrücken	Uni Erlangen
73	Uni Saarbrücken	Uni Heidelberg
74	Uni Saarbrücken	Uni Mannheim
75	Uni Saarbrücken	TU München
76	Uni Saarbrücken	Uni München
77	Uni Saarbrücken	Uni Tübingen
78	Uni Saarbrücken	Uni Würzburg
79	Uni Ulm	Uni Freiburg
80	Uni Ulm	Uni Heidelberg
81	Uni Ulm	Uni Tübingen

2. Semester

	von	nach
82	Uni Gießen	Uni Marburg
83	Uni Gießen	Uni München
84	Uni Gießen	Uni Tübingen
85	Uni Marburg	TU München
86	Uni Marburg	Uni München
87	Uni Marburg	Uni Tübingen
88	Uni Tübingen	TU München
89	Uni Tübingen	Uni München
90	Uni Ulm	TU München
91	Uni Ulm	Uni München

Klinik Humanmedizin

1. Semester

	von	nach
1	Uni Bochum	Uni Hamburg
2	Uni Bochum	Lübeck
3	Uni Bochum	Uni Köln
4	Uni Bochum	Uni Kiel
5	FU Berlin	RWTH Aachen
6	FU Berlin	Uni Bonn
7	FU Berlin	Uni Düsseldorf
8	FU Berlin	Uni Freiburg
9	FU Berlin	Uni Gießen
10	FU Berlin	Uni Göttingen
11	FU Berlin	Uni Heidelberg
12	FU Berlin	Uni Köln
13	FU Berlin	Uni Mannheim
14	FU Berlin	Uni Mainz
15	FU Berlin	Uni Tübingen
16	FU Berlin	Uni Würzburg
17	Uni Düsseldorf	Uni Bonn
18	Uni Düsseldorf	Uni Freiburg
19	Uni Düsseldorf	Uni Hamburg
20	Uni Düsseldorf	Uni Kiel
21	Uni Düsseldorf	Uni Münster
22	Uni Düsseldorf	Uni Ulm
23	Uni Düsseldorf	Uni Würzburg
24	Uni Essen	RWTH Aachen
25	Uni Essen	Uni Bonn
26	Uni Essen	FU Berlin
27	Uni Essen	Uni Erlangen
28	Uni Essen	Uni Frankfurt
29	Uni Essen	Uni Göttingen
30	Uni Essen	Uni Hannover
31	Uni Essen	Uni Heidelberg
32	Uni Essen	Uni Köln
33	Uni Essen	Uni Marburg

3. Semester

	von	nach
92	Uni Bonn	Uni Erlangen
93	Uni Bonn	Uni Freiburg
94	Uni Bonn	Uni Heidelberg
95	Uni Bonn	Uni Hamburg
96	Uni Bonn	Uni Münster
97	Uni Bonn	Uni München
98	Uni Erlangen	TU München
99	Uni Erlangen	Uni München
100	Uni Frankfurt	Uni Hamburg
101	Uni Gießen	Uni Saarbrücken
102	Uni Gießen	Uni Tübingen
103	Uni Gießen	Uni Ulm
104	Uni Göttingen	FU Berlin
105	Uni Göttingen	Uni Freiburg
106	Uni Göttingen	Uni Heidelberg
107	Uni Heidelberg	Uni München
108	Lübeck	Uni Freiburg
109	Lübeck	Uni Heidelberg
110	Uni Köln	Uni Göttingen
111	Uni Köln	Uni Würzburg
112	Uni Kiel	Uni Freiburg
113	Uni Kiel	Lübeck
114	Uni Kiel	Uni München
115	Uni Saarbrücken	Uni Tübingen

STAND●PUNKT

Feldkamp, Worte und Gedanken

Der Satz ist verräterisch: „Nach dieser Unterschrift kann ich mich gedanklich mit diesem Klub befassen." Karl-Heinz Feldkamp, Fußballtrainer, hat ihn gestern gesprochen. Weil jetzt auch sein Namenszug unter dem Papier steht, das ihn zum Trainer von Eintracht Frankfurt macht. Ab nächster Saison, für die Rückrunde der Bundesliga hat er Arbeitskraft und Gedanken noch an Bayer Uerdingen verkauft. Eigentlich.

Gedanken, sagt der irische Spötter George Bernhard Shaw, sind wie Flöhe. Sie springen von einem zum anderen, aber beißen nicht jeden. Und aus diesem fleißigen Gehopse ergeben sich nun auch die Schwierigkeiten, in die sich Feldkamp vorzeitig gebracht hat. Wenn Feldkamp künftig beim Training denkt, denkt er dann nur, daß er an Uerdingen denkt? Oder beißen die Flöhe schon in Frankfurt? Die Beine am Niederrhein, der Kopf schon am Main – ein Zerrissener gibt sich die Ehre, für die nächste Unruhe in der Bundesliga zu sorgen.

Schließlich gibt es da noch einen anderen Satz von Feldkamp, der mit leisen Flohsprüngen daherhopst, seinen Kern versteckt und genauso schwer zu greifen ist wie das blutsaugende Ungeziefer. „Man weiß, daß man geht, aber man weiß nicht, was man noch gemeinsam bis zum Saisonende investieren kann." Hinter dem nichtssagenden Wörtchen „man" versteckt sich der Gedanke. „Ich weiß nicht, was ich noch investieren kann", das gäbe einen Sinn. „Der Verein weiß nicht, was er noch investieren kann", das wäre der zweite Gedanke, der hinter dem „man" zum Vorschein kommen könnte. Und weil das beides durchaus plausibel ist, in einer Situation, in der ein Trainer noch an einem Ort arbeitet, an den nächsten aber schon denkt, wird wohl einiges nicht stimmen an der Beteuerung des Trainers, er werde in Uerdingen bis zum letzten Termin den Erfolg suchen müssen. Das sei sein letztes Wort, und von einem vorzeitigen Wechsel zu Frankfurt könne keine Rede sein.

Kann doch. Mehr noch, es wird wohl genau so kommen: Wenn es Feldkamp nicht selbst dahin zieht, wo seine Gedanken schon sind, dann wird ihm der Verein untersagen, Rumpf und Kopf weiter trennen zu können. Mit anderen Worten: Die vorzeitige Kündigung des Trainers in Uerdingen steht bevor. Fröhliches Flohbeißen beim Gedankenspiel über den Zeitpunkt. Vor der Rückrunde wäre jedenfalls logisch.

que

FUSSBALL / Die lange Winterpause richtig nutzen – WELT-Interview mit Professor Heinz Liesen

Bessere Ausbildung der Grundlagen macht auch das Spiel noch kreativer



Die Belastungen sind zu hoch, die Kondition stimmt, aber die Technik kommt viel zu kurz." Das sind die ganz allgemeinen Bedenken, die Professor Heinz Liesen (Foto) vom Kreislauf-Institut der Deutschen Sporthochschule in Köln überall bestätigt sieht. Der Arzt der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, der die Weltmeisterschaft in Mexiko auch als einen persönlichen Erfolg werten kann, äußert sich in einem WELT-Interview zur richtigen Nutzung der langen Winterpause im Fußball und zur besseren Ausbildung der Grundlagen der Spieler.

Herr Professor Liesen, zum ersten Mal gibt es eine verlängerte Winterpause im Profi-Fußball. Ist mit den elf Wochen Pause eine ideale Lösung gefunden worden?

Liesen: Das kann man so pauschal nicht sagen. Eine längere Regenerationspause ist aber immer recht gut, besonders für die Nationalspieler nach diesem WM-Jahr.

Viele Profiklubs spielen im Winter bei Hallenturnieren oder schicken ihre Spieler zur aktiven Erholung in den sonnigen Süden. Was ist das Günstigste?

Liesen: Die Vereine sind gezwungen, Geld einzunehmen. Trotzdem läßt sich beides miteinander kombinieren, es muß nur richtig gestaltet sein. In wärmeren Gebieten können die Spieler hervorragend regenerieren und danach auf Hallenturnieren antreten. Dort sollten sie aber nicht überfordert werden. Diese Turniere sollten mehr als Training für die zweite Saisonhälfte angesehen werden. Wenn die Spieler häufig ausgewechselt und nicht überbelastet werden, ist gegen die Hallenturniere nichts einzuwenden.

Stellen die Hallenböden nicht eine zusätzliche Gefahr für Bänder und Gelenke dar?

Liesen: Es ist im Endeffekt kein Unterschied, ob man in der Halle oder aber auf einem hart gefrorenen Boden spielt. Wenn die richtigen Beläge in der Halle aufliegen, ist es nur eine Frage des richtigen Trainingszustandes.

Wie stehen Sie aus medizinischer Sicht zu einer regelrechten Hallen-Meisterschaft?

Liesen: Ärztlich gesehen ist dies machbar. Es muß nach der Hinrunde der normalen Meisterschaft aber mindestens eine dreiwöchige Pause geben. Außerdem müssen physikalisch begleitende Maßnahmen, das heißt also regelmäßige Massagen und Entmüdungsbäder, durchgeführt werden.

Häufig werden Verletzungen in der Bundesliga nicht genügend ausgeheilt, so daß bei einer weiteren Verletzung schwere Schäden auftreten können. Machen sich die Ärzte nicht daran mitschuldig?

Liesen: Ärzte haben häufig nicht das Mitspracherecht, wenn es um den Einsatz eines noch nicht voll leistungsfähigen Spielers geht. Diese Entscheidung treffen immer noch die Trainer. Deshalb betreibe ich mit Vorträgen permanente Aufklärungsarbeit auf Fußball-Lehrer-Lehrgängen. Immerhin gibt es jetzt schon einige Vereine, die diese Entscheidung vom Urteil des Arztes abhängig machen.

Durch brutale Fouls entstehen oft schwere Verletzungen. Ist hier nicht ein Ansatzpunkt für eine Regeländerung, wie sie Ihr Kollege Professor Hollmann zum Beispiel beim Hineingrätschen fordert?

Liesen: Die gröberen Fouls kommen nur bei solchen Spielern vor, deren Grundlagen nicht genügend ausgebildet sind. Außerdem sind diese Spieler meistens noch übermüdet, so daß sie keinen anderen Ausweg als das Foul sehen. Allerdings werden auch nur die Spieler häufig verletzt, die konditionell nicht ausreichend ausgebildet sind. So erkennen sie die Situation vor dem Foul nicht richtig und reagieren falsch. Trotzdem muß über eine Regeländerung im Falle des Hineingrätschens diskutiert werden.

Was muß Ihrer Ansicht nach überhaupt geändert werden?

Liesen: Zuerst einmal müssen die Grundlagen in Form von Ausdauer und aerober Laufarbeit stimmen, da dies die beste Vorbeugung vor Verletzungen ist. Darauf aufbauend müssen dann Schnelligkeitsbelastungen durchgeführt werden. Durch verbesserte Grundlagen wird auch der Fußball kreativer, womit auch die Verletzungen zurückgehen. Nach jedem Spiel oder Training muß eine aktive Erholungsphase einsetzen, damit die Grundlagen nicht abgebaut werden.

Welchen Einfluß hat ein Arzt auf die Leistung eines Sportlers oder anders gefragt: Kann man ohne einen guten Arzt überhaupt Weltmeister werden?

Liesen: Wenn man fünf Maradonas in einer Mannschaft hat, kann man auch ohne Trainer Weltmeister werden. Aber im Ernst: Bei der WM in Mexiko hat man unserer deutschen Mannschaft im Vorfeld keine Chance gegeben, da das spielerische Potential nicht überragend war. Wir waren den anderen Mannschaften aber im konditionellen Bereich überlegen und haben somit die spielerische Überlegenheit anderer Mannschaften zumindest wettgemacht. Franz Beckenbauer behauptet in diesem Zusammenhang, dieses Leistungsvermögen sei mir zuzuschreiben.

Wie lange wollen Sie noch der Arzt der Fußball-Nationalmannschaft sein?

Liesen: Franz Beckenbauer hat mich damals geholt, da er meinte, ich würde die Art Sportmedizin praktizieren, die man im Fußball benötige. Ich habe zugesagt, da ich neue Akzente schaffen wollte. Der Erfolg in Mexiko hat uns dabei geholfen. So lange Franz Beckenbauer, der mich immer wieder antreibt, Teamchef sein wird, so lange werde ich auch weitermachen.

Das Interview führte Andreas Spellig.

SKI ALPIN

Wasmeier trotz Fehler auf Platz 3

sid, **La Villa**

Das größte Kompliment kam von seinem Trainer: „Jetzt ist der Markus im Riesenslalom wieder der alte, er ist in der WM-Form von Bormio." So lobte Disziplin-Coach Rainer Gattermann seinen Star. Trotz eines schweren Fehlers im zweiten Lauf feierte Markus Wasmeier gestern in Alta Badia mit Rang drei seine bestes Riesenslalom-Ergebnis seit einem Jahr (Kranjska Gora). Sieger wurde der 24 Jahre alte Schweizer Joel Gaspoz in 2:46,34 Minuten vor Italiens Vortagessieger Richard Pramotton (2:47,71). Neben Markus Wasmeier, der nach Platz zwei im ersten Durchgang mit nur 17 Hundertstel Sekunden Rückstand Dritter wurde, überzeugte auch Michael Eder (Strub), der im zweiten Lauf allerdings vom vierten auf den achten Rang (2:48,19) zurückfiel.

„Ich habe gedacht, jetzt ist alles aus", schilderte der Riesenslalom-Weltmeister vom Schliersee die entscheidenden Renn-Sekunden. Er rutschte weg, kam mit einem Ski an den Rand der freigeschaufelten Piste und schaffte mit Mühe und Not das nächste Tor. „Du Rindvieh", habe er sich in diesem Moment gedacht.

Wasmeier brachte sich durch diesen Fehler um die mögliche Führung im Gesamtweltcup. Mit 97 Punkten liegt der Schweizer Doppel-Weltmeister Pirmin Zurbriggen (Vierter in 2:48,05) weiter vor dem Deutschen und Pramotton (je 93).

„Ich bin momentan echt gut drauf", freute sich Bundeswehr-Feldwebel im Ziel, obwohl er sich durch die vielen Rennen ausgelaugt fühlt. „Das ist das Los der Allrounder. Unten habe ich heute gedacht, mir geht die Luft aus."

Die entscheidenden Tips hat sich Wasmeier, der am Vortag nur Rang 15 belegt hatte, am Sonntagabend von den deutschen Slalom-Spezialisten geholt. Frank Wörndl und Josef Schick rieten dem Weltmeister: „Du mußt auf diesem engen und steilen Hang fahren wie im Slalom, die Schwünge nicht schneiden, sondern nur kurz auf der Kante stehen." Wasmeier befolgte die Tips, boxte jede Stange mit den Händen weg, und fand seine alte Form wieder.

Einziges Problem im Riesenslalom-Lager des Deutschen Ski-Verbands bleiben die Läufer hinter Wasmeier. Michael Eder verbremste seinen zweiten Lauf genauso wie am Vortag Hans Stuffer (Samerberg), der vom vierten auf den 11. Rang zurückfiel. Rainer Gattermann sagt, das sei ein mentales Problem: „Die müssen sich noch an den Gedanken gewöhnen, daß sie ganz vorne sein könnten."

Rohwein wie Klauser

Dreimal hintereinander sprang Thomas Klauser (Reit im Winkl) in die Weltcup-Punkteränge – jetzt eiferte ihm Peter Rohwein (Isny) auf der 70-m-Schanze von Lake Placid mit Erfolg nach: Er erreichte mit Sprüngen von 86 und 81 Metern und 213,5 Punkten den siebten Platz und ließ dabei sogar Olympiasieger Matti Nykänen (Finnland) hinter sich. Sieger wurde Ernst Vettori (Österreich) mit 92 und 87 Metern (241,2 Punkte) vor Primoz Ulaga (Jugoslawien) und Vergaard Opaas (Norwegen).

In Calgary feierte der Norweger Torbjörn Loekken bei der ersten Nordischen Kombination dieses Winters seinen ersten Weltcup-Sieg. Mit der besten Zeit rollte er das Feld von Rang 13 nach dem Springen auf und gewann vor seinem Landsmann Espen Andersen und Allar Lewandi (UdSSR). Thomas Fleig (Schönmünz-ach) fiel vom siebten auf den 20. Rang zurück.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 22. Spieltag: Schwenningen – Düsseldorf 2:4, Köln – Mannheim 2:1, Frankfurt – Rießersee 4:1, Landshut – Kaufbeuren 5:4, Rosenheim – Iserlohn 5:2.

1. Düsseldorf	22	14	2	6	123:72	30:14
2. Mannheim	22	13	1	8	94:59	27:17
3. Köln	22	13	1	8	91:69	27:17
4. Rosenheim	22	13	1	8	95:79	27:17
5. Kaufbeuren	22	12	2	8	80:80	26:18
6. Iserlohn	22	10	2	10	99:92	22:22
7. Schwenningen	22	10	1	11	73:98	21:23
8. Landshut	22	7	2	13	81:97	16:28
9. Frankfurt	22	6	1	15	72:110	13:31
10. Rießersee	22	5	1	16	59:111	11:33

BASKETBALL

Bundesliga, Herren: Bamberg – Leverkusen 86:79.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 9. Spieltag: Berlin – Soest 6:8, Stuttgart – Donauwörth 9:7.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Ottobrunn – Dachau 2:3, Paderborn – München 0:3.

HANDBALL

Weltmeisterschaft der Frauen in Holland, Finalspiele: Spiel um Platz fünf: Rumänien – Jugoslawien 28:26; um Platz drei: Norwegen – „DDR" 23:19; Finale: UdSSR – CSSR 30:22.

SKI NORDISCH

Nordische Kombination von Calgary: 1. Loekken 196,3, 2. Andersen (beide Norwegen) 215,4, 3. Lewandi (UdSSR) 207,5, 4. Parviainen (Finnland) 226,5, 5. Csar (Österreich) 212,3, 6. Kempf (Schweiz) 205,4, ... 20. Fleig 207,3, ... 32. Schmidt 170,9, ... 36. Laber (alle Bundesrepublik Deutschland) 168,3. – **Weltcupspringen**, 70 m in Lake Placid: 1. Vettori (Österreich) 241,2, 2. Ulaga (Jugoslawien) 223,7, 3. Opaas (Norwegen) 229,8, 4. Tepes (Jugoslawien) 224,2, 5. Fidjestol (Norwegen) 217,6, 6. Weißflog („DDR") 215, 7. Rohwein (Bundesrepublik Deutschland) 213,5.

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom der Herren in La Villa/Italien: 1. Gaspoz (Schweiz) 2:46,34, 2. Pramotton (Italien) 2:47,71, 3. Wasmeier (Bundesrepublik Deutschland) 2:47,88, 4. Zurbriggen (Schweiz) 2:48,05, 5. Strolz (Österreich) 2:48,11, 6. Wenzel (Liechtenstein) 2:48,12, 7. Stenmark (Schweden) 2:48,14, 8. Eder (Bundesrepublik Deutschland) 2:48,19. – Gesamtstand Weltcup: 1. Zurbriggen 97 Punkte, 2. Wasmeier und Pramotton je 93, 4. Müller 62, 5. Heinzer (beide Schweiz) 51, 6. Gaspoz 48, 7. Stenmark 46, ... 15. Eder 25.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 0, 0, 0, 0, 1, 1, 2, 1, 1, 0. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 2, 5, 11, 12, 39, 41, Zusatzspiel: 31. – **Rennquintett:** Rennen A: 8, 7, 13. – Rennen B: 28, 26, 25. (Ohne Gewähr).

NACHRICHTEN

Auftaktsieg für Steffi Graf

Mainz (sid) – Die Weltranglisten-Dritte Steffi Graf (Brühl) gewann ihr erstes Spiel bei den deutschen Hallentennis-Meisterschaften in Mainz gegen Sylvia Freye (Bielefeld) in 37 Minuten mit 6:2, 6:0.

Europateam für Olympia?

Straßburg (sid) – Die Sportler aus den zwölf Mitgliedstaaten der EG sollen bei den Olympischen Spielen 1988 unter gemeinsamer Flagge starten. Dies schlug der CSU-Europa-Abgeordnete Heinrich Aigner vor den Europa-Parlament in Straßburg vor.

Millionen für Sicherheit

London (dpa) – Die englischen Fußballklubs haben in den letzten zehn Jahren umgerechnet rund 150 Millionen Mark für gesetzlich vorgeschriebene Sicherheitsvorkehrungen in den Stadien ausgegeben. In dieser Saison wurde erstmals eine starke Abnahme von Krawallen festgestellt.

Riesenslalom abgesagt

La Villa (dpa) – Der für Samstag geplante Weltcup-Riesenslalom in Kranjska Gora wurde wegen Schneemangels abgesagt. Der für Freitag vorgesehene Slalom ist gefährdet.

Weltmeister UdSSR

Rotterdam (sid) – Im Endspiel der Frauen-Handball-WM in Holland bezwang Titelverteidiger UdSSR in Rotterdam die CSSR mit 30:22. Dritter wurde Norwegen nach einem 23:19-Sieg über die „DDR".

Edberg und Jarryd siegten

London (sid) – Die schwedischen Tennisprofis Stefan Edberg und Anders Jarryd gewannen in London erneut das Doppel-Masters-Turnier durch ein 6:3, 7:6, 6:3 über die Franzosen Yannick Noah und Guy Forget.

„DDR"-Bobs verboten

Venedig (sid) – Der Weltverband FIBT hat die neuartigen Hinterachsen der Zweierbobs aus der „DDR" für reglementwidrig erklärt. Die Schlitten hatten beim Weltcup-Auftakt Rang eins und zwei belegt.

SCHWIMMEN / Sieg im Kurzbahn-Europacup

Balsam auf die Wunden, die sich ein Verband schlug

sid/dpa, **Malmö**

Die Sportler strichen Balsam auf die Wunden, die sich der Verband im 100. Jahr seines Bestehens selbst zugefügt hat. Im schwedischen Malmö sorgte die Herrenmannschaft des Deutschen Schwimmverbandes (DSV) auch ohne die Weltmeister Michael Groß und Rainer Henkel mit der unerwarteten Titelverteidigung beim Kurzbahn-Europacup für einen versöhnlichen Jahresausklang. Doch schon beim Festbankett dachte manch einer weiter. „Es gibt überhaupt keine Linie im Moment. Man weiß nicht, was man tun soll", lautete die Kritik.

Der DSV hat ein bewegtes Jahr hinter sich: Die Jubelfeiern im Mai mit einem einstimmig wiedergewählten Präsidenten Harm Beyer, die Vergabe der EM 1989 nach Bonn, die sportlich glänzend verlaufenen Weltmeisterschaften in Madrid mit den vier Goldmedaillen durch Michael Groß und Rainer Henkel, die gleichzeitig aufgetretenen Grabenkämpfe unter den Funktionären, später der Streit Beyers mit den Aktiven und der Sporthilfe, die Rücktritte von Vizepräsident Wilhelm Schmidt und Schwimmwart Jürgen Kozel, der beiden Offiziellen also, die der Mannschaft am nächsten standen – ohne die Sportler hätte der DSV 1986 nur negative Schlagzeilen gemacht.

In Malmö fanden sich Ansätze zur Versöhnung. Europacup-Neuling Jutta Fabry aus Aachen etwa brach eine Lanze für den neuen Sportwart Arno Kaczmarek aus Berlin, der zeitweise etwas verloren unter den Schwimmern saß. „Mit ihm kann man arbeiten. Er hat viel Menschliches. Ich glaube, es wird gutgehen."

Doch die Harmonie nach einem solchen Erfolg wie in Malmö könnte trügerisch sein. Ist der neue Schwimmwart stark gegenüber Beyer und riskiert damit sein Amt? Kaczmarek selbst meint, er sei nicht nur eine Übergangslösung. Und wie ist es mit der Arbeit des neuen Chef-Bundestrainers Horst Planert? Wird sie akzeptiert oder boykottiert? Denn der 59 Jahre alte Planert ist zwar nach offizieller Version wieder in diese Funktion gerückt, aber die Ressort-Bundestrainer Manfred Thiesmann für die Herren und Niels Bouws für die Damen waren lange Jahre an völlig selbständiges Arbeiten gewöhnt.

Im sportlichen Bereich ist dagegen zu Ruhe und Gelassenheit aller Anlaß. Wer hätte gedacht, daß die ersatzgeschwächten Mannschaften des DSV so überzeugend (Sieg der Herren, dritter Platz der Damen) abschneiden würden? Da mußte beispielsweise der erst 18 Jahre alte Bochumer Schüler Erik Hochstein in die Bresche springen, der über 200 m Freistil Michael Groß ersetzte und seine Pflicht mit Platz fünf in 1:48,50 Minutensehr gut erfüllte. Wie überhaupt eine Reihe von jüngeren Athleten aufgetaucht ist, die für die EM 1987 und die Olympischen Spiele ein Jahr später hoffen lassen.

EISHOCKEY / Düsseldorf vor Alleingang?

„DEG, Superstar, das ist der Meister im nächsten Jahr"

sid, **Düsseldorf**

Nicht weniger als acht Spieler sind in Kanada geboren, drei stammen aus der Tschechoslowakei, fünf kommen aus Bayern, und nur Ersatztorwart Markus Beeck verkörpert das rheinische Element – auf dem Eis aber bilden die Spieler des Eishockey-Bundesligaklubs Düsseldorfer EG eine starke Einheit. Nach verpatztem Start mit 4:10 Punkten brachten zuletzt 22:2 Punkte aus zwölf Spielen den Sprung an die Spitze, und die DEG-Fans haben eine berühmte Musical-Melodie mit neuem Text versehen: „DEG – Superstar, das ist der Meister im nächsten Jahr."

Zu hören waren diese und ähnliche Lieder im Eisstadion an der Brehmstraße auch in zurückliegenden Jahren. Nur liegt der dritte und bislang letzte Titelgewinn liegt schon elf Jahre zurück. Sogar ein Bankrott mußte zwischenzeitlich befürchtet werden, denn Weihnachten 1983 stand eine Schuldenlast von drei Millionen Mark zu Buche. Doch ein neues Vorstandsteam bekam die Lage in den Griff, weil die DEG ein Kapital besitzt, das die Konkurrenz nur voller Neid bestaunen kann – die Zuschauer. 6500 kauften sich in dieser Saison eine Dauerkarte, das Schild „Ausverkauft" wird von den Kassenhäuschen gar nicht mehr entfernt.

Schon in der letzten Saison, 18 von 23 Heimspielen fanden im proppenvollem Stadion statt, schien der große Coup möglich zu sein. Im Finale aber setzte sich der rheinische Konkurrent Kölner EC mit drei Siegen in drei Spielen durch, obwohl die DEG in einer Begegnung mit 5:1 geführt hatte. „So eine Chance kommt nicht wieder. Wir stehen vor einer ganz schwierigen Saison, weil die Erwartungen ungeheuer hoch angesetzt sind", hatte daraufhin Trainer Otto Schneitberger (47) gesagt. Mittlerweile belehrt ihn die Mannschaft eines Besseren – für Schneitberger, im Hauptberuf erfolgreicher Archtitekt, ist der erste große Erfolg als Trainer keine Illusion mehr.

Die Konkurrenz allerdings – Mannheim, Köln und Rosenheim liegen jeweils drei Punkte zurück – rechnet sich durchaus noch gute Chancen aus. „Einen Alleingang der DEG wird es nicht geben", behauptet Mannheims Trainer Ladislav Olejnik, dessen Team am Freitag in Düsseldorf gastiert. Den stärksten Eindruck im Verfolgertrio hinterläßt freilich der Sportbund Rosenheim, obwohl der aus New York zurückgekehrte Torwart Karl Friesen weiterhin im Wartestand ist. 8:0 Punkte holten die Oberbayern, seitdem Friesen als Ersatzmann auf der Bank sitzt und der CSSR-Torhüter Jiri Kralik zum Nichtstun verurteilt wurde. Auch beim 5:2 über den ECD Iserlohn vertraute Trainer Peter Brdicka dem Junioren-Nationaltorwart Klaus Merk. Iserlohn führte 2:0, Merk blieb trotzdem zwischen den Pfosten, jetzt soll Friesen sein Comeback am Freitag in Rießersee feiern.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Gunter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43-44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 48,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit. Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT, WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

DIE WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

In Sofia forciert Genscher die Null-Lösung

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bemüht sich derzeit mit besonderem Nachdruck, die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Partner für eine sachliche Beurteilung der Brüsseler Beschlüsse der NATO-Außenminister zu gewinnen. Er sprach darüber gestern morgen mehr als eine Stunde lang mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij. Unmittelbar darauf flog er nach Sofia, um auch dort bei seinen Gesprächen mit dem bulgarischen Staats- und Parteichef Todor Schiwkow, Ministerpräsident Georgi Atanassow und Außenminister Petar Mladenow die Haltung der NATO-Partner zu erläutern.

Nach Genschers Ansicht sollte es dem Osten nicht schwer fallen, auf den westlichen Vorschlag doppelgleisiger Verhandlungen über eine Beseitigung des konventionellen Ungleichgewichts vom Atlantik bis zum Ural und über weitere vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen einzugehen. Auch in der Frage einer europäischen Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen mit anschließenden Verhandlungen über die Kurzstreckenraketen ohne SDI-Junktim und einer 50prozentigen Verminderung der strategischen Offensivwaffen hält der Bundesaußenminister eine Einigung für wünschenswert und möglich. Er betrachtet es als eine gute Gelegenheit, über diese Dinge mit der bulgarischen Führung zu diskutieren.

Karlsruhe verhandelt über Teststrecke

AP, Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt heute öffentlich über die Klagen von 15 Landwirten aus Boxberg gegen den Bau einer Teststrecke der Daimler Benz AG. Die Bauern aus dem baden-württembergischen Main-Tauber-Kreis wehren sich dagegen, daß sie im Rahmen einer sogenannten Unternehmensflurbereinigung Land für das 614 Hektar große Areal der Teststrecke abgeben sollen, um dafür mit Grund und Boden an anderer Stelle entschädigt zu werden. In den beiden Vorinstanzen, dem Flurbereinigungsgericht Mannheim und dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin, sind die Bauern jeweils unterlegen.

Zimmermann: Jetzt arbeitet unsere Spionage-Abwehr wieder erfolgreich

„Der Schaden durch den Überläufer Tiedge ist überwunden" / WELT-Interview

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat für 1986 eine positive Bilanz der Spionageabwehr gezogen. Der durch das Überlaufen des früheren Verfassungsschutzbeamten Hans-Joachim Tiedge in die „DDR" angerichtete Schaden sei überwunden", sagte der Minister in einem WELT-Gespräch. Die Staats-Schutzbehörden seien 1986 erfolgreicher als im vergangenen Jahr. Zimmermann wies auch die Vorwürfe zurück, daß es bei den Ermittlungen im Spionagefall der Präsidialamtssekretärin Margret Höke Versäumnisse gegeben habe. Die Fragen an den Bundesminister stellte Günther Bading.

Wie sieht die Bilanz der Spionageabwehr 1986 aus? Ist es richtig, daß wir noch „Top-Spione" in Bonn vermuten müssen?

Zimmermann: 1986 haben die Staatsschutzbehörden bisher 33 Personen wegen des Verdachts der Agententätigkeit für Nachrichtendienste kommunistisch regierter Staaten festgenommen. Die Zahl ist fast doppelt so hoch wie im vergangenen Jahr und die höchste Zahl von Festnahmen seit 1982. Dennoch ist die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor ein wichtiges Zielland der Spionage der DDR und anderer kommunistischer Staaten. Wir haben unsere Wachsamkeit erhöht, um zu verhindern, daß diese Nachrichtendienste bei uns Spione einschleusen und aufbauen.

Der Fall der Präsidialamtssekretärin Höke scheint größeren Schaden angerichtet zu haben, als zunächst angenommen. Hat es hier Versäumnisse gegeben?

Zimmermann: Dieser Verratsfall ist in meiner Amtszeit aufgeklärt worden. Während ihrer langjährigen Spionagetätigkeit hat Frau Höke nachweislich mehr als 1800 Verschlußsachen-Vorgänge quittiert. Die Anklage wirft Frau Höke vor, daß ihre Agententätigkeit schwere Nachteile für unser Land und die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeigeführt hat. Sie wird deshalb wegen besonders schweren Landesverrats angeklagt. Bei der Aufklärung dieses Spionagefalls sind nicht nur nach meiner Überzeugung, sondern auch nach Feststellung des Tiedge-Untersuchungsausschusses des Bundestages, alle Sicherheitsinteressen in vollem Umfang gewahrt worden. Der Ausschuß hat überdies festgehalten, daß im Fall Höke das Bundesministerium des Innern richtig und rechtmäßig gehandelt hat.

Ist die Schadensbegrenzung nach dem Verrat Tiedges gelungen?

Zimmermann: Aus den Festnahmen läßt sich ablesen, daß die Staats- und Verfassungsschutzbehörden den Schaden durch den Überläufer Tiedge überwunden haben. Die Spionageabwehr arbeitet wieder erfolgreich. Die Zahl der Festnahmen zeigen aber auch die Wirksamkeit der personellen, strukturellen und organistorischen Maßnahmen, die ich nach dem Absetzen Tiedges in die DDR angeordnet habe. Die Abwehrbehörden haben den Fahndungsdruck auf Spione verstärkt. Dies hat sich ausgezahlt. In diesem Jahr konnten beispielsweise Versuche östlicher Geheimdienste aufgedeckt und abgewendet werden, eine Reihe von Agenten auf unsere Sicherheitsbehörden anzusetzen.

„Menschenrechte stets einfordern"

DW. Bonn

Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) hat an alle Parteien appelliert, unbeirrt für die Einhaltung der Menschenrechte einzutreten. „Es ist keine Einmischung in die inneren Verhältnisse eines Landes, wenn die Wahrung der Menschenrechte eingefordert wird", erklärte die Vorsitzende des Deutschen Helsinki-Komitees. Die Politiker, die in Freiheit leben, seien verpflichtet, sich immer wieder für die Entrechteten und Bedrängten zu engagieren. Es gelte, „sehr deutlich zu machen, daß ohne die Beachtung der Menschenrechte und der menschlichen Würde keine Vertrauensbasis auf politischer Ebene geschaffen werden kann". Sie forderte dazu auf, die Menschenrechtslage vor allem in der Sowjetunion aufmerksam zu verfolgen. Öffentliche Kritik könne den Inhaftierten Erleichterung bringen.

Mubaraks Bruder gründet Partei

dpa. Kairo

Sami Mubarak, Bruder des ägyptischen Staatspräsidenten Husni Mubarak, hat die Gründung einer eigenen Partei angekündigt. Das Genehmigungsverfahren für die „Partei des sozialen und demokratischen Aufbaus" sei fast abgeschlossen, sagte er. Bereits mehr als die erforderliche Zahl von zehn Parlamentsabgeordneten habe den Gründungsantrag unterschrieben. Die neue Partei wolle sich vor allem für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und für eine größere Produktivität in der verstaatlichten Wirtschaft einsetzen.

Sami Mubarak hat mehrere Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gelebt und war 1984 nach seiner Rückkehr nach Ägypten auf der Liste der bürgerlichen Oppositionspartei Neo Wafd ins Parlament gewählt worden. Vor wenigen Monaten war er aus dieser Partei ausgetreten.

„Schröder nicht den Polizisten zumuten"

UR. Bonn

Die Saar-CDU übt massiven Druck auf die Landesregierung aus, auf die Berufung des umstrittenen ehemaligen Chefs der Polizeigewerkschaft, Schröder, zu verzichten. Schröder soll offenbar im Saarland die Funktion eines Polizeipräsidenten übernehmen. „Dies kann den saarländischen Polizisten nicht zugemutet werden", sagte der CDU-Abegordnete Ley. Er verwies darauf, daß Schröder, der Kriminalhauptkommissar in Bielefeld ist, um sechs Besoldungsstufen höhergruppiert werden müßte. Bereits in Nordrhein-Westfalen „ist Schröder aber der Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst nicht gelungen", so Ley. Schröder habe zudem gezeigt, „daß er in schwierigen Situationen nicht Herr seiner selbst ist". Eine Anspielung auf Schröders Verhalten bei der Verhaftung von Alfons Lappas.

Die „DDR" stellt Telegramm von Kohl groß heraus

hrk. Berlin/Bonn

In Bonner Regierungskreisen ist die protokollarisch auffällig hoch plazierte Wiedergabe der Anteilnahme von Bundeskanzler Helmut Kohl an der Flugzeug-Katastrophe in der „DDR" mit Interesse vermerkt worden. Sie könnte als Indiz dafür gewertet werden, daß die scharfen persönlichen Vorwürfe, die führende SED-Funktionäre auf der jüngsten ZK-Sitzung am 20.und 21. November gegen Kohl erhoben hatten, als erledigt betrachtet werden.

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" veröffentlichte gestern auf seiner Titelseite lediglich zwei Kondolenzschreiben an Staats- und Parteichef Erich Honecker: das Telegramm von Michail Gorbatschow und die Botschaft von Kohl. Sie wurde unter der Überschrift „Kondolenz der BRD" wörtlich wiedergegeben. Es wurde nicht erwähnt, daß Kohl auch Gorbatschow sein Mitgefühl zum Ausdruck brachte.

Kohl hatte an Honecker folgenden Text übermittelt: „Mit großer Betroffenheit habe ich von dem schweren Flugzeugunglück bei Berlin erfahren, bei dem so viele Menschen ums Leben gekommen sind. Ich möchte Ihnen und den Angehörigen der Betroffenen meine aufrichtige Anteilnahme aussprechen."

Der Kanzler war seit seinem umstrittenen „Newsweek"-Vergleich zwischen Gorbatschow und Goebbels auch von den „DDR"-Medien wochenlang als politische „Unperson" behandelt worden. In einem ADN-Bericht aus Bonn war Kohl – vor allem wegen seiner Formulierungen gegen die „DDR" („zutiefst menschenfeindliches System") – Mitte November ein „gestörtes Verhältnis zur DDR" vorgeworfen worden.

In Diskussionsbeiträgen während des ZK-Plenums lobte Ost-Berlins SED-Chef, der Honecker-Vertraute Günter Schabowski, die ADN-Attakken: „So und nicht anders mußten Kohls platte Schmähreden gegen die DDR pariert werden!" Der Kanzler könne „keine Prämien für die politische Umweltbelastung erwarten". Der Cottbuser SED-Chef Werner Walde sprach davon, daß „tragischerweise nicht bei jedem Politiker in Bonn Vernunft, schlichte menschliche Vernunft vorausgesetzt werden kann". Weder Berichterstatter Hermann Axen noch gar Honecker waren jedoch auf diesen Ton eingegangen.

In Tschernobyl war auch die Rote Armee im Einsatz

Moskau nennt die Arbeiter an dem Reaktor „Helden"

DW. Berlin

Ost-Berlin hat jetzt durch den Abdruck einer ausführlichen Tass-Meldung aus Moskau bestätigt, daß an der Schadensbeseitigung nach der Tschernobyl-Katastrophe auch Rotarmisten beteiligt waren. Nach Berichten aus der UdSSR soll es in diesem Zusammenhang eine Reihe von Erschießungen gegeben haben, als sich Soldaten weigerten, einen lebensgefährlichen Strahleneinsatz zu wagen. Bereits im Juni soll demnach unter zwangsrekrutierten Esten ein Streik ausgebrochen sein. Zwölf Menschen seien von sowjetischen Soldaten erschossen worden, wurde später bekannt (WELT v. 1.11.).

In der Tass-Meldung, die das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" gestern auf seiner außenpolitischen Seite veröffentlichte, heißt es dazu: „Der Abschluß dieser Etappe, die Erfüllung umfassender Aufgaben zur Beseitigung der Havariefolgen im KKW Tschernobyl in kurzer Zeit, ist dank dem aufopferungsvollen heldenhaften Einsatz von Arbeitern, Wissenschaftlern, Spezialisten und Angehörigen der Sowjetarmee möglich geworden."

Noch immer liegt die Landwirtschaft in dem betroffenen Gebiet jedoch darnieder. Tass umschreibt diese Tatsache mit der auch im SED-Blatt auftauchenden Formulierung, es seien Maßnahmen „realisiert worden, um die Bedingungen für die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Produktion zu schaffen".

Nicht ohne gewisse Besorgnis müssen „DDR"-Leser den Passus der Tass-Nachricht aufnehmen, der von einer verbesserungswürdigen technischen Ausstattung der sowjetischen Atomkraftwerke spricht. Alle „DDR"-Anlagen basieren auf der sowjetischen KKW-Technik.

Bei Tass heißt es zu diesem Punkt: „Durchgeführt werden die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit aller in Betrieb befindlichen sowjetischen Kernkraftwerke und zur Erhöhung des Niveaus des Betriebes der Anlagen, der Produktions- und technologischen Disziplin und der Qualifikation des Bedienungspersonals."

Über etwaige gleichzeitige Maßnahmen an den Sowjet-KKWs in der „DDR" findet sich im „Neuen Deutschland" allerdings nichts.

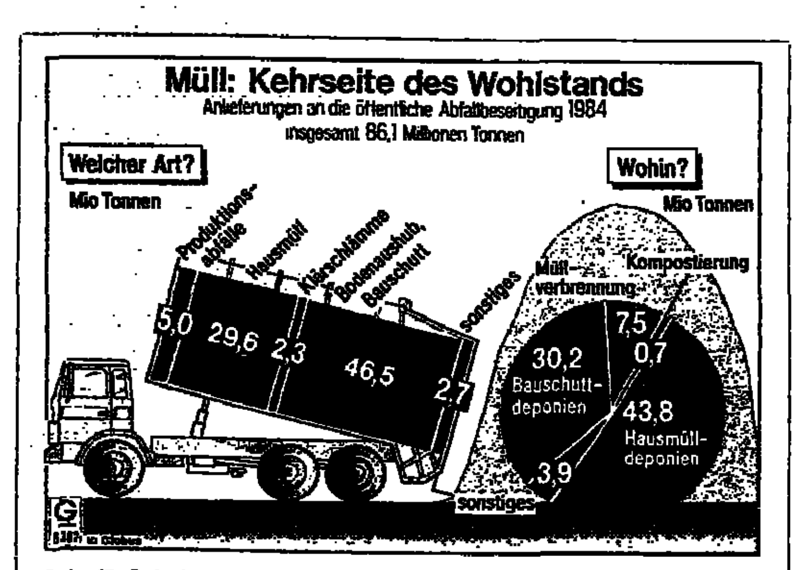
Seuchengefahr in Pripjat

dpa, Moskau

Die UdSSR will nächstes Jahr im größeren Umfang mit der Wiederansiedlung von Bewohnern im Bezirk Tschernobyl beginnen. Dabei soll offenbar auch ein Teil der Bevölkerung wieder in der 30-Kilometer-Sicherheitszone um das Kernkraftwerk Tschernobyl wohnen. Die Situation habe sich normalisiert, hieß es in einem Bericht der Parteizeitung „Prawda". Im selben Artikel erklärte der ukrainische Gesundheitsminister Romanenko, er sei allerdings noch „weit von dem Gedanken entfernt", daß „alle Gefahren bereits hinter uns liegen".

Offenbar hat noch bis vor kurzem in der Kraftwerkssiedlung Pripjat Seuchengefahr bestanden. Die ukrainische Zeitung „Prawda Ukraini" berichtete, die Zahl von Nagetieren und Insekten habe sich wegen zurückgebliebener Abfälle und Nahrungsmittel nach der Evakuierung erheblich erhöht. Die Gefahr einer Epidemie sei aber gebannt. Die unter äußerst schwierigen Bedingungen geführten Arbeiten in der strahlenverseuchten Stadt seien in diesen Tagen abgeschlossen worden.

Im Frühling nächsten Jahres sollen nach Angaben der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" zunächst die Bewohner von 14 Dörfern, danach die von acht weiteren Dörfern in den Bezirk Tschernobyl zurückkehren. Gleichzeitig werde die Rückkehr der Bewohner anderer Ansiedlungen vorbereitet. Nach „Prawda"-Angaben scheint noch offen zu sein, wieviele Menschen in ihre Dörfer zurückwollen. Es sei aber klar, daß bei weitem nicht alle zurückkommen wollten. Viele Bewohner Tschernobyls hätten das Gebiet und sogar die ukrainische Republik verlassen. Deshalb müsse man sich jetzt um Fachkräfte für landwirtschaftliche Großbetriebe, Schulen und Krankenhäuser bemühen.



Jahr für Jahr karren Müllwagen mehr als 80 Millionen Tonnen Abfall auf öffentliche Deponien und zu öffentlichen Abfallbeseitigungsanlagen. Umweltsichere Lagerstätten aber werden immer knapper. Würde man den anfallenden Müll zu einem Berg aufhäufen, wäre er 500 Meter hoch, dreimal die Höhe des Kölner Doms.

QUELLE: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Insider: Die Regierungsvertreter aus zehn Ländern akzeptierten den britischen Vorschlag, bilaterale Vereinbarungen über einen Informationsaustausch zu treffen. (S. 14)

Fermenta: Nach der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten in der Buchführung des schwedischen Biotechnikunternehmens hat der gesamte Aufsichtsrat zum 30. Dezember seinen Rücktritt erklärt. Der Handel mit Fermenta-Aktien an der Stockholmer Börse wurde gestern gestoppt.

Mailand: Infolge des starken Kurswachstums und der hohen Zahl von Neuemissionen liegt der Mailänder Aktienmarkt dem Wert der Börsenkapitalisierung nach in diesem Jahr in Westeuropa auf dem dritten Platz.

Dow-Jones: Wall Street eröffnete am Montag schwach. Eine halbe Stunde nach Handelsbeginn lag Index bei 1902,14 gegenüber 1912,26 am Freitag.

Saint-Gobain: Wegen vierzehnfacher Überzeichnung wird die Zuteilung der Aktien rigoros eingeschränkt. Die ersten zehn Aktien allerdings sollen voll bedient werden. (S. 14)

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 276,11 (278,40); Chemie: 166,39 (167,05); Elektro: 356,21 (358,66); Auto: 730,85 (771,20); Maschinenbau: 140,93 (141,92); Versorgung: 166,33 (168,92); Banken: 402,26 (405,86); Warenhäuser: 180,78 (178,43); Bauwirtschaft: 527,71 (529,22); Konsumgüter: 180,82 (183,40); Versicherung: 1355,18 (1360,94); Stahl: 135,71 (139,22).

Kursgewinner:	DM	+ %
Stumpf St.	136,50	5,00
Fuchs Petro.	175,00	4,17
IFI Inh. Vz.	38,00	4,11
Aesculap	395,00	3,95
Stumpf Vz.	140,00	3,70

Kursverlierer:	DM	– %
FAG Kugelf.	352,00	8,57
Kolbenschmidt	280,00	6,67
Pfaff	215,20	6,43
Frankona Rückv.	920,00	6,03
Escada	875,00	4,89

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: schwächer

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Grundig: Ein Farbfernsehgerät mit einer Bildschirmdiagonalen von 95 cm (37 Zoll) will das Unternehmen vom zweiten Quartal 1987 an in Serie produzieren.

Alcan: Mit einem Investitionsprogramm von 360 Mill. DM will der europäische Teil des kanadischen Aluminiumkonzerns seine Strukturen bis 1990 den veränderten Bedingungen anpassen. (S. 15)

Kooperation: Auf dem Gebiet Industrielaser und Automation wollen der größte deutsche Luft- und Raumfahrtkonzern MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm und die amerikanische United Technologies Corp. verstärkt zusammenarbeiten. (S. 15)

Nähmaschinen: Die Fusion zwischen der Dürkop-Werke AG und der Kochs-Adler AG ist eingeleitet. (S. 15)

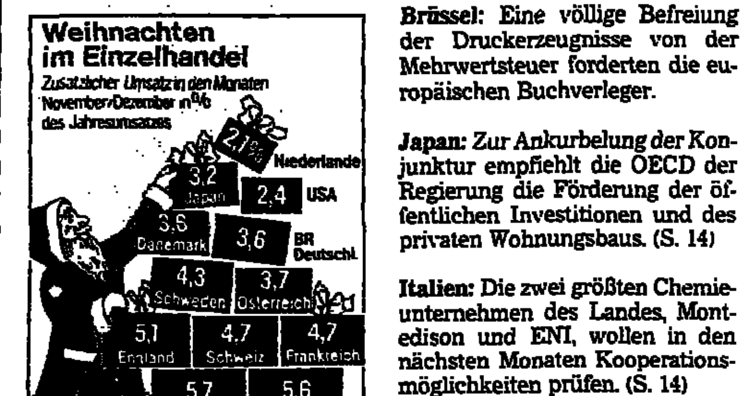
Euroschecks: Für dieses Zahlungsmittel gelten im kommenden Jahr in zahlreichen Ländern neue Höchstgrenzen. (S. 15)

Versicherungen: Einen Vertrag über engere Zusammenarbeit werden Iduna und Nova schließen. (S. 15)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	**12. 12. 86**	**11. 12. 86**	**1. 7. 86**	**1. 8. 85**	**1973**
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	138,50	139,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	71,50	71,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	122,00	117,50	121,50	226,00	84,00

WELTWIRTSCHAFT



EG: Die Marathonsitzung der Agrarminister zum Abbau der Überschußproduktion in der Gemeinschaft ist gestern vormittag in Brüssel ohne greifbare Fortschritte unterbrochen worden.

Opec: Ihre Konferenzpause haben die Minister der Organisation erdölexportierender Länder bis zum gestrigen Nachmittag verlängert.

Brüssel: Eine völlige Befreiung der Druckerzeugnisse von der Mehrwertsteuer forderten die europäischen Buchverleger.

Japan: Zur Ankurbelung der Konjunktur empfiehlt die OECD der Regierung die Förderung der öffentlichen Investitionen und des privaten Wohnungsbaus. (S. 14)

Italien: Die zwei größten Chemieunternehmen des Landes, Montedison und ENI, wollen in den nächsten Monaten Kooperationsmöglichkeiten prüfen. (S. 14)

Aufgeholt: Südkorea hat in den ersten zehn Monaten dieses Jahres ausländische Schiffbau-Aufträge für insgesamt 1,78 Millionen Tonnen erhalten. Für japanische Werften gingen im gleichen Zeitraum Auslandsaufträge für 2,13 Millionen Tonnen ein.

Rumänien: Verhandlungs-Richtlinien für ein Kooperationsabkommen mit dem osteuropäischen Land hat der EG-Ministerrat gestern der Brüsseler Kommission erteilt. (S. 14)

MÄRKTE & POLITIK

„Ganz unten": Nach dem Erscheinen des Wallraff-Buches „Ganz unten" will die SPD den immer größeren Sumpf der Grauzone Leiharbeit trockenlegen. (S. 15)

Energie: Die Energie-Versorgung Schwaben AG will die Strompreise auch 1987 halten. (S. 15)

Steuern: Für Weihnachtsbesuche aus dem Ostblock können täglich pro Person pauschal 10 DM als „außergewöhnliche Belastung in besonderen Fällen" ohne Einzelnachweis bei den Finanzämtern im Lohnsteuerjahresausgleich geltend gemacht werden.

WER SAGT'S DENN?

Die Post ist eine Institution zur verteuerten Verlangsamung der Briefzustellung mit dem Ziel der Selbstabholung gegen zehnfache Gebühr.

C. N. Parkinson

Kürzere Arbeitszeiten müßten wir mit Wachstumsverlusten bezahlen

WELT-Interview mit dem Präsidenten von Gesamtmetall: Glaubenskämpfe vermeiden

THOMAS LINKE, **Köln/Bonn**

Für die fast vier Millionen Beschäftigten in der deutschen Metallindustrie haben am Wochenende erste Tarifverhandlungen stattgefunden. Nach Ansicht der Metall-Arbeitgeber können sie sich bis Mai oder Anfang Juni hinziehen. Zu den anstehenden Problemen nahm Werner Stumpfe, Präsident des Gesamtverbands der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e.V. (Gesamtmetall), Köln, Stellung.

Herr Stumpfe, schließen Sie eine Tarifrunde ohne Arbeitskampf aus?

Stumpfe: Da die IG Metall bereits angekündigt hat, daß sie eine Tarifrunde ohne Arbeitskampf nicht ausschließen könne, sind auch wir nicht in der Lage, dies zu tun. Aber – guten Willen vorausgesetzt – sollte es in der kommenden Tarifrunde möglich sein, Glaubenskämpfe um die Arbeitszeit zu vermeiden. Wir jedenfalls sind dazu bereit.

Franz Steinkühler hat doch aber auf der letzten DGB-Fachtagung gesagt, er wolle den Arbeitnehmern in der Metallindustrie auch nur vergleichbare Opfer wie 1984 ersparen. Stimmt das nicht zuversichtlich?

Stumpfe: Trotzdem wollte er noch größere Opfer – sprich erneuten Arbeitskampf – nicht ausschließen. Und dennoch möchte ich Herrn Steinkühlers Worte gerne als Zeichen dafür nehmen, daß auch die IG Metall nicht unbedingt einen Arbeitskampf will.

In der Metallindustrie gibt es Probleme. Erinnert sei hier nur an die Schieflage der Werften. Den Gewerkschaften sitzt die Neue Heimat im Nacken. Wie sehen Sie auf beiden Seiten die Voraussetzungen für einen Arbeitskampf?

Stumpfe: Es kommt auf die Einsicht in das Machbare an und auf die Bereitschaft es auch zu tun. Sie haben recht, wenn Sie die außerordentliche Schieflage der Werften ansprechen. Aber im Durchschnitt konnte die Metallindustrie 1986 zufrieden sein. Allerdings wird der Dollarverfall, werden die Risiken für die zu 50 Prozent exportabhängige Metallindustrie ein immer größeres Problem, so daß wir in den Verhandlungen keinen Preis zahlen dürfen, den die Unternehmen nicht akzeptieren können. Die Probleme der Gewerkschaften sind bekannt. Sie müssen sie selbst lösen und brauchen dazu keinen Rat von mir.



Gesamtmetall-Präsident Werner Stumpfe FOTO: DIE WELT

Die IG Metall wollte auch 1984 eine kollektive 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Das war für Sie nicht akzeptabel und ist es auch 1987 nicht. Weshalb sind Sie in dieser Frage so unbeweglich?

Stumpfe: Wir sind doch nicht unbeweglich, wenn wir mit der IG Metall über die Konsequenzen der 35-Stunden-Woche für unsere Betriebe und unsere Beschäftigten sprechen wollen. Wir müßten weitere Arbeitszeitverkürzung mit Wachstumsverlusten bezahlen und mit einer Verringerung der Chancen, Arbeitslose einzustellen. Vor allem die mittleren und kleineren Firmen haben die Arbeitszeitverkürzung 1985 noch nicht verkraftet. Der Verteilungsspielraum wird für die Tarifpolitik 1987 nicht sehr groß sein. Der Sachverständigenrat nennt zwei bis 2,5 Prozent. Was darüber hinaus geht, wird zur Inflation. Bereits eine einzige Stunde Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich kostet 2,7 Prozent. Damit wäre der Rahmen schon voll ausgeschöpft. Doch die IG Metall will dreieinhalb Stunden Arbeitszeitverkürzung, was allein für den Lohnausgleich zehn Prozent Mehrkosten ausmacht, und sie hat zusätzliche Lohn- und Gehaltsforderungen angekündigt.

● Fortsetzung Seite 14

Optimistisch ins fünfte Aufschwungjahr

Wirtschaftsminister Bangemann: Steuersenkung wird Konsolidierung nicht gefährden

HEINZ HECK, **Bonn**

Wirtschaftsminister Bangemann und das Kieler Institut für Weltwirtschaft sehen die Wirtschaft der Bundesrepublik übereinstimmend weiter auf Wachstumskurs. Bangemann, der gestern zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts 1987 mit dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft sprach, rechnet für das fünfte Aufschwungjahr unter bestimmten Voraussetzungen mit jahresdurchschnittlich 2,5 bis drei Prozent Wachstum. Das Kieler Institut ist mit „reichlich drei Prozent" in seiner gestern veröffentlichten Analyse noch optimistischer.

Bangemann ging gestern ausführlich auf die wirtschaftspolitische Grundlinie des nächsten Berichts ein und nannte die wachstumsorientierte Steuerreform das „Kernstück der Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung". Deren Volumen müsse mindestens 40 Milliarden Mark brutto, davon über die Hälfte Nettoentlastung ausmachen.

Hinsichtlich des Zeitplans sprach er von einem „magischen Dreieck". In einem baldigen Inkrafttreten der Reform – eventuell auch in Etappen – sieht er einen wichtigen Beitrag für ein positives Wachstumsklima. Die Steuersenkung dürfe aber Konsolidierungerfolge nicht gefährden. Während aber Minister Stoltenberg und maßgebliche Koalitionsvertreter Bereitschaft signalisiert haben, nach Ausschöpfung aller anderen Möglichkeiten vorübergehend auch einen geringfügigen Anstieg der Neuverschuldung in Kauf zu nehmen, erklärte Hamburgs Finanzsenator Gobrecht (SPD) gestern, daß eine solche Entwicklung für ihn den „Abschied von der Konsolidierung" bedeute. Schließlich ist für Bangemann flexibles Handeln im Rahmen der mittelfristigen Wachstumsstrategie damit vereinbar, wenn die Konjunkturentwicklung es erfordern sollte.

Anders als die Länder selbst es sehen, sollten sie nach Meinung Bangemanns ebenso wie die Gemeinden ihre Ausgabenentwicklung wieder an der Drei-Prozent-Marke des Finanzplanungsrates orientieren. Nur mit einer Rückführung der Staatsquote sei der finanzielle Spielraum für eine weitere kräftige Steuersenkung zu gewinnen. Politische Grundsatzentscheidungen machten zwar Subventionen weiter notwendig; gleichwohl sei deren Abbau „besonders wichtig", und die Steuerreform biete hierfür eine „besondere Chance".

Bund und Länder streiten um Steuereinnahmen

HH, **Bonn**

Bereits jetzt versuchen Bund und Länder mit Blick auf die 1988 anstehende Neuverteilung der Umsatzsteuereinnahmen ihre Positionen festzuklopfen. Nachdem Finanzminister Stoltenberg mehrfach einen höheren Anteil (für 1986 und 1987 geltende Verteilung: Bund 65 und Länder 35 Prozent) reklamiert hat, machte der Vorsitzende der Finanzministerkonferenz, Hamburgs Senator Gobrecht, die Ansprüche der Länder deutlich, ohne sich auf eine Gesamtzahl festzulegen.

Allein der Abbau der Mischfinanzierung in der Städtebauförderung und im sozialen Wohnungsbau rechtfertige einen Anspruch an den Bund von über einer Milliarde Mark. Auch wies Gobrecht die Kritik Bonns am „großzügigeren" Ausgabengebahren der Länder und Gemeinden zurück. Allein wegen der hohen Belastungen durch Besoldung und Sozialhilfe könnten Länder und Gemeinden die avisierte jährliche Ausgabensteigerung von durchschnittlich drei Prozent nicht halten, während der Bund sie „eher unterschreiten kann".

Firmen warten auf Zahlungen aus Brüssel

Mk. **Bonn**

Die zuständigen Bundesbehörden – das Bundesamt für landwirtschaftliche Marktordnung und das Hauptzollamt Hamburg-Jonas – zahlen seit Ende November die Beihilfen für die private Lagerhaltung und die Exporterstattungen trotz Fälligkeit an die Unternehmen nicht mehr aus. Die Firmen geraten dadurch, wie es in einem Schreiben des Verbands des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh und Fleisch an die zuständigen Bonner Ministerien heißt, in Liquiditätsschwierigkeiten. Die Behörden berufen sich darauf, daß sie von der Bundesregierung kein Geld erhalten. Diese verweist auf die fehlenden Eingänge aus der Brüsseler EG-Kasse. Die Firmen haben zwar, als sie ihre Leistung erbrachten, bereits Geld erhalten, dafür mußten sie jedoch eine Kaution von 125 Prozent stellen, die sie durch Bankbürgschaften absichern mußten. Da die Mittel jetzt bei Fälligkeit nicht eingehen, fallen bei den Firmen erhebliche Kosten an. Bonn müßte, so der Verband, zumindest den bestehenden Zahlungsanspruch den Firmen bestätigen.

AUF EIN WORT



„Je mehr sich die Geistlichen in der Kirche mit Politik befassen, um so mehr muß ich als Politiker in der Bibel lesen."

Bernhard Friedmann, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses. FOTO: DIE WELT

Hat Amerika die Ölkrisen vergessen?

G. BRÜGGEMANN, **Washington**

Während sich die Erdölminister der Opec-Länder in Genf und anderen schönen Tagungsorten von einer Uneinigkeit zur nächsten vertagen, erhalten sie bei ihrem Versuch, die stark gesunkenen Preise wieder in die Höhe zu treiben, Unterstützung von unerwarteter Seite. Die Verbraucherländer vergessen offenbar die Lehre der Ölschocks von 1973 und 1979 und lassen sich durch die billig gewordene Energie zu übermäßigem Verbrauch verleiten.

Das gilt insbesondere für die Vereinigten Staaten, wo Sparsamkeit beim Verbrauch von Öl und Ölprodukten immer mehr in den Hintergrund tritt. So liegt der Nachfragezuwachs im Jahresdurchschnitt bereits bei etwa fünf Prozent. Der Weltverbrauch von Öl nähert sich dem Niveau von 51 Millionen Barrel am Tag (ein Barrel = 159 Liter). Es war zuletzt 1979 erreicht worden.

In Amerika hat diese Entwicklung zu stark steigenden Importen geführt. Sie erhöhten sich von 4,5 Millionen Barrel täglich im Januar auf 6,2 Millionen Barrel im November. Der Durchschnitt der ersten zehn Monate dieses Jahres liegt mit 5,9 Millionen Barrel am Tag um ein Viertel höher als in der gleichen Vorjahreszeit.

Das hat in Washington zur Sorge geführt, das Land könne wieder in eine Abhängigkeit verfallen, die es verwundbar macht. Der Präsident des amerikanischen Erdölinstituts, Charles DiBona, brachte die Lage auf die Formel: „Wir stolpern in dieselbe Falle wie in den siebziger Jahren."

DiBona hat freilich noch einen anderen Grund für seine Bemerkung. Die von über 30 auf 15 bis 16 Dollar je Barrel gesunkenen Preise und die hohe Verfügbarkeit von Erdöl- und Erdölprodukten auf dem Weltmarkt haben die amerikanische Ölproduktion hart getroffen. Ihre Förderung ist in den letzten Monaten zunehmend gefallen und liegt gegenwärtig etwa vier Prozent niedriger als vor Jahresfrist.

Inzwischen hat die Industrie wegen der gesunkenen Preise nicht nur die Förderung, sondern auch noch stärker die Exploration eingeschränkt. Die Aufwendungen dafür sind binnen Jahresfrist um ein Drittel gefallen. Einige Ölproduzenten fordern deswegen von der Regierung einen Mindestpreis für Mineralöl, der deutlich über dem Weltmarktpreis liegen müßte, oder aber eine Ölimportsteuer. Sie sind mit dieser Forderung, die übrigens auch in der Branche umstritten ist, bisher in Washington ohne Erfolg geblieben. Trotz aller Dementis ist aber nicht ausgeschlossen, daß eine solche Maßnahme vom Kongreß beschlossen wird.

Hoffnung auf Liberalisierung des Luftverkehrs zerschlagen

EG-Minister: Keine Einigung bei Tarifgestaltung in Sicht

Ha. **Brüssel**

Hoffnungen auf eine spürbare Liberalisierung des Luftverkehrs haben sich gestern im EG-Ministerrat wieder einmal zerschlagen. Die zuständigen Minister machten nicht einmal den Versuch, sich ernsthaft um Kompromisse zu bemühen, nachdem die Beratungen der nationalen Experten seit der letzten Ratstagung kaum Fortschritte gebracht hatten.

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger meinte resignierend: „Wenn die Fliegerei ein Tempo hätte wie diese Verhandlungen, dann hätte sie kaum einen Sinn!" Er ließ erkennen, daß er die Voraussetzungen für einen Kompromiß nach Ablauf der britischen EG-Präsidentschaft für noch ungünstiger hält als gegenwärtig. Dann nämlich dürften die Briten wieder weitergehende Forderungen nach einer „Deregulierung" des Luftverkehrs stellen, die von den Mitgliedsländern mit schwachen Fluggesellschaften bisher vehement abgelehnt wurde.

Während über eine vorsichtige Auflockerung der geltenden Kapazitätsregelungen weitgehend Einigkeit herrscht, – an die Stelle einer Aufteilung des Platzangebots im Verhältnis von 50 : 50 Prozent soll künftig eine Sicherung von zunächst mindestens 45 und nach zwei Jahren von 40 Prozent des Angabots für die eigene Fluglinie treten – bestehen über die Liberalisierung der Tarifgestaltung der Gesellschaften noch tiefgreifende Meinungsunterschiede.

Heute beraten die Minister über Maßnahmen für eine gemeinsame Seeschiffahrtspolitik. Hier sind die Erfolgschancen nach Angaben von Konferenzteilnehmern seit der letzten Ratssitzung gewachsen.

Teurer Manager

J. Sch. (Paris) – Schon vor einer Woche schien die Ernennung von Raymond Levy zum Nachfolger des am 17. November ermordeten Renault-Präsidenten Georges Besse eine beschlossene Sache gewesen zu sein. Hatte doch Industrieminister Alain Madelin nicht nur die Zustimmung seines Premierministers. Auch Staatspräsident Mitterrand, dem bei personellen Veränderungen in großen Staatsunternehmen das letzte Wort zusteht, hätte wohl nicht nein gesagt.

Levy gilt als der am besten geeignete Mann zur Führung und vor allem zur Sanierung des immer noch hochdefizitären Automobilkonzerns. Das hat er als Präsident von Cockerill Sambre, dem jetzt wieder aufsteigenden belgischen Stahlkonzern, bewiesen. Aber gerade deshalb will ihn die belgische Regierung nicht so ohne weiteres gehen lassen. So mußte sich Madelin in den letzten Tagen mehrmals auf den Weg nach Brüssel machen, um Levy loszueisen. Immerhin steht er noch dreieinhalb Jahre bei Cockerill unter Vertrag.

In Paris kursieren indes die wildesten Gerüchte über den Preis, den Frankreich als Abfindung zu zahlen bereit ist. Über 70 Millionen Dollar soll die belgische Regierung verlangen und darüber hinaus französische Fürsprache für höhere belgische Stahlquoten in der EG, ja sogar eine Übertragung französischer Kernenergie-Technologie. So teuer wäre wohl noch niemals ein Krisenmanager verkauft worden. Aber schließlich geht es auch Paris nicht nur um eine Person, sondern darum, bis zu den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1988 Renault aus den roten Zahlen zu bringen.

Spanische Sorgen

Von ROLF GÖRTZ, Madrid

Der Widerspruch zwischen den euphorischen Äußerungen der Regierung und den Kassandrarufen der Wirtschaftsverbände in Spanien lassen immerhin eines deutlich erkennen: Die Wirtschaft hat den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft – er wurde vollzogen am 1. Januar dieses Jahres – keineswegs verdaut. So werden sich denn die Regierung in Madrid, die Bank von Spanien und der Unternehmer-Dachverband CEOE in Kürze über Konsequenzen der EG-Erfahrung einigen müssen.

Im Vordergrund steht die Anpassung der Unternehmen an den Wettbewerb auf den Ebenen Management, Kapital- und Kostenstruktur, vor allem aber Produktivität.

Die Einbußen der spanischen Exportwirtschaft basieren vor allem auf dem Unterschied der Inflationsraten: Die spanische liegt bei neun, der EG-Durchschnitt bei drei Prozent.

Gewiß, die Spanier hatten mit einem erheblichen Anstieg der Importe aus Europa gerechnet, nicht aber in dem tatsächlich erfolgten hohen Ausmaß. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres stieg deshalb das Handelsdefizit auf 154 Milliarden Pesetas (rund 2,3 Milliarden Mark). Angesichts des bisherigen Überschusses in der Handelsbilanz, der in der gleichen Zeit des Vorjahres ungefähr dieselbe Höhe erreichte, läßt sich die Besorgnis nicht nur der Exportwirtschaft verstehen.

Wenn man in Madrid außerdem zur Kenntnis nehmen mußte, daß der in den letzten Jahren erfreulich angestiegene Export seine Wachstumsraten stark reduzierte, dann muß das zu wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen führen, die gewiß das nächste Jahr prägen werden.

In der Europäischen Gemeinschaft – vor allem aber in der Bundesrepublik – argumentiert man gern mit dem ausgleichenden Plus in der Zahlungsbilanz als Ergebnis der weiter ansteigenden Einnahmen aus dem Tourismus. Der Sonnenexport – wegen der Bezahlung in Devisen muß der Tourismus als ein wesentlicher Teil des Außenhandels betrachtet werden – wird auch in Zukunft für eine positive Zahlungsbilanz sorgen. Dennoch bleibt die Ferienindustrie eine krisenanfällige Monokultur.

Die erschreckende Radikalisierung des baskischen Terrorismus in den letzten Monaten zum Beispiel kann sich durchaus auf die ETA-Kommandos an den Sonnenküsten des Mittelmeeres ausdehnen. Schließlich platzten schon zu Beginn der Saison 1985 und 1986 je ein Dutzend Warnbomben in Hotels und an den Stränden.

Die Einbußen der Exportwirtschaft basieren auf mehreren Ursachen. Die Hauptrolle spielt wohl der Unterschied der Inflationsraten in Spanien von neun Prozent und im Durchschnitt der Länder der Europäischen Gemeinschaft von drei Prozent. Nun darf man mit Sicherheit annehmen, daß sich die laufende Angleichung der Peseta an die europäischen Währungen – Spanien hat sich der Schlange noch nicht angeschlossen – in Zukunft schneller vollziehen wird, als dies der tatsächliche Devisenüberschuß unter anderen Umständen erwarten ließe. Den Ausgleich aber wird man nicht erwarten.

Dollarverfall und billigere Ölimporte wirken sich dagegen nicht so positiv auf die spanische Wirtschaft aus wie anderswo. Unter anderem deshalb, weil der Staat der Preissenkung nicht folgt und mit den Steuermehreinnahmen das Defizit des Staatshaushaltes, das immerhin umgerechnet mehr als 190 Milliarden Mark beträgt, finanzieren möchte.

Die Wirtschaft wird jedenfalls mit Nachdruck die ihrer Meinung nach fehlenden Instrumente zur Erhöhung der Produktivität fordern. Dazu gehört neben einem angepaßten Management eine größere Flexibilität der Arbeitsgesetze. Nur wenn das Risiko bei Neueinstellungen und die Arbeitsnebenkosten gesenkt werden, kann die Arbeitslosigkeit, die mit 20 Prozent der aktiven Bevölkerung immer noch an der Spitze in Europa steht, wirksam bekämpft werden.

Dieser Ansicht des Unternehmer-Dachverbandes schloß sich auch Ministerpräsident Felipe Gonzalez an. Ob aber auch die seiner Partei angeschlossenen Gewerkschaften die Konsequenzen zu ziehen bereit sind, bleibt abzuwarten.

Gegen die Argumente der Wirtschaft sprechen phantastische Börsengewinne und die gute Geschäftsentwicklung der Banken. Beide profitieren aber weitgehend von einem Investitionszufluß aus dem Ausland, der bereits die binnenwirtschaftliche Entwicklung verfälscht. Die nationale Wirtschaft sieht hierin eine ernste Gefahr. Sollte es ihr nicht gelingen, die Produktivität zu erhöhen, dann muß tatsächlich der so oft zitierte „Ausverkauf" der Produktion an die im Wettbewerb überlegenen Unternehmen des Auslandes befürchtet werden.

Gefahr von Wachstumsverlusten

Fortsetzung von Seite 13

Wenn Sie gegen eine weitere Arbeitszeitverkürzung sind, plädieren Sie damit für eine reine Lohnrunde 1987?

Stumpfe: Wenn wir schon einen so kleinen Produktivitätsspielraum haben und keineswegs beides geht, Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, dann meine ich, ist es für alle besser, wenn wir die Löhne und Gehälter erhöhen. Aber auch dies wird 1987 erheblich niedriger ausfallen als 1986.

Die IG Metall vertritt in ihrer Kaufkrafttheorie – zu der neuerdings auch die Arbeitgeber neigen – die Auffassung: je stärker die Lohnerhöhung, desto besser für die Konjunktur. Das ist doch einleuchtend?

Stumpfe: Das ist die naive Kaufkrafttheorie vieler Gewerkschafter. Damit wird vor allem Inflation produziert, und viele Arbeitnehmer geraten in die Steuerprogression, obwohl diese für sie gar nicht gedacht ist. In der bevorstehenden Tarifrunde geht es auch nicht um irgendwelche Theorien, sondern um die Frage, was tut der Konjunktur und den Arbeitnehmern besser: Einkommenserhöhung oder Arbeitszeitverkürzung statt Einkommenserhöhung.

Gesamtmetall spricht davon, die IG Metall wolle hinter den sogenannten Leber-Kompromiß, der 1984 den Arbeitskampf beendete, zurück. Können Sie das bitte erläutern?

Stumpfe: Was die IG Metall als Eckpunkte für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit fordert, ist in Wahrheit tarifvertragliche Reglementierung der Betriebe und Betriebsräte. Sie liegen unter den Möglichkeiten, die der Leber-Kompromiß bietet.

Wer sich die 84er Vereinbarung anschaut, findet dort nichts von einer Höchstarbeitszeit von acht Stunden täglich. Wie sieht die Realität heute aus?

Stumpfe: Manche Betriebe haben zum Beispiel neue Schichtsysteme mit neun Stunden Arbeitszeit an einzelnen Tagen in der Woche eingeführt und konnten so Arbeitsuchende einstellen. Sollen wir denen jetzt sagen, ihr müßt zurück zum Acht-Stunden-Tag, die Gewerkschaft erlaubt nicht mehr? Viele Firmen praktizieren zum Beispiel Gleitzeit über mehr als acht Stunden pro Tag, um für ihre Kunden in aller Welt ansprechbar zu sein. Das alles soll nach den Forderungen der IG Metall tarifvertraglich verboten werden. Uns geht es um eine tarifvertragliche Weiterentwicklung des Leber-Kompromisses.

Wie viele Mitgliedsfirmen von Gesamtmetall machen heute schon von der Möglichkeit flexibler Arbeitszeit Gebrauch?

Stumpfe: Rund zwei Drittel der Betriebe (63 Prozent) mit 87 Prozent der Beschäftigten haben seit 1985 von mindestens einer der vom Tarifvertrag eröffneten Flexibilisierungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht. Fast die Hälfte hat die wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden unverändert beibehalten und die tarifliche Arbeitszeitverkürzung in Form freier Tage und Freischichten durchgeführt. 17 Prozent haben von der individuellen Arbeitszeitdifferenzierung zwischen 37 und 40 Stunden Gebrauch gemacht und 15 Prozent eine ungleichmäßige Verteilung der Wochenarbeitszeit innerhalb von zwei Monaten in Anspruch genommen.

Zu einem Hauptstreitpunkt entwickelt sich die Arbeit am Samstag. Ihr Gegenüber Franz Steinkühler besteht auf dem freien Wochenende, Samstag eingeschlossen. Brauchen die Unternehmen diesen Tag so dringend, können sie nicht auf zwei oder drei Schichten an den anderen Tagen ausweichen?

Stumpfe: Ich sehe keinen Anlaß für einen Streit der Tarifpartner. Gesamtmetall will nicht zurück in die 50er Jahre, wo jeder jeden Samstag arbeiten mußte. Aber genauso sind wir gegen eine Tabupolitik, die den Samstag mit einem tarifvertraglichen Arbeitsverbot belegen will. Jeder von uns weiß, daß es Fälle gibt, in denen Samstag-Arbeit eine richtige Lösung sein kann.

Gesamtmetall begründet flexible Arbeitszeiten auch mit gleichzeitigem Hinweis auf Freizeitwünsche der Arbeitnehmer und betriebliche Bedürfnisse. Wäre es nicht ehrlicher, offen zuzugeben, daß die Anforderungen der Produktion Vorrang haben, Arbeitnehmerwünsche nach Freizeit nur in diesem Rahmen berücksichtigt werden können?

Stumpfe: Aber wir sagen doch sehr offen, daß den Bedürfnissen der Betriebe im Konfliktfall Priorität zukommen muß, denn von ihrer Wettbewerbsfähigkeit hängen schließlich Einkommen und Sicherheit der Arbeitsplätze ab. Dafür haben die Beschäftigten auch volles Verständnis. Aber innerhalb dieser betrieblichen Bedürfnisse besteht ein großer Spielraum für die Arbeitnehmer, über Volumen und Verteilung ihrer Arbeitszeit stärker disponieren zu können.

Mit Joint-ventures der Krise begegnen

Italiens Chemiekonzerne haben auf europäischen Märkten stetig an Boden verloren

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

In der italienischen Chemieindustrie verstärken sich die Konzentrationsbestrebungen. Die zwei größten italienischen Chemieunternehmen, der Privatkonzern Montedison und die Tochtergesellschaft des staatlichen Energiekonzerns ENI, Enichem, wollen in den nächsten Monaten Kooperationsmöglichkeiten prüfen. Vorschläge zu einer engen Zusammenarbeit in komplementären Bereichen und zur Bildung von Joint-ventures waren von dem Staatskonzern ENI ausgegangen.

Dabei wies ENI-Präsident Franco Reviglio auf die Notwendigkeit hin, Forschungs- und Produktionskapazitäten zusammenzulegen, um im Ausland konkurrenzfähiger zu werden. Reviglio zeigte sich besonders besorgt über die Tatsache, daß die italienische Chemie gegenüber der EG-Konkurrenz und hier hauptsächlich im Verhältnis zu den deutschen Chemieunternehmen ständig an Boden verliert. Im laufenden Jahr erwarten Experten im italienischen Außenhandel von Chemieerzeugnissen ein Defizit von über 7000 Mrd. Lire, gegenüber 5900 Mrd. Lire im Vorjahr und 4600 Mrd. Lire im Jahre 1984.

Nach einer jetzt vorgelegten Untersuchung des Marktforschungsinstituts Ceep sind die beiden großen italienischen Chemiekonzerne nach der Krisenperiode der siebziger Jahre erst zur Hälfte saniert. Wie Ceep in seiner Studie nachweist, wurden die von den beiden Unternehmen 1985 und 1986 erzielten Gewinne hauptsächlich aufgrund des schwachen US-Dollar und der niedrigen Erdölpreise erreicht.

Als weiterhin dramatisch wird in der Untersuchung die Schuldensituation beider Unternehmen dargestellt. Am Nettoumsatz gemessen, beliefen sich die Gesamtverbindlichkeiten von Enichem Ende 1985 auf 69 Prozent, von Montedison auf 90 Prozent. *Diese Quote ist inzwischen (Ende Juni 1986) auf 101 Prozent gestiegen,* da die 740 Mrd. Lire, die für den Erwerb der Kontrollquote des Versicherungsunternehmens La Fondiaria ausgegeben wurden, durch die letzte Kapitalaufstockung nur zu drei Viertel gedeckt wurden.

Sowohl Montedison als auch Enichem stehen vor dem Zwang, durch Akquisitionen ihr Angebot in der Fein- und Sekundärchemie zu erhöhen. Die Mittel dazu können aber nur aufgebracht werden, wenn die Kosten drastisch gesenkt und die Erträge insgesamt verbessert werden. Nach den jetzt von dem Staatskonzern ENI vorgelegten Plänen kann dies vor allem durch Kooperationen und Joint-ventures geschehen. Dafür hat ENI vier Bereiche ins Auge gefaßt: die Äthylen-Chemie, die Faserindustrie, die Produktion von Agrarchemikalien und von Synthesekautschuk. In der von Äthylen ausgehenden Basischemie hatten beide Unternehmen 1982 eine erste Kapazitätsabgrenzung vorgenommen. Jetzt will Montedison seine Präsenz in der Basischemie noch weiter abbauen.

Die Vorstände beider Konzerne sind sich einig, die aus einer eventuellen Kooperation entspringenden Joint-ventures zum Börsenhandel anzumelden. Die Konzernleitung von Montedison besteht außerdem darauf, die künftigen Joint-venture-Unternehmen von vornherein vor staatlichen Einflüssen abzuschirmen.

Saint-Gobain vierzehnmal überzeichnet

J. Sch. **Paris**

Frankreichs Wirtschafts-, Finanz- und Privatisierungsminister Edouard Balladur kann im dritten Bereich seiner Zuständigkeiten mit einem spaktakulärem Erfolg aufwarten. Das jetzt vorliegende definitive Zeichnungsergebnis für die an der Pariser Börse emittierten Aktien des von den Sozialisten verstaatlichten Industriekonzerns Saint-Gobain *übertrifft* auch die letzten der mehrfach nach oben revidierten Schätzungen noch erheblich: Nicht weniger als 1,55 Mill. Franzosen haben 275 Mill. Saint-Gobain-Aktien (ohne Belegschaftsaktien) gezeichnet. Das sind vierzehnmal mehr als angeboten wurden.

Entsprechend rigoros ist die Zuteilung, zumal die Zeichnung der ersten zehn Aktien voll bedient wird. Für 30 gibt es nur 12, für 100 nur 15 und für 1000 gerade 33 Aktien. Der Belegschaft stehen zu Vorzugsbedingungen zehn Prozent und den Ausländern 18 statt der ursprünglich angekündigten 20 Prozent des Saint-Gobain-Kapitals zu.

Richtlinien für Kooperation mit Rumänien erteilt

ha. **Brüssel**

Verhandlungs-Richtlinien für ein Kooperationsabkommen mit Rumänien hat der EG-Ministerrat gestern der Brüsseler Kommission erteilt. Damit kann die EG-Behörde erstmals mit einem Mitgliedsland des osteuropäischen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) offizielle Gespräche aufnehmen. Die Verhandlungen werden freilich keine wesentliche Änderung der Beziehungen Bukarests zur Gemeinschaft zur Folge haben, da Rumänien bereits seit längerer Zeit durch Teilvereinbarungen vertraglich mit der EG verbunden ist. Neu ist jedoch die Einbeziehung von Agrarerzeugnissen. Auch andere Comecon-Staaten hoffen auf einen besseren Zugang ihrer Erzeugnisse zum EG-Markt.

Im Mittelpunkt der letzten Außenminister-Sitzung vor Jahresschluß stand ein Bericht von EG-Kommissar Willy De Clercq zu fehlgeschlagenen Verhandlungen mit den USA über Kompensationen im Anschluß an die Süd-Erweiterung der EG.

Japaner verlieren Weltmarktanteile

Starke Einbußen in den USA – OECD drängt auf Stimulierung der Binnenkonjunktur

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Rate, mit der die japanische Wirtschaft expandiert, ist von 4,5 Prozent im vergangenen Jahr auf nur 1,1 Prozent im ersten Halbjahr 1986 zurückgefallen. Die Zeiten, in denen das Land seine wirtschaftliche Entwicklung hauptsächlich auf den Export in die USA stützen konnte, sind vorbei, stellt die OECD unter Hinweis auf die Dollarbaisse und die „zweifellos dauerhafte" Yen-Stärke fest.

Um ein wieder normales Wirtschaftswachstum zu erreichen, bedürfe es *vor allem* einer stärkeren Binnennachfrage. Die jüngsten Zinssenkungen reichen dafür nicht aus, obwohl der japanische Diskontsatz mit nur noch drei Prozent inzwischen einen historischen Tiefstand erreicht hat.

Exporte geschrumpft

Nachdem sich die japanischen Exporte (einschließlich Dienstleistungen) 1985 noch um real 5,9 Prozent erhöht hatten und in diesem Jahr um 5,8 Prozent geschrumpft waren, erwarten die OECD-Experten für 1987 gerade ein Plus von 0,25 Prozent. Damit dürften für Japan weitere Weltmarktanteile (vor allem in den USA) verloren gehen. Gleichwohl kann Japan aus wechselkursbedingten Gründen für 1987 immer noch mit einem phänomenalen Leistungsbilanzüberschuß von 77 Mrd. Dollar rechnen, nachdem sich dieser von 49 Mrd. Dollar 1985 auf 82 Mrd. Dollar in diesem Jahr erhöhen dürfte. Bedeutend ist in diesem Zusammenhang, daß die japanischen Importpreise 1986 um 35 Prozent zurückgegangen sind.

Für die dem internationalen Zahlungsbilanzgleichgewicht so abträgliche japanische Aktivposition sind aber auch die anhaltend hohen Deviseneinnahmen aus den Auslandsinvestitionen verantwortlich, die nach den Feststellungen der OECD rund 300 Mrd. Dollar erreichen. Andererseits kann bei anhaltender Stabilisierung des Yen-Kurses mit dem Auslaufen spekulativer Kapitalzuflüsse gerechnet werden.

Die Voraussetzungen für eine Belebung der zur Zeit um real drei Prozent steigenden japanischen Binnennachfrage sind nach Auffassung der OECD gegeben: Bei einer inzwischen negativ gewordenen Inflationsrate (minus 0,6 Prozent im Oktober) steigen die Löhne um 4,5 Prozent, während die Arbeitslosenquote mit nur 2,7 Prozent weit unter dem OECD-Durchschnitt liegt.

Neue Wirtschaftspolitik

Wichtig sei jetzt besonders, betont die OECD, daß es im Hinblick auf die *neue Wirtschaftspolitik, die sich stärker* dem Inland als der Exportforcierung zuwenden soll, nicht nur bei einer Ankündigung bleibe, sondern diese auch in die Tat umgesetzt werde.

Kurzfristig empfiehlt die OECD Tokio die Förderung der öffentlichen Investitionen und des privaten Wohnungsbaus. Der Verbrauch der Haushalte sollte durch die steuerliche Entlastung der Energiepreise und durch bessere Wettbewerbsverhältnisse im Nahrungsmittelsektor stimuliert werden.

Gemeinsam gegen Insiderfälle

Regierungen befürworten Austausch von Informationen

Sbt./DW. **London/Washington**

Die Beratungen über eine gezielte Eindämmung der Insiderskandale werden Mitte des kommenden Jahres fortgesetzt. Darauf einigte sich eine *internationale* Arbeitsgruppe nach zweitägigen Verhandlungen in London. Obwohl Einzelheiten im dunkeln blieben, akzeptierten die Regierungsvertreter aus zehn Ländern den britischen Vorschlag, bilaterale Vereinbarungen über einen Informationsaustausch zu treffen. Dieser Prozeß wird etwa zwei Jahre dauern.

An den Gesprächen beteiligten sich Australien, Deutschland, Frankreich, Hongkong, Japan, Kanada, die Niederlande, die Schweiz, die USA und Großbritannien. Die Gruppe soll vorerst nicht erweitert werden. Das zu schaffende Kooperationsnetz ähnelt einer Absprache, die im September zwischen der amerikanischen und britischen Regierung getroffen worden ist. So war es die oberste US-Wertpapierbehörde SEC, die kürzlich London über den von Geoffrey Collier (Morgan Grenfell) betriebenen Insider-Handel unterrichtete.

Über diesen Kanal sollen auch Informationen über Ivan Boeskys Londoner Operationen und mögliche Unterschleife beim Aufkauf des schottischen Whisky-Herstellers Distillers durch Guinness ausgetauscht worden sein. Verdächtig hat sich jetzt auch die Schenley Industries gemacht, die in den USA den von Guinness gebrannten Dewar-Whisky vertreibt. Auf der Suche nach der effektivsten Zusammenarbeit haben die Beamten aus den Finanzministerien schon ein Thema abgehakt: Briefkastenfirmen in Liechtenstein oder auf den Bahamas sind, was den Insider-Handel angeht, besser als ihr Ruf.

Nach den jüngsten Insiderskandalen in den Vereinigten Staaten hat die US-Regierung jetzt die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die prüfen soll, ob Änderungen der Bundesgesetze notwendig sind, um ähnliche Fälle wie den Insiderskandal um Ivan F. Boesky zu vermeiden. Die *Kommission soll die Ergebnisse ihrer* Untersuchung voraussichtlich im Januar dem Präsidenten vorlegen. Festgestellt werden soll vor allem, ob die Aufsichtsbehörde SEC alle Mittel hat, gegen Insider-Geschäfte vorzugehen.

Asko aggressiv und expansiv

Schaper-Kaufpreis weitgehend aus Eigenmitteln finanziert

Py. Düsseldorf

Die Asko-Gruppe, Saarbücken, will 1987 einschließlich der bis dahin zu mindestens 75 Prozent übernommenen Schaper-Gruppe einen Umsatz von 10,1 (1986: einschließlich Deutsche SB-Kauf 5) Mrd. DM erreichen. Davon sollen dann etwa 46 Prozent aus dem SB-Warenhausbereich (90 Häuser mit 545 000 qm Verkaufsfläche) stammen, weitere je 10 bis 11 Prozent aus den Sektoren Verbrauchermärkte und Baumärkte. Etwa 5,1 Mrd. DM des deutschen Gruppenumsatzes (8,8 Mrd. DM) entfällt dann auf den Lebensmittelbereich.

Auf einer Präsentation bei der Westdeutschen Landesbank hob Asko-Vorstandsvorsitzender Helmut Wagner („Wir sind der aggressivste Bekleidungsanbieter und der aggressivste Baumarktanbieter des Bundesgebiets") gleichzeitig aus Gründen der Marktvielfalt und der Organisation Vorsicht und eine noch auszuarbeitende Intersystem-Konkurrenz hervor, was er als interne Konkurrenz für den Kunden wertet. Den weitestgehend aus Eigenmitteln finanzierten Schaper-Kaufpreis (75 Prozent, bis Ende 1989 zu 100 Prozent) bezifferte Wagner mit etwas über 500 Mill. DM. 1986/87 wird der auf Asko entfallende Schaper-Gewinn vor Steuern über 50 Mill. DM betragen. Der Asko-Gewinn je 50 DM-Aktie liegt 1986/87, so Wagner, bei 65 (56) oder 90 DM, der Cash flow bei 163 (134) oder 234 DM je Aktie.

Die Eigenkapitalquote dürfte, nachdem der Schaper-Kauf bilanziell verkraftet ist, 1987 zwischen 30 und 45 Prozent der Bilanzsumme liegen. Für 1985 wurde eine Dividende von 10 und 11,50 DM gezahlt. Der Asko-Kurs liegt bei 1945 DM, der der Vorzugsaktie bei 1650 DM. Zurzeit wird die Schaper-Transaktion durch die Ausgabe von 150 000 Aktien mit einem Bezugsrecht für Vorzüge und Stämme im Verhältnis 1 : 6 zum Preis von 1800 DM je 50 DM-Aktie „durchgezogen". Morgen läuft die Angebotsfrist ab.

In Zukunft nur noch Verarbeitung

Alcan Deutschland: Die Aluminiumkapazitäten werden auf die Hälfte zurückgehen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Mit einem Investitionsprogramm von 360 Mill. DM will der europäische Teil des kanadischen Aluminiumkonzerns Alcan seine Strukturen bis 1990 den veränderten Marktbedingungen anpassen. Dabei wird die Primärgewinnung von Aluminium weitgehend aufgegeben: „Mit den jetzigen Preisen ist keine Aluminiumhütte in der Bundesrepublik wie auch im übrigen Europa langfristig lebensfähig", meint Reinhold Wagner, Geschäftsführungs-Vorsitzender der Alcan Aluminiumwerke GmbH, Eschborn.

Nach seinen Erwartungen werden die deutschen Aluminiumkapazitäten von derzeit rund 190 000 Jahrestonnen bis 1990 auf die Hälfte oder gar ein Drittel zurückgehen. Die Alcan-Hütte in Ludwigshafen wird bereits 1987 auf eine Kapazität von 22 000 (44 000) Jahrestonnen halbiert, die Belegschaft von derzeit 315 Mitarbeitern um 150 reduziert.

Ursache der Misere ist der Dollarverfall. Er hat auch die Weltmarktpreise für Aluminium allein in diesem Jahr bisher von 308 auf 255 DM je 100 Kilogramm rutschen lassen, obwohl der Preis in Dollar auf 56,5 (48,8) Cents je Pound zunahm. 1983 war die 100-Kilo-Einheit noch 369 DM wert gewesen. Angesichts der hohen Strompreise in Deutschland und der geringen Chancen auf eine wesentliche Stärkung des Dollars in den nächsten Jahren sei die Metallgewinnung längerfristig nicht mehr konkurrenzfähig, meint Wagner.

Für den Aluminiumverarbeiter (der Alcan in Europa überwiegend ist) haben die günstigen Einkaufskonditionen aber auch ihre Vorteile: Seine Position im dynamischen Markt für Halb- und Fertigfabrikate (im Vordergrund: Folien und Bleche für Verpackungen) verbessert sich. So soll sich die europäische Teilgruppe verstärkt auf diesen Bereich konzentrieren. Ausgebaut werden vor allem die Walzwerke. Unter Wagners Führung sollen die europäischen Kapazitäten modernisiert und bis 1990 um fast ein Drittel auf 486 000 (derzeit: 370 000) Tonnen erweitert werden.

Die zum Jahreswechsel geplante Organisationsänderung beim deutschen Konzern hat mit solchen Strukturmaßnahmen nichts zu tun. Die in Alcan Deutschland GmbH umzubenennende Muttergesellschaft wird ihre bisherigen zahlreichen Tochtergesellschaften durch Fusion in Zweigniederlassungen umwandeln, um der aufwendigen Einzelpublizität nach dem neuen Bilanzrichtliniengesetz zu entgehen.

Wegen der anstehenden Sozialplanrückstellungen rechnet Wagner in diesem Jahr mit einem Ergebnis unter dem Vorjahresniveau. Bei einer Absatzsteigerung um fünf Prozent in den ersten drei Quartalen habe sich aber das Betriebsergebnis trotz des metallpreisbedingten Umsatzrückgangs um ein Prozent auf 1,39 (1,4) Mrd. DM sichtlich verbessert.

Laser für die Serienfertigung

MBB und UTC gründen gemeinsame Tochtergesellschaft

sz. München

Auf dem Gebiet Industrielaser und Automation wollen künftig der größte deutsche Luft- und Raumfahrtkonzern MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Ottobrunn, und die amerikanische United Technologies Corp. (UTC), Hartford, verstärkt zusammenarbeiten. Eine entsprechende Absichtserklärung haben beide Unternehmen in der vergangenen Woche unterzeichnet.

Vorgesehen ist danach die Gründung einer gemeinsamen Tochtergesellschaft, in die UTC Patente, Herstell- und Anwendungsverfahren für Hochleistungs-CO_2-Laser mit einer Leistung von über sechs Kilowatt und MBB die Systemplanung und Systemrealisierung sowie die Entwicklung und Fertigung flexibel automatisierter Produktionsmaschinen einbringen werden.

Diese gemeinsame Tochter, der beide Seiten für die Zukunft erhebliche Markt- und Wachstumschancen einräumen, wird dann in der Lage sein, Laser-Bearbeitungssysteme anzubieten, die sich beispielsweise in bestehende Großserienfertigungen der Kraftfahrzeugindustrie und deren Zulieferanten eingliedern lassen. Das Unternehmen wird mit Exklusivrechten ausgestattet sein und sowohl in den USA als auch in Europa tätig werden.

MBB hat erst kürzlich eine fünfachsige Karosserieschweißmaschine an einen deutschen Autohersteller geliefert, die modernste Technologien zu einer außerordentlich schnellen und flexiblen automatisierten Produktionseinrichtung vereint. UTC entwickelt und baut seit über 20 Jahren bereits CO_2-Hochleistungslaser mit Dauerleistungen von bis zu 30 kW, die in der Kfz- und Investitionsgüterindustrie eingesetzt werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: TRO-BER Hochbau GmbH, Großhansdorf; **Arnsberg:** Gerhard Becker Garten- u. Landschaftsbau, Bestwig; **Detmold:** City Blume Vertriebs GmbH, Bad Salzuflen; **Düsseldorf:** Nachl. d. Heinrich Johann Wirtz; **Duisburg:** Nachlaß des Horst Herbert Braune, Mülheim/Ruhr; **Essen:** Gebr. Duesmann GmbH, Bauunternehmung; Winfried Seibel, Dachdeckermeister; **Friedberg (Hessen):** KK – Engineering & Projectdesign GmbH, Rosbach v. d. H.; **Groß-Gerau:** Nachl. d. Helmut Schröder, Rechtsanwalt und Notar, Mörfelden-Walldorf; **Hamm:** August Schäfers Kraftfahrzeuge GmbH & Co. KG; **Hannover:** Lindener Mühlenschänke GmbH; Nachl. d. Karlheinz Iden; **Heilbronn:** Impuls Elektronik GmbH & Co. KG, Bad Friedrichshall; **Herford:** Klaus Dohrmann, Bünde; **Iserlohn:** Fortuna GmbH, Münz-Casino u. Gastronomie-Betriebe; HSS Hobby-Sport- und Spielwaren GmbH; **Königstein:** Objektdata Büro- und Datentechnik GmbH, Kronberg; **Koblenz:** Nachl. d. Jürgen Eberhard, Rechtsanwalt; **Köln:** Ester Gickler; **Krefeld:** IK-Ingenieur GmbH für Kraftwerkstechnik, Krefeld-Uerdingen; Nachl. d. Veronika Antonie Daszek; **Lebach:** Andreas Schommer GmbH; **Memmingen:** Hans-Georg Müller-Risch, Bad Wörishofen; **Michelstadt:** Karl-Heinz Zappe, Lederwarenfabrik, Höchst; **Neuss:** H. P. Wassenberg GmbH, Dormagen; UEV-Unterhaltungs-, Elektronik-Vertriebsges. mbH, Dormagen; **Neustadt:** Wolfgang Leseberg-Altenberg, Garbsen; **Nienburg:** GVB-Sanimed, Hygiene- u. Medizintechnik GmbH, Drakenburg; **Nordenham:** Georg Fröhlich, Kaufmann, Inh. d. Fa. Botte u. Zubehör G. Fröhlich; **Rüsselsheim:** I. I. S. Intransco International Speditionsges. mbH, Kelsterbach; **Tettnang:** Nachl. d. Manfred Grulke, Meckenbeuren; **Vechta:** Lohmann-Panther-Batterie-Handelsges. mbH, Dinklage-Langwege; Tübingen: Dr. Jens Peter Just; **Verden:** Nachl. d. Alfred Furch, Kaufmann, Kirchlinteln; **Waldbröl:** Wiehlbau Fertighäuser Otmar Donner GmbH & Co. KH, Brüchermühle; Compart Grundstücks u. Finanzvermittlungs-GmbH, Reichshof-Denklingen; **Wiesbaden:** „Farbpalette" Malerbetrieb GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düsseldorf: DURATIO Generalanmietungen GmbH; Förster GmbH, Monheim; **Hildesheim:** Edgar Kost GmbH & Co. KG Stahlbau-Behälterbau.

Vergleich eröffnet: Hameln: Martin Schubert oHG Möbeltransport, Bad Münder; **Köln:** Hans-Peter Fischenich, Elsdorf-Etzweiler; Horst Janke.

Vergleich beantragt: Hannover: Monoklonale Antikörper GmbH; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** OB Wohnbaugesellschaft mbH.

Neuer Anlauf gegen Leiharbeit

Nordrhein-Westfalen mit Gesetzentwurf im Bundesrat

mdl, Bonn

Der Grauzone Leiharbeit hat die SPD wieder einmal den Kampf angesagt. Zweigleisig wollen die Sozialdemokraten nun in Bund und Ländern per Gesetz diesen „immer größeren Sumpf" auf dem Arbeitsmarkt trokkenlegen. Gestern stellten Rudolf Dreßler, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, und Hermann Heinemann, nordrhein-westfälischer Arbeitsminister, ihre Konzepte vor.

Zur Begründung der Gesetzesvorlage, die Nordrhein-Westfalen dem Bundesrat am Freitag vorlegen wird, übten beide scharfe Kritik am Beschäftigungsförderungsgesetz vom April 1985. Die Verlängerung der Arbeitnehmerüberlassung auf sechs Monate habe die Leiharbeit salonfähig gemacht. Grundsätzlich bleibt für die SPD die Frage des Verbots der gewerbsmäßigen Leiharbeit auf der Tagesordnung, erklärte Dreßler vor Journalisten in Bonn.

Bis zur endgültigen Klärung durch das Bundesverfassungsgericht zielen seine Vorschläge auf eine Einschränkung der unternehmerischen Freiheiten bei der Einsetzung und Vermittlung von Leiharbeit. Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, Verbesserung des Arbeitsschutzes und die Verschärfung von Strafvorschriften sind die markantesten Forderungen, um die „Aushöhlung des Arbeitnehmerüberlassungs-Gesetzes zu verhindern".

Nach Auffassung der SPD bietet die Leiharbeit dem von der Großindustrie gewünschten „flexiblen Personaleinsatz" Vorschub, indem die Zahl der dauerhaft beschäftigten Stammarbeitnehmer immer mehr verringert wird. Realistisch beurteilen Dreßler und Heinemann die Erfolgsaussichten ihrer Entwürfe: In dieser Legislaturperiode werden sie nicht mehr, und nach dem 25. Januar nur bei veränderten Mehrheitsverhältnissen zu realisieren sein.

Nova und Iduna rücken zusammen

Py. Düsseldorf

Die Hamburger Versicherungsgruppen, Iduna (Leben und Sach) und Nova (Kranken, Leben, Unfall) rücken enger zusammen. Anfang nächsten Jahres wird es zur Bildung eines „Gleichordnungs-Konzerns" kommen, in dem Vorstandsmitglieder der einen Versichererung auch im Vorstand der anderen Gesellschaft sitzen. Beide Gruppen haben mit Gerd Wäger schon heute denselben Aufsichtsratsvorsitzenden. Eine Kapitalbeteiligung ist wegen der rechtlichen Konstruktion, beide Gesellschaften sind Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (VVaG), nicht möglich.

Eine Zusammenarbeit würde sich in der privaten Krankenversicherung anbieten, die die Iduna nicht betreibt, und im Vertrieb von Bausparverträgen und Investmentangeboten, die die Nova nicht hat. Die Iduna hatte 1985 ein Prämienvolumen von 2,05 Mrd. DM, die Nova ein Beitragsaufkommen von insgesamt 572 Mill. DM.

PERSONALIEN

Ferdinand Schwenger, als Vorstandsmitglied der Adam Opel AG verantwortlich für das Finanzressort, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Paul Hinterwimmer (49), Leiter des Gesamtvertriebs der Krones AG, Neutraubling, wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied berufen.

Dr. **Manfred Winterstein**, wurde vom bisher stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Münchner Hypothekenbank eG, München, bestellt.

Die Direktoren **Manfred Buse** (47) und **Eicke Milau** (43) treten am 1. Januar 1987 in den Konzernvorstand der Continentale Versicherungs-Gruppe, Dortmund/München ein. Buse wird gleichzeit Vorstandsmitglied bei den drei Europa-Unternehmen. Milau wurde auch in die Vorstände der Continentale Lebens- und Sachversicherung berufen. **Erich Kesper**, Sach-Vorstandsmitglied tritt zum Jahresende in den Ruhestand.

Giedelheid Dussmann, bisher Geschäftsführerin von Pedus Service, P. Dussmann GmbH & Co. KG, München, scheidet zum Jahresende aus der Geschäftsführung aus.

Berthold Mayntz, Mitinhaber der Luckenbach & Mayntz, Wuppertal, wurde Vorsitzender der Wuppertaler Wirtschaftsjunioren.

Günther Schemmann wird am 1. Januar 1987 ordentliches Vorstandsmitglied in der Vereinigten Versicherungsgruppe, München.

Uwe Greinert, Vertriebsleiter der Lotus Development GmbH, München, hat die Geschäftsführung von **Margarita Koennecke** übernommen.

Neue Höchstbeträge für Euroschecks

dpa/VWD, Bonn

Im kommenden Jahr gelten in zahlreichen Ländern neue Höchstgrenzen für Euroschecks. Die Anpassung ist aufgrund der Entwicklung der Wechselkurse erforderlich geworden. Wie aus Kreisen der Kreditwirtschaft zu erfahren ist, können Bundesbürger ab 1. Januar 1987 in Tunesien und Ungarn und ab 1. März auch in Griechenland mit Euroschecks Rechnungen bezahlen. In diesen Ländern können dann Euroschecks nur noch in der jeweiligen Landeswährung ausgestellt werden.

Gebühren für in Landeswährung ausgestellte Euroschecks werden erst beim Einzug in der Bundesrepublik fällig. Nach den geltenden Regelungen dürfen im Ausland weder Kreditinstitute noch Hotels, Restaurants oder Einzelhandelsgeschäfte Gebühren in Abzug bringen, wenn sie Euroschecks in Zahlung nehmen. Der Scheckbetrag muß stets dem Auszahlungs- beziehungsweise dem Rechnungsbetrag entsprechen.

In folgenden Ländern gelten ab 1987 neue Höchstwerte für Euroschecks: Dänemark (1500 Kronen), Finnland (900 Finnmark), Griechenland (25 000 Drachmen), Irland (125 Pfund), Island (8000 Kronen), Jugoslawien (100 000 Dinar), Norwegen (1300 Kronen), Schweden (1200 Kronen), Tunesien (125 Dinar), Ungarn (9000 Forint), Zypern (90 Pfund).

Dürkop-Adler AG: Fusion ist eingeleitet

hdt. Bielefeld

Nachdem im Frühjahr die FAG Kugelfischer, Schweinfurt, Muttergesellschaft der Dürkop-Werke AG, auch die qualifizierte Aktienmehrheit beim zweiten Bielefelder Nähmaschinen-Hersteller, der Kochs-Adler AG, übernahm, deutete sich damit bereits eine Fusion beider Unternehmen an.

Da das Bundeskartellamt keinen Widerspruch einlegte, ist jetzt die Planung für dieses Zusammenrücken angelaufen. Ein Konzept wurde bereits von den beiden Aufsichtsräten behandelt und verabschiedet, der endgültige Fusionsbeschluß soll auf der Gesellschafterversammlung von Dürkop und auf der Hauptversammlung von Kochs-Adler noch vor der Jahresmitte 1987 erfolgen.

Der Name der neuen Firma soll Dürkop-Adler AG lauten, vorgesehen ist die Rechtsform einer börsennotierten Aktiengesellschaft. Der künftige Vorstand wird sich aus den Funktionsträgern der beiden bisherigen Unternehmen zusammensetzen, so daß die vorerst getrennt bleibenden Produktionsstätten eine einheitliche Leitung erhalten. Insgesamt wird das Fusionsunternehmen rund 2900 Mitarbeiter beschäftigen. Einen Hinweis auf die Stärke im Markt geben die bisherigen Umsatzergebnisse, die 1985 in der Dürkop-Gruppe 193,9 Mill. DM und bei Kochs-Adler 147,6 Mill. DM betrugen.

Gegen ölbetriebene Kleinkraftwerke

nl. Stuttgart

Einen „energiepolitischen Frevel" sieht Peter F. Heidinger, Vorstandsvorsitzender der Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS), Stuttgart, im Bau von Kleinkraftwerken mit ölbetriebenen Dieselmotoren. Soweit solche kleinen Ölkraftwerke Mittellaststrom erzeugten, verdrängten sie letztlich damit den in den Großkraftwerken umweltfreundlich erzeugten Strom aus deutscher Steinkohle. Das erschwere der EVS die Einhaltung des Jahrhundertvertrags und schmälere die Absatz- und Beschäftigungssituation für die deutsche Steinkohle. Heidinger: „Der Trend zum Selbermachen weist in der Stromerzeugung ökologisch und ökonomisch in die falsche Richtung." Im Versorgungsgebiet der EVS gibt es derzeit etwa 400 Eigenerzeuger. Die bei der EVS auf Halde lagernde Steinkohle hat mittlerweile ein Volumen von 1,9 Mill. Tonnen erreicht, das ist mehr, als beim Saarbergbau auf Halde liegt.

Beim Stromverbrauch im EVS-Versorgungsgebiet habe sich in diesem Jahr mit nur noch halb so hohen Zuwachsraten wie im Vorjahr eine „Normalisierung" eingestellt. Die EVS rechnet für das ganze Jahr 1986 mit einem Anstieg des Stromverbrauchs im Stammgebiet von 2 bis 2,5 (i.V. 5,1) Prozent auf knapp 14 Mrd. kWh. Die Strompreise will die EVS auch in 1987 halten.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Export zieht an

London (VWD) – Der Rückgang des Pfund-Kurses wirkt sich auf die britische Exportwirtschaft günstig aus. Wie aus einer Befragung des Industrieverbandes CBI bei 1638 Unternehmen hervorgeht, lagen die Exportaufträge im November auf dem höchsten Stand seit März. Der gesamte Auftragsbestand lag allerdings gegenüber November 1985 unverändert. Die befragten Firmen erwarten für die nächsten vier Monate eine in etwa gleiche Produktion wie in den vergangenen drei Monaten. Die Lager würden aber mittlerweile niedrig sein. Viele Gesellschaften berichteten von Beständen, die niedriger als normal seien. Der Anteil der Unternehmen, die von zu hohen Lagerbeständen sprachen, war der niedrigste seit 1980. Die Verbesserung des Geschäftsgangs, so die CBI-Umfrage, sei weiterhin langsam aber stetig.

Ertragskraft verbessert

Berlin (ot) – Auf Grund der anhaltenden Preisberuhigung auf dem Brennstoffsektor hat sich die Ertragskraft der Berliner Kraft- und Licht-AG (Bewag) weiter verbessert. Das sagte Vorstandssprecher Wilm Tegethoff vor der Hauptversammlung. Für das Berliner Stromversorgungsunternehmen sagte Tegethoff schon jetzt ein Ergebnis im ganzen Geschäftsjahr 1986/87 (30. 6.) voraus, das es gestattet, der weiteren Entwicklung zuversichtlich entgegenzusehen. Für das vergangene Geschäftsjahr erhalten die Aktionäre neben der unveränderten Dividende von 5 DM einen Bonus von 1 DM. Im laufenden Geschäftsjahr ist die Stromabgabe in den ersten fünf Monaten von Juli bis einschließlich November um 1,4 Prozent gestiegen.

Japanische Aktienkäufe

Paris (VWD) – Wachsende Aktienkäufe japanischer Anleger haben zu einer Beunruhigung an der Aktienbörse in Paris geführt. Vor allem bei L'Oreal, Club Mediteranee und BSN Gervais Danone seien umfangreiche Käufe aus Tokio registriert worden. Die Insider-Skandale in New York und London ließen eine weitere Umschichtung zu europäischen Börsenplätzen erwarten, insbesondere nach Paris.

Apathie am Kapitalmarkt

Paris (J. Sch.) – Die internationalen Kapitalmärkte wurden im November mit nur 24,3 Mrd. Dollar in Anspruch genommen. Das waren 5,3 Mrd. weniger als vor einem Jahr. Von den Anleiheemissionen von 18,2 Mrd. Dollar entfielen nur noch 3,2 Mrd. – dreimal weniger als im September – auf solche mit variablen Zinsen. Die Kredite nahmen gegenüber dem Vormonat um 2 auf 6,1 Mrd. Dollar zu. Diese „Apathie" führt die OECD darauf zurück, dass sich gute Schuldern eher an den Euromarkt wandten. Den Löwenanteil der Mittel beanspruchten weiterhin die OECD-Länder, nämlich 93 (95) Prozent. Die Entwicklungsländer nahmen den Kapitalmarkt mit 1,2 (0,7) Mrd. Dollar in Anspruch.

Größter Autohersteller

Tokio (dpa/VWD) – Japan wird in diesem Jahr wieder 12,3 Mill. Autos produzieren und damit im siebten Jahr hintereinander weltgrößter Hersteller sein. Das gaben Industriekreise in Tokio bekannt. Die USA werden den zweiten Platz mit 11,4 Millionen Fahrzeugen behaupten. In den ersten zehn Monaten 1986 liefen 10,31 Mill. Autos von japanischen Bändern, die Amerikaner kamen auf 9,63 Mill. Einheiten.

Brunei klagt

Singapur (VWD) – Die Regierung von Brunei hat nach Berichten aus Singapur eine Klage auf Schadenersatz über 180 Mill. US-Dollar gegen Khoo Tech Puat erhoben, der mit 75 Prozent an der zusammengebrochenen National Bank of Brunei beteiligt war. Die Klage richtet sich außerdem gegen 14 von Khoo kontrollierte Gesellschaften in Singapur, die als Bürgen für die an Khoo vergebenen Kredite aufgetreten waren.

Malawis Stabilität wächst aus der eigenen Scholle

Bürgerkrieg in Moçambiqe stoppte das Exportwachstum – Gefährdete Transportwege

Von H.-H. HOLZAMER

Es war für Malawi eine erstaunlich gute Zeit, die Jahre von 1983 bis 1986. Das Realwachstum stieg um 7,6 Prozent bis 1984, um dann wieder zu fallen. Der Export stieg von 1982 auf 1983 sogar um 59 Prozent, und zum ersten Mal gab es einen Handelsüberschuß. Die rosigen Zeiten sind ein wenig verblichen, und doch gucken die Nachbarn mit Bewunderung, aber auch mit Neid und Mißgunst in das kleine Land mit 118 000 Quadratkilometer und sieben Millionen Einwohnern.

„Es geht euch deswegen besser, weil ihr euch mit Südafrika arrangiert habt", kritisiert der Nachbar Moçambique, in den das Land wie ein Tropfen hineinragt, „und noch schlimmer, ihr unterstützt die MNR, die Widerstandskämpfer gegen die Frelimo". Letztere Anschuldigung ist sicherlich nicht wahr. In den vergangenen Wochen waren es überwiegend Frelimo-Soldaten, die über die Grenze gingen und die mit allem versorgt, nur nicht mit Waffen, dann auf Lastwagen zurückgebracht wurden. Und was die Beziehung zu Südafrika angeht, so liegt der Schlüssel darin, wieviele sagen, „daß Malawi die Politik verfolgt, keine Politik zu haben".

Aber wirtschaftlich leidet das Land am stärksten darunter, daß die Verbindungslinien zu den Seehäfen in Moçambique zerschlagen wurden. Die größte Industriestadt des Landes, Blantyre, hängt am zimbabwischen Tropf. Einmal pro Tag erreicht ein mit Panzern geschützter Konvoi den Grenzposten im Süden durch den sogenannten Beira-Korridor von Zimbabwe aus, und der Zugang zum Hafen im Norden, Nacala, ist noch schwieriger.

Fast jedes Exportgut läuft den beschwerlichen Weg Malawi, Sambia, Caprivi-Zipfel, Botswana, Durban oder kann den direkteren Weg über Lusaka-Harare nehmen, um dann doch im südafrikanischen Durban zu landen. 90 Prozent des Außenhandels werden so abgewickelt, über Beira läuft nur noch wenig. Auch die Pipeline wird nur noch mit einem Bruchteil ihrer Kapazität gefahren, weil es keinen Strom gibt, um die Dieselaggregate in Schwung zu bringen. Dies bedeutet, daß jeder Container allein wegen der Fracht um 25 Dollar teurer wird. Entsprechend düster sind auch die Aussichten, wenn die Südafrikaner den Schlagbaum unten lassen. Dann gehen überall in der Region, auch in Blantyre und Lilongwe, der neuen Hauptstadt, alsbald die Lichter aus.

Daß – von den Transportproblemen abgesehen – sich die malawische Wirtschaft so gut behauptet hat, liegt vor allen Dingen daran, daß die Landwirtschaft gegenüber der Industrie nicht vernachlässigt wurde. Sie durchlief seit der Unabhängigkeit im Jahre 1964 drei Phasen; während der ersten dominierten Kleinbauern und Tee- und Tabakplantagen.

In der zweiten Phase, die man bis Ende der 70er datieren kann, war eine



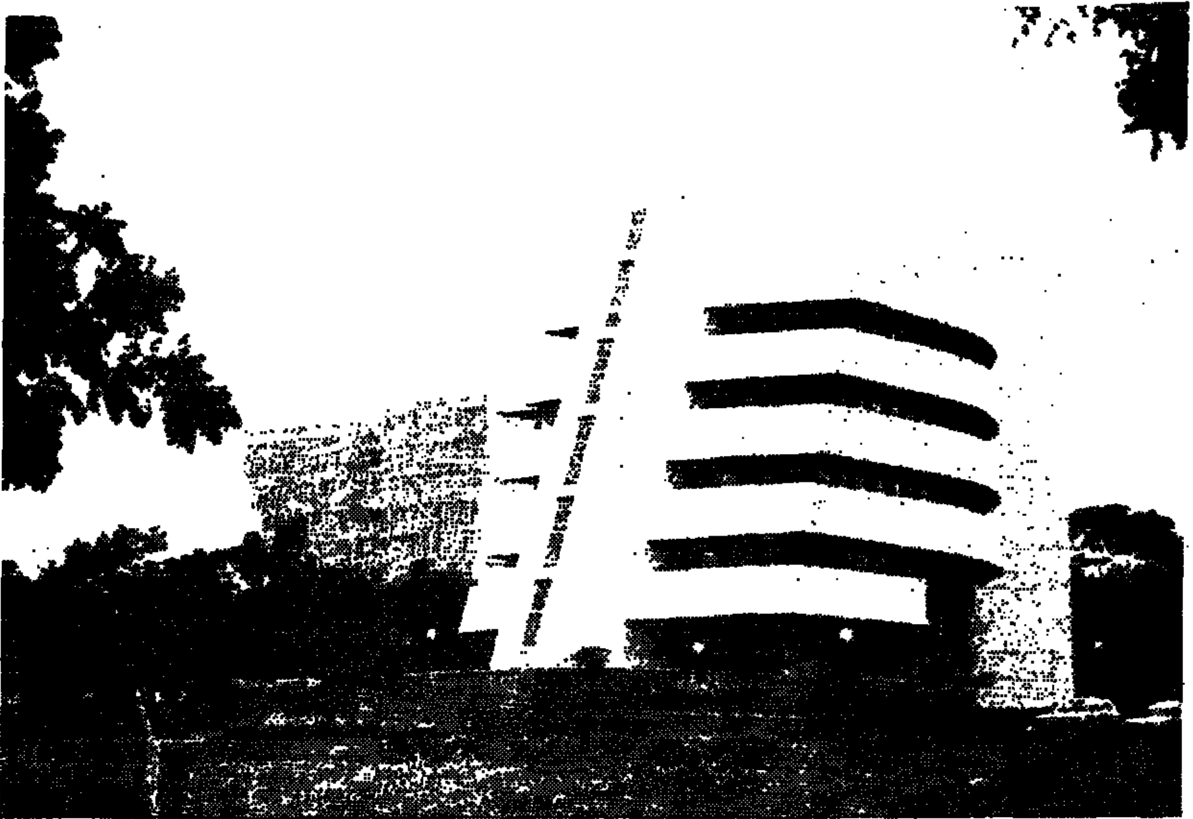
Expansion im Tabakanbau und größeres Engagement bei Zucker erkennbar. Der bäuerliche Bereich wurde genötigt, Land, Arbeitskräfte, Ernährung und über die Überschüsse von Admarc, der staatlichen Marketingbehörde, Kapital für die Großfarmen abzugeben. Im Jahre 1985 überstieg der Wert des Exportes aus Großfarmen den der Kleinbauern im Verhältnis 2:1 und 1981 schon 3:1. In dieser zweiten Phase wurde ein Netz halbstaatlicher Organisationen aufgebaut, die im Zusammenwirken mit Privatfirmen das Marketing, die Finanzierung und die Verarbeitung besorgten und verbesserten. Im Mittelpunkt dieses Netzes befindet sich Press Holdings, ein Konglomerat, das durch den Präsidenten Banda selbst kontrolliert wird.

Die Wirtschaftskrise 1979 bis 1981 beendete die zweite Phase. Trockenheiten in 1980 und 1981 und die Abnahme des bäuerlichen Bereichs beendeten zeitweilig die Fähigkeit zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, und es wurde gehungert. In dieser Phase wandte sich Malawi an die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und 1982, um die Privatschulden neu zu arrangieren, an den Paris Club.

In der Folgezeit gelang es, den bäuerlichen Bereich wieder zu beleben und vor allen Dingen die Bauern davon abzubringen, nur Mais anzubauen, was zwar einfach ist, was aber im Land keine Abnehmer findet. Dramatische Abwertungen um 15 Prozent 1982, 12 Prozent 1983 und dann nochmal 1985 konnten die Exportsituation verbessern. Hinzu kamen finanzielle Hilfen, die, anders als in vielen Ländern, tatsächlich als Medizin ihre Wirkung taten. Heute gilt die Landwirtschaft sowohl im Bereich der Großfarmen als auch der Kleinbauern als gesund, man hat schon Mais nach Moçambique exportiert, könnte dies noch in größerem Umfang, wenn die Regierung zahlen könnte. Die Staatsausgaben wurden beschnitten, und sogar als Protest in der städtischen Bevölkerung aufgrund der höheren Preise und der Lohnkürzungen laut wurde, hat dies nicht dazu geführt, daß Banda unpopulär wurde.

Daß der Regierung dies gelang, woran viele Nachbarn scheiterten, man nehme nur Tansania im Norden, wird von vielen mit der Person des Präsidenten in Verbindung gebracht, und wohl zu Recht. Der Präsident auf Lebenszeit hat ein Regierungssystem etabliert, das einerseits stark autokratisch ist, auf der anderen Seite aber durchaus die Technokraten zum Zuge kommen läßt, auch in der staatlichen Verwaltung, die als relativ effizient gilt.

Natürlich bleibt die Frage nach der Nachfolge des Präsidenten, der offiziell das Alter von 80 erreicht hat, vermutlich aber 87 Jahre alt ist. Doch dieses Thema wird im Land selbst außerordentlich gelassen behandelt. Man geht davon aus, daß derjenige die Unterstützung von Armee, Polizei und Jugendorganisation der Partei erhalten wird, der von dem Präsidenten als Nachfolger bestimmt wird, wenn es eine solche Person gibt.



Die Hauptstadt Lilongwe entstand am grünen Tisch. Stadtpläne malt man sich selbst. FOTO: HHH

Deutschland ist wichtiger Partner

Trotz schwieriger Bedingungen erwirtschafte Malawi Nahrungsmittel-Überschuß

Es galt als Armenhaus Afrikas. Statsitisch rangiert es noch immer dem Pro-Kopf-Einkommen nach mit etwas über 200 Dollar unter den Schlußlichtern des ärmsten aller Kontinente. Doch spätestens als 1984 die Hungersnot weite Teile Afrikas überzog, zeigte sich, daß Statistiken täuschen können und daß Malawi, das frühere Njassaland, sich seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1964 ganz unostentativ überaus gut entwickelt hatte. Denn während sich die Zahl der afrikanischen Länder, die dringend auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen waren, damals erschrekkend vergrößerte, und auch die klimatisch nicht unerschiedlichen Nachbarn Tansania, Sambia und Moçcambique umfaßte, wies Malawi weiterhin einen Überschuß in der Nahrungsmittelproduktion auf.

Das ließ den „Ngwazi" – „Erlöser". – dessen ständiges Lob zu singen den Menschen in dem kleinen ostafrikanischen Land von frühester Jugend an unmißverständlich beigebracht wird, tatsächlich im besten Licht erscheinen. In Afrika kritisiert, weil er mit Südafrika diplomatische Beziehungen pflegt, im Westen wegen politischer Repression und Menschenrechtsverletzungen attackiert, erhielt Kamuzu Banda selbst von ärgten Gegner attestiert, daß er einer der wenigen afrikanischen Politiker war, die eine gute Entwicklungspolitik betrieben hatten. Während die überwiegende Mehrzahl seiner afrikanischen Kollegen erst allmählich einsehen, daß sie mit der Vernachlässigung der Nahrungsmittelporudktion unverzeihliche Fehler begangen haben, und noch immer zögern, blumige Resolutionen auch Taten folgen zu lassen, hatte der „Präsident auf Lebenszeit", der auch mehrere Fachressorts verwaltet, von der ersten Stunde der Unabhängigkeit an der Landwirtschaft absolute Priorität eingeräumt.

Vier Fünftel der Erwerbstätigen des sieben Millionen Volkes sind in der Landwirtschaft tätig, die für rund 90 Prozent der Exporte aufkommt. Während 85 Prozent der gesamten Agrarproduktion von Kleinbauern erwirtschaftet weren, prouzieren diese jedoch nur 25 Prozent des Exports. Der größte Teil ihrer Erzeugnisse dient der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, ganz überwiegend Mais. Die beiden wichtigsten Exportgüter, Tabak und Tee, werden im Plantagenanbau angebaut. Insgesamt trägt die Landwirtschaft zu über einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts bei.

Der hohe Anteil der Subsistenzwirtschaft erklärt die geringe Höhe der Mominaleinkommen. Nur eine Minderheit von 15 bis 20 Prozent der Erwerbstätigen ist im monetären Bereich tätig, davon wiederum die Hälfte in den Plantagen, die in der Süd- und Zentralregion des dicht besiedelten Landes konzentriert sind. Selbst die wenigen Lohn- und Gehaltsempfänger sind in der Regel Selbstverorger und brauchen ihr Geld nicht für Lebensmittel auszugeben.

Tabak macht circa 45 Prozent, Tee circa 25 Prozent des Gesamtexports aus. Fast die Hälfte der Exporte geht in EG-Länder, vor allem die frühere Kolonialmacht Großbritannien, während die Importe Malawis vor allem aus Südafrika kommen. Die Bundesrepublik Deutschland ist zweitgrößter europäischer Handelspartner.

ACHIM REMDE

Potential ist da, aber kein Interesse

Wolfgang Ulbrich wurde vor fast drei Jahren von der Weltbank gefragt, ob er nach Malawi kommen möchte, um die Malawi Development Corporation zu reorganisieren. Nach einem Besuch kam er zu dem Schluß, daß stille Reserven und somit Potential für eine Umstrukturierung und eine erfolgreiche Neuorganisation vorhanden waren. Seit Mai 1984 arbeitet Ulbrich in Malawi.

Die Bundesrepublik war nach der Unabhängigkeit Malawis 1964 eines der ersten Länder, die das Land anerkannt haben. Weiterhin war die Bundesrepublik das erste Land, das Malawi bilaterale Entwicklungshilfe gewährt hat, und die Bundesrepublik ist vermutlich auch heute noch der wichtigste Geber von Entwicklungshilfe. Das Volumen dürfte größer sein als das der Briten.

Im Gegensatz hierzu steht das Engagement deutscher Firmen in Malawi. Es gibt praktisch nur noch eine Hamburger Firma, die hier mit einer eigenen Gesellschaft vertreten ist, das ist die Firma Jos. Hansen, die hier Automotive Products, die Mercedes-Benz-Vertretung, besitzt.

Ihr Chef ist der Deutsche von Ribbeck, der sich im Land zudem aufgrund seines Kampfes gegen die Polio einen Namen gemacht hat. Daneben operiert seit einem guten Jahr die Firma Transafrican Transport mit 15 Schwerlastwagen in Malawi und den Nachbarländern.

Malawi ist in Europa und gerade in der Bundesrepublik relativ unbekannt; die Leute kennen Malawi eher noch als Njassaland. Es geht also darum, Malawi in das Bewußtsein der möglicherweise interessierten Wirtschaftskreise zu rücken.

Die Malawi Development Corporation hat seit Mai 1984 die Anzahl ihrer Beteiligungen von 32 auf 17 reduziert. Das Ergebnis: 1983 machte die MDC noch einen Verlust von 2,8 Millionen Kwacha, gegenüber einem Gewinn von 10,7 Millionen Kwacha im Jahr 1985.

Darüber hinaus gibt es drei Sektorprioritäten: Die eine ist Hotel- und Tourismusentwicklung, die zweite sind kleinere Projekte im Bereich Bergbau und Mineralienverarbeitung und der dritte Prioritätssektor sind Energieeinsparungsmaßnahmen und alternative Energien.

WOLFGANG ULBRICH

„Wir setzen auf einen Dialog und nicht auf Boykott und Isolation"

WELT-Gespräch mit den Staatssekretären der Regierung Banda in Lilongwe

Die Regierung Malawis organisierte durch den Abteilungsleiter für Information R.P. Dzanjalimodzi für die WELT ein Zusammentreffen mit den wichtigsten Beamten verschiedener Ministerien. Es nahmen teil: M.A. Banda, Staatsekretär im Präsidentenamt; Herr Mkomawanthli, Staatssekretär im Ministerium für Transport und Kommunikation; B.N.C. Kachama, stv. Staatssekretär im Außenministerium; H. Mapondo, stv. Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Planung und Entwicklung; für die WELT H.-H. Holzamer.

Vieles konnte erreicht werden, seitdem Malawi seine Unabhängigkeit im Jahre 1964 erhielt. Welche Ziele bleiben übrig?

Mapondo: Nach der Unabhängigkeit haben wir die Landwirtschaft aufgebaut, was von vielen als ein kleines Wunder bezeichnet wurde, und wir haben dann von der Landwirtschaft ausgehend versucht, den industriellen Bereich zu entwickeln, aber hier haben wir Probleme, weil der Markt zu klein ist. Es gibt zu wenig Wettbewerb. Aber bei jeder Bemühung um industrieelle Diversifikation werden wir den landwirtschaftlichen Sektor nicht aus den Augen verlieren Denn wir wollen auf jeden Fall ein Problem vermeiden oder – soweit es schon existiert – versuchen, es in den Griff zu kriegen, und das ist die Landflucht. Wichtige Vorbedingung ist ferner, daß die Industrie die Reichtümer nutzt, die das Land hat, wobei vor allen Dingen das Wasser zu nennen ist. Und die Industrie muß im Hinblick auf den beschränkten Binnenmarkt exportorientiert sein.

Haben Sie auch gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen?

Mapondo: Wir sind der Überzeugung, daß man es den Menschen ermöglichen muß, ihr Leben zu genießen, und unser wichtigstes gesellschaftspolitisches Ziel lautet daher: Wir müssen allen ein Einkommen verschaffen.

Banda: Generell kann man sagen, wir wollen es der Landbevölkerung möglich machen, am kulturellen Leben teilzunehmen.

Wie wollen Sie das erreichen?

Banda: Wir wollen die Leute auf dem Land überzeugen, daß ihr Leben nicht bedauernswert ist, und soweit es geht, kulturelle Anreize vermitteln.

Eine Reihe der Nachbarstaaten sind mit erheblichen wirtschaftliche Problemen konfrontiert, so daß man im Vergleich Malawi fast einen Ort der Stabilität nennen möchte. Was sind die Gründe?

Mapondo: Der eine versucht den bestehenden Kuchen zu verteilen, der andere bemüht sich darum, daß der Kuchen, während er verteilt wird, noch ein bißchen größer wird. Wir in Malawi haben versucht, diesen Weg zu bestreiten. Hinzu kommt, daß wir auftauchende Probleme in der Wirtschaft direkt versucht haben zu lösen, und daß wir hierfür die Kredite des Weltwährungsfonds eingesetzt haben und weniger für neue Vorhaben. Und wenn Malawi keine Transportprobleme hätte, wäre die Wirtschaft noch gesünder.

Muß denn nicht als Grund hinzugefügt werden, daß es in Malawi keinen Tribalismus gibt?

Banda: Die Stabilität kommt von der Einheit des Volkes, und diese Einheit wird gewährleistet von der Congress Party mit ihren vier Prinzipien: Einigkeit, Loyalität, Gehorsam und Disziplin.

Können Sie ein paar Zahlen nennen, wie sich heute der Export aufteilt?

Mapondo: 90 Prozent unseres Außenhandels geht heute über Durban.

Wie hoch würden Sie den zusätzlichen Kostenfaktor veranschlagen?

Banda: Wir zahlen 50 Millionen US-Dollar jährlich an zusätzlichen Kosten. Wenn die Strecke über den nördlichen Korridor voll funktionsfähig ist, wird man ein Drittel der Zusatzkosten einsparen können. Wir gehen davon aus, daß wir bis zu 25 Prozent dann über Daressalaam abwickeln können.

Stimmt es, daß Lonrho die Strecke nach Nacala schützen soll oder schützt?

Banda: Es stimmt. Wir sind informiert worden, daß Lonrho mit der Regierung von Moçambique eine Übereinkunft über die Ausbildung von 600 Söldnern geschlossen hat, diese Route zu schützen (Anm. der Redaktion: Dies wird von Lonrho bestritten). Unsere Soldaten nach Moçambique zu schicken, würde bedeuten, daß wir uns in innere Angelegenheiten eines Nachbarlandes einmischen.

Nachbarstaaten sehen sich einer Destabilisierung ausgesetzt, die von Südafrika ausgeht. Nicht so Malawi. Ist das Malawis Realpolitik zuzuschreiben?

Kachama: Die Antwort ist eindeutig ja. Wir verfolgen eine Politik des Kontakts und des Dialogs. Uns scheint dies ein praktikablerer Weg zu sein, Probleme zu lösen anstelle von Isolation und Boykott.

Ihre Position wird von Ihren Nachbarn nicht immer verstanden. Nach dem Tode Machells gab es Ausschreitungen gegen Air Malawi und gegen Ihre Botschaft. Was ist der Grund dafür?

Kachama: Ich glaube nicht, daß sie uns nicht verstehen. Der einfache Grund ist, daß wir diplomatische Beziehungen zu Südafrika haben. Und deswegen glauben die automatisch, wir hätten irgendetwas mit der Destabilisierungspolitik Südafrikas zu tun. Aber das stimmt nicht.

Wo der Shire-Fluß in die Tiefe stürzt

Tourismus in Malawi: Hier findet der Reisende noch unberührte Naturlandschaften

Wer Afrika unverfälscht und naturnah erleben möchte, ohne dabei das Vergnügen mit Scharen von kamerabehängten Touristen in schwarzweiß gestreiften Bussen teilen zu müssen, der hat in Malawi noch Gelegenheit dazu.

Schon bei Ankunft auf dem neuen Flugplatz in der Landeshauptstadt Lilongwe bemerkt der Afrikareisende, daß hier eine freundliche Atmosphäre herrscht. Will man Land und Leute richtig kennenlernen, sollte man sich wenigstens zwei, besser drei Wochen Zeit nehmen und die Reise am besten im Süden beginnen. Beim Anflug auf Lilongwe (Chileka Airport) bekommt man schon aus der Luft einen Eindruck von der bezaubernden Gebirgslandschaft. Die Fahrt vom Flugplatz in die Stadt ist nur kurz. Es geht stets bergauf.

Die ehemalige Hauptstadt Blantyre liegt 1100 Meter hoch und hat ein angenehmes Klima. Blantyre blickt auf eine lange Geschichte zurück. Schon vor der Jahrhundertwende wurden hier Backsteinkathedralen errichtet, die einen Besuch lohnen. Gepflegte Gebäude aus der Kolonialzeit findet man noch überall in der sonst so modern anmutenden Stadt.

Von mehreren dicht bewaldeten Bergen hat man eine gute Aussicht auf Blantyre. Das Mount Soche Hotel und Ryalls Hotel bieten die besten Unterkünfte, aber es gibt auch kleinere, preiswertere Hotels. .

Die Küche ist überall im Lande gut. Unbedingt probieren sollten man den im Malawi-See gefangenen „Chambo" oder den geräucherten „Kampango". Frisches Obst, tropische Früchte sowie Avocados werden überall angeboten.

In den Nationalparks hat man die Tierwelt und die Natur wirklich für sich allein. Im Süden Malawis, von Blantyre aus in gut einer Stunde zu erreichen, liegt der Lengwe-Nationalpark. Schon die Anfahrt, oder besser gesagt die Abfahrt (Höhenunterschied fast 1000 Meter), ist ein Erlebnis. Auf einer Asphaltstraße geht es über zahlreiche Serpentinen hinab ins Shire-Tal. Der Lengwe-Nationalpark beherbergt die scheue Nyala-Antilope in großer Zahl. Von geräumigen Hochsitzen an den Wasserstellen hat man gute Möglichkeiten, ganze Herden aus 20 Meter Entfernung zu beobachten.

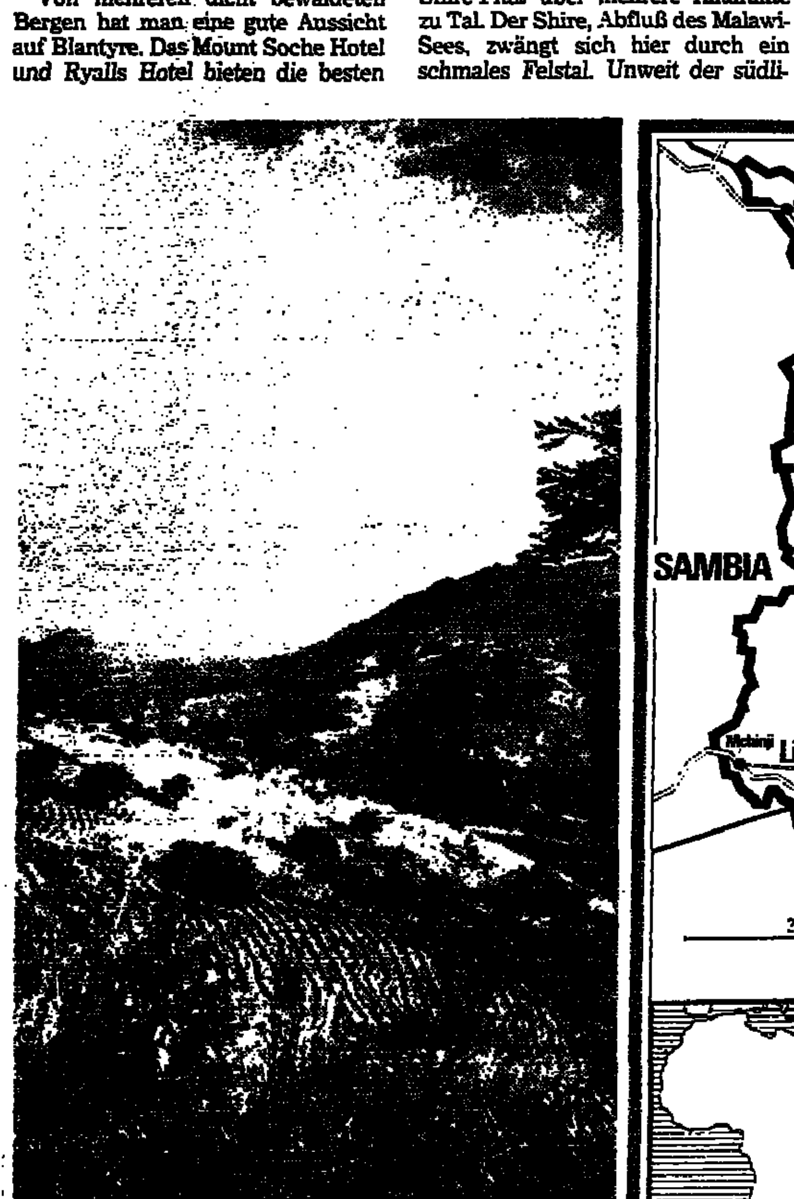
Wenn man schon hier unten im Tal ist, sollte man unbedingt die Kapachira-Fälle (Livingstone Falls) aufsuchen. Dies ist allerdings nur in der Trockenzeit von Mai bis Dezember möglich. An den Fällen stürzt der Shire-Fluß über mehrere Katarakte zu Tal. Der Shire, Abfluß des Malawi-Sees, zwängt sich hier durch ein schmales Felstal. Unweit der südlichen Grenze Malawis mündet der Shire in den Sambesi.

Angenehm kühl ist es fast das ganze Jahr im hügeligen Teeanbaugebiet von Thyolo. Ein Teegarten von immenser Ausdehnung ist einen Besuch wert. Fährt man auf der schmalen Asphaltstraße weiter nach Osten, erreicht man bald den steil aus der Ebene aufragenden Mulanje Mountain. Mit 3010 Metern ist dieses imposante Felsmassiv mit seinen Zedern bestandenen Hochwäldern die höchste Erhebung der südostafrikanischen Region.

Gebirgswanderungen auf gut begehbaren Pfaden zu einer der sechs Berghütten (alle auf 2000 bis 2400 Meter Höhe) sind ein großartiges Erlebnis, gleichgültig in welcher Jahreszeit. Aus Zedernholz erbaut, mit Kamin oder Kanonenofen ausgerüstet, bieten diese behaglichen Hütten rustikale Unterkunft (Selbstverpflegung).

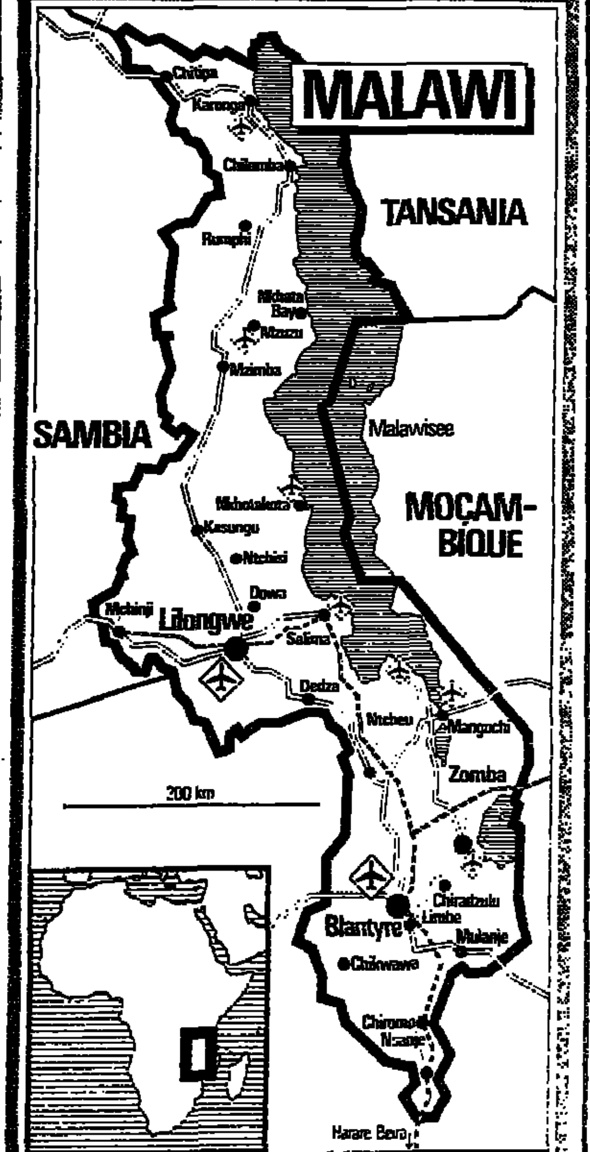
Setzt man die Reise auf der Straße nach Norden fort, erreicht man bald die ehemalige Hauptstadt Zomba, heute Sitz der Universität. Eine verträumte Kleinstadt mit altem Baumbestand, buntem afrikanischem Markttreiben und altehrwürdigen Kolonialbauten. Zomba ist Sitz des Parlaments und hat einen hevorragenden Botanischen Garten vorzuweisen.

WOLFGANG DÄHNE





Das Bergland zwischen dem Malawi-See und Moçambique zählt zu den fruchtbarsten Gegenden Afrikas.
FOTO: HHH



Aktienkurse schwächer

Die Käufer warteten weiter ab

DW. – Die Anleger bleiben auf ihrem Liquiditätspolster sitzen und warten auf einen Anstoß durch Auslandskäufe. In dieser unveränderten Situation gaben die deutschen Aktienkurse am Montag unterschiedlich nach. Das Geschäft wurde von kurzfristigen Trading-Aktivitäten getragen.

Während sich das gute Weihnachtsgeschäft des Einzelhandels auf die konsumnahen Papiere nicht auswirkte, zog Karstadt in einer Sonderbewegung um mehr als 10 DM nach oben davon. Eine zweite Sonderbewegung gab es am Maschinenbaumarkt bei Deutsche Babcock, deren Stämme mehr als 5 DM gewannen. Allerdings konnten im Verlauf auch MAN-Stämme das Freitagschlußniveau leicht übersteigen. Aus der Harpener Aktie ist die spekulative Luft heraus. Der Kurs schwankte nur noch um das Freitagniveau. Im Chemiebereich konnten sich die Farbennachfolger knapp behaupten. Der Elektromarkt tendierte schwächer. Bei den Banken wirkten selbst Empfehlungen von Börseninformationsdiensten, die die Dresdner als unterbewertet herausgestellt hatten, nicht. Die Kurse gaben im Rahmen des Allgemeintrends nach. Autopapiere lagen deutlich schwächer. Bei VW keine Nachwirkungen des positiven Zwischenberichts mehr. Auch Stromversorger konnten sich nicht halten. VIAG, Sorgenkind unter den Börsenneulingen dieses Jahres, mußte 2 DM hergeben.

Nachbörse: schwächer

DW-Ak.ind.: 276,11 (278,40)
DW-Ums.ind.: 2465 (2996)
Adv.-decline-Zahl: 72 (69)
38-Tg-Linie: 274,24 (275,98)
200-Tg-Linie: 277,71 (277,66)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausland

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Rentenoptionen

Devisenmärkte

Die freundliche Dollar-Tendenz vom Freitag hatte bereits in New York keinen Bestand mehr. Der Kurs fiel dort am 15. Dezember auf etwa 2,01 zurück. Als Hauptgrund wurde die Gefahr zunehmender Inflation bei möglicherweise steigenden Ölpreisen genannt. In Europa verlief das Geschäft mangels neuer Anregungen zwischen 2,018 am frühen Morgen und 2,01 gegen Geschäftsschluß sehr ruhig. Der Handel wurde nur von kommerziellen Bedürfnissen getragen. Von dem Treffen Baker/Stoltenberg gingen keine Impulse aus, da keine Anzeichen für ein Währungsabkommen vorhanden waren. Die amtlich notierten Währungen lagen freundlich. Der Schweizer Franken fiel um 3,5 Promille zurück. US-Dollar in: Amsterdam 2,2765; Brüssel 41,90; Paris 6,6050; Mailand 1396,25; Wien 14,172; Zürich 1,6964; Ir. Pfund/DM 2,725; Pfund/Dollar 1,4353; Pfund/DM 2,887.

Devisen und Sorten

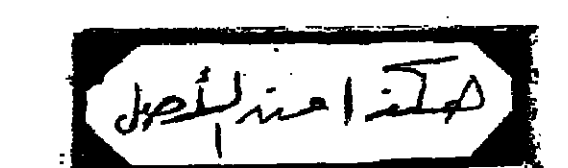
15.12.1986	Disk.-satz	Fremdl. Devis. Geld	Brief	Wechs.Ankt.-Kurs⁴	Sorten* Ankauf	Verkauf
New York¹	5,50	2,0103	2,0183	2,0076	1,96	2,06
London²	11,0	2,88	2,894	2,844	2,82	2,97
Dublin²	12,0	2,718	2,732	2,665	2,63	2,78
Montreal¹	8,47	1,4575	1,4655	1,4495	1,41	1,51
Amsterd.	4,50	88,345	88,585	88,25	87,40	89,35
Zürich	4,00	118,64	118,84	118,70	117,50	120,25
Brüssel	8,00	4,798	4,818	4,775	4,67	4,85
Paris	9,50	30,43	30,59	30,20	29,40	31,25
Kopenh.	7,00	26,39	26,51	26,17	25,50	27,25
Oslo	8,00	26,555	26,675	25,89	25,75	27,50
Stockh.	7,50	28,865	29,025	28,65	28,00	29,75
Mailand³**	12,0	1,438	1,448	1,4215	1,395	1,475
Wien	4,00	14,195	14,235	14,128	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,48	1,49	1,457	1,425	1,545
Lissabon**	14,5	1,335	1,355	1,305	0,95	1,55
Tokio	3,00	1,2325	1,2355	1,2335	1,19	1,25
Helsinki	8,50	40,67	40,87	40,005	39,50	41,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,13	0,55
Budap.* **	–	–	–	–	2,15	3,65
Athen* **	20,5	1,395	1,447	–	0,85	1,60
Ankara* **	–	–	–	–	0,13	0,32
Sydney*	–	1,325	1,344	–	1,27	1,37
Johannbg.*	10,0	0,883	0,917	–	0,66	0,91
Hongkong *	–	25,69	25,97	–	23,00	29,50

Alles in Hundert, ¹1 Dollar; ²1 Pfund; ³1000 Lire; ⁴Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 850T, VAB 2600G. **Düsseldorf:** BMW 570bB, Goldschm. 230G, Lehnkering 210, Nixdorf 711, O & K 111, Siemens 730G, Thüga 415bG. **Frankfurt:** Bibl. Inst. 347G, BMW 558, Frankona 585, Fuchs St. 168, Fuchs Vz. 157bG, Goldschm. 230bG, Magdeburger Feuer NA 474rB, Magdeburger Feuer 1370B, Henaga 195rB, Mercedes 1052, Nixdorf 711,5, Siemens 738G, Thüga 415G, Ymos Vz. –. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1052, Stumpf 115B, VAB 2650.

Bezugsrechte: Bremen: Dt. Hypo Bk. 51. **Frankfurt:** Asko 24,5, Berl. Bank 21, Daimler 97,2, Kolbenschmidt 10,55, Mercedes 80,5. **Stuttgart:** Kolbenschmidt 10,55.



Rentenkurse etwas schwächer

Am deutschen Rentenmarkt konnte sich an der Montagbörse kein Optimismus entfalten. Da Hoffnungen auf baldige Zinssenkungen nicht aufkamen, hielten sich auch hier die Käufer zurück. Öffentliche Anleihen gaben um 0,2-0,3, in der Spitze sogar um 0,5 Prozentpunkte nach. Das Schwergewicht des Angebots lag auf längeren Laufzeiten. Bundesobligationen verloren mit ihren kürzeren, nur bis fünf Jahre reichenden Laufzeiten nur bis 0,2 Punkte. Ruhig lag der Pfandbriefmarkt mit Rückgängen um 0,1-0,25 Punkte.

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	100,3	100,3
F 6 dgl. 77	9/87	108,9G	108,95G
F 6 dgl. 78 II	7/88	101,6	101,7
F 6½ dgl. 77	5/89	105	105
F 8 dgl. 79 I	7/89	106,5	106,5
F 6 dgl. 78 I	2/90	102,85	102,15
F 8 dgl. 80 II	7/90	108	108G

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Gut behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Niedriger wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	12.12.	11.12.
Dez	279,75	279,50
März	275,75-275,50	276,00
Mai	262,50-262,25	263,00

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

12.12.	11.12.
26,00	26,50

Devisenterminmarkt

Bei nachgebenden DM-Zinssätzen erhöhten sich am 15. Dezember die Dollar-Deports weiter.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,26-0,21	0,67-0,62	1,36-1,26
Pfund/Dollar	0,63-0,61	1,71-1,68	3,39-3,34
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	9,30-7,90
FF/DM	17-1	39-23	70-54

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15.12.: Tagesgeld 4,65-4,75 Prozent; Monatsgeld 4,80-5,00 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent.
Privatdiskontsätze am 15.12.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 15.12.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15.12. Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¼-6½	5-5¼	4⅞-4⅝
3 Monate	6-6¼	4¾-5	4⅛-4⅜
6 Monate	6-6¼	4⅝-4⅞	4-4¼
12 Monate	6-6¼	4⅝-4⅞	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 15.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,00; Verkauf 17,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,75; Verkauf 17,75 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 15.12. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	196,00	251,94	35,14
20 ffr. Napoleon	5,8070	147,00	196,08	33,77
20 sfr Vreneli	5,8070	165,00	214,32	36,91
1 Sovereign Neu	7,3220	173,00	225,72	30,83
1 Sovereign Alt	7,3220	177,00	230,28	31,45
100 Kronen Öster.	30,4880	740,00	912,00	29,91
20 Kronen Öster.	6,0980	147,00	190,38	31,22
10 Kronen Öster.	3,0480	82,00	109,44	35,91
4 Dukaten Öster.	13,7700	345,00	427,50	31,05
1 Dukaten Öster	3,4420	80,00	111,72	32,46
10 Rubel Tscherw.	7,7423	193,00	248,52	32,10
Krügerrand 1 Uz	31,1035	775,00	923,40	29,69
Krügerrand ½ Uz	15,5517	409,00	489,06	31,45
2 Rand Südafrika	7,3220	170,00	222,30	30,36
1 Rand Südafrika	3,6610	77,00	110,58	30,20
50 C.$ Mapl L.1 Uz	31,1035	803,00	955,32	30,71
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	83,00	106,02	34,09
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	975,00	1259,70	41,86
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	808,00	961,02	30,90
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1000,00	1185,60	38,12
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	100,00	129,96	41,78

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,60, Rendite 5,61.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 15.12.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,368	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,80	6,07
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,50	6,47
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	148,00	8,51
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,48	5,45
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,82	5,45
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,60	6,60
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	52,60	6,96
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,62	6,30
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,76	6,70
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,19	6,39
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,85	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,72	6,82
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,28	6,96
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,38	6,84
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	59,00	6,41
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,05	6,49
WestLB 603	100,00	1.6.01	40,45	7,00
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,20	7,17
WestLB 500	126,86	16.2.89	–	–
WestLB 501	137,01	16.2.90	117,75	4,91
WestLB 504	141,85	1.10.91	110,80	5,30
WestLB 505	143,24	1.9.92	105,25	5,55
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,50	6,58
Österreich	294,12	24.5.00	116,00	7,14
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	136,25	8,15
Campbell Soup	$ 100	21.4.97	138,50	7,45
Prud Realty	$ 100	15.1.99	75,70	8,57
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	80,125	7,26
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	69,25	7,41
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	61,00	10,06
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	67,25	7,99
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	67,125	7,94
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	64,00	7,49
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	55,00	8,71
Penney (A+)	100,00	17.2.94	55,75	8,48
Sears (AA)	100,00	27.5.94	56,00	8,09
Philip Morris/A	100,00	6.6.94	54,75	8,38
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	53,75	7,84

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75	(4,75)	100,3	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	4,97	(4,95)	100,1	101,8	103,6	105,5	107,3	109,2
3	5,30	(5,28)	99,20	101,6	104,3	107,1	109,8	112,5
4	5,58	(5,57)	97,65	101,1	104,6	108,1	111,6	115,1
5	5,79	(5,75)	96,75	100,9	104,7	108,9	113,2	117,4
6	5,98	(5,95)	94,70	100,1	104,5	109,4	114,3	119,3
7	6,35	(6,30)	92,05	98,05	103,0	108,5	114,0	119,5
8	6,57	(6,55)	89,90	95,95	102,0	108,1	114,1	120,2
9	6,70	(6,70)	88,15	94,75	102,0	107,9	114,5	121,1
10	6,76	(6,72)	86,85	95,90	101,7	108,1	115,2	122,2
15	7,08	(7,05)	80,35	89,35	99,30	107,4	116,4	125,4

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,707 (112,836)
Performance-Rentenindex: 251,074 (251,109)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	12. Dez.	5,875-6,063
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,00
	60-270 Tage	5,65
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,00
	60 Tage	6,00
	90 Tage	5,925
Certificates of Deposit	1 Monat	6,20
	2 Monate	6,10
	3 Monate	6,00
	6 Monate	5,90
	12 Monate	6,00
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,47
	26 Wochen	5,50
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,12
	30 Jahre	7,39
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	1. Dez.	721,4 Mrd. $ (–9,9 Mrd $)
NYSE-Aktienindex (New York) Dez.	140,10	142,00
März	140,80	142,40

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Walter Grasskamps gesammelte Künstlerporträts

Der vergeßliche Engel

Die Kunst – das wird uns immer wieder versichert – hat den Elfenbeinturm verlassen. Aber leider blieben die Kunstkritiker dort zurück. Und Walter Grasskamp steht offenbar noch zwischen Tür und Angel, unschlüssig, ob er den intellektuellen Mief und die anheimelnde Enge der bisherigen Wohnstatt verlassen und sich an die – von Kunstmoden freie – frische Luft wagen soll. „Der vergeßliche Engel" schien ihm als Titel für seine „Künstlerportraits für Fortgeschrittene" deshalb der rechte Patron zu sein.

Eine alte jüdische Legende erzählt, Gott schicke in jedem Jahrtausend einen Engel zur Erde, der das Kommen des Messias verkünden soll. Dieser Engel werde viele Jahre auf diese



lang währende, schwierige Reise vorbereitet. „Aber die meisten Engel gingen in den unendlichen Wirbeln des Universums verloren, weil sie mit der Dauer der Reise deren Sinn und Ziel vergaßen und somit die Orientierung verloren. Die wenigen unter den Boten, die überhaupt die Erde erreichten – der Legende nach zwei, höchstens drei –, hatten zwar das Ziel der Reise behalten, dafür aber bereits den Wortlaut ihres Auftrags vergessen." Grasskamp liebt solche Geschichten, aber auch er scheint gelegentlich das Ziel seiner Reise zu vergessen.

Der kennt sich in der Literatur aus – und verschweigt uns das nicht. Kiefers Dachbodenatelier und Dachbodenbilder assoziieren Gottfried Keller und das Dachkammeratelier im „Grünen Heinrich", Stifters „Mappe des Urgroßvaters", Daumiers Dachkammerszenen und Spitzwegs „Armen Poeten". Grasskamp weiß im Western-Film Bescheid und zitiert auch gern und ausgiebig populäre Comics, mag das Thema seiner Aufsätze darüber auch zu kurz kommen. Da das Kunstwerk in der zeitgenössischen Kunst sowieso nicht aus sich heraus zu existieren vermag, sondern der Erklärung oder Deutung bedarf, können solche anekdotisch ironischen Umschreibungen der Atmosphäre jedoch durchaus einen Eindruck von dem vermitteln, was der Künstler mit seinem Kunstwerk (vielleicht) sagen will.

So sind Grasskamp die Stücke, die er eigens für das Buch geschrieben hat – z. B. über Sigmar Polke oder Werner Büttner –, weitaus besser gelungen als das, was er für Kataloge und avantgardistische Kunstjournale zu Papier brachte. Dort ist offenbar ein spöttischer Umgang mit den Ikonen der Progressiven suspekt. Also wendet sich Grasskamp flugs wieder dem Elfenbeinturm zu und mokiert sich über „irgendeinen Flegel", über „das ganze Ausmaß der Kunstverständnislosigkeit, derer wohl nur Linke mächtig sein können", oder ein geschwätziges Publikum, die allesamt nicht den heiligen Ernst erkennen lassen, der anscheinend bei einer Performance von Jochen Gerz zu fordern ist.

Oder er zitiert zu einem Konfirmandenfoto von Reinhard Mucha, das er zum prägenden Indiz des späteren Künstlerlebens stilisiert, wacker Enzensbergers Thesen von der „Unaufhaltsamkeit des Kleinbürgertums", das heute über „die kulturelle Hegemonie" verfügt. So etwas liest man zu oft, als daß man es hier noch mit Vergnügen lesen könnte.

Aber dann gibt es die sarkastische „Dialektik des Unkrauts", mit der uns Werner Büttner nahegebracht wird. Da unterscheidet Grasskamp zwischen dem „bequemen Unkraut" – „das ist der Irrweg des Klassizismus" –, dem „dreisten Unkraut" – „das ist der niederträchtige Weg des Neokonstruktivismus genauso wie des Neoexpressionismus und überhaupt aller Neo-Ismen" – und dem „koketten Unkraut" – „dies ist das beklagenswerte Gestrüpp der Neuen Wilden".

So geht es mit grotesken Vergleichen weiter, ohne daß von einem Werk Büttners die Rede ist. Trotzdem gewinnen wir ein Bild, das vielleicht sogar den Bildern Büttners ähnelt. Da sich die Kunst – von ihrer äußerlichen Erscheinungsform abgesehen – im wesentlichen nicht beschreiben läßt, können solche absurden Annäherungen oft mehr von der Idee eines Werkes vermitteln als die Katalogprosa aus dem Elfenbeinturm.

PETER DITTMAR

Walter Grasskamp: „Der vergeßliche Engel", Verlag Silke Schreiber, München, 192 S., 29 Abb., 29,80 Mark





Madame Chanel stand Modell für Lipchitz' „Frauenkopf" von 1921. Rechts die Skulptur „Sketch für unseren Lebensbaum" (1962). Aus der Londoner Ausstellung FOTOS: TATE GALLERY

Die Londoner Tate Gallery präsentiert den Bildhauer Jacques Lipchitz

Mänaden tanzen auf Cocos Kamin

London bietet zur Zeit zweifache Einsicht in den kreativen Prozeß berühmter Bildhauer: Neben der großanlegten Rodin-Schau in der Hayward Gallery sollte man nicht einen Raum am gegenüberliegenden Themseufer in der Tate Gallery versäumen. Hier werden anhand von 57 Modellen Stile und Themen eines der internationalsten Bildhauers vorgeführt.

Jacques Lipchitz wurde 1891 in Litauen geboren. Als 18jähriger ging er zum Kunststudium nach Paris. Dort machte er sich bald einen Namen als jüngster Künstler der Kubistengarde. 1925, ein Jahr nachdem er französischer Staatsbürger wurde, konnte er ein von Corbusier entworfenes Studio beziehen. Die Besetzung Frankreichs zwang ihn jedoch zu einem erneuten Wechsel. 1941 emigrierte Lipchitz nach Amerika. Und hier konnte er endlich in den sechziger Jahren seine jetzt üppig wuchernden biblischen und mythologischen Tonentwürfe, in große Bronze- oder Steinmonumente übersetzt, erleben.

Die Londoner Modelle – ein Geschenk der Lipchitz-Stiftung – hielten seine ersten Einfälle fest. Diese mit festem Fingerdruck gekneteten Modelle führte er dann immer größer und detaillierter aus, bis schließlich das letzte Glied dieser Kette in Bronze gegossen oder Stein gehauen wurde.

Ein schmaler Mädchenkopf von 1911 leitet die Schau ein. Doch bald wird sein Stil kühner, abstrakter. Lipchitz baut von nun an seine Figuren architektonisch mit geometrischen Formen auf. Wie ein Flirt mit dem Kubismus wirkt noch ein Torero, dessen Stolz durch scharfkantiges Bein und energisch verschobenes Profil akzentuiert wird. Am konsequentesten verwirklicht er den Stil in einer Skulptur von 1915: Zwei geometrische Formen greifen so raffiniert ineinander, daß sich trotzdem Nase und Augenbrauen bilden. Auch bei der abstrahierten Skulptur wollte Lipchitz noch organische Natur zeigen.

Daß er 1921 Coco Chanel in einem realistischen Porträt verewigte, geschah aus Geldnöten. Viel wichtiger war, daß die Modeschöpferin bei ihm zwei Feuerböcke bestellte. Da ihr Kamin eine Rokoko-Fassung hatte, mußte Lipchitz mit einem kurvigen Design reagieren. Es hatte nachhaltigen Effekt: Die dafür entworfene kühn gebogene Frauenfigur leitete Lipchitz' surrealistisch inspirierte Phase ein. Stets ein Künstler, der ein Thema in vielen Variationen auskostet, folgt nun eine Reihe Figuren, die sich wie entfesselte Mänaden in den Raum biegen.

In den dreißiger Jahren führte er hingegen die Auseinandersetzung zwischen zwei Figuren ein. Biblische oder mythologische Paare liefern ihm die Motive für sein eigentliches Thema: Bezähmung der Natur durch kreative Energie. Zu einem öffentlichen Eklat kam es dabei allerdings in Paris, als er seinen Protest gegen den Faschismus in einem neun Meter hohen Gips-Prometeus formulierte, der wild einen Geier würgt.

Seine vorwärts- oder gen Himmel stürmenden Figuren konnte dann der über 70jährige hauptsächlich in Amerika oder Israel in monumentalen Skulpturen veröffentlicht sehen. Ob in einem Monument an den amerikanischen Unternehmungsgeist oder einem weitverzweigten Lebensbaum für Jerusalem: Lipchitz, der erst 1973 auf Capri starb, scheute sich nicht, in diesen üppig wuchernden Träumen bleibende optimistische Signale zu hinterlassen (Bis 15. Februar).

HEIDI BÜRKLIN

Walsers Roman „Seelenarbeit" als Monodrama

Immer nur Bauchweh

Wenn man Martin Walser glauben will, dann sitzt die Seele im Darm. Jedenfalls bei Xaver Zürn, dem so unheldischen „Helden" seines Romans „Seelenarbeit" von 1979. Besagter Xaver ist Chauffeur; mithin ist er damit beschäftigt, Dr. Gleitze, seinen Chef, im Mercedes 450 in der Weltgeschichte herumzukutschieren. Und wie bei Autoren unseres Jahrhunderts üblich, dekretiert auch Walser, daß Xaver darunter leidet. Mit der Folge, daß er weder mit dieser Arbeit noch mit Ehefrau Agnes noch mit den beiden Töchtern Julia und Magdalena zurecht kommt. Und mit der anderen, daß sich dieses Leiden, das ein seelisches ist, „psychogen" auf den Magen- und Darmtrakt auswirkt: Xaver hat immerfort Bauchweh – kein Wunder, wenn er es während langer Autobahnfahrten nicht wagt, das Verrichten-Dürfen seiner Notdurft zu erbitten.

So weit, so gut – der Roman liest sich gar nicht schlecht. Außerdem hat er zwei Vorteile: Er hat seine komischen Seiten, nicht nur in seinen Situationen, sondern auch in des Autors Formulierungskünsten. Und er bietet, was auf gut marxistisch „Klassengegensätze" heißt: Der Chef redet nicht mit seinem Fahrer, sondern hört lieber, per Kopfhörer, Mozart. Und Xaver spricht nur, wenn er angesprochen wird. Er ist ein „Unterdrückter", der selbst nach tagelanger Fahrt nicht ins Wochenende darf, sondern für „Frau Doktor Gleitze" schnell mal einen Konzertflügel aus der Schweiz holen muß.

Woraus folgt: Das ist so recht eine Sache nach dem Geschmack der Theatertruppe der Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Wolfgang Lichtenstein, ihr künstlerischer Leiter und Regisseur, der Dramaturg Carl Georg Hegemann und der Schauspieler Heinz Kloss machten sich also daran, aus dem Roman eine „Bühnenfassung" zu gewinnen. Aber das darf man nicht so wörtlich nehmen, wie es angekündigt wird: Was sie schufen, ist so etwas wie eine Digest-Fassung des Romans.

Dieser muß man freilich attestieren, daß nichts fehlt, es sei denn manche Figur des Romans. Die beiden Töchter etwa sind ganz und gar verschwunden; sie werden nicht einmal erwähnt. „Frau Doktor" wird nur in ihren Auswirkungen spürbar und in den Äußerungen des Hausmädchens Aloisia. Frau Agnes wird erwähnt und im schwäbischen Dialekt zitiert, desgleichen Dr. Gleitze im „Königsbarjer" Tonfall. Sonst aber wird anfangs und am Ende erzählt; dazwischen steht ein Monolog des Xaver, bei welchem er nach den wenig glücklichen Vorstellungen des Regisseurs ständig mit den Händen am Mund herumfummeln muß – auch dann, wenn er gerade spricht.

Ein Glücksfall aber ist der einzige Darsteller der soeben stattgehabten „Uraufführung", Heinz Kloss. Daß er ein „Vollblut" sei, wie das so heißt, wäre ein understatement. Kloss, der schon bei den letzten Ruhrfestspielen in jener Rolle auffiel, die in der „Elisabeth" von Dario Fo – oder doch in der Übersetzung von Peter Chotjewitz – „das Mensch" heißt, ist ein komödiantisches Urviech. Ohne je zu chargieren, erzählt er Xavers Geschichte. Ganz locker fällt er aus einem Dialekt in den anderen. Ohne jeden Druck oder Nachdruck serviert er Walsers Pointen. Es ist eine Lust ihm zuzuhören und ihm zuzusehen, obwohl er, genau betrachtet, eigentlich gar nichts macht. Gerade das sichert ihm seine umwerfende Komik.

HORST ZIERMANN

KULTURNOTIZEN

Triers historische Baudenkmäler sind von der Unesco in die Liste „Erbe der Welt" aufgenommen worden.

Den gesamten Bestand an Arbeiten des deutsch-amerikanischen Malers Richard Lindner (1901–1978) aus ihrer Sammlung zeitgenössischer Kunst stellt die Nürnberger Kunsthalle bis 1. März vor.

Franz von Lenbach, Münchens „Malerfürsten", vor 150 Jahren geboren, ist eine große Ausstellung in der Städtischen Galerie im Lenbachhaus gewidmet (bis 29. März).

Heinrich von Kleist gilt eine Ausstellung, die bis zum 10. Januar in der Universitätsbibliothek Gießen zu sehen ist.

Eberhard Fiebigs Stahlskulptur „Das Tor zum irdischen Frieden" ist jetzt am östlichen Eingang zum neuen Universitätsgelände der Gesamthochschule Kassel errichtet worden.

Kultfigur Zarah Leander: Tränentriefende Zelluloid-Heroine mit orgelnder Stimme

Pompöse Tugendwächterin des tierischen Ernstes

Sie war die Frau vieler Träume, die Verbindungsfrau sozusagen zwischen Marlene und Milva. Zarah Leander war ein Star. Das sah jeder sofort. Nur fiel der Höhepunkt ihrer Karriere ausgerechnet in die denkbar finsterste Zeit. Das wiederum ließ beiläufig ihr Licht um so heller strahlen.

Tatsächlich – auch ohne Fackel in der Hand hätte die hohe Schwedin die Freiheitsstatue von New York eindringlich verkörpert. Nur war von Freiheit zur Hoch-Zeit der Leander von offizieller Seite durchaus nicht

Alles oder Nichts – ARD, 20.15 Uhr

die Rede. Es herrschte Staatskunst. Die Leander wurde so etwas wie eine Zelluloid-Staatskünstlerin, nur daß sie alles andere stärker repräsentierte als diesen Staat, nämlich vor allen Dingen sich selbst.

Natürlich – da gab es noch die „Reichswasserleiche" Kristina Söderbaum, die offenbar mit Vorliebe am Ende ihrer Filme ins Wasser ging. Aber auch Zarah hatte sehr nah am Wasser gebaut. Ihre Filmschicksale waren von der tränentriefenden Sorte. Die Ironie, die Marlene Dietrich immer wieder versprühte und mit der sie ihre Rollen durchlüftete, ging ihrer schwedischen Gegenspielerin strikt ab. Mit Zarah mußte genußvoll gelitten, es durfte niemals geschmunzelt werden. Selbst wo sich ein Schmunzeln beim besten Willen nicht länger verkneifen ließ, war es illegal.

Zarah war eine Tugendwächterin des tierischen Ernstes: eine Musical-Heroine. Das machte sie einzigartig. Sie war durch und durch pompös. Ihre Stimme orgelte, als wäre alles, was sie sang, mit dem Auftakt ein Evergreen. Und das wurde beinahe auch wirklich fast jeder Schlager. Es war die Unverwechselbarkeit ihres Timbres (bei aller Verwechselbarkeit ihrer Texte), die sich dem Hörer einprägte. Neben der chilenischen Zwitschermaschine Rosita Serrano und dem ungarischen Tollköpfchen der Marika Rökk sang aus der tiefen Kehle Zarahs Deutschlands dritte exotische Stimme.

Erstaunlicherweise hielt ihre großflächige Theaterei der weit höheren Kunst ihrer Partner stand, ob sie nun Heinrich George hießen, Will Quadflieg (blutjung) oder Willy Birgel. Sie drehte nur zehn Filme in sieben Jahren in Deutschland, aber diese zehn reichten für ein schier endloses Comeback nach dem Kriege. Erst jetzt begann man zu merken, daß man die Leander nicht nur bestaunt, daß man die große Person wirklich geliebt hatte.

Sie hatte sich unverwüstliche Sympathien gewonnen; zumal bei einer nicht unwichtigen meinungsbildenden Minderheit: den Homosexuellen, von denen Zarah noch zu Zeiten der Verfolgung durch die Nazis sich anteilnehmend hatte umschmeicheln lassen. Nun machten sie Zarah



Die Leander, wie wir sie in unserer Erinnerung behalten haben
FOTO: TELEBUNK

als Gegengabe nach dem Krieg zu ihrer Ballkönigin. Sie vor allem erhoben die Leander zur Kultfigur – wie sie es zuvor schon mit Marlene Dietrich getan hatten.

Die Dietrich aber hatte auf der Seite der Sieger gesungen. Die Leander dagegen war eine von uns: Sie hatte den Krieg mitverloren. Daraus zog sie am Ende wieder überraschend Gewinn.

Zwar funktionierten ihre Filme nicht mehr. Ihre immer etwas altmodische Hoheit wirkte vor den kritischeren Linsen des Nachkrieges nicht mehr, und in den Heimatfilm neudeutscher Prägung konnte sie, die kolossale Interpretin von „Heimat", nun wirklich nicht taugen.

Was die Zeit überstand, waren Zarah Leanders Schlager: diese sentimentalen tiefstimmigen Gesänge und die leicht pikanten mit ihrer immer etwas schwergängigen Koketterie, die scheinbar nur aus lauter Konsonanten bestanden.

Ihnen – und nicht den Vokalen – hielt die Leander singend die Treue. Witzigerweise hat man eine ähnliche Vorliebe für die konsonantenreiche Singdeklamation auch Dietrich Fischer-Dieskau gern und oft und abschätzig vorgehalten.

Man sieht: Die Mythen durchdringen sich selbst noch an den unerwartetsten Stellen.

KLAUS GEITEL

Tsutsumi, die Kunst des Verpackens in Japan

Die Tradition, den Kunden alle Waren – vom rohen Fisch bis zum Toilettenpapier – hübsch und geschmackvoll eingepackt zu überreichen, ist in Japan immer noch lebendig. In unserer schnellebigen Zeit des Massenkonsums fehlt den jüngeren Japanern allerdings schon oft die Geduld für langatmiges Einwickeln und Verschnüren der gekauften Gegenstände. Ihnen reicht es völlig, wenn die Artikel in einfache bunte Plastiktüten gelegt werden.

Doch pflegen kleine Geschäfte, Warenhäuser und Liebhaber des Volkshandwerks, immer noch die alte umständliche, aber ästhetische Art des Verpackens. Vor allem für teure und typisch japanische Gegenstände ist sie noch allgemein üblich. So werden wertvolle Seidenkimono stets in besonderes Japanpapier eingeschlagen, frische Delikatessen in der Zeit des Herbstes wie Kiefernpilze auf Kiefernnadeln in geflochtene Bambuskörbe eingelegt, kostbare Teetassenuntersätze aus Lack in Seidentücher eingewickelt und in Sätzen zu je fünf Stück in Holzkästen verpackt.

Der Autor und Kunstgraphiker Hideyuki Oka, der sich auf diesem Gebiet vielleicht am besten auskennt, erklärte, daß sich die traditionelle Verpackungsart durch Experimentieren im Lauf der Jahrhunderte – besonders in der Edo-Periode (1603–1967) – herausgebildet hat. Dabei wurde als Verpackungsmaterial das genommen, was gerade erhältlich war.

Besonders in der alten Kaiserstadt Kyoto gibt es heute noch viele Meister dieses Handwerks. Kyoto war

Kulturweltspiegel – ARD, 23 Uhr

fast tausend Jahre lang das politische und kulturelle Zentrum Japans. Diese Meister stellen bezaubernde Beispiele der Verpackungskunst her: etwa Holzbehälter für Konfekt der Sommerzeit in der Form länglicher Boote mit an den Seiten befestigten, nach oben zulaufenden Reisstrohschnüren.

Anderes traditionelles Packmaterial ist Bambus, Keramik, Bauwoll- und Seidenstoff, Holzrinde und -bretter sowie Schilf. Die Frische und natürliche Maserung der Rohprodukte soll sichtbar bleiben, um den Wert des Inhalts hervorzuheben. Gerade diese Natürlichkeit spricht heute viele Menschen an.

Ein Beispiel für Keramikbehälter sind dickbäuchige Flaschen mit natürlich grobem, aber geschmackvollem Dekor, die für Kamelienöl, dem traditionellen Haarmittel, benutzt werden. Bambus (Halme, Rohr, Gras, Wurzeln) läßt sich für alle möglichen Einbände verwenden. So die aus Halmen geflochtenen Miniaturkörbe mit Deckeln aus Bambusverschalungen. Sie dienen als luftige Behälter für Obstgelee, das auf diese Weise im Sommer frisch und kühl gehalten werden kann.

Noch in Mode sind auch die „Furoshiki", viereckige, farbige Tücher aus Baumwolle, Seide oder Kunststoff. Mit ihnen läßt sich fast alles einpacken, einwickeln, zubinden, umschlagen und tragen – das Reisweinfaß des Bauern, der Lachs des Fischers, der Kleincomputer des Geschäftsmanns, der Kimono der Teemeisterin, oder Geschenke für die Gäste einer Hochzeitsparty. Manche Frauen benutzen es auch an Stelle eines Kopftuches.

Die Größe der Furoshiki ist sehr unterschiedlich. Vornehme Familien lassen auf Furoshiki ihr Hauswappen oder ihre Namen drucken. Die meisten Hausfrauen haben für alle Fälle immer ein klein gefaltetes Furoshiki in ihrer Handtasche. Ursprünglich waren diese Tücher dazu da, um beim Gang zu den öffentlichen Badehäusern die benötigten Badeutensilien aufzunehmen und den Platz, an dem man sich auskleidete, zu bedecken.

„Kunstvolle Verpackung ist ein Ausdruck der Liebe und Aufmerksamkeit für andere", meint der Autor Hideyuki Oka. Selbst beim Einwickeln eines kleinen Kuchens, der als Geschenk für einen Freund oder als Verkaufsartikel für einen Kunden gedacht ist, soll die Mühe, die in dieser kleinen, aber sorgfältig ausgeführten Handlung steckt, dem Empfänger beim Auspacken und Verzehr des Kuchens eine besondere Freude bereiten. Für nüchterne Massenproduktion ist eine so umständliche und langatmige Verrichtung natürlich unbrauchbar.

MITSUE de LA TROBE

ARD

9.45 Verbraucher-Info: Bademoden
10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Peter der Große (1)

15.50 Tagesschau
16.00 Die Sklavin Isaura (14)
Leonico streitet Tobias gegenüber ab, Isaura zu kennen. Mißtrauisch geworden, droht Leonico, Isaura zu zerstören, wenn sie seinen Wünschen nicht nachkommt.
16.25 Rund um den Dom
Wo einst Römer siedelten. Pflastermaler. Domfenster
16.45 Die Spielbude
Mit Gian Stephan und Bad Boys Blue, Roland Kaiser, Nicole, Wolf Maahn, Heinz-Rudolf Kunze
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder nichts
Spielshow mit Max Schautzer
Thema: Zarah Leander. Mit Michael Jary und Karl Schönböck
21.00 Report
Themen: Welche Folgen hat das neue Strahlenschutzgesetz? Zwangsumsiedlung in Äthiopien – Konsequenzen für deutsche Entwicklungshilfe? Wird Novalgin rezeptpflichtig? Meinungsreport
Moderation: Franz Alt
21.45 Miami Vice
Mr. Cool
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Themen: Tsutsumi, die Kunst des Verpackens.
Imbißketten und „la plus nouvelle cuisine" in Frankreich
23.45 Großer Bahnhof für die Kunst
Paris eröffnet das Musée d'Orsay
Bericht von Hans Emmerling
0.25 Tagesschau
0.30 Nachtgedanken
Michel de Montaigne:
Vom Glück, sterblich zu sein

ZDF

12.05 Tagebuch
12.25 Kirche in Zimbabwe
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.40 Fit durch den Winter
16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Was Du ererbt von Deinen Vätern
Die gesellschaftliche Verführung Jugendlicher zum Alkoholkonsum
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm
Ratespiel mit H.-J. Bäumler
18.20 Der Untermieter
19.00 heute
19.30 „Deckel auf'n Pütt"
Essens letzte Zeche macht dicht
20.15 Diese strammen Polizisten
Englischer Spielfilm (1960)
Mit Sidney James, Kenneth Connor, Joan Simps, Shirley Eaton
Regie: Gerald Thomas
Inspektor Mills soll mit Jung-Polizisten Lohngeldräuber fangen.
Anschl: Ratschlag für Kinogänger
J. Ivorys „Zimmer mit Aussicht"
21.45 heute-journal
22.05 Nathan. Shylock
Film von Dietmar N. Schmidt über Antisemitismus im Schauspiel
Mit Ausschnitten aus
Nathan der Weise
Von Gotthold E. Lessing
Mit T. Buhre, W. Heinz, W. Schmidinger. Inszenierungen: C. Peymann (Schauspielhaus Bochum), F. Solter (Deutsches Theater Berlin), B. Sobel (Schiller-Theater Berlin)
Der Kaufmann von Venedig
Von William Shakespeare
Mit F. Düren, F. Kortner, W. Schmidinger. Inszenierungen: T. Langhoff (Deutsches Theater Berlin), O. Schenk (Fernsehen), A. Kirchner (Residenztheater München)
23.35 heute

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 „Man sollte eine ‚Berliner Mauer' bauen"
Reportage aus Südafrika von Mike Dutfield
20.45 Vor 75 Jahren
Roald Amundsen am Südpol
Film von Hermann-M. Hahn
21.00 Formel Eins
21.45 Der Ernstfall – Zivilschutz in Bonn
Film von Hannes Heer
22.15 Drei vor Mitternacht
Anschließend: Nachrichten

NORD
19.15 Arbeitsmärkte – ein Vergleich
In anderen westlichen Ländern: Vom „hire and fire" bis zum „dolce far niente"
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Korrespondenten mit Gästen: Fritz Pleitgen, Washington
21.15 Zielscheiben
Fernsehspiel von Volker Vogeler
22.40 Literarisches Café
Live aus dem Einstein
23.55 Nachrichten

HESSEN
20.00 Klassenkameraden
„DDR"-Fernsehfilm von Rainer Bär
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücher-Report
Frankfurter Institut für Sozialforschung. 25 Jahre rororo-aktuell. Rolf Bossert. James Gillray
22.30 Geist stirbt, mit ihm die Seele
Das Alzheimer Syndrom
23.00 Focus on Jazz
Torsten de Winkel Group

SÜDWEST
18.35 Zoos der Welt
Nagoya
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Ein deutsches Jahrzehnt (2)
Sonnenblumen und Heldentod
Carola Sterns Jugend im Dritten Reich
20.15 Reisewege zur Kunst: England
Oxford und Oxfordshire
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Die Nöte des Signor Travet
Italienischer Spielfilm (1946)
22.45 8 x USA
6. Universitätsdreieck
23.25 Nachrichten

BAYERN
19.00 Mit dem Publikum
Der BR unterwegs
19.55 St.-Lorenz-Basilika
Kempten
20.00 Spiegelbilder
Bud Spencers Lieblingsbuch
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Fremde Bettgesellen
Amerikanischer Spielfilm (1964). Regie: Melvin Frank
23.20 Rundschau

SAT 1

15.35 Indian River
Der Abenteurer. Serie
16.00 Abu, der Sohn der Sahara (2)
Englischer Jugendfilm (1966)
16.25 Die Waltons
Das Motorradrennen. Serie
17.10 Western von gestern
18.00 Verliebt in eine Hexe
Der Großauftrag (Serie)
18.30 blick
18.45 Schirm, Charme, Melone
Und noch einmal Roboter (Serie)
19.45 Love Boat
20.40 Airwolf
Airwolf wird entlarvt (Serie)
21.30 blick
22.15 F. A. Z. etten
Werften, Wähler, Subventionen
22.45 Vegas
Das Todestrio (Serie)
23.35 blick



19.00 Versuch, du selbst zu sein
Das Theaterleben der Ida Ehre
Film von Thomas Ayck
19.45 Vor 55 Jahren
Letzte Völkerschauen auf der Kolonialausstellung in Paris
20.00 Tagesschau
20.15 Am Wege (1)
Fernsehspiel von Susan Schulte nach dem Roman von Herman Bang. Mit Sabine Sinjen, Stephan Orlac, Klausjürgen Wussow, Helga Feddersen. Regie: Peter Beauvais
21.45 Die verlorene Zeit
Schweiz.-franz. Spielfilm (1979)
Mit Charles Vanel, Clarisse Barrère. Regie: Patricia Moraz
23.25 Nachrichten



18.00 Mini-ZiB
Nachrichten für Kinder
18.10 Direkt
Beiträge junger Zuschauer
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Die Strauginillers (2)
Eis vom Italiener (Serie)
20.40 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschließend: Nachrichten

RTL plus

9.00 Wall Street Final
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Das Tal der Pappeln
Heiratsfieber (Serie)
20.15 Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Zeitgenossen
Österreich. Spielfilm (1982)
Mit Wolfram Berger, Eva-Maria Meineke. Regie: E. J. Lauscher
22.05 Spiel
22.10 Nachrichten
22.20 Heute vor 30 Jahren
22.30 Popeye
22.35 Mädchen, Mode und Musik
Wahl der Miß Süddeutschland
22.40 Reserviert für Herbie Hancock
23.10 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.35 Wall Street Final

Shagspur vs. Shankspur

cf – Die Briten sind natürlich im Vorteil: Der Autor Shakespeare schrieb in englischer Sprache. Damit fällt wenigstens die Rauferei um die Qualität dieser oder jener Übertragung weg. Jedoch, Shankspurs Arbeiten (ja, auch so wurde er geschrieben) enthalten ausreichend Zündstoff für flammende Auseinandersetzungen auch über die Fassung in Originalzunge.

Soeben erschien nach 95 Jahren Pause wieder eine sozusagen offizielle Ausgabe der „Vollständigen Werke". Verleger ist wie ehedem die Oxford University Press; das ehrwürdige Haus hat sich die Novität in den letzten acht Jahren an die vier Millionen Mark kosten lassen; das Geld ging weg für eine eigens eingerichtete Shakespeare-Abteilung mit einem größeren Computer als Herzstück.

Das technische Gerät hat sich schon vor Erscheinen der Ausgabe werbewirksam bewährt: Es „fand" ein neues Gedicht von Shagspur (so hieß der Autor der ersten Shakespeare-Lyrik-Publikation), mit dem Titel „Shall I Die?", indem es Duktus ermittelte und Wortfolge, Anzahl von Lieblingswörtern des Dichters und um ein Haar auch das Parfum des Ganzen.

Weil aber selbst bei Shackespeare (auch so ward er bekannt) die Masse es bringen kann und muß: Es sind die verschiedenen Fassungen allenthalben, die die Gelehrtengemeinde glücklich machen werden: „Lear" zum Beispiel ohne die Scheingerichte über Goneril und Regan, allenthalben Abweichungen ohne Zahl in Druck und Schrift. Schon Herausgebervorgänger der Herren Wells & Taylor, Mr. Pope zum Beispiel, haben sich hier gütlich getan.

Die Nachfolger werden das auch noch tun, in mehreren hundert Jahren. Denn Shakespeare wäre nicht Shagspur, von Shankspur ganz zu schweigen, hätte er nicht ein herrliches Werk als großartiges Kuddelmuddel hinterlassen.

Im Kino: „Mrs. Stone"

Der Gatte besorgt das Chloroform

Barsch und brutal klingt die Stimme des Entführers, unverschämt seine Forderung. Falls der verdutzte Ehemann die horrende Lösegeldsumme nicht zahlen will, ja dann steht der bedauernswerten Mrs. Stone ein grauenvolles Ende bevor. Und wie reagiert Mr. Stone? Nun, er köpft sogleich eine Flasche Champagner und setzt zu einem wilden Freudentanz an. Schließlich hatte er selbst schon das Chloroform zurechtgelegt, um sein ebenso reiches wie schrilles Weib lautlos aus der Welt zu schaffen.

Dieses schmutzige Geschäft scheinen nun andere für ihn zu besorgen. Also verstößt der mordlustige Gatte mit hämischer Vorfreude gegen alle Auflagen der Kidnapper, verständigt Polizei und Presse, um dann kaltlächelnd jede Zahlung zu verweigern.

Warum die Entführer ihr nervensägendes Opfer dann doch nicht töten, warum der schwammige Polizeichef bei den Ermittlungen ins Schwitzen kommt und wie Mrs. Stone in ihrem Kellerverlies von der feisten Matrone zur schlanken Schönheit wird, das alles erzählen die Regisseure Jim Abrahams und die Brüder David und Jerry Zucker in einem Furioso unglaublicher Überraschungen. Schon mit „Airplane" und „Top Secret" hatten sie sich ja als Trio infernal der Slapstick-Komödie profiliert, doch inzwischen scheint ihre Zwerchfellmassage – das zeigt ihr neuer Streifen „Die unglaubliche Entführung der verrückten Mrs. Stone" – noch wirksamer zu arbeiten.

Bisher waren sie meist damit zufrieden, Gags aus einem schier unerschöpflichen Füllhorn auf die Leinwand purzeln zu lassen. Aber mit diesem Klamaukkrimi haben sie eine vertrackte Schnitzeljagd durch ein ausgeklügeltes Labyrinth voller Falltüren und doppelter Böden ersonnen. Einziges Hilfsmittel aller Figuren scheint dabei eine groteske Überdosis an Hinterlist und Heimtücke zu sein. Da sich all diese diabolischen Winkelzüge zudem fast mit Zeichentrickgeschwindigkeit vollziehen, feiern hier die Väter der Klamotte mit den pechschwarzen Pointen englischer Prägung ein Gipfeltreffen der Gemeinheiten. Zwar sind alle Charaktere von Korruption angefressen, doch verkörpern sich Geldgier, Selbstsucht und kriminelle Energie am frappierendsten in Mr. Stone.

Wie ein quicklebendiger Giftzwerg rast Danny DeVito in dieser strapaziösen Glanzrolle durch den Dschungel menschlicher Schwächen. Sein unwiderstehlicher Ganovencharme entschädigt denn auch leicht für einige drastische Entgleisungen und überflüssige Albernheiten dieser komischen Hetzjagd. Und er stiehlt sogar Bette Middler die Schau, die als schreckschraubige Mrs. Stone ebenfalls einige satirische Volltreffer landet.

WILM HART

Hören geht über Sehen – Der Markt der Platten und Kassetten für Kinder

Die Meister des Universums

Die Märchen-Schallplatte für Kinder ist tot, es lebe die Kassette! So ließe sich die Situation auf dem „Hardware-Markt für Kinder" heute umreißen. Der Bestand an Recordern in Kinderzimmern hat sich in den letzten Jahren geradezu explosiv vermehrt, und damit wurde der Weg frei für den Siegeszug der Kassette. Die meisten Produzenten bieten gar keine Kinder-Platten mehr an. „Kinderkassette" heißt das Zauberwort für einen mittlerweile heißumkämpften Markt.

Da knistern via Kassette nun die brennenen Blockhütten in Western-Manier. Da jammern und stöhnen die Gefangenen, spuken die Geister, kichern die Hexen, gröhlen die Pennäler, lispeln die Drachen, treiben die *Masters of the Universe* ihr Unwesen. Und die *Princess of power* trägt den Krieg der Sterne auch ins deutsche Kinderzimmer.

Dagegen wäre an sich wenig einzuwenden, würden nicht auch viele bedenkliche, für die Psyche des Kindes schädliche Produkte von dem Boom profitieren. Wichtiger ist aber, daß der Verdrängungswettbewerb einem Genre zum Verhängnis wurde, über dessen erzieherischen Wert sich die Pädagogen seit langem einig sind: eben die Märchen- oder überhaupt Erzählplatte. Das trifft vor allem die Allerkleinsten, denn für diese ist der Hörsinn, was die Herausbildung der Psyche betrifft, noch wichtiger als der Sehsinn. Was sie sehen, verstehen sie oft noch gar nicht; was sie aber hören, das prägt sich ihnen tief ein, auch wenn es sich dabei vielfach noch um den puren Klang und um bloße Wortmodulation handelt.

Vom Struwwelpeter bis zur neuen Hexe Schrumpeldei

Welche Aufgaben hatte denn die Kinder- und Jugendschallplatte? In erster Linie sollte sie natürlich unterhalten und belehren. Doch in unseren Tagen der einsamen Kinderzimmer, wo Eltern oftmals nicht die nötige Zeit für ihre Sprößlinge aufbringen, fungierte die Ton-Konserve auch als synthetischer Eltern-, Großeltern-, Onkel- und Tantenersatz. Sie diente zur Steigerung des kindlichen Lebensgefühls, während die Kassette leider nur allzu oft bloßen Lärm bietet und die psychologisch diffizilen Hörspielvorlagen auf schlichte Action-Höhepunkte reduziert.

Glücklicherweise gibt es unter den Hörkassetten, die gewissermaßen die Nachfolge der guten alten Erzählplatte angetreten haben, durchaus auch Gemächliches, wie das Programm des derzeitigen Marktführers, „Miller International" aus Quickborn bei Hamburg, zeigt. Durch Zusammenarbeit mit dem Spielzeughersteller Matell konnte Miller für 1986 einen Gesamtabsatz von rund 14 Millionen Hörspiel- und Musikkassetten erreichen, was eine Umsatzsteigerung von 49,9 Millionen Mark auf runde 53 Millionen Mark ausmacht. Allein von der Hörspielserie TKKG werden in diesem Jahr voraussichtlich 2,7 Millionen Kassetten verkauft werden. Das sind 700 000 mehr als im Vorjahr. Wobei die sechs vom ZDF gesendeten TKKG-Folgen, der 1987 weitere folgen sollen, als Werbeträger für das Kassettenprodukt fungiert haben. Überhaupt ist das Kartell „Fernsehen/Hörfunk/Kassette" dem anderen Kartell „Buch/Kassette" weit überlegen, was freilich niemand wundert.

Was bei Miller International 1965 mit dem legendären „Struwwelpeter" bescheiden anfing, hat sich Anno 86 zu einem weitverzweigten Netzwerk der Angebote entwickelt. Und es gibt, wie gesagt, nicht nur action-geladene Anspannung – auch eindeutige *Ent*-Spannung wurde in über fünfzig Serien in den letzten 21 Jahren geboten, angefangen mit „Heidis Bergabenteuer" über Pinocchio, das Schloßgespenst Hui-Buh, über die Hexe Schrumpeldei und Karl May bis hin zu aktuellen Seriengestalten.

Am erfolgreichsten waren freilich die durchaus anspannenden Detektivgeschichten der „Drei ???" mit 12,3 Millionen Kassetten, gefolgt von der hauseigenen TKKG-Bande, die es auf rund 8,4 Millionen brachte. Enid Blytons Oldie-Serie „Fünf Freunde" sind die Kinderlieblinge Nummer drei – mit 7,3 Millionen verkauften Exemplaren. Bei den Kleineren ist es „Flitze Feuerzahn" (in zwei Jahren wurden 2,5 Millionen Kassetten unters Kindervolk gebracht) und seit kurzem „Regina Regenbogen", die umweltbewußte Farbenprinzessin aus dem Hause Matell. Beide Figuren streiten mit den im gleichen Hause entwickelten „Masters of the Universe" und der „Princess of power" um das Ohr und die Gunst der kleinen und größeren Kinder.

Härtester Konkurrent von „Miller International" ist EMI mit dem nervösen Kicherkobold Pumuckl (49 Kassetten in 18 Jahren) und „Teldec" mit dem sprechenden Elefantenbaby „Benjamin Blümchen" und dem Hexenmädel „Bibi Bloxberg". Hart bedrängt werden die Großen gerade in diesen vorweihnachtlichen Tagen durch neue Produkte der Firmen Ariola-Express, Polygram, CBS und des Münchner Schneider-Jugendbuchverlags, der sich über den bisher weitestgehend verschont gebliebenen Buchhandel eine Scheibe des Taschengeldkuchens der Jugendlichen abschneiden möchte.

Ein ganz anderes Repertoire bieten die Labels „Deutsche Grammophon-Junior" und „Deutsche Grammophon für Kinder" aus dem Hause Polygram Klassik. Lothar Beisenherz, Produzent bei der DG auf dem Juniorsektor, meint: „Diese Superreihengeschichten machen wir nicht mit. Das spielt sich auf dem Billigpreissektor ab, der inzwischen neunzig Prozent des Kindertonträgermarktes ausmacht. Wir produzieren oftmals in Zusammenarbeit mit den Hörfunkanstalten einzelne Hörspiele für Kinder zwischen fünf und zehn Jahren, die sie nicht vom Intellekt und der Konzentration überfordern. Dabei greifen wir gern Stoffe aus dem Bereich der Kinderliteratur auf, wie Gudrun Mebs „Sonntagskind", für das die Autorin den Deutschen Kinderbuchpreis erhielt." Die Waisenkindgeschichte mit Happy-End ist eine der vier aktuellen Neuerscheinungen der DG und in Zusammenarbeit mit dem WDR entstanden.

Mit Qualität kann man nicht früh genug anfangen

Zudem gibt es eine neue Geschichte von „Janosch" – „Ich mach dich gesund, sagte der Bär" –, erzählt von Siegfried Wischnewski; Helme Heine läßt für die bis zu Vierjährigen seine „Drei kleinen Freunde" aufmarschieren, und für die Größeren wurde eine neue Folge der Serie „Wir entdecken Komponisten", diesmal Anton Dvořák, aufgenommen. Erzählt von Will Quadflieg und angereichert mit Klassikbeispielen international renommierter Instrumentalisten und Orchester. In historischen Begebenheiten, Erinnerungen und Szenen wird unterhaltend und humorvoll das Leben von bisher 18 klassischen Musikerpersönlichkeiten geschildert. Vielleicht dienen diese Komponistenporträts den Jugendlichen als „Einstiegsdroge" in die Welt der klassischen Musik.

Leider werden die Kinder und Jugendlichen vielfach noch unterschätzt und mit Billig-Aktionen überschwemmt. Auch wenn viele Erwachsene glauben, daß ihre Kinder „noch nicht" in der Lage wären, sich auch mal mit ernsteren Themen auseinanderzusetzen – erfahrene Pädagogen vertreten meistens eine andere Meinung. Man kann mit anspruchsvollen Sachen nicht früh genug anfangen. Ein gutes Beispiel dafür ist Guus Kuijers Geschichte „Erzähl mir von Oma", wo es um die Thematik Todesfall in der Familie geht. Behutsam entwickelt der niederländische Autor in natürlicher Unterhaltung zwischen dem Opa und der Enkelin Maslief noch einmal Omas Leben. Der pädagogische Effekt ist groß.

Doch solange Eltern nur *en passant* beim Tanken oder beim Supermarkteinkauf schnell noch eine Kassette für die lieben Kleinen mitnehmen, wird sich die Lage kaum bessern. Mitarbeit und sorgfältiger Einkauf seitens der Eltern sind gefragt.

ROLF PETERS

Berliner Premieren: Bonds „Gerettet" und Mishimas „Madame de Sade"

Menschen gehen sich an die Gurgel

Berlins Bühnen werden vorweihnachtlich emsig. Premieren jagen sich. Fröhlichkeit oder Frieden aber herrschen auf der Szene nicht. Wohin man blickt gehen sich Menschen an die Gurgel. Das Thema Gewalt steht auf dem Feiertagsprogramm.

Erst hatte Hans Neuenfels, der neue Direktor der Freien Volksbühne, Elisabeth Trissenaar, als „Elektra" des Euripides, durch antike Blutströme waten lassen. Zwei Abende später setzt er, wieder unter eigener Regie, des Briten Edward Bonds psychologischen Schocker, „Gerettet", in Szene.

Die szenische Montage menschlicher Verlorenheit, diese krasse Zeitbeschreibung einer total richtungslos gewordenen, barbarisch brutal sich gebärdenden Großstadtjugend war, als das Stück in London vor 20 Jahren erschien, wie ein blutiger Schock. Der damals noch amtierende, königliche Zensor verbot es sofort.

In München, wenig später, hatte der damals noch blutjunge Peter Stein mit „Gerettet" seinen ersten phänomenalen Erfolg. Dies war und ist eine schier entsetzliche Zustandsbestimmung. Die Menschen schlafen miteinander. Sie können miteinander reden nicht. Sie alle sind arme Schweine. Aus Langweile und Unmut an sich selber werden sie in räudiger Gruppe zu Kindsmördern und Babysteinigern. Auf offener Szene zertreten und zerdeppern sie ein Neugeborenes. Entsetzlich!

Neuenfels läßt das grauenhafte Stück jetzt wieder spielen. Wahrscheinlich auch, um seine neue Bühnenmannschaft sich bewähren zu lassen. Er zieht die Handlung der Dürftigkeit über fast vier Stunden. Die Übersetzung, die er nutzt, ist diesmal hochdeutsch. Dadurch wirkt die ruppige Fäkalsprache Bonds geglättet, eher oft blutlos.

Er läßt auf der schön dürftig bestellten Szene unendlich lange Gänge erfolgen. Er zieht Bonds schnelle und schlagfertige Beweisführung in eine zusätzlich quälende Langatmigkeit. Der alte Schock ist dem Stück ausgetrieben. Warum Neuenfels es jetzt, nach so langer Zeit, wieder spielen läßt, ist kaum einsehbar. Nur ein paar Dutzend Entsetzte verließen diesmal, protestierend, den Saal. Früher waren es viel mehr. Langatmigkeit tötet den alten Schrecken. Betroffenheit stellt sich kaum ein. Trotzdem langanhaltender Beifall. Hoffentlich bleibt Neuenfels selber skeptisch.

Tags zuvor in der Werkstatt des Schillertheaters eine schier arglose (damit verglichen) amüsante, wirklich anrührende Extravaganz. Rosemarie Fendel inszeniert des literarischen Machtmenschen, Yukio Mishima, Vignette über die „Madame de Sade", das erfundene Schicksal der leidvollen Gattin des Erfinders des Sadismus in der Zeit der französischen Revolution.

Auch das kein Zuckerschlecken – aber doch eine geistvoll historisierende Bühnenerfindung. De Sade sitzt tief im Loch. Er ist in eine Irrenanstalt verbannt. Ein Halbdutzend Frauen aus seiner feudalen Familie sitzen derweil in einem schönen Rokoko-Schloß. Sie warten getreulich auf die Freilassung des Verworfenen. Sie alle waren ihm verfallen, haben die Ehe der armen Madame des Sade lustvoll und schrecklich geschändet. Sie selber wartet, treu wie eine stolze Kriegergattin, auf die Heimkehr des Verruchten. Als er endlich eintritt, will sie ihn nicht sehen.

Das ist von zum Teil hanebüchen anrüchigen Liebeserinnerungen an den schrecklichen Peitschenbaron immer wieder amüsant durchsetzt. In feiner Konversation werden hier auch die anstößigsten Dinge verlautbart und geschildert. Aber der Oberton dieses Konservationsstückes unter den sechs Weibern bleibt immer erträglich. Ein Wüstling wird dialogisch fast gar sympathisch. Dieser Gegeneffekt macht die kleine Lust der historischen Vignette aus.

Gespielt wird das von der Damenriege des Schillerensembles süperb. Eva-Katharina Schultz, Maria Hartmann, Uta Halland, die erotisch und modisch auftrumpfende Dagmar von Thomas, Charlotte Joergens und vor allem die wunderbar innig und defensiv agierende Tatja Seibt machen die japanische Bühnenerfindung zu einem kleinen, immer hübsch anrüchigen Zuckerschlecken. Unseren lieben Feministinnen allerdings dürfte diese Variation über die Lust an der männlichen Macht und dessen sündige Herrlichkeit eher übel aufstoßen.

Die aber waren offenbar zu der genüßichen Premiere gar nicht erschienen. Der Erfolg für Frau Fendel und ihre sechs exquisiten Bühnenopfer des üblen Grafen de Sade war enorm.

FRIEDRICH LUFT



Vier Babyschänder: Martin Diekow, Olaf Schmidt, Frank Schendler und Hermann Schmidt-Rahmer (v. l.) in Bonds „Gerettet" FOTO: BINDER/THIELE



Kommt beim raschen Frontwechsel kaum mit dem Umkleiden nach: Volker Spengler als Fouché in der Nürnberger Aufführung FOTO: CLAUS FELIX

Nürnberg: R. Schneiders Stück „Joseph Fouché"

Minister in Unterhosen

Offenbar als Kontrast zum populärsten Nürnberger Ereignis, dem bunt durchstrahlten, gewürzdurchwehten „Christkindlasmarkt", reißen die Kammerspiele ein ziemlich kindisches Stück ihres Ostberliner Dramaturgen Rolf Schneider auf, das Hans-Christof Stenzel mit allen Anzeichen von manisch-progressivem Irresein inszeniert wie den vulgärsten Flohmarkt eines reichen Theaters von vorgestern. „Joseph Fouché, zu dienen" ist als Ein-Mann-Komödie gedacht über den von Historikern so verachteten Politiker vor, während und nach Napoleon. Gespielt, wird sie zu einer Anderthalb-Personen-Tragödie der Publikumsbelästigung. Mit einer nach der Hamburger Prostituierten „Domenica" benannten Rolle, die von der realen Frau bis zur abstrakten Parole beliebige Textstellen mimisch bedient (Beatrix Cameron).

Wie spaßig-mies der zwischen literarischer Parodie und Aufbau-Pointen des entwickelten Sozialismus groß gewordene Schneider seinen Fouché angelegt haben will, zeigen zunächst überdeutlich die an die Hinterwand projizierten Phallus-Karikaturen (feudale Politik = Porno!). Die Souffleuse an der Rampe ist als Politesse verkleidet (Fortsetzung von Fouchés Polizei mit weicheren Mitteln!). Aber erst der Schauplatz: Vollgestopft mit Zeug, das sich symbolisch abquält und auch noch aktuellen Polit-Ehrgeiz hat, wie das rot aufgesprühte „weiter so, Fouché!" nur allzu kläglich verrät. Im Gerümpel gesichtet: Sternenbanner, Union Jack, Sowjetflagge, Brutkasten mit Rotlicht, kaputte Schaufensterpuppen, Breitbett mit blutroter Kuhle, Flaschen, Heizröhre, Stehpult, Garderobenständer, Rollstühle usw. Wie wenn der Ausstatter Pott Schmidt statt Joseph Fouché „großer Fasching" verstanden hätte. (Die Theaterzeiten, als man freudig eine Bedeutungsgeschichte aus den Requisiten nachbuchstabierte, sind vorbei).

Gerechterweise muß dem anderthalbstündigen Monolog bestätigt werden: Er hält sich genau an die historische Anwanzerei Fouchés (teilweise vor und zurück) bei Carnot, Robespierre, Barras, Napoleon, Ludwig VIII. bis zum frömmelnden Ende. Doch wird auf der langen Kriechspur Priesterlehrer – Kirchenplünderer – Kommunist – Polizist – Millionär – Herzog immer nur die Clownerie des erbärmlichen Überläufers ausgespielt. Daß er nicht bloß Diener, sondern zeitweilig Herr der Geschichte Frankreichs gewesen ist und warum, wird als bekannt vorausgesetzt.

Den selbstbewußt in die Hüften gestemmten Händen des Autors entspricht im Nürnberger Theaterheft die bis unter Kinn herausgestreckte Zunge des Schauspielers Volker Spengler. Ihm hängt als Fouché offensichtlich noch die Film-Zeit bei Rainer Werner Faßbinder an. Er spielt natürlich nicht die Rolle, sondern seinen unflätig-grotesken Kommentar zu ihr. Selbstverständlich in Unterhosen, manchmal barbeinig, manchmal in Kombinationen, als käme er bei so raschen Frontwechseln nicht mit dem Umkleiden nach.

Im Krächzen, Brüllen, Grimassieren, Gestikulieren hält er sich wohl an das erste kommunistische Manifest – es stammt nicht von Marx, sondern von Fouché, der 1793 in den berüchtigten „Instructions" von Lyon bekannt gab: „Alles ist denen erlaubt, die im Sinne der Revolution handeln". Demgemäß macht Spengler, eine verkorkste Theaterrevolution nachholend, aus Fouché einen Schachterlteufel des Opportunismus. Und um auf Teufel komm raus noch das Dämlichste reinzuzwingen, nämlich „Aktualität", klaubt er plötzlich einen „Fledermausknödel aus Dachau" auf, oder er murmelt etwas von „diesem unseren Lande". Wenn er zum spöttisch-feierlichen Schluß an die erste Reihe Cocktail-Tomaten verteilt, hat man nicht einmal Lust, sie ebenso spöttisch umzufunktionieren und zurückzuwerfen.

„Kunst braucht Zeit und Vertrauen", steht als Mahnung Heiner Müllers am Theatereingang. Aber was tun mit einem Kunst-Anspruch, der beides verplempert, verblödelt, verjuxt? Und der einen in die Arme jener Dame treibt, die bleich und fassungslos am Ausgang steht und nur noch stammeln kann: „O mei!"

ARMIN EICHHOLZ

Die nächsten Aufführungen: 20., 21., 26., 27. Dezember. Kartenbüro: 0911/163808)

Bielefeld: „Frau ohne Schatten" unter John Dew

Küchendunst bei Baraks

Am Schluß der „Frau ohne Schatten", wenn sich Kaiserin und Kaiser, Färbers Weib und Färber immer höher hinaufsingen ins jubelnde C-Dur-Finalquartett, sich die Stimmen der Ungeborenen vernehmen lassen, sieht man in John Dews Bielefelder Inszenierung des Stücks schon die Bäuche der Damen schwellen. Sie greifen zum Strickzeug, und in Dews Zeitraffer kann man sogar noch einen Blick ins Wöchnerinnen-Zimmer werfen.

John Dew, der Bad Boy der Oper in diesem Lande, hat also wieder zugeschlagen, das Premierenpublikum heult auf, die Dew-Gemeinde, die es ja gibt, ist entzückt: Provinzskandal. Nun muß man John Dew ein paar Dinge lassen: Seine Pamphlete auf Oper sind noch um einiges treffender, giftiger, gemeiner, verletzender als die von so saturierten Schockern wie etwa Neuenfels. Dew hält sich gar nicht mit Kunst-Vorbehalten auf. Wenn er in Fahrt kommt, dann Gnade den Autoren! Bei diesem Stück, bei dem Hofmannsthal wie Strauss die gedachte Erhabenheit ja doch um eine Länge verfehlt haben, inhaltlich über ein opulentes Märchen mit einer verquasten Fruchtbarkeits- und Psycho-Symbolik nicht hinausgekommen sind, fällt Dew viel ein. Da decouvriert und denunziert er mit ätzender Schärfe.

Und zeigt doch auch, daß er konzentriert inszenieren kann. Da sitzen Barak und sein Weib am Wohnküchentisch, sie wendet sich ab, er streckt die Hand zu Versöhnung aus, die Musik malt in den schmerzlichsten Harmonien, durchbebt und durchzuckt die Frau, aber sie kann sich doch nicht umwenden und die ihr sich bietende Hand ergreifen. Das ist großes Musiktheater, was Dew in solchen Momenten gelingt.

Gelingt gegen seine Manier, die Handlung in die Trivialitäten von heute zu übersetzen. Im Finale des ersten Aktes glotzt Baraks Weib auf die Ziehung der Lottozahlen im Fernsehen, während sich ihr Mann um sie bemüht, und wenn dann Hofmannsthals Stadtwächter von draußen ihr Hohelied auf die Gattenliebe anstimmen, dann beginnt in Dews TV prompt das Wort zum Sonntag. Das ist billig; recht ist es nicht.

Edward Kienholz wird vom Bühnenbildner Gottfried Pilz heftig umarmt. Der Dirigent Rainer Koch kreiert mit Anstand so etwas wie eine Bielefelder Besetzung der „Frau ohne Schatten" – denn natürlich muß er das Orchester reduzieren –, und die Protagonisten Cynthia Makris (Kaiserin), Klara Barlow (Baraks Weib), Hans-Dieter Bader (Kaiser) und Monte Jaffe (Barak) sind für ein Theater dieser Größenordnung ganz vortrefflich. Es hätte der Ablenkung nicht bedurft.

Bth.

Weitere Aufführung: 21.12., Karten: 0521/177077

JOURNAL

Antikensammlung der Kieler Universität

dpa, Kiel

Die Antikensammlung der Kieler Universität ist nach zweijähriger Schließung in der erweiterten Kunsthalle vergrößert wiedereröffnet worden. Erstmals in ihrer 143jährigen Geschichte zeigt sie ihren reichen Bestand an Originalen von rund 700 Vasen, Skulpturen und Kleinkunstobjekten, die gleichgewichtig neben monumentalen Abgüssen von wichtigen griechischen und römischen Skulpturen stehen. Schwerpunkt ist die Darstellung griechischer Mythologie.

Hemingway-Witwe gab Manuskripte nach Boston

dpa/UPI, New York

Mary Hemingway hat die Manuskripte ihres Mannes der John F. Kennedy Bibliothek in Boston vermacht. Das Testament der am 27. November gestorbenen Witwe von Ernest Hemingway – sie war seine vierte Frau – sieht außerdem vor, daß die Bibliothek die Kunstsammlung und Bücher der Hemingways erhält. Der Großteil des vererbten Geldes in Höhe von bis zu drei Millionen Dollar geht an soziale, wissenschaftliche oder Tierschutzeinrichtungen.

Wiener Festwochen '87 mit Placido Domingo

dpa, Wien

Ein kostenloses Freiluft-Konzert von Placido Domingo vor dem Wiener Rathaus wird nur ein Höhepunkt der Wiener Festwochen 1987 vom 9. Mai bis 14. Juni sein. Das Musikprogramm bietet eine Folge hochwertig besetzter Konzerte und gedenkt besonders des 200. Todestag von Christoph Willibald Gluck und des 50. Todestags von Maurice Ravel. Im Theaterbereich sind zwei Uraufführungen vorgesehen: Das Burgtheater bringt Herbert Achternbuschs „An der Donau" auf die Bühne und das englische Theater Edward Albees „Marriage Play", das der Autor selbst inszeniert. Hans Neuenfels zeigt Edward Bonds Stück „Trauer zu früh" sowie zwei seiner Inszenierungen von der Freien Volksbühne Berlin. Ein Gastspiel von Giorgio Strehlers Pariser „Dreigroschenoper" ist ein weiterer Programmpunkt.

Ein Fürst der Königin von Saba wird restauriert

dpa, Mainz

Ein geheimnisumwittertes Zeugnis aus dem Reich der legendären Königin von Saba, dem heutigen Nord-Jemen, befindet sich seit einigen Wochen in der Obhut der Experten am Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz: Die Bronzestatue des Fürsten Ma'ad Karib soll dort nicht nur restauriert, sondern auch erforscht werden. Die mehr als 2000 Jahre alte, etwa 90 Zentimeter hohe Figur zeigt einen mit allen Zeichen fürstlicher Macht und Würde seiner Zeit ausgestatteten Mann. Wahrscheinlich war die Figur eine Weihegabe an den Mondgott Almaqua, von Anhängern des Fürsten in Auftrag gegeben.

Florenz: „Meisterwerke und Restaurierung"

dpa, Florenz

Über 100 italienische Meisterwerke namhafter Künster, darunter von Giotto, Tizian, Donatello, Piero della Francesca und Sansovino, sind im Rahmen einer großen Ausstellung in Palazzo Vecchio in Florenz zu sehen. Die bis zum 26. April geöffnete Schau soll dokumentieren, daß die Arno-Stadt ein Zentrum der Restaurierungskunst ist. Viele der gezeigten Werke sind in jüngster Zeit von Restauratoren bearbeitet worden, sie werden Bildern und Skulpturen gegenübergestellt, die noch restauriert werden müssen. Die Schau gilt als ein Höhepunkt der Veranstaltungen in Florenz, der europäischen Kulturhauptstadt '86.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Die Kurden haben keine Freunde, sagt ein altes kurdisches Sprichwort, und der US-Agent Marlik zählt auch nicht dazu. Er ist vielmehr hier, um den Krisenherd Kurdistan im Vielstaatengebiet zu beobachten. Als der Senator McMahon, ein überzeugter Pazifist, für den Weltfrieden die Geheimnisse seines Vaterlandes Amerika an die Sowjets verraten will und zu diesem Zweck die Grenze zwischen der Türkei und der Sowjetunion im Gebiet der Kurden überschreiten will, ist natürlich Marlik gefordert. George Halban, Major der US-Armee und Militärberater des türkischen Generalstabs, hat in dem Buch eine Reihe seiner Erfahrungen und eine Menge seines Wissens verarbeitet, so daß die etwas müde Story an Tiefe gewinnt. Wenn man auch zum Ende den Eindruck hat, man habe Vergleichbares schon öfters gelesen.

Ho.

George Halban: „Marlik, der Wolf", Piper, 256 S., 9,80 Mark.

In Stuttgart lacht niemand mehr über den Maikäfer

HARALD GÜNTER, **Stuttgart**

Wer die Autobahn Karlsruhe-Mannheim befährt, passiert nicht nur das Hockenheimer Motodrom, sondern auch den Hardtwald, ein ausgedehntes Kiefernforstgebiet von mediterranem Charme. Mannhaft hatten die knorrigen Koniferen bisher allen schädlichen Umwelteinflüssen getrotzt. Jetzt greift auch hier das Waldsterben um sich. Nur: Schuld daran sind weder saurer Regen noch Ozon. Melolontha, der Maikäfer ist's, der im Hardtwald wütet.

„Die Lage", sagt Peter Weidenbach, Waldschutzbeauftragter im Stuttgarter Umweltministerium, „ist sehr ernst." Ernst genug, um neben dem Ministerium, der Forstlichen Lehr- und Forschungsanstalt Freiburg und den zuständigen Forstämtern auch den Stuttgarter Landtag zu beschäftigen. Ein FDP-Abgeordneter hatte das Thema zum Politikum gemacht, nachdem er vor gut einem Monat während eines Spaziergangs nördlich von Karlsruhe auf einem Quadratmeter Boden 135 vollgefressene Maikäferlarven, das 30fache der „kritischen" Populationsmenge, ausgebuddelt hatte. Doch seine Warnungen vor einem die Luftschadstoffe in der Wirkung noch übertreffendes Gefahrenpotential kam im Parlament zunächst nur als Satire an: Mit Datum vom 11. 11. beantragten die Grünen eine aktuelle Debatte über den Maikäfer und die FDP in Baden-Württemberg. Untertitel: „Konsequenzen für die Neufassung der Roten Liste aussterbender Spezies".

Inzwischen lacht in Stuttgart niemand mehr über die Entdeckung des liberalen Waldläufers. Der Maikäfer, ein im Liedgut der Menschen geradezu mystisch verklärter Kulturschädling, der in den sechziger Jahren fast ausgerottet schien, entwickelt sich in Teilen Nordbadens zur Landplage. Im nächsten Jahr wird sein Bestand so groß wie nie zuvor sein.

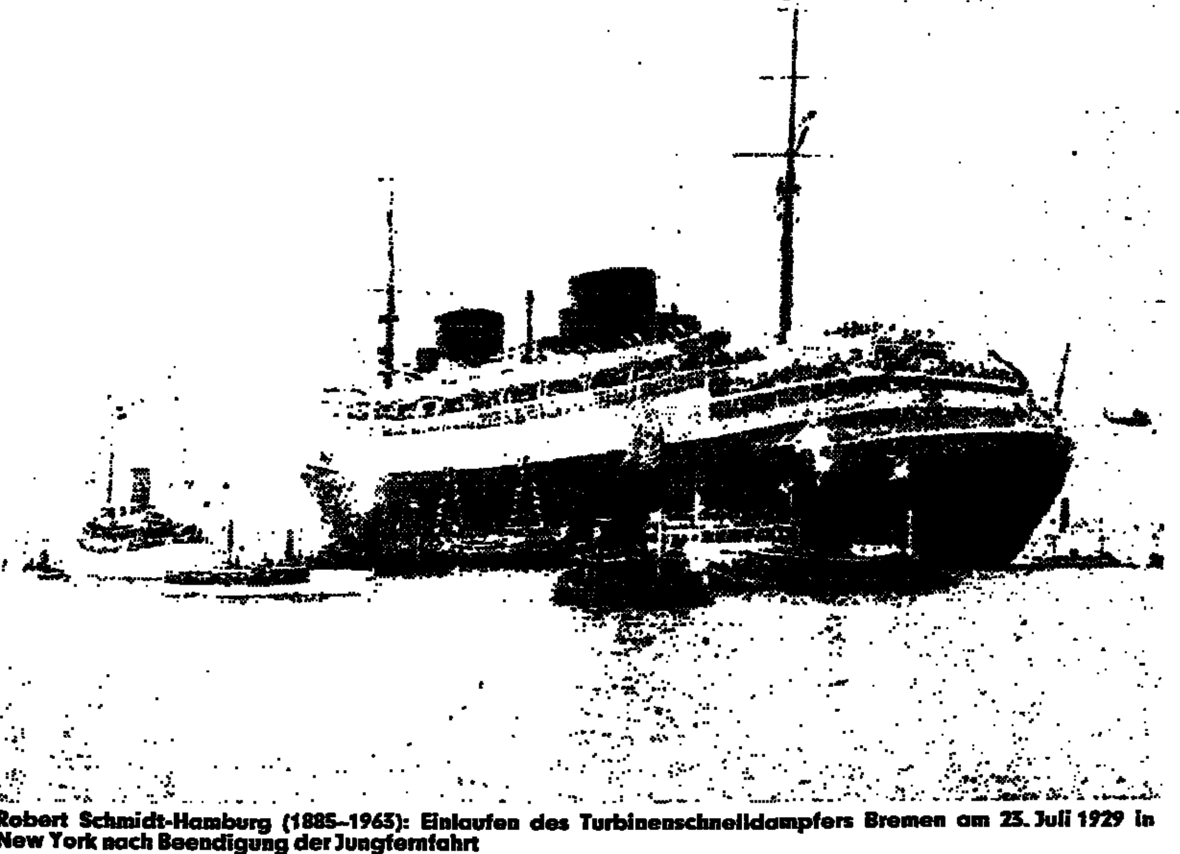
Dabei ist weniger der fertige Käfer das Problem. Der Kahlschlag, den er bei Laubbäumen anrichtet, ist zwar unschön, aber nicht tödlich. Anders das unterirdische Vernichtungswerk der Larve: Im Verlauf ihres vierjährigen Entwicklungszyklus lebt sie von jungem Wurzelwerk. Wenn die Masse der Engerlinge, die jetzt im dritten Jahr stehen, zu Maikäfern werden und ihrerseits neue Larven aussetzen, so warnte jüngst der Rastatter Oberforstrat Jürgen Hauck, müsse in der befallenen Region „die Forstwirtschaft praktisch eingestellt werden".

Auch im Stuttgarter Umweltministerium befürchtet man, daß sich das Problem mit der nächsten Käfergeneration potenziert. Bereits jetzt macht die „Befallfläche" ein Zehntel des rund 10 000 Hektar großen Hardtwaldes aus. Mehrere nachwachsende Kulturen, aber auch 20 bis 30 Jahre alte Kiefern sind dem großen Fressen unter der Erde schon zum Opfer gefallen. Aber auch das für Aufbau und Pflege des Waldes so wichtige Unterholz ist stark in Mitleidenschaft gezogen. Nun rechnet Waldschutzreferent Weidenbach mit einer „flächenhaften Ausbreitung massiver Schäden" bis hin zum Totalverlust.

In seiner Parlamentsinitiative hatte Hans Albrecht, der FDP-Abgeordnete, die Regierung aufgefordert, „zu handeln, um einem Übergreifen dieser ernsten Gefahr vorzubeugen". Auf die Antwort darf man gespannt sein: Die befallenen Wälder liegen im Wasserschutzgebiet und sind daher für den Einsatz chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel tabu.



Heinrich Martin Krabbé (1860–1931): Ausbessern von Signalflaggen an Deck eines niederländischen Kriegsschiffes um 1895



Robert Schmidt-Hamburg (1885–1963): Einlaufen des Turbinenschnelldampfers Bremen am 23. Juli 1929 in New York nach Beendigung der Jungfernfahrt

Eine Hommage an vier Jahrhunderte Seefahrt

Die im tiefsten Binnenland gelegene Bundeshauptstadt erweist der Schiffahrt Referenz: Unter dem Titel „Seefahrt und Geschichte" stellte das Deutsche Marine Institut eine Kunstausstellung zusammen, die einen historischen wie künstlerischen Querschnitt durch vier Jahrhunderte Seefahrt vermittelt.

214 Gemälde, 32 Schiffsmodelle und 37 maritime Objekte gehören zu dieser einmaligen Ausstellung, die bis zum 15. Januar im Foyer des Bonner Wissenschaftszentrums (Ahrstraße) bei freiem Eintritt geöffnet ist (montags bis sonntags von 10 bis 17, donnerstags bis 18 Uhr; 24./25. sowie 31. Dezember und am 1. Januar geschlossen).

Alle Exponate – die Versicherungssumme wird aus verständlichen Gründen nicht genannt – sind Leihgaben zum Beispiel großer niederländischer Museen sowie des Deutschen Schiffahrtsmuseums Bremerhaven, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Bundeswehr. Auch großzügige private Leihgaben bereichern diese Kunstausstellung, die von den Experten in zehn chronologisch geordnete Abteilungen gegliedert ist.

Zu diesen Glanzstücken gehören die „Knochenschiffe" aus der Sammlung Peter Tamm, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG. Die fast schneeweißen Modelle, die in der Nachbildung der Korvetten und Fregatten sogar kleinste Gegenstände an Bord exakt zeigen, wurden von Matrosen in jahrelanger Arbeit aus Knochen „gebastelt" – damals eine Arbeit, um die Langeweile zu verkürzen, heute rare Kunstwerke, gehütet und gepflegt vom Sammler in Hamburg. Vor allem die winzigsten Fäden als laufendes Gut (Taue und Seile), die Decksplanken, die Rümpfe und das Zierrat sind bestaunenswert.

In Glasvitrinen auch historische Schiffbaupläne und maritime Bücher aus den Niederlanden, silberne Tafelaufsätze (unter anderem als Taufgeschenk der Hansestadt Hamburg an den jüngsten Sohn des damaligen Großadmirals Prinz Heinrich von Preußen; 1900), eine Galionsfigur der Kaiserjacht „Hohenzollern" (1882) und an den Wänden Gemälde und Zeichnungen von Windjammern und Ozeanriesen.

Die Kunstausstellung in Bonn will weniger an die Romantik der Schifffahrt erinnern, sondern vielmehr die Abhängigkeit auch der Bundesrepublik von der See verdeutlichen.

HEINZ KLUGE-LÜBKE

LEUTE HEUTE

O Tannenbaum

Weihnachten wird für Bonns politische Prominenz ein „Fest der Familie". **Richard von Weizsäcker** und **Helmut Kohl** verbringen die Festtage mit Frau und Kindern, der Präsident in seinem Ferienhaus in Bad Tölz, der Kanzler zu Hause in Oggersheim. Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher** (FDP) hat zum Fest auf jede Reise verzichtet. Er wird mit Familie und seiner Mutter am Heiligen Abend zu Hause sein. Auch die meisten anderen Mitglieder des Bundeskabinetts bleiben über die Feiertage im Lande. Alle Politiker feiern unter dem Tannenbaum, der meist eine deutsche Fichte ist. Erholung steht ganz oben an auf dem Wunschzettel für die Festtage. Das Essen scheint für Politiker keine besondere Bedeutung zu haben, niemand will an Gewicht zunehmen. Bundeswirtschaftsminister **Martin Bangemann** (FDP) bevorzugt zu Weihnachten ebenfalls die eigenen vier Wände. Anschließend will er mit seiner Familie einige Tage „Urlaub im Ausland" machen. Den SPD-Vorsitzenden **Willy Brandt** zieht es hingegen mit Ehefrau in das eigene Ferienhaus nach Südfrankreich. SPD-Fraktionsvorsitzender **Hans-Jochen Vogel** will im Bayerischen Wald Erholung suchen: „Ich hoffe auf Schnee." Bundestagsvizepräsidentin **Annemarie Renger** (SPD) bleibt in ihrem Heim am Rhein. Sie erwartet ihren Sohn mit Frau und drei Enkelkindern. Nach Weihnachten wollen sie gemeinsam zum Tegernsee. Auch Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** (CDU) will das Weihnachtsfest mit der Familie verbringen. Der CSU-Vorsitzende **Franz Josef Strauß** bleibt Weihnachten in Bayern – Christbaum und Kirchenbesuch gehören dazu.

Wollen Angeklagte Prozeß verschleppen oder sich endlich offenbaren?

Euthanasie-Prozeß gegen zwei Ärzte / Rätselraten über unverhoffte Redseligkeit

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

37 Verhandlungstage lang haben die beiden Angeklagten zur Sache geschwiegen. Mit ungeheurer Geduld hat die 22. große Strafkammer des Frankfurter Landgerichts seit Januar 1986 dennoch versucht, Recht zu finden, Gerechtigkeit walten zu lassen für zwei Ärzte, denen die Anklage immerhin die Beteiligung an der Ermordung Zehntausender von Geisteskranken in der NS-Zeit vorwirft. Doch nun, nachdem die Aussagen Dutzender noch lebender oder bereits verstorbener Zeugen ein Bild der Ereignisse von damals ermöglicht haben, beginnen die Angeklagten zu reden. So ausführlich, ja fast ausufernd, daß zum ersten Mal ein Prozeß im Zusammenhang mit NS-Verbrechen wegen der Redseligkeit der Angeklagten in die Gefahr des Platzens gerät.

Das Verfahren gegen die beiden heute 72jährigen Frauenärzte Aquilin Ullrich aus Stuttgart und Heinrich Bunke aus Celle beschäftigt die Justiz seit 19 Jahren (die WELT berichtete mehrfach darüber). Sie sollen in den Jahren 1940/41 an der Euthanasie-Aktion „T 4" zur planmäßigen Tötung von Geisteskranken beteiligt gewesen sein, mit der sich seinerzeit das Regime „unnütze Esser" vom Halse schaffen wollte. Beide verteidigen sich seit über 20 Jahren mit dem Argument, sie hätten an die Rechtmäßgkeit der Aktion geglaubt, da es sich um einen Führerbefehl und um „unheilbar Kranke" gehandelt habe. Ein Freispruch von 1967 wurde vom Bundesgerichtshof aufgehoben, ein zweiter Prozeß scheiterte 1972 an der Verhandlungsunfähigkeit der beiden Angeklagten.

Um diesen dritten Prozeß ja nicht scheitern zu lassen, verhandelt das Gericht nur einmal in der Woche je zwei Stunden lang. Ein Arzt ist ständig dabei. Zeitweise wurde es mit dem Gesundheitszustand Bunkes kritisch. Da fuhr das Gericht an sein Krankenbett. Im Oktober kam endlich ein Ende des Verfahrens in Sicht. Die Beweisaufnahme wurde abgeschlossen. Staatsanwälte und Verteidiger sollten plädieren. Noch vor Weihnachten, so hoffte man, sollte das Urteil gesprochen werden.

Doch davon ist nicht mehr die Rede. Plötzlich erklärte Aquilin Ullrich, er wolle jetzt reden. Seit drei Verhandlungstagen erzählt er nun. Sein Leben, das Leben eines in vielerlei Hinsicht typischen deutschen Zeitgenossen. Er ist jetzt erst beim Jahre 1938. Schüler- und Studentenjahre, Hitler-Jugend, Medizinstudium. Verlobung, Streit mit den zukünftigen Schwiegereltern wegen der unterschiedlichen Konfession. Endlose Details, Nebensächliches, Gefühle, Weltanschauliches von damals und heute, Parolen, Erklärungen – aber (noch) keine Spur von Selbstkritik, Distanz zur eigenen Vergangenheit, Nachdenklichkeit.

Noch wird es Stunden dauern, bis er in dieser Chronologie bei den ihm vorgeworfenen Dingen angelangt ist, bei den schrecklichen Szenen der ersten planmäßigen Vergasungsaktionen des NS-Regimes. Noch weiß niemand, ob sein beinahe phänomenales Gedächtnis (von schriftlichen Aufzeichnungen gestützt) auch bis in diese Bereiche hinein funktionieren wird. Offen ist auch, ob auch Bunke – er hat es angekündigt – so ausführlich reden will. Vor allem aber ist völlig unklar, warum die beiden dies jetzt tun. Viele Beobachter glauben an einen Versuch der Prozeßverschleppung. Oder bricht es bei ihnen nach jahrelangem Schweigen einfach heraus: Endlich reden, sich offenbaren, sich rechtfertigen?

Eine Schulklasse, die neulich den Gerichtssaal besuchte, um etwas zur deutschen Zeitgeschichte und zur Problematik der Euthanasie zu erfahren, wanderte nach einer knappen Stunde von soviel Nebensächlichkeiten enttäuscht wieder ab. Das Gericht hört mit steinernen Mienen zu. Für den zeitgeschichtlich und psychologisch wirklich Interessierten ist diese Redeflut eine Fundgrube sonst in dieser Individualität und Farbigkeit nur selten zu findender Erkenntnis.

Aber im Hintergrund taucht unausgesprochen, aber drohend die Möglichkeit auf, die beiden Angeklagten könnten mit völlig neuen, detaillierten Angaben über die Tötungsaktion die erneute Ladung sämtlicher bereits vernommener Zeugen nötig machen. Die Gefahr, daß dann auch dieser dritte Prozeß 45 Jahre nach den Taten an den unvergleichlichen Schwierigkeiten seiner Durchführung scheitert, wäre riesengroß. Er müßte dann wohl als Justizgroteske in die Geschichte eingehen: Von 14 ermittelten, an der eindeutig verbrecherischen Euthanasie-Aktion beteiligten Ärzten ist seit 1945 nur einer verurteilt, ein anderer freigesprochen worden. Die übrigen sind tot.



FOTO: DPA

Der Uhu hat wieder Nachwuchs

Die Uhus, einst in Deutschland fast vollständig ausgerottet, vermehren sich wieder überraschend schnell. In bewachten Horsten sorgten 77 wildlebende Uhu-Paare für 160 Nachkommen. Die „Aktion zur Wiedereinbürgerung des Uhus" in Heimbach (Eifel) spricht vom „Jahr der größten Erfolge" in den Bemühungen, diese größte Waldohreule Europas wieder anzusiedeln. Den letzten noch lebenden Exemplaren waren in Gefangenschaft gezüchtete Jung-Uhus beigegeben worden, damit sich die Population selbst vermehren konnte. Da diese kleinen „Uhu-Inseln" aber durch Inzucht bedroht sind, werden in den nächsten Jahren weitere Uhus gezüchtet und ausgesetzt, um eine gebietsüberschreitende Population zu erreichen. Gebiete mit „eventuell ausreichender Brutpaardichte" sind Schwäbische Alb, bayerisches Alpengebiet, Bayerischer Wald, Eifel und Harz.

Kommt ein „Jahrhunderttief" vom Atlantik?

DW. **Frankfurt/Essen**

Über dem Nordatlantik hat sich etwas zusammengebraut, was die Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach als „Jahrhunderttief" bezeichnen. Seine Auswirkungen sollen im Lauf der Woche besonders auf den Norden der Bundesrepublik übergreifen. Dort werden heftige Stürme erwartet. In der Nacht zum Dienstag bereits werden die Ausläufer dieses Orkantiefs das Ruhrgebiet erreichen, wie das Wetteramt Essen mitteilte. Während man in den Fremdenverkehrsgebieten Bayerns seit Tagen sehnsüchtig auf Schnee wartet, ging gestern im Osten und Süden Österreichs zeitweise „nichts mehr". Bereits am Vormittag wurden in Wien 30 Zentimeter Schnee gemessen. Hierzulande bleibt die Adventszeit zunächst noch kalt und regnerisch. Die Temperaturen pendeln um den Gefrierpunkt.

Brand im Behindertenheim

dl. **Göttingen**

Bei einem Brand in einem Göttinger Behindertenheim sind gestern morgen fünf Bewohner und ein Feuerwehrmann schwer verletzt worden. Unter Lebensgefahr hatten Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Passanten 40 geistig und körperlich Behinderte retten können. Ursache des Brandes war möglicherweise ein Defekt in der Elektroinstallation.

Weitere Tempolimits?

AP, **Wiesbaden**

Die Autofahrer müssen sich auf weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den Autobahnen in Hessen einstellen. Hessens Wirtschaftsminister Ulrich Steger legte gestern in Wiesbaden das Ergebnis eines Großversuchs auf drei Autobahnabschnitten vor. Danach hat sich sowohl die Zahl der Unfälle als auch die Schwere der Unfälle deutlich vermindert. Die Landesregierung wird im Februar entscheiden, ob weitere Tempolimits eingeführt werden sollen.

Lebenslänglich gefordert

rtr, **München**

Eine lebenslange Haftstrafe wegen Mordes hat die Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen den ehemaligen Offiziersanwärter Uwe Helling gefordert. Alle Indizien sprächen dafür, daß Helling schuldig sei, in der Nacht zum 5. Februar 1986 auf dem Gelände der Bundeswehrhochschule in Neubiberg den Wachmann Heiner Benecke ermordet zu haben. Die Verteidigung forderte Freispruch.

Lkw: Höhere Geldbußen

dpa, **Düsseldorf**

„Rasende Berufskraftfahrer am Steuer gefährlicher Lkw-Transporte" sollten höhere Geldbußen als im allgemeinen Straßenverkehr zahlen müssen. Diese Forderung zog NRW-Innenminister Herbert Schnoor (SPD) gestern aus dem Ergebnis der Kontrolle von 4738 Transporten mit gefährlichen Gütern. 40 Prozent der rund 1000 Beanstandungen betrafen zu schnelles Fahren mit gefährlichen Frachten.

Tod nach Weingenuß

rtr, **Peking**

In China sind in den letzten zwei Jahren mehr als 100 Menschen gestorben, nachdem sie mit Methanol versetzten Wein getrunken hatten. Die in Peking erscheinende Tageszeitung „China Daily" berichtete gestern, allein seit August seien 36 Menschen nach dem Genuß derartigen Weines gestorben, neun seien erblindet und Tausende erkrankt.

WETTER: Im Norden Schauer

Lage: Die Ausläufer eines Orkantiefs bei Island überqueren am Dienstag ganz Deutschland. Auf ihrer Rückseite dringt frische Meeresluft vor.

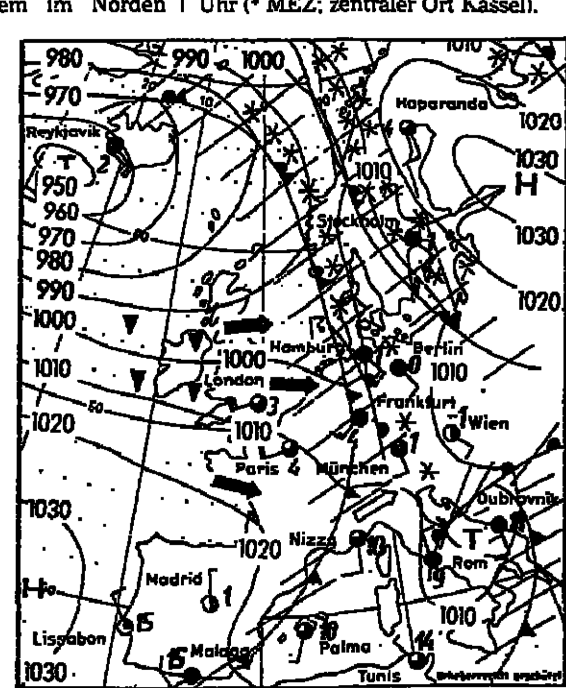
Vorhersage für Dienstag: In der Mitte und im Süden anfangs stark bewölkt und Durchzug eines Niederschlagsgebietes mit Regen, Schneeregen und Schneefall. Später auch hier Übergang zu wechselnder Bewölkung. Vor allem im Norden mehrfach Schauer, die zum Teil gewittrig sind. Höchsttemperaturen 2 bis 7 Grad. Tiefste Nachtwerte plus 2 bis minus 3 Grad. Mäßiger, im Norden frischer bis starker, in Böen stürmischer Wind aus Südost bis West.

Weitere Aussichten: Naßkalt.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.22 Uhr*, Untergang: 16.13 Uhr; **Mondaufgang:** 16.38 Uhr, Untergang: 9.58 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 16. Dez., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Kaltfront
Okklusion
Kaltluft am Boden
Kaltluft in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	2	bd
Bielefeld	2	bw
Braunlage	0	bd
Bremen	1	bd
Dortmund	2	bd
Dresden	4	be
Düsseldorf	3	bd
Erfurt	2	bw
Essen	2	bd
Feldberg/S.	-5	iW
Flensburg	-1	Ne
Frankfurt/M.	3	bd
Freiburg	5	bw
Garmisch	-1	he
Greifswald	2	bd
Hamburg	1	bd
Hannover	2	bd
Kahler Asten	-3	iW
Kassel	2	bd
Kempten	3	be
Kiel	1	bd
Koblenz	4	bd
Köln-Bonn	3	bd
Konstanz	6	he
Leipzig	2	bw
List/Sylt	5	bd
Lübeck	0	Ne
Mannheim	4	bw
München	3	be
Münster	2	bd
Norderney	2	bd
Nürnberg	4	bd
Oberstdorf	2	he
Passau	0	bd
Saarbrücken	2	bd
Stuttgart	4	he
Trier	1	bd
Zugspitze	-12	he
Ausland:		
Algier	14	bd
Amsterdam	2	bd
Athen	15	he
Barcelona	10	bw
Belgrad	10	he
Bordeaux	10	bw
Bozen	3	bw
Brüssel	4	bd
Budapest	-3	S
Bukarest	2	wl
Casablanca	16	bd
Dublin	6	bw
Dubrovnik	12	R
Edinburgh	5	bw
Faro	16	bd
Florenz	10	bd
Genf	5	he
Helsinki	-14	S
Hongkong	–	–
Innsbruck	0	he
Istanbul	13	he
Kairo	18	he
Klagenfurt	0	S
Konstanza	14	bd
Kopenhagen	5	bw
Korfu	16	he
Las Palmas	20	bw
Leningrad	-22	wl
Lissabon	18	bw
Locarno	12	he
London	8	R
Los Angeles	13	be
Luxemburg	0	bw
Madrid	6	bw
Mailand	1	Ne
Malaga	18	he
Mallorca	16	be
Moskau	-23	wl
Neapel	13	R
New York	1	wl
Nizza	14	he
Oslo	-3	S
Ostende	3	bw
Palermo	14	R
Paris	4	bd
Peking	4	wl
Prag	1	bd
Rhodos	18	he
Rom	13	bw
Salzburg	1	bd
Singapur	–	–
Split	15	bd
Stockholm	-5	S
Straßburg	5	bw
Tel Aviv	18	he
Tokio	13	Rs
Tunis	15	bd
Valencia	18	he
Varna	9	be
Venedig	7	bw
Warschau	2	bd
Wien	-2	S
Zürich	5	he

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, iW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall o. Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos, – = keine Angabe

Reichte beim Unglücks-Jet der Sprit nicht?

hrk. **Berlin**

Ging der sowjetischen TU 134, die 70 Menschen bei ihrem Absturz an der Ostberliner Stadtgrenze in den Tod riß, in letzter Minute der Sprit aus? Diese Spekulation stellte gestern die „Bild"-Zeitung an. Als Indiz dafür wird auf die relativ „enge Landekurve" verwiesen, die der Pilot flog, weil er möglicherweise in extremer Zeitnot war.

Der ausgebuchte Aeroflot-Jet soll überdies drei Stunden in der Luft gewesen sein – die normale Flugzeit Minsk–Berlin beträgt aber nur 120 Minuten. Möglicherweise hatte die Maschine mehrmals Wartepositionen eingenommen, die Sprit kosteten. Beweis dafür könnte sein, daß es nach dem Absturz nicht zu einem ausgedehnten Brand kam – leere Kerosin-Tanks? Andere Augenzeugen berichteten hingegen von „Flammen, die bis über die Baumkronen hinaufloderten". Andererseits zeigten die „DDR"-TV-Nachrichten bereits zweieinhalb Stunden nach dem Absturz Filmbilder, auf denen die Trümmer nur noch schwelten.

An Bord der Maschine befanden sich fünf Ehepaare und eine fünfköpfige Familie aus Völklingens Partnerstadt Eisenhüttenstadt – Großeltern, Eltern und deren 18jährige Tochter. Beim Staatsbegräbnis für die 70 Opfer wird vermutlich Erich Honecker die Trauerrede halten.

Ein juristischer Ratgeber für „Ehen ohne Trauschein"

Kostenlose Broschüre von Familien- und Justizministerium

dpa, **Bonn**

Etwa zwei Millionen Frauen und Männer leben in der Bundesrepublik Deutschland ohne Trauschein zusammen. Familienministerin Rita Süssmuth (CDU) und Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) haben jetzt eine Broschüre vorgestellt, die unverheiratete Paare über die rechtlichen Risiken ihrer Lebensform aufklären soll.

Was passiert, wenn „der Himmel nicht mehr voller Geigen" hängt und eine Trennung ins Haus steht? Anders als bei einer Ehescheidung ist der wirtschaftlich schwächere Partner nicht durch Rechtsvorschriften geschützt. Ziehen ledige Paare zusammen, haben sie keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung. Unterschreiben beide den Mietvertrag, können sich beide auf den Mieterschutz berufen und ihr Hausrecht geltend machen. Sie können aber den Vertrag auch nur gemeinsam kündigen. Der ausziehende Partner schuldet die Miete, solange er im Vertrag steht.

Bei gemeinsamen Kindern hat nur die Mutter das elterliche Sorgerecht. Der Vater muß vor dem Jugendamt die Vaterschaft anerkennen, damit das Kind unterhaltsberechtigt wird und den Vater auch beerben kann. Bei einer Trennung bestimmt die Mutter, ob und wie oft der Vater das Kind treffen darf. Beim Tod der Mutter bekommt das minderjährige Kind einen vom Gericht bestellten Vormund. Nur wenn sie den Vater als Vormund benannt hatte, wird er in der Regel dazu bestimmt.

Unverheiratete Paare sollten nicht ohne weiteres dem Partner oder den Kindern zuliebe auf Beruf und Karriere verzichten. Gesetzlich ist der Partner nämlich nicht zu Unterhaltszahlungen verpflichtet. Sie benötigen eine eigene Krankenversicherung und Altersversorgung. Der Lebenspartner kann nur beerbt werden, wenn ein Testament oder ein Erbvertrag dies festlegt.

Muster-Partnerverträge sind sinnvoll, wenn ein Partner im Betrieb des anderen mitarbeitet oder allein den gemeinsamen Haushalt versorgt sowie bei wertvollen Anschaffungen und beim Abschluß einer privaten Lebens- oder Rentenversicherung. Vollmachten gegenüber Banken oder Sparkassen sollten nur nach Beratung erteilt werden. Das Sorgerecht für gemeinsame Kinder und Ansprüche aus einer öffentlich-rechtlichen Altersversorgung können nicht vertraglich geregelt werden. (Broschüre „Gemeinsam leben ohne Trauschein", kostenlos zu beziehen beim Bundesministerium der Justiz, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 20 06 50, 5300 Bonn 2)

ZU GUTER LETZT

Als eine „absolut umwerfende Idee" bezeichnete das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes" den Einfall, in der jüngsten Ausgabe als „Forbs" zu erscheinen. Man wollte damit auf die Titelgeschichte über das amerikanische Schulsystem hinweisen: Es koste viel und bewirke wenig. Das gilt auch fürs Rechtschreiben.